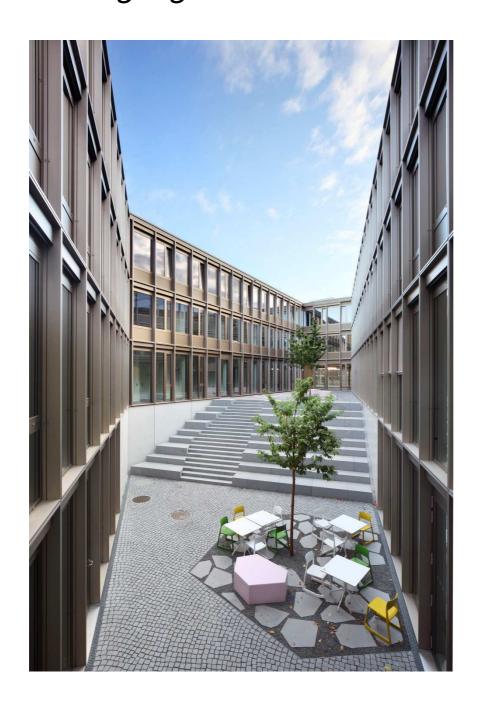
# **13. Beteiligungsbericht 2014**Dezernat für Finanzen, Beteiligungen und Soziales



#### Inhaltsverzeichnis

Vorwort	1
Gesetzliche Grundlagen	2
Nachweis der Kapitalbeteiligungen der Stadt Kassel gemäß Eintragung im Handelsregister zum 31.12.2014	4
Gesundheit Nordhessen Holding AG – Konzern	5
Gesundheit Nordhessen Holding AG (GNH)	13
Klinikum Kassel GmbH (GNH)	21
ZMV Zentrum für medizinische Versorgung GmbH (GNH)	27
Casalis Facility Services GmbH (GNH)	31
MVZ für Reproduktionsmedizin am Klinikum Kassel GmbH (GNH)	35
Krankenhaus Bad Arolsen GmbH (GNH)	36
Ohr- und Hörinstitut Bad Arolsen GmbH (GNH)	42
Kreiskliniken Kassel GmbH (GNH)	46
Seniorenwohnanlagen SWA Kassel GmbH (GNH)	52
Reha-Zentrum im Klinikum Kassel GmbH (GNH)	57
Casalis Ambulantes Orthopädisches Reha-Zentrum Kassel GmbH (GNH)	64
ökomed® GmbH (GNH)	69
Kassel School of Medicine gGmbH (GNH)	73
DRK-Blutspendedienst Baden-Württemberg - Hessen gemeinnützige Gesellschaft mit beschrä Haftung (GNH)	
Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH – Konzern	84
Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH (KVV)	91
Kasseler Verkehrs-Gesellschaft AG (KVV)	101
Kasseler Verkehrsgesellschaft Nordhessen GmbH (KVV)	105
KVV Bau- und Verkehrs-Consulting Kassel GmbH (KVV)	108
Kasseler Entsorgungsgesellschaft mbH (KVV)	113
Regionalbahn Kassel GmbH (KVV)	116
RegioTram Betriebsgesellschaft mbH (KVV)	120
RegioTram Gesellschaft mbH (KVV)	121
Müllheizkraftwerk Kassel GmbH (KVV)	122
items GmbH, Münster (KVV)	125
Städtische Werke AG (KVV)	127
Städtische Werke Energie + Wärme GmbH (KVV)	135
Städtische Werke Netz + Service GmbH Kassel (KVV)	139
Städtische Werke Intelligent messen GmbH Kassel (KVV)	144
Biogas Homberg GmbH & Co. KG (KVV)	147

Biogas Homberg Verwaltungs GmbH Kassel (KVV)	149
Schwälmer Biogas Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH Kassel (KVV)	152
Schwälmer Biogas GmbH & Co. KG (KVV)	156
Kellerwald Biogas GmbH & Co. KG Borken-Kerstenhausen (KVV)	158
Karbener Biogas Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH (KVV)	159
KBG Karbener Biogas GmbH & Co. KG (KVV)	163
Biogas Müritz Verw u. Beteiligungs-GmbH (KVV)	165
Biogas Müritz GmbH & Co. KG (KVV)	168
Windenergie Kassel Verwaltungs-GmbH (KVV)	169
Windpark Söhrewald/Niestetal GmbH & Co. KG (KVV)	171
Windpark Rohrberg GmbH & Co. KG (KVV)	175
Windpark Stiftswald GmbH & Co. KG (KVV)	178
SUN Stadtwerke Union Nordhessen GmbH & Co. KG (KVV)	181
SUN Stadtwerke Union Nordhessen Verwaltungs GmbH (KVV)	185
Stadtwerke Großalmerode GmbH & Co. KG (KVV)	188
Stadtwerke Großalmerode Verwaltungs GmbH (KVV)	192
Fulda-Eder Energie GmbH & Co. KG (KVV)	195
Fulda-Eder Energie Verwaltungs-GmbH (KVV)	199
Gemeindewerk Kaufungen GmbH & Co. KG (KVV)	201
Gemeindewerk Kaufungen Verwaltungs-GmbH (KVV)	204
Stadtwerke Sangerhausen GmbH (KVV)	207
Gas-Union GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main (KVV)	209
Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (KVV)	212
Netcom Kassel Gesellschaft für Telekommunikation mbH, Kassel (KVV)	215
Niestetal Netz GmbH (KVV)	220
documenta und Museum Fridericianum Veranstaltungs-GmbH	223
EFN Entsorgungsgesellschaft für Nordhessen mbH	227
FiDT Fördergesellschaft für innovative Dienstleistungen und Techniken mbH	229
Flughafen GmbH Kassel	231
GRIMMWELT Kassel gGmbH	239
GWG Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Kassel mbH	241
GHB GWG Haus- und Baudienste GmbH (GWG)	244
HLG Hessische Landgesellschaft mbH	247
IdE Institut dezentrale Energietechnologien gemeinnützige GmbH	261
JAFKA – Gemeinnützige Gesellschaft für Aus- u. Fortbildung mbH	265
StadtBild – Gemeinnützige Gesellschaft für Aus- u. Fortbildung mbH (JAFKA)	268
Kasseler Bank eG – Volksbank Raiffeisenbank in Kurhessen & Waldeck	271

## Kassel documenta Stadt

Kassel Marketing GmbH	272
NB Nordhessenbus GmbH	275
NVV Nordhessischer Verkehrsverbund & Fördergesellschaft Nordhessen mbH	277
Regionalmanagement Nordhessen GmbH (NVV)	283
Parkhausgesellschaft der Stadt Kassel mbH	290
Schlachthof Kassel GmbH & Co. Verwaltungs-KG	293
Science Park Kassel GmbH	295
TSK Tagungszentrum Stadthalle Kassel GmbH	297
Vereinigte Wohnstätten 1889 eG	299
Wirtschaftsförderung Region Kassel GmbH	304
GVZ-Projektgesellschaft Kassel mbH (WFG)	309
Wohnstadt Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaugesellschaft Hessen mbH	312
Übersicht über die Offenlegung der Bezüge	313

#### Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

auf der Grundlage der Jahresabschlüsse 2014 freue ich mich, Ihnen mit diesem Bericht eine Übersicht über alle städtischen Beteiligungen, deren Aufgaben und Ziele, Geschäftsverläufe sowie betriebliche Kennzahlen zu präsentieren.

Um ihre vielfältigen öffentlichen Aufgaben erfüllen zu können, unterhält die Stadt Kassel nicht nur die Stadtverwaltung samt ihren Ämtern, sondern ist auch an Unternehmen des privaten Rechts mit ganz unterschiedlichen Leistungen beteiligt: von der Energieversorgung über den Öffentlichen Personennahverkehr, die Gesundheitsversorgung, den Wohnungsbau bis hin zur Wirtschaftsförderung und dem Stadtmarketing.

Kassel ist im Aufwärtstrend. Um die positive wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen Jahre fortsetzen zu können, dürfen wir uns aber nicht auf dem Erreichten ausruhen. Vielmehr bedarf es weiterer Impulse für Kassels wirtschaftliche Zukunft. Einen solchen Impuls haben wir mit dem Spatenstich auf dem "Langen Feld" in 2014 gesetzt. Das hier entstehende neue Gewerbegebiet Kassel-Niederzwehren als Teil des Industrieparks Kassel ist ein zentrales Projekt für die Sicherung von Arbeitsplätzen und für mehr Beschäftigung. Hier entstehen attraktive Flächen für produzierende Unternehmen und unternehmensbezogene Dienstleistungen und damit der notwendige Raum für die Expansion ortsansässiger Firmen sowie die Ansiedlung neuer Unternehmen in Kassel.

Im Jahr 2014 wurde aber noch eine weitere, für Kassel und die Region impulsgebende Entwicklung maßgeblich vorangetrieben: der Bau des Science Parks Kassel. Das neue Gründungs- und Innovationszentrum, das im Frühjahr 2015 in Betrieb gegangen ist, ist der Ort und das Symbol des gelebten Wissenstransfers der Universität Kassel mit ihren Partnern aus allen gesellschaftlichen Bereichen. Der Science Park samt seiner Büros, Werkhallen und Beratungsangeboten für Jungunternehmer unterstützt Neugründungen von der Idee bis zur Etablierung am Markt. So wird Kassel auch dank seiner Ideen- und Gründerschmiede für immer mehr hochqualifizierte Absolventen unserer Universität auch über das Studium hinaus zum besten Zuhause und die Attraktivität Kassels als Unternehmensstandort wächst weiter. Die Stadt Kassel hat sieben Millionen Euro in den Bau des Science Parks investiert und ist heute mit der Universität Kassel zu gleichen Teilen Eigentümerin.

Ob Gewerbegebiet Kassel-Niederzwehren oder Science Park Kassel: Hier wurde an den richtigen Stellen investiert, um die gute Entwicklung unserer Stadt verstetigen zu können, aber auch im Hinblick auf den Haushalt der Stadt Kassel, denn nennenswerte zusätzliche Einnahmen erzielen wir auf Dauer nur aus eigener Kraft. Die städtischen Gesellschaften generieren ihre Umsätze zu einem großen Teil in der Region und tragen so zur wirtschaftlichen Entwicklung Kassels und Nordhessens bei. Zugleich leisten sie durch Gewinnabführungen bzw. Begrenzung und Reduzierung von Verlusten einen bedeutenden Beitrag zum Haushalt der Stadt Kassel. Ich bedanke mich auf diesem Weg bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Geschäftsführungen und Vorständen der Gesellschaften für die erfolgreiche Arbeit im Jahr 2014.

Christian Geselle Stadtkämmerer

Alan Jesille

#### **Gesetzliche Grundlagen**

Das den Gemeinden durch Art. 28 Abs. 2 Grundgesetz garantierte Selbstverwaltungsrecht umfasst auch das Recht auf wirtschaftliche Betätigung. Konkretisiert wird dieses Recht durch die §§ 121 ff der Hessischen Gemeindeordnung (HGO), die mit dem "Gesetz zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung und anderer Gesetze" vom 31. Januar 2005, letzte Änderung vom 20. Dezember 2015, wesentliche Änderungen erfahren haben. Hinter der dort normierten Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung einer Gemeinde steht das Ziel, ihr in möglichst optimaler Form zu ermöglichen, Leistungen im Rahmen der Daseinsvorsorge zu erbringen.

Zur Erfüllung dieses Zwecks darf die Gemeinde auch Gesellschaften gründen oder sich an solchen beteiligen, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet sind (§ 122 Abs. 1 HGO). Allerdings müssen die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO erfüllt sein, wonach erforderlich ist, dass der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt, die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht und der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

Mit § 121 Abs. 1 Nr. 3 HGO hat der Gesetzgeber im Jahr 2005 eine echte Subsidiaritätsklausel eingeführt, das heißt, die Gemeinde darf sich nur wirtschaftlich betätigen, wenn "der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann". Soweit Tätigkeiten vor dem 1. April 2004 ausgeübt wurden, sind diese ohne die in Satz 1 Nr. 3 genannten Einschränkungen zulässig.

Neben den oben genannten Voraussetzungen des § 121 HGO muss sichergestellt sein, dass die Haftung und die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit begrenzt ist (§ 122 Abs. 1 Nr. 2 HGO) und die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder einem entsprechenden Überwachungsorgan, erhält (§ 122 Abs. 1 Nr. 3 HGO).

Weiterhin muss gewährleistet sein, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) aufgestellt und geprüft werden (§ 122 Abs. 1 Nr. 4 HGO).

Die bei der Stadt Kassel am häufigsten vorkommende Rechtsform ist die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH), da hier den Anforderungen an eine Haftungsbeschränkung sowie an die Sicherung der Einflussnahme am besten Rechnung getragen werden kann. Die Einflussnahme erfolgt im Regelfall durch einen Aufsichtsrat. In den Fällen, in denen kein Aufsichtsrat gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist, sieht das GmbH-Gesetz in § 52 die Möglichkeit eines freiwilligen Aufsichtsrates vor.

Seit der Änderung der HGO im Jahr 2005 hat der Gesetzgeber die Wahl der Aktiengesellschaft (AG) als Rechtsform eingeschränkt. Gemäß § 122 Abs. 3 HGO ist die Einrichtung, Übernahme oder Beteiligung an einer AG nachrangig gegenüber anderen Gesellschaftsformen.

Eine weitere wichtige Änderung bzw. Ergänzung sieht die HGO nach ihrer Änderung im Jahr 2005 im neuen § 123 a HGO vor. Die Erstellung eines jährlichen Beteiligungsberichtes ist nun verpflichtend. Seit der Änderung der HGO im Jahr 2011 hat die Gemeinde zur Information der Gemeindevertretung und der Öffentlichkeit jährlich einen Bericht über die Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen, an denen sie mit mindestens 20 Prozent unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist. Der Regelung in § 123 a Abs. 2 HGO, wonach auf die Zustimmung der Geschäftsführung und Vorstände von Mehrheitsgesellschaften zur Veröffentlichung ihrer Bezüge im Beteiligungsbericht hinzuwirken ist,

### Kassel documenta Stadt

wurde seitens der Stadt Kassel Rechnung getragen. Die Veröffentlichung der Bezüge erfolgt im Anhang dieses Berichtes.

# Nachweis der Kapitalbeteiligungen der Stadt Kassel gemäß Eintragung im Handelsregister zum 31.12.2014

Bezeichnung der Eigen- oder Beteiligungsgesellschaft	Höhe der Beteiligung €	%	Geleisteter Anteil €	%
documenta und Museum Fridericianum Veranstaltungs - GmbH	12.800	50	12.800	50
EFN Entsorgungsgesellschaft für Nordhessen mbH	12.800	50	12.800	50
FiDT Fördergesellschaft für innovative Dienstleistungen und Techniken mbH	28.053	50,5	28.053	50,5
Flughafen GmbH Kassel	132.850	13	132.850	13
GNH Gesundheit Nordhessen Holding AG	100.000	92,5	100.000	92,5
GRIMMWELT Kassel gGmbH	25.000	100	25.000	100
GWG Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Kassel mbH	10.600.000	100	10.600.000	100
HLG Hessische Landgesellschaft mbH	3.067	0,09	3.067	0,09
IdE Institut dezentrale Energietechnologie gGmbH	625	2,5	625	2,5
JAFKA Gemeinnützige Gesellschaft für Aus- und Fortbildung mbH	1.108.000	100	1.108.000	100
Kassel Marketing GmbH	500.000	100	500.000	100
Kasseler Bank eG	50	0,0	50	0,0
KVV Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH	68.151.000	100	68.151.000	100
Kasseler Verkehrsgesellschaft AG	1.445.300	6,5	1.445.300	6,5
Klinikum Kassel GmbH	5.000	10	5.000	10
Müllheizkraftwerk Kassel GmbH	513.550	2,5	513.550	2,5
NB Nordhessenbus GmbH	50.000	100	50.000	100
NVV Nordhessischer Verkehrsverbund & Fördergesellschaft Nordhessen mbH	5.112	14,28	5.112	14,28
Parkhausgesellschaft der Stadt Kassel mbH	140.605	50	140.605	50
Schlachthof Kassel GmbH & Co. Verwaltungs KG	767.000	58,3	767.000	58,3
Science Park Center Kassel GmbH	12.500	50	12.500	50
TSK Tagungszentrum Stadthalle Kassel GmbH	7.209.400	100	7.209.400	100
Vereinigte Wohnstätten 1889 eG	6.200	0,0	6.200	0,0
Wirtschaftsförderung Region Kassel GmbH	18.410	25,53	18.410	25,53
Wohnstadt Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaugesellschaft Hessen mbH	478.500	1,3	478.500	1,3
Summen	91.325.822		91.325.822	

#### Gesundheit Nordhessen Holding AG - Konzern

Sitz: Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel

Rechtsform: AG

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Gegenstand der Gesellschaft ist die einheitliche Leitung der mit der

Gesellschaft verbundenen Unternehmen.

Eigentümer: Stadt Kassel 92,5 %

Landkreis Kassel 7,5 %

Beteiligungen: Klinikum Kassel GmbH 90 %

ZMV GmbH 100 %

MVZ für Reproduktionsmedizin am Klinikum Kassel GmbH 7 %

Casalis Facility Services GmbH 51 %

ökomed GmbH 100 %

Casalis Ambulantes Orthopädisches Reha-Zentrum Kassel GmbH 80 %

Reha-Zentrum im Klinikum Kassel GmbH 100 % Seniorenwohnanlagen SWA Kassel GmbH 100 %

Krankenhaus Bad Arolsen GmbH 100 %

Ohr- und Hörinstitut Bad Arolsen GmbH 40 %

Kreiskliniken Kassel GmbH 100 %

Kassel School of Medicine gGmbH 100 %

Blutspendedienst Baden-W. Hessen gGmbH 7,73 %

#### Satzungen/Unternehmensverträge:

Satzung geändert am 14.12.2004, Fassung vom 11.09.2014

Beherrschungs- u. Gewinnabführungsvertrag mit:

Klinikum Kassel GmbH

ökomed GmbH

Casalis Ambulantes Orthopädisches Reha-Zentrum Kassel GmbH

Reha-Zentrum im Klinikum Kassel GmbH Seniorenwohnanlagen SWA Kassel GmbH

Krankenhaus Bad Arolsen GmbH Kreiskliniken Kassel GmbH

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> sb+p Strecker Berger + Partner mbB, Kassel

Vorstand: Dr. Gerhard M. Sontheimer (bis 31. Dezember 2014)

Birgit Dilchert

<u>Prokuristen:</u> Dr. Daniela Stiegel

Harald Geipel

#### **Aufsichtsrat:**

Bürgermeister Jürgen Kaiser, Kassel (bis 30. September 2014) Oberbürgermeister Bertram Hilgen, Kassel (ab 01. Oktober 2014)

Uwe Schmidt, Helsa

Dr. Jürgen Barthel, Kassel

Anne Janz, Kassel

Dr. Günther Schnell, Kassel Anke Bergmann, Kassel Dieter Mehlich, Kassel Heinz Schmidt, Kassel Thomas Koch, Kassel Jürgen Blutte, Kassel Matthias Dippel, Baunatal

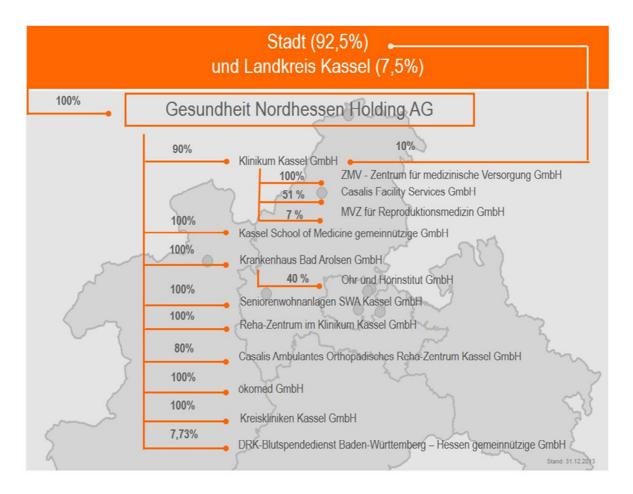
Marina Thiel-Mattes, Hofgeismar Stephanie Roß-Stabernack, Fuldatal

Heike Grau, Borken Sabine Akkan, Kassel Ralph Stiepert, Vellmar Elke Engelbracht, Warburg Dr. Kolja Deicke, Kassel Dr. Thomas Wagner, Kassel Klaus Weuffen, Kassel

#### Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	331.830,2	337.683,9
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	3.225,7	3.545,1
Bilanzsumme	TEUR	363.873,8	351.407,5
Investitionen	TEUR	11.627,4	17.212,2
Fremd-Darlehen	TEUR	87.656,16	76.775,70
Personal	Anzahl	3.218,0	3.198,2
Eigenkapitalquote	%	17,9	19,4
Cash flow DVFA	TEUR	7.348,5	13.709,1
Gesamtverschuldung	%	24,0	21,9
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	103,10	105,59
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,64	0,65

#### Konzernstruktur



#### Lagebericht

Zum Konzern gehören drei Kliniken mit vier Krankenhausstandorten, eine Altenpflegeeinrichtung an zwei Standorten, zwei Medizinische Versorgungszentren (ZMV GmbH und eine Minderheitsbeteiligung an der MVZ für Reproduktionsmedizin GmbH), zwei ambulante Rehabilitationseinrichtungen, ein Dienstleistungsunternehmen und über das Krankenhaus Bad Arolsen eine 40 % Minderheitsbeteiligung am Ohr- und Hörinstitut Bad Arolsen GmbH.

Die Kassel School of Medicine gemeinnützige GmbH (kurz KSM) wurde am 21. März 2012 von der Gesundheit Nordhessen Holding AG mit einem Stammkapital von T€ 200 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist eine innovative Medizinerausbildung in Kooperation mit der University of Southampton, England.

Die Casalis Facility Services GmbH wurde am 19.12.2013 von der Klinikum Kassel GmbH mit einem Stammkapital von T€ 50 gegründet. Die Gründungsphase wurde mit der Eintragung der Gesellschaft ins Handelsregister am 27.12.2013 abgeschlossen. Durch Verkauf von 49 % der Anteile an die Vamed Management und Service GmbH (VAMED), Berlin wird in Zusammenarbeit mit Vamed und der Klinikum Kassel GmbH seit dem 20.12.2013 ein Gemeinschaftsunternehmen betrieben. Mehrheitsgesellschafter ist mit 51 % die Klinikum Kassel GmbH. Die Gesellschaft war im Jahr 2013 noch nicht aktiv und hat den Geschäftsbetrieb zum 01.01.2014 aufgenommen.

Mit Ausnahme der gemeinnützigen Kassel School of Medicine und der Casalis Facility Services GmbH bilden alle Beteiligungen der Gesundheit Nordhessen Holding AG eine ertragssteuerliche Organschaft. In die umsatzsteuerliche Organschaft sind die zuvor genannten Unternehmen (KSM und CFS) jedoch aufgrund ihrer wirtschaftlichen, organisatorischen und finanziellen Eingliederung einbezogen.

Zu den Organen der GNH gehört ein paritätisch besetzter Aufsichtsrat mit 20 Mitgliedern. Zu dessen Aufgaben zählen die Beratung und Überwachung des Vorstandes, die Zustimmung zu wichtigen Unternehmensentscheidungen sowie die Kontrolle der Unternehmensziele. Der Aufsichtsrat ist das zentrale Kontrollgremium der GNH. Der Vorstand der GNH besteht aus dem Vorstandsvorsitzenden und der Arbeitsdirektorin/Personalvorstand.

Die GNH ist ein regionaler Gesundheitsdienstleister und bietet der Bevölkerung in Nordhessen kompetente Leistungen und höchste Qualität auf jeder Versorgungsstufe – von der Akutmedizin über die ambulante Versorgung bis hin zur Rehabilitation und Altenpflege.

Die Akutmedizin bildet den Kern des GNH-Konzerns. Drei Akutkrankenhäuser an vier Standorten decken nahezu das gesamte medizinische Leistungsspektrum ab. Die GNH betreibt Krankenhäuser der Grund- und Regelversorgung und mit dem Klinikum Kassel auch das einzige Krankenhaus der Maximalversorgung in Nordhessen.

Das medizinische Versorgungsangebot des Konzerns umfasst Einrichtungen zur ambulanten Behandlung vor und nach einem Klinikaufenthalt. Mit den Behandlungsmöglichkeiten im Krankenhaus, dem Medizinischen Versorgungszentrum und verschiedenen Kooperationen wird eine enge ambulantstationäre Vernetzung angestrebt. Die Rehabilitation ergänzt zudem die stationäre und ambulante Versorgung.

Als Gesundheitsdienstleister bietet der GNH-Konzern ein umfassendes Spektrum der medizinischen, pflegerischen und therapeutischen Versorgung an. Die Kernkompetenz besteht in der Etablierung von standardisierten und sektorenübergreifenden Prozessen. Die medizinischen Leistungen werden auf höchstem Niveau angeboten und unterliegen einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess.

Moderne Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen benötigen eine zeitgemäße und zweckmäßige Infrastruktur zur Unterstützung der Behandlungsprozesse. Durch die angestrebte Profitabilität jedes Geschäftsfeldes und jedes Fachbereiches wird so die Investitionsfähigkeit sichergestellt und damit eine wirtschaftliche Struktur geschaffen. Das Klinikum Kassel hat bereits umfangreiche Baumaßnahmen abgeschlossen. Hierzu zählen ein neues Diagnostikzentrum, eine neue zentrale Notaufnahme, ein neues Zentrum für Frauen- und Kindermedizin sowie neue Intensiv- und Intermediate Care Einheiten. Mit dem Ende 2014 weitgehend fertiggestellten und im Januar 2015 eröffneten neuen zentralen Eingangsgebäude wurde ein weiterer Bereich der baulichen Zielplanung abgeschlossen und die Erreichbarkeit der Kliniken durch eine zentrale Steuerung der Patientenströme erheblich verbessert.

Gesundheit und Wohlbefinden der Menschen, die sich einer medizinischen Einrichtung des GNH-Konzerns anvertrauen, haben oberste Priorität. Würde, Respekt und Selbstbestimmungsrecht bilden die Basis der Patienten- und Mitarbeiterbeziehung. Diagnostik, Pflege und Therapie auf höchstem Niveau bieten Sicherheit und schaffen Vertrauen. Patienten- und Mitarbeiterzufriedenheit sind untrennbar miteinander verbunden. Motivierte und qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ein zentraler Erfolgsfaktor.

Sozialverantwortliche Unternehmenspolitik ist dem, auf Profitabilität ausgelegten, regionalen Gesundheitskonzern ein großes Anliegen. Es werden qualifizierte Arbeits- und Ausbildungsplätze

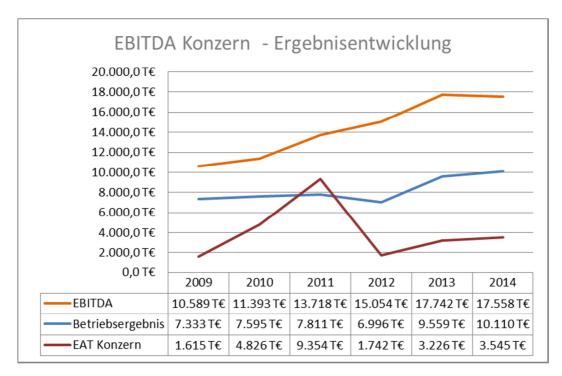
angeboten und nach Möglichkeit langfristig gesichert. Partnerschaften und Kooperationen mit niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten sowie anderen Leistungserbringern haben einen hohen Stellenwert und runden das Versorgungsangebot zum Wohle des Patienten ab.

Der seit Jahren bestehende und zunehmende Kostendruck im Gesundheitswesen, der wesentlich von den gesetzlichen Rahmenbedingungen, der demographischen Entwicklung und den stetig komplexeren und kostenintensiveren Verfahren in Diagnostik und Therapie ausgeht, zwingt Krankenhäuser zur Leistungs- und Kostenanpassung und zur konsequenten Nutzung von Synergieeffekten. Mit modernen und leistungsfähigen Strukturen wird den aktuellen Herausforderungen und dem steigenden Wettbewerb zwischen den Krankenhäusern begegnet.

Hierzu müssen alle Geschäftsfelder und Fachbereiche nachhaltig wirtschaftlich geführt werden. Quersubventionierungen zwischen Standorten oder Fachabteilungen sind im begrenzten Maße, aber nicht dauerhaft, möglich. Der Weg zu weiterer Effizienzsteigerung muss über alle Ansätze der Kostenreduktion gesucht werden, ohne dabei Potentiale zur Leistungssteigerung außer Acht zu lassen.

#### Analyse des Geschäftsverlaufs

Der Konzern hat zum 31. Dezember 2014 mit einem Jahresüberschuss nach Steuern in Höhe von T€ 3.545,1 (VJ: T€ 3.225,7) abgeschlossen. Es ist wieder geglückt das Vorjahresergebnis zu übertreffen und damit im fünften Jahr in Folge, trotz steigender Sach- und Personalkosten, bei effektiv sinkenden Preisen, einen Jahresüberschuss zu erwirtschaften. Das Betriebsergebnis konnte gegenüber dem starken Vorjahr nochmals um 5,8 % gesteigert werden.



Das Konzernergebnis der GNH wird im Wesentlichen von Gewinnen und Verlusten der einbezogenen Konzernbereiche geprägt. Das eigene operative Geschäft der Holding mit einem positiven Ergebnis in Höhe von T€ 1.621,1 entsteht aus der Geschäftsbesorgung für die Konzernbereiche und den Apothekendienstleistungen.

Das Jahr 2014 war gemessen an den Vorjahren wieder ein erfolgreiches Jahr. Der Jahresüberschuss in Höhe von T€ 3.545,1 (VJ: T€ 3.225,6) beinhaltet Verlustübernahmen in Höhe von T€ 8.532,6 und

größere Gewinnübernahme in Höhe von T€ 9.861,4. Werden beide Effekte saldiert, ist der ergebniswirksame Saldo mit T€ 1.328,8 positiv. Insgesamt ist zu erkennen, dass die Entwicklung der Verlust- und Gewinnübernahmen immer weiter auseinandergeht. Den Verlusten des Jahres 2009 in Höhe von T€ 1.457,8 standen im Jahr 2012 bereits T€ 2.756,6 und im abgelaufenen Geschäftsjahr sogar Verluste in Höhe von T€ 8.532,6 gegenüber. Bisher ist es gelungen, diese negative Entwicklung durch noch positivere Gewinnentwicklungen insbesondere im Klinikum Kassel auszugleichen. Die Ergebnisübernahmen zum Ausgleich der konzerninternen Verluste betrugen im Jahr 2009 noch T€ 2.629,0 und im abgelaufenen Jahr bereits T€ 9.861,4.

Dauerhaft ist diese Entwicklung nicht akzeptabel und ihr muss entgegengewirkt werden. Jedes Geschäftsfeld, jede Beteiligung, jeder Fachbereich muss nachhaltig wirtschaftlich selbständig erfolgreich sein. Quersubventionierung zwischen Unternehmen oder auch Abteilungen sind nur noch in sehr begrenztem Ausmaß möglich.

#### Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Die GNH hat sich mit ihren Beteiligungen in den letzten Jahren gut positioniert. Die wirtschaftliche Situation ist durch die Etablierung neuer Fachgebiete und die Steigerung der budgetrelevanten Leistung (Casemix) kontinuierlich verbessert worden, sodass ab dem Jahr 2009 – auch nach Rückzahlung des Zukunftssicherungsvertrages (Zusi) – ein Jahresüberschuss erzielt werden konnte. Die Fortsetzung der positiven Entwicklung der Vorjahre wird zukünftig schwierig. Verantwortlich hierfür sind eine Abschwächung der realisierbaren Leistungsausweitung in den Krankenhäusern einerseits und ein erwarteter erheblicher Kostenauftrieb andererseits, sowohl im Bereich der Sachkosten (Materialkosten, Abschreibungen und Zinsen), als auch im Bereich der Personalkosten (Tarifsteigerungen). Gleichzeitig können die steigenden Kosten durch geringe Preissteigerungsraten und ein gesetzliches Bestrafungssystem für Mengensteigerungen (Mehrleistungsabschläge) nicht mehr gedeckt werden.

Die Leistungssteigerung für die Planung 2015 kann die Auswirkungen der gesundheitspolitischen Rahmen- und Randbedingungen vor allem in den Krankenhäusern der Grund- und Regelversorgung nicht kompensieren.

In den Planungen für das Jahr 2015 weisen neben den Krankenhäusern der Grund - und Regelversorgung insbesondere die ambulante Versorgung, die Pflege in den Seniorenwohnanlagen sowie die Wirtschafts - und Versorgungsdienste strukturelle Defizite auf.

Ergebnis in T€ der Unternehmen unter Mehrheitsbeteiligung der GNH AG	2013	Plan 2014	Ist 2014	Plan 2015
GNH AG (ohne EAV)	715,1 T€	449,0 T€	1.621,1 T€	325,0 T€
Klinikum Kassel GmbH	7.514,1 T€	5.972,9 T€	9.743,5 T€	5.493,6 T€
ZMV GmbH	-783,0 T€	-563,3 T€	-255,9 T€	-807,4 T€
KH Bad Arolsen GmbH	-40,5 T€	22,0 T€	-238,3 T€	134,5 T€
Kreiskliniken Kassel GmbH	-2.864,5 T€	-3.495,5 T€	-5.430,4 T€	-1.765,0 T€
SWA GmbH	-312,1 T€	-1.426,2 T€	-773,7 T€	-1.188,6 T€
ökomed GmbH	-1.326,6 T€	-1.515,6 T€	-1.603,3 T€	-1.697,4 T€
Reha Zentrum GmbH	92,3 T€	28,7 T€	117,9 T€	148,4 T€
Casalis Reha GmbH	-147,1 T€	-25,7 T€	-231,0 T€	-301,9 T€
EAT GNH AG	2.847,7 T€	-553,7 T€	2.950,0 T€	341,2 T€
Ergebnis nach Konsolidierung	3.225,6 T€	-900,0 T€	3.545,1 T€	350,0 T€
Kassel School of Medicine *	-3,4 T€	-347,3 T€	-153,6 T€	-538,7 T€
Casalis Facility Services *	-3,2 T€	50,0 T€	47,4 T€	15,0 T€
nachrichtlich Zusirückzahlung	6.950,0 T€	592,0 T€	5.917,0 T€	2.479,8 T€

#### Korruptionsprävention

Mit Wirkung zum 30. März 2009 wurde vom Gesamtvorstand der Gesundheit Nordhessen Holding AG (GNH) eine konzernweite Organisationsanweisung (OA) zur Korruptionsprävention erlassen. Um präventiv das Strafbarkeitspotential zu reduzieren, wurden die zu beachtenden Grundprinzipien (Trennungs-, Transparenz- und Genehmigungsprinzip, Dokumentations- und Äquivalenzprinzip) den Beschäftigten erläutert. Der Ethik und Verhaltenskodex des Bundesministeriums des Innern wurde auf die Gesellschaft adaptiert. Ferner wurde das Verhalten im Korruptionsfall inkl. eines Maßnahmenkataloges nach dolosen Handlungen definiert. Die Richtlinie zur Korruptionsprävention erkennt an, dass ein Korruptionsverdacht auch gegen Mitglieder des Vorstandes entstehen kann und regelt die einzuleitenden Maßnahmen analog zu den Beschäftigten der Gesellschaft. Dies erfolgt unter Beteiligung der Personalvertretung. Zum 01. Juli 2009 wurde die in der Richtlinie geforderte Bestellung eines/einer Anti-Korruptionsbeauftragten (AKB) vollzogen und eine AKB ernannt.

Wesentliche Aufgabe der AKB ist die Sensibilisierung für die Themen Korruption und Vorteilsannahme durch Aufklärung und Beratung von Beschäftigten aller Gesellschaften der Holding. Es wurde ein separates Email-Postfach eingerichtet, auf das nur die AKB und deren Vertretung Zugriff hat. Über das Intranet wurden die Aufgaben und die Kontaktdaten der AKB den Beschäftigten bekanntgegeben.

Seit Einführung der oben genannten Richtlinie erfolgten überwiegend telefonisch durchgeführte Beratungsgespräche zu fremdfinanzierten Reise- und Fortbildungskosten. In Zusammenhang mit einem Mitarbeiter/einer Mitarbeiterin der Gesundheit Nordhessen Holding AG hat sich nach Erkenntnissen der AKB in 2014 kein Korruptionsverdacht ergeben. Aufgrund interner Feststellungen wurde in 2014 ein Betrugsfall eines Mitarbeiters der Klinikum Kassel GmbH ermittelt, der zur Einberufung des Krisenstabes gem. oben aufgeführter Organisationsanweisung führte. In Folge der Entscheidungen des Krisenstabes wurde der Anstellungsvertrag des entsprechenden Beschäftigten fristlos aufgelöst und Strafanzeige gestellt. Im Januar 2016 wurde vor dem Landgericht Kassel Anklage gegen den Mitarbeiter erhoben. Das Strafverfahren dauert zurzeit an.

Im Dezember 2013 erfolgte die erste Berichterstattung für die Jahre 2009 bis 2013 an den Vorstand der GNH. Die Folgeberichterstattung ist für das 1. Halbjahr 2016 eingeplant.

Die Anti-Korruptionsbeauftragte der Gesundheit Nordhessen Holding AG kann wie folgt erreicht

werden: Postadresse: Anti-Korruptionsbeauftragte

Gesundheit Nordhessen Holding AG

Mönchebergstr. 48E

34125 Kassel

Telefon: 0561 980-4825 Mail: akb@gnh.net

#### Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2014 hat die Stadt Kassel an die Gesundheit Nordhessen Holding AG – Konzern keinen Zuschuss geleistet.

#### Gesundheit Nordhessen Holding AG (GNH)

Sitz: Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRB 13132

Rechtsform: AG

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Gegenstand der Gesellschaft ist die einheitliche Leitung der mit der Gesellschaft

verbundenen Unternehmen.

Darüber hinaus soll die Gesellschaft die Beschaffungsaktivitäten für alle verbundenen Unternehmen im Konzernverbund bündeln, insbesondere in den

Bereichen Beschaffung von Material, Arzneimitteln (einschließlich der

Eigenherstellung von Rezepturarzneimitteln) und IT-Infrastruktur. Im Rahmen

dieser Tätigkeit ist die Gesellschaft auch zu Handelsgeschäften mit

konzernfremden Dritten befugt.

Eigentümer: Stadt Kassel 92,5 %

Landkreis Kassel 7,5 %

Beteiligungen: Klinikum Kassel GmbH 90 %

ZMV GmbH 100 %

MVZ für Reproduktionsmedizin am Klinikum Kassel GmbH 7 %

Casalis Facility Services GmbH 51 %

ökomed GmbH 100 %

Casalis Ambulantes Orthopädisches Reha-Zentrum Kassel GmbH 80 %

Reha-Zentrum im Klinikum Kassel GmbH 100 % Seniorenwohnanlagen SWA Kassel GmbH 100 %

Krankenhaus Bad Arolsen GmbH 100 %

Ohr- und Hörinstitut Bad Arolsen GmbH 40 %

Kreiskliniken Kassel GmbH 100 %

Kassel School of Medicine gGmbH 100 %

Blutspendedienst Baden-W. Hessen gGmbH 7,73 %

Kapitalangaben: Grundkapital 108.108 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Satzung geändert am 14.12.2004, Fassung vom 11.09.2014

Beherrschungs- u. Gewinnabführungsvertrag mit:

Klinikum Kassel GmbH

ökomed GmbH

Casalis Ambulantes Orthopädisches Reha-Zentrum Kassel GmbH

Reha-Zentrum im Klinikum Kassel GmbH Seniorenwohnanlagen SWA Kassel GmbH

Krankenhaus Bad Arolsen GmbH Kreiskliniken Kassel GmbH

Ki ciskiiiikeii kassei aiiibii

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> sb+p Strecker Berger + Partner mbB, Kassel

#### Geschäftsführung (oder Vorstand):

Dr. Gerhard M. Sontheimer (bis 31. Dezember 2014) Birgit Dilchert

#### Aufsichtsrat (oder Beirat):

Bürgermeister Jürgen Kaiser, Kassel (bis 30. September 2014) Oberbürgermeister Bertram Hilgen, Kassel (ab 01. Oktober 2014)

Uwe Schmidt, Helsa

Dr. Jürgen Barthel, Kassel

Anne Janz, Kassel

Dr. Günther Schnell, Kassel Anke Bergmann, Kassel Dieter Mehlich, Kassel

Heinz Schmidt, Kassel

Thomas Koch, Kassel

Jürgen Blutte, Kassel Matthias Dippel, Baunatal

Marina Thiel-Mattes, Hofgeismar

Stephanie Roß-Stabernack, Fuldatal

Heike Grau, Borken Sabine Akkan, Kassel Ralph Stiepert, Vellmar Elke Engelbracht, Warburg Dr. Kolja Deicke, Kassel Dr. Thomas Wagner, Kassel Klaus Weuffen, Kassel

Prokuristen: Dr. Daniela Stiegel

Harald Geipel

#### Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	76.527,5	78.989,2
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	3.362,8	3.487,2
Bilanzsumme	TEUR	66.620,20	72.768,8
Investitionen	TEUR	559,0	303,4
Fremd-Darlehen	TEUR	0	0
Personal	Anzahl	199,29	203,01
Eigenkapitalquote	%	61,1	60,0
Cash flow DVFA	TEUR	4.580,5	4.477,5
Gesamtverschuldung	%	29,4	30,5
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	384,00	389,1
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,17	0,18

#### Lagebericht

Zur Gesellschaft gehören drei Kliniken mit vier Krankenhausstandorten, eine Altenpflegeeinrichtung an zwei Standorten, zwei Medizinische Versorgungszentren (ZMV GmbH und eine Minderheitsbeteiligung an der MVZ für Reproduktionsmedizin GmbH), zwei ambulante Rehabilitationseinrichtungen, ein Dienstleistungsunternehmen und über das Krankenhaus Bad Arolsen eine 40 % Minderheitsbeteiligung am Ohr- und Hörinstitut Bad Arolsen GmbH.

Die Kassel School of Medicine gemeinnützige GmbH (kurz KSM) wurde am 21. März 2012 von der Gesundheit Nordhessen Holding AG mit einem Stammkapital von T€ 200 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist eine innovative Medizinerausbildung in Kooperation mit der University of Southampton, England.

Die Casalis Facility Services GmbH wurde am 19.12.2013 von der Klinikum Kassel GmbH mit einem Stammkapital von T€ 50 gegründet. Die Gründungsphase wurde mit der Eintragung der Gesellschaft ins Handelsregister am 27.12.2013 abgeschlossen. Durch Verkauf von 49 % der Anteile an die Vamed Management und Service GmbH (VAMED), Berlin wird in Zusammenarbeit mit Vamed und der Klinikum Kassel GmbH seit dem 20.12.2013 ein Gemeinschaftsunternehmen betrieben. Mehrheitsgesellschafter ist mit 51 % die Klinikum Kassel GmbH. Die Gesellschaft war im Jahr 2013 noch nicht aktiv und hat den Geschäftsbetrieb zum 01.01.2014 aufgenommen.

Mit Ausnahme der gemeinnützigen Kassel School of Medicine und der Casalis Facility Services GmbH bilden alle verbundenen Unternehmen der Gesundheit Nordhessen Holding AG eine ertragssteuerliche Organschaft. In die umsatzsteuerliche Organschaft sind die zuvor genannten Unternehmen (KSM und CFS) jedoch aufgrund ihrer wirtschaftlichen, organisatorischen und finanziellen Eingliederung einbezogen.

Zu den Organen der GNH gehört ein paritätisch besetzter Aufsichtsrat mit 20 Mitgliedern. Zu dessen Aufgaben zählen die Beratung und Überwachung des Vorstandes, die Zustimmung zu wichtigen Unternehmensentscheidungen sowie die Kontrolle der Unternehmensziele. Der Aufsichtsrat ist das zentrale Kontrollgremium der GNH. Der Vorstand der GNH besteht aus dem Vorstandsvorsitzenden und der Arbeitsdirektorin/Personalvorstand.

Insgesamt 13 direkt in der GNH angesiedelte administrative Zentralbereiche und vier Stabsstellen unterstützen die Geschäftsführungen der Einzelgesellschaften und den Vorstand bei ihren Aufgaben. Im Jahr 2014 übernahm die GNH neben der strategischen Führung der Beteiligungen operative Aufgaben durch folgende Zentralbereiche:

- Apotheke (APO)
- Bildung und Personalentwicklung (BIPE)
- Controlling (CO)
- Einkauf (EK)
- Finanzen (FI)
- Betrieblicher Gesundheitsdienst (BA)
- Informationstechnologie (IT)
- Unternehmenskommunikation und Marketing (MARCOM)
- Personal (PER)
- Pflege und Patientenservice (PFPS)
- Recht und Organisation (RO)
- Bau und Technik (TECH)
- Unternehmensentwicklung (UE)

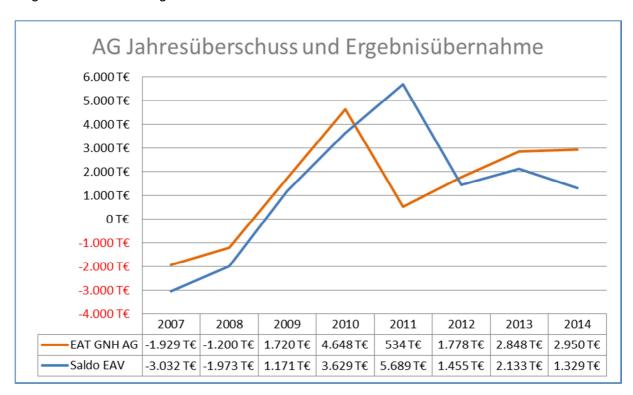
Hauptgrund für die Zentralisierung dieser Funktionen ist die Vernetzung von Strukturen und die Realisierung von Spezialisierungs- und Kostenvorteilen. Auf Basis eines mit den Geschäftsführungen der Tochterunternehmen erarbeiteten und abgestimmten medizinischen Gesamtkonzeptes werden einheitliche Standards in Verwaltung, Medizin und Pflege festgelegt und konzernweit angewandt.

#### Analyse des Geschäftsverlaufs

Das Jahr 2014 war gemessen an den Vorjahren für die GNH AG ein sehr gutes Jahr. Der Jahresüberschuss in Höhe von T€ 2.950,0 (VJ: T€ 2.847,7) beinhaltet Verlustübernahmen in Höhe von T€ 8.532,6 und größere Gewinnübernahme in Höhe von T€ 9.861,4. Werden beide Effekte saldiert, ist der ergebniswirksame Saldo mit T€ 1.328,8 positiv. Insgesamt ist zu erkennen, dass die Entwicklung der Verlust- und Gewinnübernahmen immer weiter auseinandergeht.

Den Verlusten des Jahres 2009 in Höhe von T€ 1.457,8 standen im Jahr 2012 bereits T€ 2.756,6 und im abgelaufen Geschäftsjahr sogar Verluste in Höhe von T€ 8.532,6 gegenüber. Bisher ist es gelungen, diese negative Entwicklung durch noch positivere Gewinnentwicklungen insbesondere im Klinikum Kassel auszugleichen. Die Ergebnisübernahmen zum Ausgleich der konzerninternen Verluste betrugen im Jahr 2009 noch T€ 2.629,0 und im abgelaufenen Jahr bereits T€ 9.861,4

Dauerhaft ist diese Entwicklung nicht akzeptabel und ihr muss entgegengewirkt werden. Jedes Geschäftsfeld, jede Beteiligung, jeder Fachbereich muss nachhaltig wirtschaftlich selbständig erfolgreich sein. Quersubventionierung zwischen Unternehmen oder auch Abteilungen sind nur noch in sehr begrenztem Ausmaß möglich.



#### Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Die GNH hat sich mit ihren Beteiligungen in den letzten Jahren gut positioniert. Die wirtschaftliche Situation ist durch die Etablierung neuer Fachgebiete und die Steigerung der budgetrelevanten Leistung (Casemix) kontinuierlich verbessert worden, sodass ab dem Jahr 2009 – auch nach Rückzahlung des Zusi – ein Jahresüberschuss erzielt werden konnte. Die Fortsetzung der positiven Entwicklung der Vorjahre wird zukünftig schwierig. Verantwortlich hierfür sind eine Abschwächung der realisierbaren Leistungsausweitung in den Krankenhäusern einerseits und ein erheblicher Kostenauftrieb andererseits, sowohl im Bereich der Sachkosten (Materialkosten, Abschreibungen und Zinsen), als auch im Bereich der Personalkosten (Tarifsteigerungen). Gleichzeitig können die steigenden Kosten durch geringe Preissteigerungsraten und ein gesetzliches Bestrafungssystem für Mengensteigerungen (Mehrleistungsabschläge) nicht mehr gedeckt werden.

Die Leistungssteigerung für die Planung 2015 kann die Auswirkungen der gesundheitspolitischen Rahmen- und Randbedingungen vor allem in den Krankenhäusern der Grund- und Regelversorgung nicht kompensieren.

In den Planungen für das Jahr 2015 weisen neben den Krankenhäusern der Grund- und Regelversorgung insbesondere die ambulante Versorgung, die Pflege in den Seniorenwohnanlagen sowie die Wirtschafts- und Versorgungsdienste strukturelle Defizite auf.

Ergebnis in T€ der Unternehmen unter Mehrheitsbeteiligung der GNH AG	2013	Plan 2014	Ist 2014	Plan 2015
GNH AG (ohne EAV)	715,1 T€	449,0 T€	1.621,1 T€	325,0 T€
Klinikum Kassel GmbH	7.514,1 T€	5.972,9 T€	9.743,5 T€	5.493,6 T€
ZMV GmbH	-783,0 T€	-563,3 T€	-255,9 T€	-807,4 T€
KH Bad Arolsen GmbH	-40,5 T€	22,0 T€	-238,3 T€	134,5 T€
Kreiskliniken Kassel GmbH	-2.864,5 T€	-3.495,5 T€	-5.430,4 T€	-1.765,0 T€
SWA GmbH	-312,1 T€	-1.426,2 T€	-773,7 T€	-1.188,6 T€
ökomed GmbH	-1.326,6 T€	-1.515,6 T€	-1.603,3 T€	-1.697,4 T€
Reha Zentrum GmbH	92,3 T€	28,7 T€	117,9 T€	148,4 T€
Casalis Reha GmbH	-147,1 T€	-25,7 T€	-231,0 T€	-301,9 T€
EAT GNH AG	2.847,7 T€	-553,7 T€	2.950,0 T€	341,2 T€
Ergebnis nach Konsolidierung	3.225,6 T€	-900,0 T€	3.545,1 T€	350,0 T€
Kassel School of Medicine	-3,4 T€	-347,3 T€	-153,6 T€	-538,7 T€
Casalis Facility Services	-3,2 T€	50,0 T€	71,0 T€	15,0 T€
nachrichtlich Zusirückzahlung	6.950,0 T€	592,0 T€	5.917,0 T€	2.479,8 T€

#### Korruptionsprävention

Mit Wirkung zum 30. März 2009 wurde vom Gesamtvorstand der Gesundheit Nordhessen Holding AG (GNH) eine konzernweite Organisationsanweisung (OA) zur Korruptionsprävention erlassen. Um präventiv das Strafbarkeitspotential zu reduzieren, wurden die zu beachtenden Grundprinzipien (Trennungs-, Transparenz- und Genehmigungsprinzip, Dokumentations- und Äquivalenzprinzip) den Beschäftigten erläutert. Der Ethik und Verhaltenskodex des Bundesministeriums des Innern wurde auf die Gesellschaft adaptiert. Ferner wurde das Verhalten im Korruptionsfall inkl. eines Maßnahmenkataloges nach dolosen Handlungen definiert. Die Richtlinie zur Korruptionsprävention erkennt an, dass ein Korruptionsverdacht auch gegen Mitglieder des Vorstandes entstehen kann und regelt die einzuleitenden Maßnahmen analog zu den Beschäftigten der Gesellschaft.

#### Kassel documenta Stadt

Dies erfolgt unter Beteiligung der Personalvertretung. Zum 01. Juli 2009 wurde die in der Richtlinie geforderte Bestellung eines/einer Anti-Korruptionsbeauftragten (AKB) vollzogen und eine AKB ernannt. Wesentliche Aufgabe der AKB ist die Sensibilisierung für die Themen Korruption und Vorteilsannahme durch Aufklärung und Beratung von Beschäftigten aller Gesellschaften der Holding. Es wurde ein separates Email-Postfach eingerichtet, auf das nur die AKB und deren Vertretung Zugriff hat. Über das Intranet wurden die Aufgaben und die Kontaktdaten der AKB den Beschäftigten bekanntgegeben.

Seit Einführung der oben genannten Richtlinie erfolgten überwiegend telefonisch durchgeführte Beratungsgespräche zu fremdfinanzierten Reise- und Fortbildungskosten. In Zusammenhang mit einem Mitarbeiter/Mitarbeiterin der Gesundheit Nordhessen Holding AG hat sich nach Erkenntnissen der AKB in 2014 kein Korruptionsverdacht ergeben. Aufgrund interner Feststellungen wurde in 2014 ein Betrugsfall eines Mitarbeiters der Klinikum Kassel GmbH ermittelt, der zur Einberufung des Krisenstabes gem. oben aufgeführter Organisationsanweisung führte. In Folge der Entscheidungen des Krisenstabes wurde der Anstellungsvertrag des entsprechenden Beschäftigten fristlos aufgelöst und Strafanzeige gestellt. Im Januar 2016 wurde vor dem Landgericht Kassel Anklage gegen den Mitarbeiter erhoben. Das Strafverfahren dauert zurzeit an.

Im Dezember 2013 erfolgte die erste Berichterstattung für die Jahre 2009 bis 2013 an den Vorstand der GNH. Die Folgeberichterstattung ist für das 1. Halbjahr 2016 eingeplant.

#### Risikoeinschätzung der Verwaltung

Die Gesundheit Nordhessen Holding AG erzielte abermals ein positives Ergebnis. Ausschlaggebend für den Erfolg des Konzerns ist das überragende Ergebnis der Konzerntochter Klinikum Kassel GmbH. Ihr und der Reha Zentrum GmbH ist es zu verdanken, dass dieses Ergebnis erzielt werden konnte. Alle anderen Konzerngesellschaften, allen voran die Kreiskliniken Kassel GmbH und ökomed GmbH, habe deutliche Verluste erwirtschaftet. Die GNH ist somit abhängig vom Erfolg oder Misserfolg der Klinikum Kassel GmbH. Doch auch diese Gesellschaft ist durch gesetzliche Bestimmungen und vor allem durch die Gesundheitspolitik in ihrem Wachstum beschränkt. Trotz der überaus erfreulichen Geschäftsentwicklung der Klinikum Kassel GmbH bestehen auch hier noch Potentiale, welche gehoben werden müssen. Der Vorstand und die Geschäftsführungen müssen auch hier hinterfragen, welche strategische Ausrichtung die Gesellschaft in Zukunft einnehmen soll. Es muss geprüft werden, ob bestehende Verträge und Vereinbarungen mit Tochterunternehmen und anderen Partnern noch in das Konzept der Gesellschaft passen. Eine Zusammenarbeit, allein mit dem Ziel der Subventionierung der Tochtergesellschaften, muss zukünftig überdacht werden. Die Ergebnisverbesserung allein durch Wachstum und Leistungsausweitung wird zukünftig schwieriger werden.

Vor diesem Hintergrund müssen der Vorstand und die Geschäftsführungen nach Wegen suchen, um hier eine deutliche Verbesserung der Ertrags- und Kostensituation zu erzielen. Eine dauerhafte Quersubventionierung zwischen Standorten und Fachabteilungen kann so nicht fortgeführt werden. Bei Standorten und Abteilungen mit einer zu geringen Auslastung und erhöhten Kostenstruktur muss eine intensive Prüfung dahingehend erfolgen, ob hier noch Optimierungsmöglichkeiten bestehen ober ob eine Zusammenlegung und Neuausrichtung mit anderen Standorten, Abteilungen und externen Partnern nicht zielführender ist. Der Gesundheitsmarkt wird sich auf Grund des Kostendruckes weiter konsolidieren. Die GNH kann sich diesem Trend nicht entziehen. Es müssen daher Ideen entwickelt werden, welche es der Gesellschaft ermöglichen, am Markt zu bestehen oder sich gegebenenfalls von nicht rentablen Unternehmensteilen zu trennen.

Wo die Gesellschaft keine eigenen Ressourcen vorhalten kann, muss außerhalb der Gesellschaft nach strategischen Partnern gesucht werden. Gelingt es dem Vorstand und den Geschäftsführungen

weiterhin die Kostenstruktur der Gesellschaften zu verbessern und gleichzeitig eine höhere Auslastung aller Gesellschaften und Standorte zu erzielen, kann derzeit von einer positiven Zukunftsaussicht der Gesundheit Nordhessen Holding AG ausgegangen werden.

#### Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2014 hat die Stadt Kassel an die Gesundheit Nordhessen Holding AG keinen Zuschuss geleistet.

#### Klinikum Kassel GmbH (GNH)

Sitz: Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRB 13138

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines Krankenhauses der

Maximalversorgung.

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und die Erfüllung des Versorgungsauftrages nach Maßgabe des jeweils für die Gesellschaft geltenden Krankenhausplanes. Zur Erfüllung dieses Zwecks ist die

Gesellschaft berechtigt und verpflichtet, mit den mit ihr verbundenen

Unternehmen zu kooperieren.

Eigentümer: Gesundheit Nordhessen Holding AG 90 %

Stadt Kassel 10 %

Beteiligungen: ZMV GmbH 100 %

MVZ für Reproduktionsmedizin 7 % Casalis Facility Services GmbH 51 %

<u>Kapitalangaben:</u> Stammkapital 50.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 26. Juni 2002/2. August 2002

Beherrschungs- u. Gewinnabführungsvertrag mit Gesundheit Nordhessen

**Holding AG** 

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> sb+p Strecker Berger + Partner mbB, Kassel

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Dr. Gerhard M. Sontheimer (bis 31. Dezember 2014)

Birgit Dilchert

Dr. Manfred Raible (bis 14. November 2014)

Prof. Dr. Wolfgang Deinsberger (ab 15. November 2014)

Helmut Zeilfelder

#### Aufsichtsrat (oder Beirat):

Bürgermeister Jürgen Kaiser, Kassel (bis 30. September 2014)
Oberbürgermeister Bertram Hilgen, Kassel (ab 01. Oktober 2014)
Dr. Jürgen Barthel, Kassel
Anne Janz, Kassel
Heinz Schmidt, Kassel
Esther Kalveram, Kassel
Jürgen Blutte, Kassel
Matthias Dippel, Baunatal
Dr. Dorothee Dorlars, Kassel
Ralph Stiepert, Vellmar
Heike Grau, Borken
Klaus Weuffen, Kassel
Frank Hellmuth, Kaufungen

#### Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	258.267,3	268.301,0
Ergebnis der gewöhnlichen		7.566,8	10.557,4
Geschäftstätigkeit	TEUR	7.500,6	10.557,4
Bilanzsumme	TEUR	313.601,59	297.329,78
Investitionen	TEUR	9.635,2	15.839,0
Fremd-Darlehen	TEUR	83.800,4	73.115,7
Personal	Anzahl	2.148,59	2.151,8
Eigenkapitalquote	%	16,2	17,0
Cash flow DVFA	TEUR	8.405,0	14.999,0
Gesamtverschuldung	%	36,33	31,01
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	120,20	124,69
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,58	0,57

#### Lagebericht

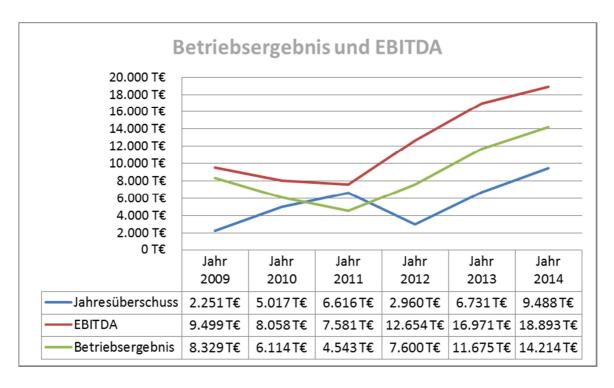
Gegenstand der Klinikum Kassel GmbH ist der Betrieb eines Großklinikums mit Krankenpflegeschule, Kinderkrankenpflegeschule und Hebammenschule. Die Gesellschaft erfüllt die Aufgaben eines Krankenhauses der Maximalversorgung nach dem Krankenhausbedarfsplan des Landes Hessen. Für eine leistungsfähige und hochdifferenzierte Diagnostik, Therapie und Pflege stehen den Kliniken und Instituten neben qualifizierten und engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern modernste medizinisch-technische Geräte und Infrastruktur zur Verfügung.

Als Gesundheitsdienstleister bietet das Klinikum mit seinen Fachabteilungen ein umfassendes Spektrum der medizinischen, pflegerischen und therapeutischen Versorgung an. Die medizinischen Leistungen sollen auf höchstem Niveau angeboten werden und unterliegen einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess.

Auch in diesem Jahr kann die Ertragslage mit der Aussage des Vorjahres beschrieben werden: Das Jahr 2014 war gemessen an den Vorjahren ein sehr gutes Jahr.

Der Jahresüberschuss in Höhe von T€ 9.487,6 (VJ: T€ 6.731,1) beinhaltet bereits die Rückstellung für die Rückzahlung an die Beschäftigten aus dem Zukunftssicherungsvertrag in Höhe von T€ 4.400,5 (VJ: T€

5.177,4). Weiterhin ist die Verlustübernahme der ZMV GmbH mit T€ 255,9 (VJ: T€ 783,0) berücksichtigt. Nach dem geringen Vorjahresergebnis ist in diesem Jahr die konstante Entwicklung des EBITDA erfreulich.



#### Analyse des Geschäftsverlaufs

Die Erlössteigerung in Höhe von T€ 10.041,9 (4,2 % gegenüber dem Vorjahr) sind im Klinikum Kassel über 50 % auf den reinen Preiseffekt des Landesbasisfallwerts (LBFW 2014: 3.143,17; LBFW 2013: 3.065,41) und nur der Rest auf einen Anstieg der Leistungsmenge zurückzuführen. Der Personalkostenanstieg von insgesamt T€ 4.890,4 (Anstieg 3,3 % gegenüber dem Vorjahr) ist nur zu einem geringen Teil auf den Personalaufbau um 3,5 Vollzeitkräfte (ca. T€ 250,0) zurückzuführen. Maßgeblich waren mit ca. T€ 4.600,0 die Tarifsteigerungen.

Der Materialaufwand ist mit T€ 2.814,7 gegenüber dem Vorjahr um 4,1 % und damit in Relation zu den CM Anstieg von 4,2 % angestiegen.

Die betrieblichen Erträge und Aufwendungen sind anhand folgender Kennzahlen zu analysieren:

KKS	2013	2014	Veränderung absolut	Veränderung in %
Gesamtleistung	274.463,70 T€	284.090,80 T€	9.627,10 T€	3,5%
davon Budgeterlöse	229.942,18 T€	239.629,76 T€	9.687,58 T€	4,2%
Bewertungsrelationen	62.498 CM	65.099 CM	2.601 CM	4,2%
Case Mix Index	1,250 CMI	1,274 CMI	0,024 CMI	1,9%
Verweildauer	6,95 VD	6,91 VD	-0,04 VD	-0,6%
Fallzahl stationär	55.009 FZ	55.981 FZ	972 FZ	1,8%
Umsatzerlöse in T€	258.267,30 T€	268.301,00 T€	10033,7	3,9%
Umsatzerlöse je VK in T€	127,74 T€	132,03 T€	4,28 T€	3,4%
Umsatzrendite	2,5%	3,4%	1,0%	39,8%
VK	2.148,62 VK	2.151,78 VK	3,16 VK	0,1%
Personalaufwendungen in T€	149.054,60 T€	153.945,04 T€	4.890,44 T€	3,3%
Durchschn. PK je VK in T€	69,37 T€	71,54 T€	2,17 T€	3,1%
Personalaufwandsquote	54,3%	54,2%	-0,1%	-0,2%
Materialaufwendungen in T€	68.172,50 T€	70.987,23 T€	2.814,73 T€	4,1%
Materialaufwandsquote	24,8%	25,0%	0,1%	0,6%
EBITDA in T€	16.970,90 T€	18.893,00 T€	1.922,10 T€	11,3%
EBITDA-Marge in %	6,2%	6,7%	0,5%	7,6%
Jahresergebnis in T€	6.731,10 T€	9.743,50 T€	3.012,40 T€	44,8%

Die Klinikum Kassel GmbH zeigt im Jahr 2014 eine positive Umsatzrendite von 3,4 %. Die Umsatzrentabilität über alle betrachteten deutschen Krankenhäuser (Basis 2012) beträgt im Durchschnitt 2,2 %, im unteren Quartil 0,1 % und im oberen Quartil 5,0 %. Im Vergleich der Umsatzrenditen liegt das Klinikum Kassel damit über dem Durchschnitt aller Krankenhäuser und hat die Umsatzrendite gegenüber dem Vorjahr um 39,8 % verbessert.

In dem Jahresergebnis aller Unternehmen, also auch dem des Klinikum Kassel, sind auch periodenfremde Effekte und Finanzierungskosten enthalten, die den Vorjahresvergleich verzerren. Durch die Eliminierung von Steuern und Finanzierungskosten wird ein Vergleich der Ertragskraft von Unternehmen aussagefähiger. Werden aus dem Ergebnis auch die Abschreibungen und periodenfremden Effekte herausgerechnet (bereinigter EBITDA) und ins Verhältnis zum Umsatz gesetzt, ergibt sich die EBITDA-Marge.

Generell gilt: Je höher die EBITDA-Marge ausfällt, desto besser. Unternehmen mit einer hohen Ertragskraft weisen eine EBITDA-Marge von 15 % auf, Margen von weniger als 5 % gelten als wenig rentabel. Die EBITDA-Marge der Klinikum Kassel GmbH steigt von 6,2 % im Vorjahr auf 6,6 % im Geschäftsjahr 2014, was ein Ausdruck für die gestiegene Leistungsfähigkeit ist.

#### Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Im Jahr 2015 sowie in den Folgejahren wird das Ergebnis im Wesentlichen durch die Auswirkungen der jeweils geltenden Tarifverträge, durch die gesundheitspolitischen Entscheidungen sowie deren Auswirkungen auf das Vergütungssystem beeinflusst werden. Die Leistungsentwicklung kann dabei die Auswirkungen der gesundheitspolitischen Rahmen- und Randbedingungen nicht mehr kompensieren. Nach über 20 Jahren Kostendämpfungsgesetzen sind die Effizienzreserven weitgehend gehoben.

Bei immer knapper werdenden personellen Ressourcen, sowohl im ärztlichen wie auch im pflegerischen Bereich, werden die Krankenhäuser dennoch weiter gezwungen sein Leistungen zu steigern, Prozesse zu optimieren und zusätzlich Kosten- und Stellenpläne zu begrenzen. Auch wenn es zunehmend schwieriger wird, auf der Kostenseite Optimierungspotenziale zu erschließen, müssen hier alle Anstrengungen unternommen werden, die Sachkosten durch Preis- und Mengeneffekte zu reduzieren.

Der Geschäftsplan der Klinikum Kassel GmbH weist für das Jahr 2015 ein positives Ergebnis von T€ 5.493,6 aus.

Die Erlöse wurden auf der Grundlage von 66.648 CM-Punkten und einem Landesbasisfallwert von 3.195,65 Euro ermittelt. Der gesetzlich festgelegte Mehrleistungsabschlag von 25 % wurde für 1.219 (VJ: 225) CM-Punkte berücksichtigt, da die mit den Sozialleistungsträgern vereinbarten CM-Punkte für das Jahr 2014 nur 63.250 betragen haben. Im Landesbasisfallwert ist ein Veränderungswert (ersetzt ab dem Jahr 2014 die Einnahmeveränderungsrate) von 2,5 % (VJ: 2,8 %) enthalten, der durch den Degressionseffekt (sog. Hamsterrad-Effekt) jedoch um € 10,54 (VJ: € 12,71) reduziert wird. Insgesamt wird ein Budgetvolumen von 244,46 Mio. € (VJ: 230,42 Mio. €) geplant.

Im Planungsjahr 2015 ist die Tarifschere vergleichsweise gering. Die prognostizierte Steigerung der Personalkosten beträgt im Durchschnitt 3,1 % (VJ: 4,4 %) für das nichtärztliche Personal und 4,0 % (VJ: 2,5 %) für Ärzte. Die Steigerung des Landesbasisfallwertes in Verbindung mit dem für das Jahr 2014 abrechenbaren Versorgungszuschlag liegt immerhin bei prognostizierten 2,5 %. Die Planung der Sachkosten für das Jahr 2015 basiert auf der Hochrechnung für das Jahr 2014.

Der Posten medizinischer Bedarf umfasst den größten Anteil der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und wird entsprechend der geplanten CM-Leistungssteigerung mit einem Anstieg von 0,3 % zzgl. 2,0 % Preissteigerung geplant.

Unter Berücksichtigung der Entwicklung im Berichtsjahr sind für die kommenden Jahre Mengensteigerungen in Höhe der Vorjahre, auch unter Beachtung der festgeschriebenen Mehrleistungsabschläge, kaum zu erwarten. So werden überproportionale Kostensteigerungen jedoch nicht mehr vorrangig durch Erlöszuwächse bei gleichzeitiger forcierter Effizienz- und Produktivitätssteigerung ausgeglichen werden können. Damit gewinnt auch der bewusste Umgang mit allen Ressourcen – von der Energie, über das Verbrauchsmaterial bis hin zur Arbeitszeit – an Bedeutung. Die Suche nach weiterem Optimierungspotenzial muss geleitet werden vom Patientennutzen und Qualitätsgesichtspunkten. Alle realisierbaren und zulässigen Einsparmöglichkeiten müssen in Betracht gezogen werden.

Dies gelingt nur mit einer unbedingten Konzentration auf die Kernleistung des Unternehmens und mit der Bündelung der vorhandenen Ressourcen und Kompetenzen. Dies bedeutet auch, dass Beschäftigte und Geschäftsführung in ihren Anstrengungen nicht nachlassen dürfen, um die Wirtschaftlichkeit der Klinikum Kassel GmbH nachhaltig sicherzustellen.

#### Korruptionsprävention

Mit Wirkung zum 30. März 2009 wurde vom Gesamtvorstand der Gesundheit Nordhessen Holding AG (GNH) eine konzernweite Organisationsanweisung (OA) zur Korruptionsprävention erlassen.

Um präventiv das Strafbarkeitspotential zu reduzieren, wurden die zu beachtenden Grundprinzipien (Trennungs-, Transparenz- und Genehmigungsprinzip, Dokumentations- und Äquivalenzprinzip) den

Beschäftigten erläutert. Der Ethik und Verhaltenskodex des Bundesministeriums des Innern wurde auf die Gesellschaft adaptiert. Ferner wurde das Verhalten im Korruptionsfall inkl. eines Maßnahmenkataloges nach dolosen Handlungen definiert. Die Richtlinie zur Korruptionsprävention erkennt an, dass ein Korruptionsverdacht auch gegen Mitglieder des Vorstandes entstehen kann und regelt die einzuleitenden Maßnahmen analog zu den Beschäftigten der Gesellschaft. Dies erfolgt unter Beteiligung der Personalvertretung. Zum 01. Juli 2009 wurde die in der Richtlinie geforderte Bestellung eines/einer Anti-Korruptionsbeauftragten (AKB) vollzogen und eine AKB ernannt. Wesentliche Aufgabe der AKB ist die Sensibilisierung für die Themen Korruption und Vorteilsannahme durch Aufklärung und Beratung von Beschäftigten aller Gesellschaften der Holding. Es wurde ein separates Email-Postfach eingerichtet, auf das nur die AKB und deren Vertretung Zugriff hat. Über das Intranet wurden die Aufgaben und die Kontaktdaten der AKB den Beschäftigten bekanntgegeben.

Seit Einführung der oben genannten Richtlinie erfolgten überwiegend telefonisch durchgeführte Beratungsgespräche zu fremdfinanzierten Reise- und Fortbildungskosten. In Zusammenhang mit einem Mitarbeiter/Mitarbeiterin der Gesundheit Nordhessen Holding AG hat sich nach Erkenntnissen der AKB in 2014 kein Korruptionsverdacht ergeben. Aufgrund interner Feststellungen wurde in 2014 ein Betrugsfall eines Mitarbeiters der Klinikum Kassel GmbH ermittelt, der zur Einberufung des Krisenstabes gem. oben aufgeführter Organisationsanweisung führte. In Folge der Entscheidungen des Krisenstabes wurde der Anstellungsvertrag des entsprechenden Beschäftigten fristlos aufgelöst und Strafanzeige gestellt. Im Januar 2016 wurde vor dem Landgericht Kassel Anklage gegen den Mitarbeiter erhoben. Das Strafverfahren dauert zurzeit an.

Im Dezember 2013 erfolgte die erste Berichterstattung für die Jahre 2009 bis 2013 an den Vorstand der GNH. Die Folgeberichterstattung ist für das 1. Halbjahr 2016 eingeplant.

#### Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2014 hat die Stadt Kassel an die Klinikum Kassel GmbH keinen Zuschuss geleistet.

#### ZMV Zentrum für medizinische Versorgung GmbH (GNH)

Sitz: Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRB 13797

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Sicherstellung der ambulanten medizinischen Patientenversorgung durch ein

Medizinisches Versorgungszentrum als fachübergreifende Einrichtung der Nuklear- und Labormedizin sowie weiterer medizinischer Fachgebiete unter

ärztlicher Leitung.

Eigentümer: Klinikum Kassel GmbH 100 %

<u>Kapitalangaben:</u> Stammkapital 25.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 30. September 2005

Beherrschungs- u. Gewinnabführungsverträge mit Gesundheit Nordhessen

Holding AG

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> sb+p Strecker Berger + Partner mbB, Kassel

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Dr. Gerhard M. Sontheimer (bis 31. Dezember 2014) Frances Greiner-Matzen-Sohn (bis 31. Dezember 2014)

#### Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	6.335,7	6.407,5
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	-782,95	-255,9
Bilanzsumme	TEUR	5.561,76	4.199,99
Investitionen	TEUR	27,38	54,8
Fremd-Darlehen	TEUR	0,00	0,00
Personal	Anzahl	27,69	25,5
Eigenkapitalquote	%	0,5	0,6
Cash flow DVFA	TEUR	82,5	669,5
Gesamtverschuldung	%	99,5	99,4
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	228,81	251,27
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,43	0,33

#### Lagebericht

Ein wesentliches Ziel des GKV-Modernisierungsgesetzes (GMG) war die Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen zur Überwindung der sektoralen Grenzen in der medizinischen Versorgung. Durch das GMG ist ab Januar 2004 in der ambulanten, d. h. der vertragsärztlichen Versorgung die

Grundlage für veränderte Versorgungsstrukturen durch die Einführung sogenannter Medizinischer Versorgungszentren (MVZ) gelegt worden. Diese sind seitdem neben Ärzten, Zahnärzten und Psychotherapeuten zur ambulanten vertragsärztlichen Versorgung zuzulassen.

Die ZMV Zentrum für medizinische Versorgung GmbH hat bei dem Zulassungsausschuss für Ärzte der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen den Antrag auf Zulassung als Medizinisches Versorgungszentrum gemäß § 95 Abs. 1 SGB V gestellt und die Zulassung im Jahr 2006 erhalten.

Die gesetzlichen Krankenkassen, welche die ambulanten vertragsärztlichen Leistungen vergüten, leisten in der Regel keine direkten Zahlungen an den einzelnen Vertragsarzt bzw. ein MVZ, sondern zahlen sogenannte Gesamtvergütungen an die Kassenärztlichen Vereinigungen (KV). Die KV verteilt die Gesamtvergütungen mithilfe eines Honorarverteilungsmaßstabs (HVM), den die KV im Benehmen mit den Landesverbänden der Krankenkassen und Ersatzkassen festlegt, an die an der ambulanten Versorgung teilnehmenden Ärzte und MVZ's. Grundlage für die zu Lasten der GKV abrechnungsfähigen Leistungen ist der einheitliche Bewertungsmaßstab (EBM). Diese Gebührenordnung für vertragsärztliche Leistungen wird durch den Bewertungsausschuss vereinbart, der gemeinsam von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung und dem GKV-Spitzenverband gebildet wird und der von diesen Organisationen mit Vertretern paritätisch besetzt wird.

Das komplizierte Berechnungswerk und die oft langwierigen Honorarverhandlungen führten in den letzten Jahren zu einer unzureichenden Entwicklung der Honorarhöhe. Aufgrund der Vergütungssystematik der KV werden auch in Zukunft Leistungssteigerungen nur verzögert zu Steigerungen der Honorarhöhe führen.

#### Analyse des Geschäftsverlaufes

Im Berichtszeitraum konnte durch den Anstieg der Erlöse mit verbundenen Unternehmen die Umsätze in Summe um T€ 71,8 auf T€ 6.407,5 gesteigert werden. Mit zusammen 82 % sind wesentliche Umsatzträger der ZMV GmbH auch in 2014 die Strahlentherapie, die Nuklearmedizin und die Labormedizin.

Die aus der Gewinn- und Verlustrechnung abgeleitete Gegenüberstellung der Erfolgsrechnungen der beiden Geschäftsjahre 2013 und 2014 zeigen folgendes Bild der Ertragslage und ihrer Veränderungen.

	2014		2013		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Umsatzerlöse	6.407,5	97,1	6.335,7	93,9	71,8
betriebliche Erträge	189,8	2,9	408,7	6,1	-218,9
Gesamtleistung	6.597,3	100,0	6.744,4	100,0	-147,1
Materialaufwand	2.381,9	36,1	2.414,4	35,8	-32,5
Personalaufwand	2.129,5	32,3	2.731,7	40,5	-602,2
Planmäßige Abschreibungen	897,6	13,6	1.024,7	15,2	-127,1
betriebliche Aufwendungen	1.362,4	20,7	1.451,5	21,5	-89,1
Betriebsaufwand	6.771,4	102,6	7.622,3	113,0	-850,9
Betriebsergebnis	-174,1	-2,6	-877,9	-13,0	703,8
Sonstige Finanzaufwendungen	119,5	1,8	139,6	2,1	-20,1
Finanzergebnis	-119,5	-1,8	-139,6	-2,1	20,1
Neutrales Ergebnis	37,7	0,6	234,5	3,5	-196,8
Ergebnis vor Steuern	-255,9	-3,9	-783,0	-11,6	527,1
Jahresfehlbetrag vor		•		•	_
Ergebnisübernahme	-255,9	-3,9	-783,0	-11,6	527,1
	20	·	·		

#### Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Die Kooperationsform des Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) wurde mit dem Gesundheitsmodernisierungsgesetz im Jahr 2004 in die Versorgungslandschaft eingeführt. Die gesetzliche Grundlage für ein MVZ ist der § 95 des Fünften Sozialgesetzbuches. Grundgedanke der ZMV GmbH ist neben der Erlös- und Kostenoptimierung auch die Förderung einer besseren interdisziplinären Zusammenarbeit. Höchstes Ziel ist die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen und effizienten Versorgung der ambulanten Patienten aus dem Umfeld der Krankenhäuser der Gesundheit Nordhessen Holding AG. Für 2015 und die Folgejahre wird keine Ausweitung der vorhandenen und vorgehaltenen Fachgebiete angestrebt. Vorrangiges Ziel ist die Optimierung der Versorgungsprozesse und der Ausbau der interdisziplinären Zusammenarbeit mit dem Klinikum Kassel.

Dennoch wird der Praxismarkt regelmäßig beobachtet. Falls in Kassel eine Praxis, die für die Zusammenarbeit innerhalb des GNH Verbundes sinnvoll wäre, zur Veräußerung aussteht, wird jeweils zu prüfen sein, inwieweit ein weiteres Fachgebiet in das ZMV integriert werden kann.

Der Erfolg der ZMV hängt sehr stark von der Qualifikation und Motivation der Beschäftigten im medizinischen- und im Funktionsdienst ab. Zukünftig wird sich der Druck auf die ZMV GmbH hinsichtlich geeigneter Personalakquisitionen vor allem im ärztlichen Bereich weiter zuspitzen. Der zunehmende Wettbewerb auch im ambulanten Sektor und die komplizierte Abrechnungssystematik der KV erschwert die Nachbesetzung von ärztlichen Vakanzen in der ZMV GmbH erheblich. Neben der optimalen Patientenversorgung gewinnen die wirtschaftliche Führung der Fachbereiche und die strategische Weiterentwicklung immer mehr an Bedeutung. Die für das Jahr 2015 geplanten 6,4 Mio. Euro Umsatzerlöse werden überwiegend durch die Fachbereiche Strahlentherapie (58 %), Labormedizin (13 %) und Nuklearmedizin (11 %) erzielt.

Das im Fachbereich Strahlentherapie der ZMV GmbH im Einsatz befindliche Radioonkologie- und Bestrahlungsplanungssystem muss im Jahr 2015 erneuert werden, da der technische Support seitens der Herstellerfirma Varian zum 31.12.2014 eingestellt wird und das System mittlerweile überaltert ist. Die Aktualität des Radioonkologiesystems (Soft- und Hardware) ist für einen störungsfreien Betrieb der Geräte zwingend erforderlich. Für die notwendigen Investitionen und Instandhaltungen wurden T€ 498,6 in der Geschäftsplanung berücksichtigt.

Von den unterschiedlichen Fachbereichen weisen auch zukünftig nur die Strahlentherapie und die Labormedizin einen positiven Deckungsbeitrag aus. Für das Jahr 2015 werden Erträge in Höhe von T€ 6.464,1 geplant, denen T€ 7.171,7 Aufwendungen gegenüberstehen. Daraus ergibt sich ein geplanter Verlust von T€ 807,4.

#### Korruptionsprävention

Mit Wirkung zum 30. März 2009 wurde vom Gesamtvorstand der Gesundheit Nordhessen Holding AG (GNH) eine konzernweite Organisationsanweisung (OA) zur Korruptionsprävention erlassen. Um präventiv das Strafbarkeitspotential zu reduzieren, wurden die zu beachtenden Grundprinzipien (Trennungs-, Transparenz- und Genehmigungsprinzip, Dokumentations- und Äquivalenzprinzip) den Beschäftigten erläutert. Der Ethik und Verhaltenskodex des Bundesministeriums des Innern wurde auf die Gesellschaft adaptiert. Ferner wurde das Verhalten im Korruptionsfall inkl. eines Maßnahmenkataloges nach dolosen Handlungen definiert. Die Richtlinie zur Korruptionsprävention erkennt an, dass ein Korruptionsverdacht auch gegen Mitglieder des Vorstandes entstehen kann und regelt die einzuleitenden Maßnahmen analog zu den Beschäftigten der Gesellschaft.

Dies erfolgt unter Beteiligung der Personalvertretung. Zum 01. Juli 2009 wurde die in der Richtlinie geforderte Bestellung eines/einer Anti-Korruptionsbeauftragten (AKB) vollzogen und eine AKB ernannt. Wesentliche Aufgabe der AKB ist die Sensibilisierung für die Themen Korruption und Vorteilsannahme durch Aufklärung und Beratung von Beschäftigten aller Gesellschaften der Holding. Es wurde ein separates Email-Postfach eingerichtet, auf das nur die AKB und deren Vertretung Zugriff hat. Über das Intranet wurden die Aufgaben und die Kontaktdaten der AKB den Beschäftigten bekanntgegeben.

Seit Einführung der oben genannten Richtlinie erfolgten überwiegend telefonisch durchgeführte Beratungsgespräche zu fremdfinanzierten Reise- und Fortbildungskosten. In Zusammenhang mit einem Mitarbeiter/Mitarbeiterin der ZMV Zentrum für Medizinische Versorgung GmbH hat sich nach Erkenntnissen der AKB in 2014 kein Korruptionsverdacht ergeben.

Im Dezember 2013 erfolgte die erste Berichterstattung für die Jahre 2009 bis 2013 an den Vorstand der GNH. Die Folgeberichterstattung ist für das 1. Halbjahr 2016 eingeplant.

#### Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2014 hat die Stadt Kassel an die ZMV Zentrum für Medizinische Versorgung GmbH keinen Zuschuss geleistet.

# **Casalis Facility Services GmbH (GNH)**

Sitz: Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRB 16256

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Gegenstand des Ende Dezember 2013 gegründeten Unternehmens ist primär

die Erbringung von Leistungen auf dem Gebiet der Aufbereitung von wieder

verwendbaren Medizinprodukten für das Klinikum Kassel, weitere

Gesundheitseinrichtungen der Gesundheit Nordhessen Holding AG und externe

medizinische Einrichtungen.

Eigentümer: Klinikum Kassel GmbH 51 %

VAMED Management und Service Deutschland GmbH 49 %

<u>Kapitalangaben:</u> Stammkapital 50.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 20. Dezember 2013

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> sb+p Strecker Berger + Partner mbB, Kassel

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Svenja Ehlers

Max Peter Meinecke

#### Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	0,00	2.131,5
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	3,2	70,3
Bilanzsumme	TEUR	307,86	798,18
Investitionen	TEUR	0,00	5,6
Fremd-Darlehen	TEUR	0,00	0,00
Personal	Anzahl	0,0	28,0
Eigenkapitalquote	%	96,4	76,1
Cash flow (DVFA)	TEUR	-0,1	391,4
Gesamtverschuldung	%	3,6	23,9
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	0,00	76,12
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,00	0,52

# Lagebericht

Die CASALIS Facility Services GmbH (CFS) wurde am 19.12.2013 von der Klinikum Kassel GmbH mit einem Stammkapital von 50.000 EUR gegründet.

Die rechtliche Gründungsphase wurde mit der Eintragung der Gesellschaft ins Handelsregister am 27.12.2013 abgeschlossen. Durch Verkauf von 49 % der Anteile an den Kooperations- und Systempartner VAMED Management und Service GmbH, Berlin (VAMED) wird ab 19.12.2013 ein Gemeinschaftsunternehmen betrieben. Zweck der Gesellschaft ist die Sterilgutversorgung von Krankenhäusern und Gesundheitseinrichtung, wobei die Leistungen primär für das Klinikum Kassel und weiterer Krankenhäuser der Gesundheit-Nordhessen Holding AG erbracht werden sollen. Mehrheitsgesellschafter ist mit 51 % die Klinikum Kassel GmbH. Ziel der Systempartnerschaft mit VAMED ist die qualitativ hochwertige und langfristig sichere Übernahme der Sterilgutversorgung inklusive aller notwendigen Logistikleistungen durch die Casalis Facility Service GmbH für das Klinikum Kassel und weiterer Krankenhäuser.

Seit dem 01.01.2014 übernimmt und verantwortet die CASALIS Facility Services GmbH die gesamte Sterilgutversorgung im Bestandsgebäude der ZSVA im Klinikum Kassel GmbH für das Klinikum Kassel auf Grund eines Leistungsvertrages. Mit Übernahme der Leistungen wurde das Qualitätsmanagement der ZSVA umfassend überarbeitet; die Zertifizierung nach EN ISO 13485 wurde erfolgreich bestanden.

Der Systempartner Vamed hat 2014 begonnen auf dem Gelände der Klinikum Kassel GmbH eine bezüglich der Medienversorgung autarke Aufbereitungseinheit für Medizinprodukte zu errichten. Diese wird durch den Systempartner mit den erforderlichen Maschinen und Inventar ausgestattet und mit Beginn der Inbetriebnahme an die CASALIS Facility GmbH vermietet.

Ferner besteht eine Heimfallregelung, die es dem Klinikum Kassel erlaubt, bei vorzeitigem oder fristgerechtem Vertragsende die Aufbereitungseinheit zu einem Restwert zu übernehmen; gleichzeitig würde damit das Erbbaurecht erlöschen.

### Analyse des Geschäftsverlaufes

Der Markt der Sterilgutversorgung ist Bestandteil einer Reihe von tertiären medizinischen Tätigkeiten für Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen, die zunehmend von externen Dienstleistern erbracht werden. Schätzungsweise werden bereits heute rund 60 % der infrastrukturellen Leistungen in deutschen Krankenhäusern an externe Dienstleister vergeben. Zu diesen Dienstleistungen gehören insbesondere: Reinigungsdienste, Desinfektions- und Sterilisationsdienste, Haus- und Medizintechnik, Informations-, Kommunikations- und Sicherheitstechnik, Verpflegung, Bettenaufbereitung, Wäscheversorgung, Sicherheits- und Empfangsdienste, Gebäude- und Flächenbewirtschaftung, Veranstaltungsdienste, Dokumentationsdienste, Transport- und Logistikdienste und Abfallwirtschaft. In diesem Bereich sind eine große Zahl lokaler, regionaler, bundesweiter und internationaler Anbieter mit verschiedenen Dienstleistungsangeboten tätig. Aufgrund gestiegener gesetzlicher Vorschriften und komplexerer Strukturen und Prozesse in der Aufbereitung von Medizinprodukten ist es erforderlich, das notwendige Know-How und eine moderne und angemessene sowie vorschriftsmäßige bauliche und technische Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, um die Prozesse sicher und effizient zu gestalten und umzusetzen. Neben der technischen Ausstattung kommt der Führungsverantwortung und der Personalentwicklung und der Qualifikationen hierbei eine große Bedeutung zu. Die CASALIS Facility Service GmbH hat zu diesem Zweck auch im Rahmen des Betriebsübergangs der Beschäftigten ein Team- und Personalentwicklungsprogramm aufgelegt, welches im Jahr 2015 mit dem Schwerpunkt Führung fortgesetzt wird.

Im Jahr 2014 konnte die Casalis Facility Services GmbH die geplanten Umsatz- und Ergebnisziele erreichen. Das Ergebnis vor Steuern lag bei T€ 70,3 (VJ: T€ -3) und damit über dem Geschäftsplan.

# Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Die CASALIS Facility Sercvice GmbH ist im Jahr 2014 noch in der Aufbauphase. Nachdem die CASALIS Facility Service GmbH im Jahr 2014 ausschließlich für das Klinikum Kassel tätig war, werden nach der für August 2015 geplanten Fertigstellung der neuen Aufbereitungseinheit auch weitere Krankenhäuser der GNH durch die CFS mit Sterilgut versorgt werden. Für das Krankenhaus Hofgeismar ist ab dem 01. Oktober 2015 die Sterilgutversorgung durch die CASALIS Facility Services GmbH am neuen Standort geplant. Nach der Mittelfristplanung ist vorgesehen, ab 2016 die Dienstleistung für andere Krankenhäuser oder Gesundheitseinrichtungen zu erbringen, die nicht zur Gesundheit Nordhessen Holding AG gehören (sogenanntes Drittgeschäft). Dies wird jedoch nur in einem untergeordneten Umfang stattfinden. Nach derzeitiger Planung wird das ab 2016 möglicherweise zu akquirierende Drittgeschäft nicht mehr als 20 % des Umsatzes ausmachen. Die Gesamtleistung des Jahres 2015 wird gegenüber dem Jahr 2014 steigen auf Grund der Zunahme der Sterilgutversorgung für ein weiteres Krankenhaus der Gesundheit Nordhessen Holding AG. Die Gesamterlöse werden im Jahr 2015 laut Geschäftsplanung mit 2,7 Mio. Euro etwa 27% über den Erlösen des Jahres 2014 liegen. Das Jahresergebnis wird auch in 2015 leicht positiv erwartet. Im Jahr 2014 gab es keine wesentlichen Soll-Ist Abweichungen zum Geschäftsplan. Der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit wird auf absehbare Zeit die Sterilgutversorgung des Klinikum Kassel und der weiteren Krankenhäuser der Gesundheit Nordhessen sein und damit eine Hilfsfunktion für die Muttergesellschaft darstellen. Die Vertragslaufzeiten betragen 10 Jahre mit Verlängerungsoption um weitere 5 Jahre.

### Korruptionsprävention

Mit Wirkung zum 30. März 2009 wurde vom Gesamtvorstand der Gesundheit Nordhessen Holding AG (GNH) eine konzernweite Organisationsanweisung (OA) zur Korruptionsprävention erlassen. Um präventiv das Strafbarkeitspotential zu reduzieren, wurden die zu beachtenden Grundprinzipien (Trennungs-, Transparenz- und Genehmigungsprinzip, Dokumentations- und Äquivalenzprinzip) den Beschäftigten erläutert. Der Ethik und Verhaltenskodex des Bundesministeriums des Innern wurde auf die Gesellschaft adaptiert. Ferner wurde das Verhalten im Korruptionsfall inkl. eines Maßnahmenkataloges nach dolosen Handlungen definiert. Die Richtlinie zur Korruptionsprävention erkennt an, dass ein Korruptionsverdacht auch gegen Mitglieder des Vorstandes entstehen kann und regelt die einzuleitenden Maßnahmen analog zu den Beschäftigten der Gesellschaft. Dies erfolgt unter Beteiligung der Personalvertretung. Zum 01. Juli 2009 wurde die in der Richtlinie geforderte Bestellung eines/einer Anti-Korruptionsbeauftragten (AKB) vollzogen und eine AKB ernannt. Wesentliche Aufgabe der AKB ist die Sensibilisierung für die Themen Korruption und Vorteilsannahme durch Aufklärung und Beratung von Beschäftigten aller Gesellschaften der Holding. Es wurde ein separates Email-Postfach eingerichtet, auf das nur die AKB und deren Vertretung Zugriff hat. Über das Intranet wurden die Aufgaben und die Kontaktdaten der AKB den Beschäftigten bekanntgegeben.

Seit Einführung der oben genannten Richtlinie erfolgten überwiegend telefonisch durchgeführte Beratungsgespräche zu fremdfinanzierten Reise- und Fortbildungskosten. In Zusammenhang mit einem Mitarbeiter/Mitarbeiterin der Casalis Facility Services GmbH hat sich nach Erkenntnissen der AKB in 2014 kein Korruptionsverdacht ergeben.

Im Dezember 2013 erfolgte die erste Berichterstattung für die Jahre 2009 bis 2013 an den Vorstand der GNH. Die Folgeberichterstattung ist für das 1. Halbjahr 2016 eingeplant.

# Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2014 hat die Stadt Kassel an die Casalis Facility Services GmbH keinen Zuschuss geleistet.

# MVZ für Reproduktionsmedizin am Klinikum Kassel GmbH (GNH)

Sitz: Bad Arolsen

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRB 13969

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Betrieb eines medizinischen Versorgungszentrums im Sinne des § 95 SGB V, in

dem angestellte Ärzte und gegebenenfalls Vertragsärzte Patienten ärztlich untersuchen, behandeln und damit verbundene Leistungen erbringen, und zwar

auf den Gebieten der Kinderwunschbehandlung, gynäkologischen

Endokrinologie und Reproduktionsmedizin sowie allen daraus resultierenden

Folgeleistungen.

Eigentümer: Prof. Dr. Miguel Hinrichsen 72 %

Prof. Dr. Thomas Dimpfl 21 % Klinikum Kassel GmbH 7 %

Kapitalangaben: Grundkapital 100.000 €

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> Quattek & Partner

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Prof. Dr. Miguel Hinrichsen

## Kennzahlen

		2013 IST	2014 IST
Umsatzerlöse	TEUR	1.603,82	1.819,04
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	369,29	399,06
Bilanzsumme	TEUR	594,80	675,39
Investitionen	TEUR	14,68	42,34
Fremd-Darlehen	TEUR	91,91	0,03
Personal	Anzahl	18	18
Eigenkapitalquote	%	55,03	66,09
Cash flow DVFA	TEUR	436,86	466,95
Gesamtverschuldung	%	44,97	33,91
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	89,10	101,06
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,40	0,43

# Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2014 hat die Stadt Kassel an die MVZ für Reproduktionsmedizin am Klinikum Kassel GmbH keinen Zuschuss geleistet.

### Krankenhaus Bad Arolsen GmbH (GNH)

Sitz: Kassel

<u>Handelsregister:</u> Amtsgericht Kassel, HRB 7221

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens

und die Erfüllung des Versorgungsauftrages nach Maßgabe des jeweils für die Gesellschaft geltenden Krankenhausplanes. Zur Erfüllung dieses Zwecks ist die

Gesellschaft berechtigt und verpflichtet, mit den mit ihr verbundenen

Unternehmen zu kooperieren.

Eigentümer: Gesundheit Nordhessen Holding AG 100 %

Beteiligungen: Ohr- und Hörinstitut Bad Arolsen GmbH 40 %

<u>Kapitalangaben:</u> Stammkapital 50.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 21. Dezember 1999/5. Februar 2004

Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge mit Gesundheit Nordhessen

Holding AG

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> sb+p Strecker Berger + Partner mbB, Kassel

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Dr. Gerhard M. Sontheimer (bis 31. Dezember 2014)

Bernd Tilenius

### Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	20.222,6	20.916,5
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	-4,8	-234,8
Bilanzsumme	TEUR	21.379,08	20.223,03
Investitionen	TEUR	632,52	469,52
Fremd-Darlehen	TEUR	0,0	0,0
Personal	Anzahl	201,81	201,45
Eigenkapitalquote	%	13,8	14,6
Cash flow	TEUR	-568,4	206,7
Gesamtverschuldung	%	31,90	30,43
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	100,21	103,83
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,67	0,67

# Lagebericht

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines Krankenhauses der Grundversorgung mit Krankenpflegeschule. Das Krankenhaus ist im Krankenhaus-Rahmenplan des Landes Hessen ausgewiesen und nimmt an der unabdingbaren Notfallversorgung teil. Der Versorgungsauftrag umfasst die Innere Medizin, Chirurgie, Frauenheilkunde sowie die Hals-Nasen-Ohrenheilkunde. Der Versorgungsauftrag wird vollumfänglich für die Innere Medizin, Chirurgie und Frauenheilkunde wahrgenommen.

Im Geschäftsjahr 2014 wurden 6.379 Patienten (Vorjahr: 6.424) stationär im Krankenhaus Bad Arolsen behandelt. Die Bewertungsrelationen sanken bei unveränderter Fallschwere um rund 32 CM auf 5.393 CM, was einem Rückgang von -0,6 % entspricht.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung von Fallzahl und CMI im Vergleich zum Jahr 2013 der in 2014 entlassenen Patienten. Aufgrund der jährlichen Weiterentwicklung des Fallpauschalen- Kataloges durch Veränderungen der Fallzählung und geänderte Bewertungsrelationen je DRG ist der Vergleich geringfügig unscharf.

Bereich KHEntgG, vollstationär		2013 (Katalog 2013)		2014 (Katalog 2014)		hung
	Fallzahl	CMI	Fallzahl	CMI	Fallzahl	CMI
Innere Medizin	4.647	0,712	4.661	0,694	14	-0,018
Chirurgie	1.656	1,24	1.632	1,294	-24	0,054
Frauenheilkunde	121	0,512	86	0,547	-35	0,035
Summe	6.424	0,845	6.379	0,845	-45	0,000

Die Budgetverhandlung 2014 mit den Kostenträgern konnte bereits im März mit einer Einigung abgeschlossen werden. Nach längerer Abstimmung mit den Kostenträgern erfolgte die Genehmigung zum 01.10.2014.

Die verhandelte Budgetsumme des Krankenhauses Bad Arolsen lag im Jahr 2013 bei 16,98 Mio. € und ist in 2014 um 1,2 Mio. € (das sind 7,1 %) auf 18,19 Mio. € angewachsen.

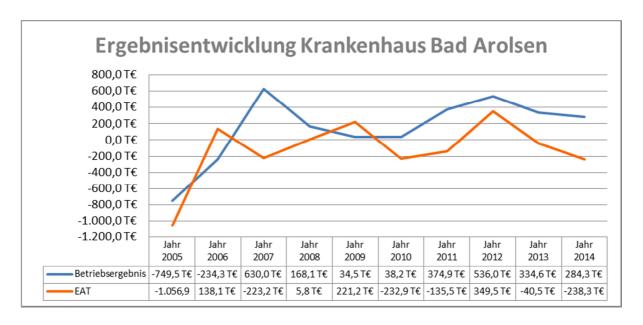
Der Anstieg der Budgetsumme beruht im Wesentlichen auf folgenden Faktoren:

- Die Leistungsmenge in Bewertungsrelationen (BWR) ist von 5.273 BWR um 216 auf 5.489 BWR gestiegen (⇒ Mengeneffekt: 679 T€). Durch die Steigerung der Leistungsmenge entsteht ein Mehrleistungsabschlag in Höhe von 79 T€, der faktisch gegenzurechnen ist,
- der Landesbasisfallwert ist um 77,76 € gestiegen, was einem Preiseffekt von 410 T€ entspricht,
- das um 100 T€ gesteigerte Erlösvolumen für bundeseinheitliche Zusatzentgelte (v.a. durch das ZE130 für Hochaufwändige Pflege),
- und Steigerung des Ausbildungsbudgets um 45 T€ (+ 5,8 %), um eine sukzessive Angleichung an die durchschnittlich vereinbarten Kosten je Ausbildungsplatz im Klinikum Kassel zu realisieren.

In dieser Summe ist der Versorgungszuschlag nicht enthalten, der durch das "Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung" bereits in 2013 verabschiedet wurde. Der Versorgungszuschlag beträgt ab 01. Januar 2014 0,8 % auf die DRG-Fallpauschalen.

## Analyse des Geschäftsverlaufes

Das Jahr 2014 war gemessen an den Vorjahren ein weniger erfolgreiches Geschäftsjahr; im direkten Vorjahresvergleich fallen die Ergebnisse ab. Der ausgewiesene Jahresfehlbetrag in Höhe von T€ 238,3 (VJ: T€ 40,5) beinhaltet bereits die Rückstellung für die Rückzahlung an die Mitarbeiter aus dem Zukunftssicherungsvertrag in Höhe von T€ 235,0 (VJ: T€ 316,0). Dieser Rückzahlungsanspruch wird aus den konzernweiten Überschüssen abgeleitet, die zu 50 % auch an Gesellschaften mit neutralem oder negativen Ergebnis ausgeschüttet werden. Im Umkehrschluss bedeutet diese Situation für Bad Arolsen, dass ein ausgeglichenes Jahresergebnis aktuell nur mit Hilfe einer Lohn- und Gehaltsabsenkung erreicht werden kann.



Der Anstieg der Umsatzerlöse konnte die steigenden Personal- und Materialaufwendungen nicht ausgleichen. Das Betriebsergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr deshalb um T€ 60,3 auf T€ 284,3 reduziert.

An der Ertragslage ist abzulesen, dass die Auswirkungen der Erlösausgleiche für Vorjahre, die im neutralen Ergebnis enthalten sind, auch in diesem Geschäftsjahr mit T€ 428,8 belastet.

Auch in Bad Arolsen ist der Trend steigender Sachkosten zu erkennen. Die betrieblichen Erträge und Aufwendungen sind anhand folgender Kennzahlen zu analysieren:

КНВА	2013	2014	Veränderung absolut	Veränderung in %
Umsatzerlöse in T€ (Gesamtleistung)	21.620,20 T€	22.239,90 T€	619,70 T€	2,9%
davon Budgeterlöse	18.186,94 T€	18.382,95 T€	196,01 T€	1,1%
Bewertungsrelationen	5.426 CM	5.393 CM	-33 CM	-0,6%
Case Mix Index	0,845 CMI	0,845 CMI	0,000 CMI	0,0%
Verweildauer	6,20 VD	5,90 VD	-0,30 VD	-4,8%
Fallzahl stationär	6.424 FZ	6.379 FZ	-45 FZ	-0,7%
Umsatzerlöse je VK in T€	107,13 T€	110,40 T€	3,27 T€	3,1%
Umsatzrendite	-0,2%	-1,1%	-0,9%	472,0%
VK	201,81 VK	201,45 VK	-0,36 VK	-0,2%
Personalaufwendungen in T€	13.624,50 T€	13.965,36 T€	340,86 T€	2,5%
Durchschnittliche Personalkosten je VK in T€	67,51 T€	69,32 T€	1,81 T€	2,7%
Personalaufwandsquote	63,0%	62,8%	-0,2%	-0,4%
Materialaufwendungen in T€	4.049,10 T€	4.307,85 T€	258,75 T€	6,4%
Materialaufwandsquote	18,7%	19,4%	0,6%	3,4%
EBITDA in T€	500,90 T€	462,00 T€	-38,90 T€	-7,8%
EBITDA-Marge in %	2,3%	2,1%	-0,2%	-10,3%
Jahresergebnis in T€	-40,50 T€	-238,30 T€	-197,80 T€	488,4%

Die Krankenhaus Bad Arolsen GmbH zeigt im Jahr 2014 durch das weiter negative Ergebnis eine negative Umsatzrendite von -1,1 %. In dem jeweiligen Jahresergebnis sind jedoch periodenfremde Effekte enthalten, die den Vorjahresvergleich verzerren. Durch die Eliminierung von Steuern und Finanzierungskosten, aber auch den neutralen Aufwendungen und Erträgen wird der Vergleich der Ertragskraft aussagefähiger.

Werden aus dem Ergebnis auch die Abschreibungen herausgerechnet (bereinigter EBITDA) und ins Verhältnis zum Umsatz gesetzt, ergibt sich die EBITDA Marge. Generell gilt: Je höher die EBITDA-Marge ausfällt, desto besser. Unternehmen mit einer hohen Ertragskraft weisen eine EBITDA-Marge von 15 % auf, Margen von weniger als 5 % gelten als wenig rentabel. Die EBITDA-Marge der Krankenhaus Bad Arolsen GmbH sinkt von 2,3 % auf 2,1 %. Vergleicht man diese Werte mit den durchschnittlichen EBITDA-Margen von Krankenhäusern verschiedener Trägerschaft, so liegt Bad Arolsen noch über dem Durchschnittswert öffentlich-rechtlicher Häuser.

# Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Im Jahr 2015 sowie in den Folgejahren wird das Ergebnis im Wesentlichen durch die Auswirkungen der jeweils geltenden Tarifverträge sowie die Entwicklung der Leistungsmengen und des Entgeltsystems beeinflusst. Bei immer knapper werdenden personellen Ressourcen sowohl im ärztlichen wie auch im pflegerischen Bereich werden die Krankenhäuser deshalb gezwungen sein, Prozesse weiter zu optimieren und zusätzlich Personal- und Sachkosten weiter zu begrenzen.

Auch wenn es zunehmend schwieriger wird, auf der Kostenseite Optimierungspotenziale zu erschließen, müssen hier alle Anstrengungen unternommen werden, um die Sachkosten durch Preis- und Mengeneffekte zu reduzieren.

Die Basis für eine wirtschaftliche Entwicklung im Krankenhaus Bad Arolsen ist ein konstantes Kerngeschäft, im Wesentlichen beeinflusst durch die seit Jahren kontinuierlich zunehmende CM-Entwicklung der Inneren Medizin. Diese macht 2/3 der Gesamtleistung aus. Zudem ist geplant, die Chirurgie unter Reaktivierung der thoraxchirurgischen Eingriffe wieder zu stabilisieren. Ein Leistungsanstieg ist auch in der Augenheilkunde möglich. Für beide Entitäten wurden die Voraussetzungen für Leistungssteigerungen durch Investitionen geschaffen. Positive Investitionseffekte zeigen sich im Konsiliargeschäft mit den Neurochirurgen und dem Schulterchirurg, die beide das breite Leistungsspektrum der Unfallchirurgie, Endoprothetik und der Allgemein- und Viszeralchirurgie sinnvoll ergänzen.

Die entscheidenden Handlungsfelder sind für 2015 eine weitere Spezialisierung, der Ausbau der Kooperationen mit dem Klinikum Kassel und den niedergelassenen Ärzten, die weitere Prozessoptimierung und die Finanzierung innovativer, patientengerechter und wettbewerbsfähiger Infrastrukturen.

Die Ertragslage des Krankenhauses Bad Arolsen ist in der Planung 2015 stabil, was insbesondere auf eine Steigerung des Umsatzes zurückzuführen ist. Die Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen wurden in der Planung 2015 gegenüber den Ist-Erlösen 2014 um 3,3 % gesteigert. Der Anstieg des Umsatzes kann somit die steigenden Personal- und Sachkosten ausgleichen, sodass für das Geschäftsjahr 2015 ein Gewinn in Höhe von T€ 134,5 Euro erwartet wird.

### Korruptionsprävention

Mit Wirkung zum 30. März 2009 wurde vom Gesamtvorstand der Gesundheit Nordhessen Holding AG (GNH) eine konzernweite Organisationsanweisung (OA) zur Korruptionsprävention erlassen. Um präventiv das Strafbarkeitspotential zu reduzieren, wurden die zu beachtenden Grundprinzipien (Trennungs-, Transparenz- und Genehmigungsprinzip, Dokumentations- und Äquivalenzprinzip) den Beschäftigten erläutert. Der Ethik und Verhaltenskodex des Bundesministeriums des Innern wurde auf die Gesellschaft adaptiert. Ferner wurde das Verhalten im Korruptionsfall inkl. eines Maßnahmenkataloges nach dolosen Handlungen definiert. Die Richtlinie zur Korruptionsprävention erkennt an, dass ein Korruptionsverdacht auch gegen Mitglieder des Vorstandes entstehen kann und regelt die einzuleitenden Maßnahmen analog zu den Beschäftigten der Gesellschaft. Dies erfolgt unter Beteiligung der Personalvertretung. Zum 01. Juli 2009 wurde die in der Richtlinie geforderte Bestellung eines/einer Anti-Korruptionsbeauftragten (AKB) vollzogen und eine AKB ernannt. Wesentliche Aufgabe der AKB ist die Sensibilisierung für die Themen Korruption und Vorteilsannahme durch Aufklärung und Beratung von Beschäftigten aller Gesellschaften der Holding. Es wurde ein separates Email-Postfach eingerichtet, auf das nur die AKB und deren Vertretung Zugriff hat. Über das Intranet wurden die Aufgaben und die Kontaktdaten der AKB den Beschäftigten bekanntgegeben.

Seit Einführung der oben genannten Richtlinie erfolgten überwiegend telefonisch durchgeführte Beratungsgespräche zu fremdfinanzierten Reise- und Fortbildungskosten. In Zusammenhang mit einem Mitarbeiter/Mitarbeiterin der Krankenhaus Bad Arolsen GmbH hat sich nach Erkenntnissen der AKB in 2014 kein Korruptionsverdacht ergeben.

Im Dezember 2013 erfolgte die erste Berichterstattung für die Jahre 2009 bis 2013 an den Vorstand der GNH. Die Folgeberichterstattung ist für das 1. Halbjahr 2016 eingeplant.

# Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2014 hat die Stadt Kassel an die Krankenhaus Bad Arolsen GmbH keinen Zuschuss geleistet.

### Ohr- und Hörinstitut Bad Arolsen GmbH (GNH)

Sitz: Bad Arolsen

Handelsregister: Amtsgericht Korbach, HRB 1458

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Betrieb einer Einrichtung in der Krankenhaus Bad Arolsen GmbH zur

ambulanten und stationären interdisziplinären Differentialdiagnose und

Therapie von HNO- und psychosomatischen Erkrankungen und die Erbringung

krankenhausspezifischer Leistungen.

Eigentümer: KKJG Vermögensverwaltungs GmbH 60 %

Krankenhaus Bad Arolsen GmbH 40 %

<u>Kapitalangaben:</u> Stammkapital 50.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 27. Oktober 2008

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> sb+p Strecker Berger + Partner mbB, Kassel

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Prof. Dr. Hesse

### Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	1.874,08	1.606,78
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	333,15	298,9
Bilanzsumme	TEUR	579,96	619,19
Investitionen	TEUR	11,73	12,6
Fremd-Darlehen	TEUR	0,00	0,00
Personal	Anzahl	11,00	11,00
Eigenkapitalquote	%	68,1	72,07
Cash flow DVFA	TEUR	285,2	258,6
Gesamtverschuldung	%	31,71	27,93
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	170,37	146,07
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,43	0,48

# Lagebericht

Im zurückliegenden Geschäftsjahr entwickelte sich wie bereits in einigen Vorjahren (2011 und 2012) der tendenzielle Trend einer geringen Gewinnminimierung trotz leicht gesteigertem Umsatz.

Nach 6 Jahren Geschäftstätigkeit ist der hervorragende Ruf in der interdisziplinären Behandlung von Patienten mit Hörstörungen, Tinnitus, Hyperakusis und Schwindel gefestigt, die Klinik nach wie vor eine der ersten Fachadressen bundes-, wenn nicht europaweit.

Der hohe Diagnostik- und Therapiestandard, die hervorragend ausgestatteten Räumlichkeiten und vor allem das sehr gut auf einander eingespielte Team fördern die Anziehungskraft der Klinik und führen zu einer sehr hohen Patientenzufriedenheit. Wie in den Jahren zuvor sind die im internen QM erfassten Therapieerfolge mit hoher Effektstärke im Vergleich zu anderen Kliniken herausragend, die Bewertungen in entsprechenden Internetportalen extrem gut. In den Ärztebewertungsportalen gilt die Klinik als "Top-Adresse", z. B. in der Focusliste als eine von 20 führenden HNO-Adressen in Deutschland.

Die Zusammenarbeit mit den anderen Abteilungen des Krankenhauses funktioniert weiterhin hervorragend, die eigene Konsiliartätigkeit wurde gesteigert, weil zunehmend im Haus auch nachgefragt. Chef- und Oberarzt sind häufig auf Vorträgen im In- und Ausland und publizieren regelmäßig – der Bekanntheitsgrad der Klinik wird dadurch hoch gehalten und die kontinuierliche Belegung gesichert.

### Analyse des Geschäftsverlaufes

### Ambulanz:

Der Umfang der Ambulanztätigkeit konnte annähernd auf dem hohen Niveau des Vorjahres gehalten werden, allerdings sanken die Einnahmen um 15.000 €. Hauptursache ist eine Zunahme der Behandlung ambulanter GKV-Patienten, die nur mit dem einfachen GOÄ-Satz abgerechnet werden, während bei Privatpatienten Steigerungsfaktoren angesetzt werden. Besonders die umfangreiche und qualitativ hochwertige Gleichgewichtsdiagnostik hat hieran großen Anteil.

#### Stationär:

Die Belegung lag 2014 wieder über 100 % (105,4%) und damit leicht über dem Vorjahr. Der Anteil an BG-Patienten nahm 2014 auf aktuell etwas über 20 % zu, beihilfeberechtigte Patienten reduzierten sich auf ca. 40 %. Die Steigerung der BG-Patienten beruht wesentlich auf einer hohen BG-Belegung im Dezember, bedingt durch für BG-Patienten wesentlich längere Wartezeiten. In den für die Klinikbelegung 2014 sehr ungünstig fallenden Weihnachtsfeiertagen wurde deshalb mehr Wert darauf gelegt, diese Warteliste abzubauen.

Relativ verringern sich dadurch die Einnahmen leicht, denn es können für BG-Patienten keine GOÄ-Abrechnungen erhoben werden; insgesamt konnte der Umsatz dennoch im Vergleich zu 2013 moderat um 35.000 € gesteigert werden.

Die Summe der Erlösschmälerungen ist mit 2.200 € (Vorjahr 1.800 €) sehr überschaubar, bedingt durch Anpassungen im Abrechnungssystem und ein gut funktionierendes Mahnwesen.

2014 war wiederum an keinem Tag ein Bett nicht belegt. Ein Problem stellt weiterhin die lange Wartezeit dar, die mehr als 5 Monate, für BG-Patienten mehr als 9 Monate beträgt. Wie in den Vorjahren resultiert die Belegung über 100 % aus der Möglichkeit, zusätzlich vereinzelt Patienten auf der Privatstation des Krankenhauses Bad Arolsen aufzunehmen. Eine weitere Steigerung ist nach wie vor ohne bauliche Aufstockung und damit eine Erhöhung der Bettenzahl nicht möglich.

Das Rohergebnis II (Rohergebnis nach Abzug des Personalaufwands) liegt bei annähernd 40 % der Umsatzerlöse. Das EBITDA beträgt 2014 rd. 316 T€ und liegt damit geringgradig niedriger als im Vorjahr (rd. 348 T€), die EBITDA-Marge bleibt bei annähernd 20 %.

Die Kostensteigerungen konnten nicht voll aufgefangen werden, größere Investitionen mussten außer einigen neuen Rechnern nicht vorgenommen werden. Kosten entstanden jedoch für notwendige Renovierungen der Räume durch Maler- und Schreinerarbeiten.

# Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Wie in den Vorjahren ist die Akzeptanz bei Kostenträgern konstant gut, die Klinik wird häufig direkt von den Krankenversicherungen empfohlen. Mit den Berufsgenossenschaften, besonders der Holz- und Metall BG gibt es gemeinsame Projekte, die die Klinik auch dort als erste Anlaufstelle gelten lassen. Die Klinik gilt hier als Berater, für Therapieempfehlungen wird ihr hohe Kompetenz zugesprochen. Selten werden Kostenübernahmen nicht genehmigt, Verlängerungsanträge werden in aller Regel positiv beschieden; auch Krankenversicherungen, die vorher keine Kostenzusagen gegeben haben, tun dies jetzt regelmäßig.

Der Bekanntheitsgrad der Klinik ist sehr hoch, die therapeutische Wirksamkeit der stationären Klinikbehandlung ist hervorragend und wird kommuniziert. In Bewertungspotentialen wird die Klinik weiterhin mit großem Abstand besser bewertet als 25 Vergleichskliniken. In den Ärztelisten (Focus, "Die besten Ärzte Deutschlands") wird der Chefarzt aufgeführt, was dem Renommee der Klinik bundesweit und darüber hinaus dient.

Die fundierte Diagnostik der Ambulanz für Hör- und Gleichgewichtsstörungen macht die Klinik zur beliebten und oft letzten Anlaufstelle für Patienten und für HNO-Ärzte. Die leitenden Ärzte sind auch in der Fortbildung und in Leitlinienkommissionen aktiv, der Bekanntheitsgrad bleibt unverändert hoch.

Um weiteres Wachstum zu generieren, wurde eine moderate Erweiterung der Kliniktätigkeit zwar diskutiert, aber noch nicht umgesetzt. Hieran muss weiter gearbeitet werden.

Der Verlust von Patienten, die wegen zu langer Wartezeiten in andere Kliniken gehen, könnte nur durch Erweiterungsmaßnahmen gestoppt werden. Ob diese Entscheidungsblockade innerhalb der GNH für 2016 aufgelöst werden kann, wäre zu hoffen, bleibt aber abzuwarten.

Die Zahlungsmoral der Patienten ist generell weiterhin gut, nur wenige Forderungen müssen abgeschrieben werden, derzeit sind noch drei Forderungen im anwaltlichen Mahnverfahren.

Die Geschäftsentwicklung des Unternehmens ist weiterhin sehr positiv, alle Betten können regelmäßig belegt werden, freie Therapieplätze können umgehend vergeben werden. Die Ambulanztätigkeit ist ebenfalls konstant. Der Gewinn 2014 ist allerdings nach Steuern um 29.000 € geringer ausgefallen als 2013, wesentlich bedingt durch höhere Personalkosten.

2015 fallen einige Renovierungsarbeiten an, größere Investitionen sind wohl nicht erforderlich. Der Gesamtumfang wird bei ca. 45.000 € liegen.

# Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2014 hat die Stadt Kassel an die Ohr- und Hörinstitut Bad Arolsen GmbH keinen Zuschuss geleistet.

### Kreiskliniken Kassel GmbH (GNH)

Sitz: Kassel

<u>Handelsregister:</u> Amtsgericht Kassel, HRB 6651

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Gegenstand des Unternehmens sind der Betrieb und die Unterhaltung von

Krankenhäusern, insbes. der Häuser in Helmarshausen, Hofgeismar und Wolfhagen sowie der damit verbundenen sonstigen Nebeneinrichtungen und

Hilfsbetriebe.

Die Gesellschaft bezweckt die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens im Rahmen des jeweils gültigen Krankenhausplans des Landes Hessen durch stationäre, teilstationäre und im zugelassenen Umfang durch ambulante

Untersuchung, Behandlung und Versorgung von Patienten.

<u>Eigentümer:</u> Gesundheit Nordhessen Holding AG 100 %

<u>Kapitalangaben:</u> Stammkapital 9.629.200 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 18. Januar 2005

Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge mit Gesundheit Nordhessen

Holding AG

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> sb+p Strecker Berger + Partner mbB, Kassel

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Dr. Gerhard M. Sontheimer (bis 31.12.2014)

**Bernd Tilenius** 

Aufsichtsrat (oder Beirat):

Bürgermeister Jürgen Kaiser, Kassel (bis 30.09.2014) Oberbürgermeister Bertram Hilgen (ab 01.10.2014)

Uwe Schmidt, Helsa Dr. Jürgen Barthel, Kassel

Anne Janz, Kassel Heinz Schmidt, Kassel Birgit Dilchert, Fritzlar Elke Engelbracht, Warburg Reinhard Herwig, Hofgeismar Gertrud Lakebrink, Wolfhagen

### Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	31.704,23	26.711,06
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	-2.862,5	-5.428,3
Bilanzsumme	TEUR	15.504,87	15.843,40
Investitionen	TEUR	296,8	112,0
Fremd-Darlehen	TEUR	0,00	0,00
Personal	Anzahl	318,39	274,38
Eigenkapitalquote	%	62,1	60,8
Cash flow DVFA	TEUR	-2.696,7	-4.670,7
Gesamtverschuldung	%	11,06	10,06
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	99,58	97,35
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,65	0,72

# Lagebericht

Die Kreiskliniken Kassel GmbH hat zum 01. Januar 2005 mit Kaufvertrag vom 14. Dezember 2004 die Krankenhausbetriebe in Hofgeismar, Helmarshausen und Wolfhagen zu einem Kaufpreis von T€ 9.577,1 erworben. Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb von Krankenhäusern der Grundversorgung. Sie erfüllen die Aufgaben von Krankenhäusern der Grund- und Regelversorgung nach dem Krankenhausbedarfsplan des Landes Hessen. Die Kliniken Hofgeismar und Wolfhagen sind unabdingbare Notfallstandorte in der Region. Die Klinik Helmarshausen war ergänzender Notfallstandort.

Auf dem Gelände der Kreisklinik Hofgeismar ist eine Außenstelle der psychiatrischen Einrichtung Bad Emstal sowie eine Dialysepraxis angegliedert. Eine tagesklinische Betreuung psychisch Kranker ist ebenfalls in Hofgeismar ansässig. Auf dem Gelände der Klinik in Wolfhagen befinden sich sämtliche Praxen der als Belegärzte am Ort tätigen Fachärzte, Gynäkologie, Urologie und HNO. In beiden Kliniken sind die Ärztlichen Bereitschaftsdienstzentralen der KV Hessen für die Region Hofgeismar bzw. das Wolfhager Land integriert und etabliert.

Als Gesundheitsdienstleister der Grundversorgung bieten die beiden Kreisklinken ein umfassendes Spektrum der medizinischen, pflegerischen und therapeutischen Versorgung an. Die medizinischen Leistungen werden auf höchstem Niveau angeboten und unterliegen einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess.

Moderne Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen benötigen eine zeitgemäße und zweckmäßige Infrastruktur. Nur wenn durch bestmögliche bauliche Strukturen und technische Voraussetzungen alle Abläufe reibungslos funktionieren, können sich Ärzte und Pflegekräfte ganz auf ihre Arbeit konzentrieren. Durch die angestrebte Profitabilität jedes Krankenhauses und jedes Fachbereiches soll die Investitionsfähigkeit gesichert und damit eine wirtschaftliche Struktur geschaffen werden.

Gesundheit und Wohlbefinden der Menschen, die sich den Kreiskliniken anvertrauen, haben oberste Priorität. Würde, Respekt und Selbstbestimmungsrecht bilden nach dem Leitbild die Basis der Patienten- und Mitarbeiterbeziehung. Diagnostik, Pflege und Therapie auf höchstem Niveau bieten Sicherheit und schaffen Vertrauen.

Mitarbeiter und Patientenzufriedenheit sind untrennbar miteinander verbunden. Motivierte und qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ein zentraler Erfolgsfaktor.

Sozialverantwortliche Unternehmenspolitik ist der Kreisklinken Kassel GmbH ein großes Anliegen. Es werden qualifizierte Arbeits- und Ausbildungsplätze angeboten und nach Möglichkeit auch langfristig gesichert. Partnerschaften und Kooperationen mit niedergelassenen Ärztinnen, Ärzten und anderen Leistungserbringern haben einen hohen Stellenwert. Dem werden die Kliniken zukünftig im Rahmen der Ausbildung ihrer Gesundheits- und Krankenpflegekräfte noch stärker gerecht, indem diese Ausbildung von externen Ausbildern in die Obhut der Gesundheit Nordhessen Holding AG verlagert wird und sämtliche Auszubildenden von der anerkannt hohen Qualität und Reputation der beiden unternehmenseigenen Schulen in Kassel und Bad Arolsen profitieren. So wird die frühzeitige Bindung der Nachwuchskräfte in die Kreiskliniken noch besser gelingen.

Die Krankenhäuser in Wolfhagen und Hofgeismar streben als Teil eines regionalen Klinikverbundes eine qualitativ hochwertige und umfassende stationäre Versorgung für die im Einzugsgebiet lebende Bevölkerung an. Das derzeitige medizinische Angebot in Wolfhagen und Hofgeismar soll für die Patienten weiter entwickelt und auch ausgebaut werden. Nach einer mit dem hessischen Sozialministerium abgestimmten Zielplanung sollen die vorhandenen, betriebstechnisch veralteten und für die heutige Versorgung nicht angepassten Gebäude in den nächsten Jahren erneuert werden. Durch Industriepartnerschaften werden die zur Patientenbehandlung benötigten medizinischen und technischen Geräte bereits auf einem modernen Standard vorgehalten.

Der seit Jahren bestehende und zunehmende Kostendruck im Gesundheitswesen, der wesentlich von den gesetzlichen Rahmenbedingungen, der demographischen Entwicklung und den stetig komplexeren und kostenintensiveren Verfahren in Diagnostik und Therapie ausgeht, zwingt Krankenhäuser zur Leistungs- und Kostenanpassung und zur konsequenten Nutzung von Synergieeffekten. Mit modernen und leistungsfähigen Strukturen wird den aktuellen Herausforderungen und dem steigenden Wettbewerb zwischen den Krankenhäusern begegnet.

Hierzu müssen alle Krankenhausstandorte und Fachbereiche nachhaltig wirtschaftlich geführt werden. Quersubventionierungen zwischen Standorten oder Fachabteilungen sind im begrenzten Maße, aber nicht dauerhaft möglich. Der Weg zu weiterer Effizienzsteigerung muss über alle Ansätze der Leistungsausweitung (ambulant, stationär, durch Kooperationen und Spezialisierung) und Kostenreduktion – auch durch Leistungsanpassungen – gesucht werden. Der wirtschaftliche Umgang mit allen Ressourcen von der Energie, über das Verbrauchsmaterial bis hin zur Arbeitszeit, ist von Geschäftsführung und Mitarbeitern sicherzustellen.

### Analyse des Geschäftsverlaufs

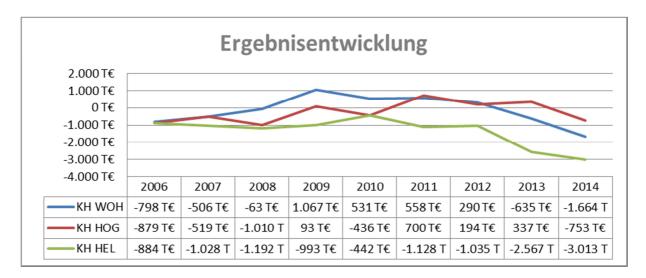
Der Jahresfehlbetrag in Höhe von T€ 5.430 (VJ: Jahresfehlbetrag T€ 2.864) wird erheblich durch die Remanenzkosten für die Schließung des Standortes Helmarshausen in Höhe von T€ 3.013,4 belastet. Der ausgewiesene Jahresfehlbetrag beinhaltet ebenso die Rückstellung für die Rückzahlung an die Mitarbeiter aus dem Zukunftssicherungsvertrag in Höhe von T€ 342,0 (VJ: T€ 386,0). Dieser Rückzahlungsanspruch wird aus den konzernweiten Überschüssen abgeleitet, die zu 50 % auch an Gesellschaften mit neutralem oder negativem Ergebnis ausgeschüttet werden. Im Umkehrschluss bedeutet diese Situation für die Kreisklinken, dass aktuell auch ohne Berücksichtigung der Remanenzkosten der Zukunftssicherungsvertrag nicht ausreicht, um ein ausgeglichenes Jahresergebnis zu erzielen.

Die Analyse der einzelnen Krankenhäuser zeigt, dass keiner der drei Klinikstandorte in 2014 ein positives Ergebnis erzielen konnte. Im Krankenhaus Wolfhagen ist seit drei Jahren – auch durch Personalgewinnungsprobleme bei den Chefärzten – ein negativer Trend zu erkennen.

Im Krankenhaus Hofgeismar konnte das positive Ergebnis aus 2013 nicht wiederholt werden. Während sich die chirurgische Hauptabteilung in dem hoch kompetitiven Markt mit drei anderen ambulant und stationär an anderem Ort versorgenden Chirurgen auf dem früheren Niveau behauptet, fehlten in der Inneren Medizin nach Einstellung der Leistungen im Herzkatheterlabor in Hofgeismar nicht nur die primär kardiologischen Fälle, sondern auch Patienten mit koronaren Herzkrankheiten. Dieser Trend konnte durch intensive Kommunikation mit den niedergelassenen Ärzten mittlerweile gestoppt werden.

Im Kern wird durch die unten grafisch gezeigte Ergebnisentwicklung die Wirkung der politisch gewollten "Lohn-Preis-Schere" sichtbar: Krankenhäuser, die keine überproportionalen Fallzahlanstiege zu verzeichnen haben, geraten unter enormen wirtschaftlichen Druck.

Der bereits Ende 2013 gefasste Beschluss, das Krankenhaus Helmarshausen zu schließen, wurde final zum 31. Mai 2014 umgesetzt. Dadurch sind Schließungskosten angefallen, sodass das negative Ergebnis Helmarshausen in 2014 auf über 3 Mio. € steigt.



Die betrieblichen Erträge und Aufwendungen sind anhand folgender Kennzahlen zu analysieren:

ккк	2013	2014	Veränderung absolut	Veränderung in %
Umsatzerlöse in T€ (Gesamtleistung)	33.914,40 T€	28.386,50 T€	-5.527,90 T€	-16,3%
davon Budgeterlöse	28.481,03 T€	23.687,92 T€	-4.793,11 T€	-16,8%
Bewertungsrelationen	8.862 CM	7.452 CM	-1.410 CM	-15,9%
Case Mix Index	0,732 CMI	0,744 CMI	0,012 CMI	1,6%
Verweildauer	5,40 VD	5,36 VD	-0,04 VD	-0,7%
Fallzahl stationär	12.099 FZ	10.015 FZ	-2.084 FZ	-17,2%
Umsatzerlöse je VK in T€	106,52 T€	103,46 T€	-3,06 T€	-2,9%
Umsatzrendite	-8,4%	-19,1%	-10,7%	126,5%
νκ	318,38 VK	274,38 VK	-44,00 VK	-13,8%
Personalaufwendungen in T€	20.716,80 T€	19.306,10 T€	-1.410,70 T€	-6,8%
Durchschnittliche Personalkosten je VK in T€	65,07 T€	70,36 T€	5,29 T€	8,1%
Personalaufwandsquote	61,1%	68,0%	6,9%	11,3%
Materialaufwendungen in T€	8.540,80 T€	8.017,68 T€	-523,12 T€	-6,1%
Materialaufwandsquote	25,2%	28,2%	3,1%	12,2%
EBITDA in T€	-1.186,40 T€	-4.467,50 T€	-3.281,10 T€	276,6%
EBITDA-Marge in %	-3,5%	-15,7%	-12,2%	349,9%
Jahresergebnis in T€	-2.864,50 T€	-5.430,40 T€	-2.565,90 T€	89,6%

Die Umsatzrendite der Kreiskliniken Kassel GmbH hat sich im Jahr 2014 um -10,7 % auf -19,1 % weiter verschlechtert. In dem jeweiligen Jahresergebnis sind periodenfremde Effekte enthalten, die den Vorjahresvergleich verzerren. Durch die Eliminierung von Steuern und Finanzierungskosten wird ein Vergleich der Ertragskraft von Unternehmen aussagefähiger. Werden aus dem Ergebnis auch die Abschreibungen und periodenfremden Effekte herausgerechnet (bereinigter EBITDA) und ins Verhältnis zum Umsatz gesetzt, ergibt sich die EBITDA-Marge. Generell gilt: Je höher die EBITDA-Marge ausfällt, desto besser. Unternehmen mit einer hohen Ertragskraft weisen eine EBITDA-Marge von 15 % auf, Margen von weniger als 5 % gelten als wenig rentabel. Die negative EBITDA-Marge der Kreiskliniken sinkt von -3,5 % im Jahr 2013 auf -16,7 % im Geschäftsjahr 2014, was auf die großen Einschnitte im vergangenen Geschäftsjahr und den damit noch verbundenen hohen Kosten zurückzuführen ist.

### Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Im Jahr 2015 sowie in den Folgejahren wird das Ergebnis im Westlichen durch die jeweils geltenden Tarifverträge sowie die Entwicklung der Leistungsmengen und des Entgeltsystems beeinflusst. Bei immer knapper werdenden personellen Ressourcen sowohl im ärztlichen wie auch im pflegerischen Bereich werden die Krankenhäuser deshalb gezwungen sein, Prozesse weiter zu optimieren und zusätzlich Kosten weiter zu begrenzen. Auch wenn es zunehmend schwieriger wird, auf der Kostenseite Optimierungspotenziale zu erschließen, müssen hier alle Anstrengungen unternommen werden, um die Sachkosten durch Preis- und Mengeneffekte zu reduzieren.

In beiden Kliniken gilt es zudem, den Generationenwechsel bei den Leistungsträgern und einen Systemwechsel von Beleg- zu Hauptabteilung in der Chirurgie in Hofgeismar zu gestalten. Diese Maßnahmen erfolgen vor einem finanziellen Hintergrund, der sich bei weiter öffnender Lohnpreis-Schere und auch durch angekündigte zusätzliche Eingriffe der Bundespolitik im Hinblick auf die Realisierung von Mindestmengen und Mindestvorhaltungen in den kleinen Krankenhäusern erneut verschärfen wird.

Der Entwicklung kann mittel- und langfristig nur durch eine Strukturanpassung sowie eine auf die Strategie des Klinikum Kassels angepasste engere Zusammenarbeit mit dem Maximalversorger begegnet werden.

Der Geschäftsplan der Kreiskliniken Kassel GmbH weist für das Jahr 2015 einen Verlust von T€ 1.765,0 (VJ:T€ 3.494,5) aus. Diese geplante Ergebnisverbesserung ist auf den Wegfall der Kosten des Standortes Helmarshausen zurückzuführen.

# Korruptionsprävention

Mit Wirkung zum 30. März 2009 wurde vom Gesamtvorstand der Gesundheit Nordhessen Holding AG (GNH) eine konzernweite Organisationsanweisung (OA) zur Korruptionsprävention erlassen. Um präventiv das Strafbarkeitspotential zu reduzieren, wurden die zu beachtenden Grundprinzipien (Trennungs-, Transparenz- und Genehmigungsprinzip, Dokumentations- und Äquivalenzprinzip) den Beschäftigten erläutert. Der Ethik und Verhaltenskodex des Bundesministeriums des Innern wurde auf die Gesellschaft adaptiert. Ferner wurde das Verhalten im Korruptionsfall inkl. eines Maßnahmenkataloges nach dolosen Handlungen definiert. Die Richtlinie zur Korruptionsprävention erkennt an, dass ein Korruptionsverdacht auch gegen Mitglieder des Vorstandes entstehen kann und regelt die einzuleitenden Maßnahmen analog zu den Beschäftigten der Gesellschaft. Dies erfolgt unter Beteiligung der Personalvertretung. Zum 01. Juli 2009 wurde die in der Richtlinie geforderte Bestellung eines/einer Anti-Korruptionsbeauftragten (AKB) vollzogen und eine AKB ernannt. Wesentliche Aufgabe der AKB ist die Sensibilisierung für die Themen Korruption und Vorteilsannahme durch Aufklärung und Beratung von Beschäftigten aller Gesellschaften der Holding. Es wurde ein separates Email-Postfach eingerichtet, auf das nur die AKB und deren Vertretung Zugriff hat. Über das Intranet wurden die Aufgaben und die Kontaktdaten der AKB den Beschäftigten bekanntgegeben.

Seit Einführung der oben genannten Richtlinie erfolgten überwiegend telefonisch durchgeführte Beratungsgespräche zu fremdfinanzierten Reise- und Fortbildungskosten. In Zusammenhang mit einem Mitarbeiter/Mitarbeiterin der Kreiskliniken Kassel GmbH hat sich nach Erkenntnissen der AKB in 2014 kein Korruptionsverdacht ergeben.

Im Dezember 2013 erfolgte die erste Berichterstattung für die Jahre 2009 bis 2013 an den Vorstand der GNH. Die Folgeberichterstattung ist für das 1. Halbjahr 2016 eingeplant.

### Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2014 hat die Stadt Kassel an die Kreiskliniken Kassel GmbH keinen Zuschuss geleistet.

# Seniorenwohnanlagen SWA Kassel GmbH (GNH)

Sitz: Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRB 13146

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Gegenstand der Gesellschaft ist der Besitz und der Betrieb von Altenheimen und

Altenpflegeheimen und der erforderlichen Nebeneinrichtungen und Nebenbetrieb sowie die Bewirtschaftung von Altenwohnanlagen; die Gesellschaft erwarb sämtliche Altenheime, die bisher von der Stadt Kassel

betrieben wurden. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich an anderen

Gesellschaften gleichen, ähnlichen oder verwandten Inhaltes zu beteiligen und solche Gesellschaften zu übernehmen. Sie darf auch alle sonstigen Geschäfte betreiben, die dem Gegenstand des Unternehmens zu dienen geeignet sind und

in dem Rahmen Beteiligungen oder Mitgliedschaften erwerben.

<u>Eigentümer:</u> Gesundheit Nordhessen Holding AG 100 %

<u>Kapitalangaben:</u> Stammkapital 25.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 27. August 2002

Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge mit Gesundheit Nordhessen

Holding AG

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> sb+p Strecker Berger + Partner mbB, Kassel

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Dr. Gerhard M. Sontheimer (bis 31.12.2014)

Wolfgang Schwarz

### Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	8.059,66	7.883,72
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	-633,30	-738,1
Bilanzsumme	TEUR	11.200,14	11.024,53
Investitionen	TEUR	272,41	15,00
Fremd-Darlehen	TEUR	0,00	0,00
Personal	Anzahl	116,60	105,90
Eigenkapitalquote	%	59,3	60,3
Cash flow DVFA	TEUR	-313,4	-570,0
Gesamtverschuldung	%	11,7	11,4
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	69,12	74,44
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,73	0,72

# Lagebericht

Gegenstand der Seniorenwohnanlagen Kassel GmbH ist der Betrieb von Altenpflegeheimen, eines ambulanten Pflegedienstes mit den erforderlichen Nebeneinrichtungen und Nebenbetrieben sowie die Bewirtschaftung von Seniorenwohnungen in Form des "Betreuten Service-Wohnens".

Die Gesellschaft besteht aus den Seniorenwohnanlagen Lindenberg und Fasanenhof mit derzeit zusammen 184 aufgestellten, stationären Altenpflegeplätzen. Die Pflegeeinrichtungen übernehmen die Betreuung von Senioren in 417 Seniorenwohnungen und 39 Eigentumswohnungen. Die Wohnungsverwaltung wird gemäß Vertrag mit der GWG – Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Kassel mbH von der Seniorenwohnanlage Fasanenhof wahrgenommen; die Mieterbuchhaltung wird durch die GWG durchgeführt. Die Pflegeeinrichtungen Fasanenhof und Lindenberg sind so konzipiert, dass sie gleichzeitig auch als Dienstleistungszentrum der gesamten Wohnanlage zur Verfügung stehen.

In den stationären Bereichen besteht neben der vollstationären Pflege auch das Angebot, im Rahmen der Kurzzeitpflege einen bestimmten Zeitraum in der Einrichtung gepflegt zu werden. Dieses ergänzende Angebot richtet sich sowohl an die Bewohner im Betreuten Service-Wohnen der Seniorenwohnungen innerhalb der SWA Kassel GmbH als auch an die Mitbürger aus der Umgebung. Die Seniorenwohnanlage Fasanenhof bietet auch die Möglichkeit, Verhinderungspflege durchzuführen. Hier können pflegebedürftige Angehörige bei Verhinderung der Pflegenden in einem begrenzten Zeitraum stationär versorgt werden. Zur Komplettierung des Leistungsangebotes bietet der ambulante Pflegedienst SWA aktiv seine Leistungen in der Stadt Kassel und ihrer Umgebung an.

Die Seniorenwohnanlagen Kassel GmbH bietet damit ein Leistungsspektrum an, das für sämtliche Pflegedienstleistungen des Lebens im Alter entsprechende Wohn- und Betreuungsmöglichkeiten vorsieht. Der integrative Ansatz von Wohnen und Pflege in einer Einrichtung ist Ziel und Aufgabe der Seniorenwohnanlagen Kassel GmbH. Die Beschäftigten der Seniorenwohnanlagen nehmen dabei ihre Verantwortung wahr, indem sie bestrebt sind, ihre Fachkompetenz auf dem neuesten Stand zu halten, sowie den Pflegeprozess, die Pflegeplanung und die Dokumentation nachvollziehbar zu gestalten. Die Wertschätzung und Akzeptanz gegenüber den in den SWA lebenden Menschen sowie die durch ein Qualitätsmanagementsystem begleitete kontinuierliche Verbesserung der Pflegequalität sind Basis der Seniorenwohnanlagen.

Im Mehrjahresvergleich sind die Leistungszahlen im stationären Bereich rückläufig. Die Entwicklung der Belegung in den ersten zwei Monaten des neuen Geschäftsjahres 2015 bestätigt diesen Trend. Folgende Übersicht zeigt die Leistungsentwicklung der letzten Jahre mit der Zahl der Pflegebedürftigen im stationären Bereich bzw. der Patienten im ambulanten Bereich.

Bereich	2013	2014	Abw.	%
Lindenberg stationär	91,0	88,4	-2,6	-3%
Fasanenhof stationär	67,0	64,3	-2,7	-4%
Betreuungsverträge	425,0	421,0	-4	-1%
ambulanter Dienst	154,0	142,0	-12	-8%

Der Rückgang in der Belegung ist auf eine sich verstärkende Wettbewerbssituation zurückzuführen. Angesichts neuer und preisgünstigerer Einrichtungen der Wettbewerber kommen beide Standorte der SWA stärker unter Belegungsdruck. Hier wirken sich insbesondere das hohe Preisniveau und die vergleichsweise alte Baustruktur der Anlagen mit den nicht mehr zeitgemäßen Wohnungen aus.

## Analyse des Gesellschaftsverlaufes

Der Rückgang der Umsatzerlöse konnte im Wesentlichen durch Einsparungen bei den Personalkosten kompensiert werden. Trotz einer um T€ 187,1 geringeren Gesamtleistung liegt das negative Betriebsergebnis in Höhe von T€ -730,2 sogar T€ 59,9 über dem Vorjahreswert. Der Jahresfehlbetrag zum 31.12.2014 beträgt T€ 773,7.

### **Erfolgsrechnung**

	2014	2014		2013		
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	
Erlöse aus allgemeinen						
9	7.883,8	80,2	8.059,7	90 E	175.0	
Pflegeleistungen				80,5		
übrige betriebliche Erträge	1.943,5	19,8	1.954,7	19,5	-11,2	
Gesamtleistung	9.827,3	100,0	10.014,4	100,0	-187,1	
Personalaufwand	5.663,9	57,6	5.892,1	58,8	-228,2	
Materialaufwand	2.381,3	24,2	2.288,2	22,8	93,1	
Abschreibungen	343,2	3,5	371,0	3,7	-27,8	
Übrige betriebliche Aufwendungen	2.169,1	22,1	2.253,2	22,5	-84,1	
Betriebsaufwand	10.557,5	107,4	10.804,5	107,9	-247,0	
Betriebsergebnis	-730,2	-7,4	-790,1	-7,9	59,9	
Neutrales Ergebnis	-2,3	0,0	155,4	1,6	-157,7	
Finanzergebnis	-5,6	-0,1	1,5	0,0	-7,1	
Ergebnis vor Steuern	-738,1	-7,5	-633,2	-6,3	-104,9	
Steuern	35,6	0,4	-321,1	-3,2	356,7	
Jahresfehlbetrag						
vor Ergebnisabführung	-773,7	-7,9	-312,1	-3,1	-461,6	

Das neutrale Ergebnis wird im Wesentlichen von periodenfremden Erträgen und Aufwendungen bestimmt.

### Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Die SWA Kassel GmbH befindet sich auch im Geschäftsjahr 2015 weiterhin in einer wirtschaftlich äußerst schwierigen Situation. Die Marktlage der SWA in Kassel, die hohen Preise und die unzureichende Wohnqualität in der Einrichtung Fasanenhof haben die Auslastung der Platzkapazitäten weiter sinken lassen. Verstärkt wird die zurückgehende Belegung durch eine überwiegende Nachfrage nach 1-Bett-Zimmern. Die Reduktion der aufgestellten Betten, d.h. die Erhöhung des 1-Bett-Zimmer-Anteils ist eine Reaktion auf diese Marktveränderung.

Bei leicht zurückgehender Belegung und auf Grund gestiegener, tariflich bedingter, Personalkosten wird der Verlust im Jahr 2015 bei 1,188 Mio. Euro liegen.

Bereits im Jahr 2012 kam die Beratungsgesellschaft BAB, welche mit der Konzeption der strategischen Neuausrichtung beauftragt wurde, zu dem Ergebnis, dass u.a. eine wesentliche Reduktion der derzeitigen Löhne zwingende Voraussetzung ist, um eine Neubauinvestition am Fasanenhof in Erwägung zu ziehen. Erst ein solcher Neubau ermöglicht wiederum die Umsetzung moderner Pflegekonzepte. Dieses Konzept konnte jedoch leider nicht weiter verfolgt werden.

In den darauf folgenden beiden Jahren wurde ein strategischer Partner gesucht, der zunächst 49 % der Geschäftsanteile, sowie die operative Geschäftsführung übernimmt. Nach einer europaweiten Ausschreibung haben verschiedene Interessenten das Informationsmemorandum erhalten und nach Analyse der Grunddaten kein Angebot abgegeben.

Seit Mitte des letzten Jahres befindet sich die Geschäftsführung jedoch in Verhandlungen mit einem kirchlichen Träger, der beabsichtigt die Seniorenwohnanlagen zu übernehmen. Nachfolgende Punkte wurden bisher erarbeitet:

- Der neue Betreiber könnte die SWA mit einem strukturellen Defizit von 600.000 bis 800.000 Euro betreiben.
- Die Übertragung des Geschäftsbetriebes eröffnet eine realistische Chance alle Arbeitsplätze der SWA zu erhalten.
- Durch einen firmeneigenen Verbandstarif / TV Soziales ist das Lohn- und Gehaltsniveau über einen Zeitraum von 3 Jahren um die Höhe des strukturellen Defizits abzusenken.
- Innerhalb der Übergangszeit verpflichtet sich die GNH AG die geplanten Verluste als negativen Kaufpreis zu übernehmen.
- Der neue Träger wird in die betriebliche Altersversorgung der ZVK einsteigen.

Die Geschäftsführung wurde deshalb im Aufsichtsrat vom 17.12.2014 beauftragt Verhandlungen mit dem Tarifvertragspartner aufzunehmen. Die Sondierungsgespräche sind im März 2015 terminiert.

# Korruptionsprävention

Mit Wirkung zum 30. März 2009 wurde vom Gesamtvorstand der Gesundheit Nordhessen Holding AG (GNH) eine konzernweite Organisationsanweisung (OA) zur Korruptionsprävention erlassen. Um präventiv das Strafbarkeitspotential zu reduzieren, wurden die zu beachtenden Grundprinzipien (Trennungs-, Transparenz- und Genehmigungsprinzip, Dokumentations- und Äquivalenzprinzip) den Beschäftigten erläutert. Der Ethik und Verhaltenskodex des Bundesministeriums des Innern wurde auf die Gesellschaft adaptiert. Ferner wurde das Verhalten im Korruptionsfall inkl. eines Maßnahmenkataloges nach dolosen Handlungen definiert. Die Richtlinie zur Korruptionsprävention erkennt an, dass ein Korruptionsverdacht auch gegen Mitglieder des Vorstandes entstehen kann und regelt die einzuleitenden Maßnahmen analog zu den Beschäftigten der Gesellschaft. Dies erfolgt unter Beteiligung der Personalvertretung. Zum 01. Juli 2009 wurde die in der Richtlinie geforderte Bestellung eines/einer Anti-Korruptionsbeauftragten (AKB) vollzogen und eine AKB ernannt. Wesentliche Aufgabe der AKB ist die Sensibilisierung für die Themen Korruption und Vorteilsannahme durch Aufklärung und Beratung von Beschäftigten aller Gesellschaften der Holding. Es wurde ein separates Email-Postfach eingerichtet, auf das nur die AKB und deren Vertretung Zugriff hat. Über das Intranet wurden die Aufgaben und die Kontaktdaten der AKB den Beschäftigten bekanntgegeben.

Seit Einführung der oben genannten Richtlinie erfolgten überwiegend telefonisch durchgeführte Beratungsgespräche zu fremdfinanzierten Reise- und Fortbildungskosten. In Zusammenhang mit einem Mitarbeiter/Mitarbeiterin der Seniorenwohnanlagen SWA Kassel GmbH hat sich nach Erkenntnissen der AKB in 2014 kein Korruptionsverdacht ergeben.

Im Dezember 2013 erfolgte die erste Berichterstattung für die Jahre 2009 bis 2013 an den Vorstand der GNH. Die Folgeberichterstattung ist für das 1. Halbjahr 2016 eingeplant.

# Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2014 hat die Stadt Kassel an die SWA Seniorenwohnanlagen GmbH keinen Zuschuss geleistet.

## Reha-Zentrum im Klinikum Kassel GmbH (GNH)

Sitz: Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRB 13145

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Betrieb einer Tagesklinik für Rehabilitation und Prävention, die Durchführung

physikalischer Therapie, Krankengymnastik, Massagen, Komplextherapie und Rehabilitationsmaßnahmen aller Art sowie medizinische Trainingstherapie und Präventionsprogramme. Darüber hinaus sonstige Geschäfte und Maßnahmen,

die der Erreichung des Gesellschaftszwecks zu dienen geeignet sind.

Eigentümer: Gesundheit Nordhessen Holding AG 100 %

<u>Kapitalangaben:</u> Stammkapital 25.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 27. August 2002

Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge mit Gesundheit Nordhessen

Holding AG

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> sb+p Strecker Berger + Partner mbB, Kassel

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Dr. Gerhard M. Sontheimer (bis 31.12.2014)

Dr. Werner Brand

<u>Prokurist:</u> Harald Geipel

#### Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	2.996,8	3.193,6
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	96,9	117,9
Bilanzsumme	TEUR	948,32	962,31
Investitionen	TEUR	12,3	17,5
Fremd-Darlehen	TEUR	0,00	0,00
Personal	Anzahl	50,49	51,77
Eigenkapitalquote	%	66,09	65,12
Cash flow DVFA	TEUR	63,9	175,5
Gesamtverschuldung	%	33,9	34,9
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	59,35	61,69
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,87	0,89

# Lagebericht

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer ambulanten Tagesklinik für Rehabilitation und Prävention zur Durchführung physikalischer Therapien wie z. B. Krankengymnastik, Massagen, Komplex-Therapien und ambulanter kardiologischer Rehabilitationsmaßnahmen sowie medizinischer Präventionsprogramme. Die Gesellschaft erbringt die ambulanten Leistungen überwiegend im Gesundheitszentrum Wilhelmshöher Allee. Die stationäre Physiotherapie wird überwiegend in der Klinikum Kassel GmbH erbracht. Sowohl die zentrale Lage als auch die enge Anbindung an das Akutkrankenhaus stellen einen Vorteil für die Patienten dar.

Durch die Erbringung von stationären physiotherapeutischen Leistungen im Klinikum Kassel erfolgt eine schnelle Überleitung und fachliche Übergabe in den ambulanten Bereich des Reha-Zentrums.

Neben den genannten physiotherapeutischen Therapieangeboten werden ambulante ergotherapeutische Behandlungen im Ludwig-Noll-Krankenhaus durchgeführt.

### **Rehabilitation**

Die gesundheitliche Versorgung gliedert sich gegenwärtig in drei wesentliche Bereiche: Die Primärversorgung (ambulante Behandlung durch niedergelassene Ärztinnen und Ärzte), die Akutversorgung (stationäre Versorgung im Krankenhaus) und die Rehabilitation. Ob nach einem Schlaganfall oder nach einem Herzinfarkt, nach einer Tumorentfernung oder einer Hüftoperation – es gibt eine Reihe medizinischer Eingriffe, die eine systematische und umfassende Rehabilitation erfordern. Ihr Ziel ist es, die Patientin oder den Patienten bei der Wiedererlangung oder dem Erhalt körperlicher, beruflicher oder sozialer Fähigkeiten zu unterstützen.

Ziel der Reha-Zentrum im Klinikum Kassel GmbH ist es, die Beeinträchtigungen und Einschränkungen abzuwenden, die sich als bleibende Folge von chronischen Erkrankungen oder Unfällen einstellen könnten. Hierzu erfolgt eine enge Zusammenarbeit mit Rentenversicherungen, Krankenkassen und insbesondere den Krankenhäusern sowie den niedergelassenen Ärzten in der Region.

Als Grundlage für den Aufbau einer gemeinsam zu nutzenden, bedarfsgerechten ambulanten Rehabilitationsstruktur haben die Spitzenverbände der Krankenkassen, Rentenversicherungen und Unfallversicherungen auf Ebene der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR) die Rahmenempfehlungen zur ambulanten Rehabilitation für unterschiedliche Indikationsgebiete entwickelt. Die Durchführung der Rehabilitation und das angewandte Therapiekonzept basieren auf diesen Rahmenempfehlungen.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der ambulanten Rehabilitation haben sich zunehmend verschlechtert. Die größten Kostenträger, die gesetzlichen Renten- und Krankenversicherungen, erstatten die tatsächlichen Kosten und Kostensteigerungen nur ungenügend. Das seit Gründung der Gesellschaft defizitäre Segment der ambulanten Rehabilitation erfährt durch die Vorgaben der Rentenversicherungen und Krankenkassen (Mindestvorhaltungen von Räumen und Personal sowie zusätzlichen Leistungen, von der Ernährungsberatung bis zu psychologischen Betreuung) einen erheblichen Kostenauftrieb.

Wenngleich der Reha-Sektor ein unterfinanzierter Bereich ist, kann er doch einen Wachstumsmarkt darstellen, der sich durch Kooperationen und weitere Qualitätsverbesserungen im Rahmen der Gesundheit Nordhessen Holding AG erschließen lässt.

Es muss deshalb auch in den nächsten Jahren das Ziel sein, Patienten und einweisende Ärzte durch eine qualitativ hochwertige Rehabilitation mit hoher Ergebnisqualität von der wohnortnahen ambulanten Rehabilitation zu überzeugen. Um diese hohe Qualität zu standardisieren und sich damit am Markt gegenüber den Mitbewerbern zu behaupten, wird im kommenden Jahr der regelmäßige QM-Zirkel weiter durchgeführt und eine Zertifizierung des Rehabilitationssektors angestrebt.

# <u>Ambulante Leistungen (Heilmittel)</u>

Aus dem Sozialgesetzbuch (SGB V) besteht für alle Versicherten der Anspruch auf Versorgung mit Heilmitteln. Zu den Heilmitteln gehören u. a. Maßnahmen der Physikalischen Therapie und der Ergotherapie, für die die Gesellschaft mit allen Krankenkassenverbänden, privaten Krankenversicherungen und Berufsgenossenschaften Zulassungen hat.

Für das Reha-Zentrum stellt sich die Problematik der im Vergleich zu den Erlössteigerungen, schneller steigenden Personalkosten als immer größeres Problem dar.

Die durchschnittlichen Personalkosten der Therapeuten (ohne Ärzte, Verwaltung) lagen 2014 bei 31,36 Euro pro Stunde. Die allgemeine Krankengymnastik mit einer Dauer von bis zu 20 Minuten wird von den Primärkassen mit 15,14 Euro vergütet. Die manuelle Therapie (20 Minuten) immerhin mit 16,84 Euro. Wird jetzt noch berücksichtigt, dass annähernd 10 % der Rezepte durch eine vom Patienten verursachte Unterbrechung der Behandlungsintervalle nachbearbeitet oder gar storniert werden müssen und auch die Kosten der Verwaltung sowie die Betriebskosten (Miete, Nebenkosten, Ausstattung) zu tragen sind, müsste jeder Therapeut pro Stunde bis zu vier Patienten behandeln. Aus medizinischer und organisatorischer Sicht ist dies nicht vertretbar.

Während also der Deckungsbeitrag pro Leistung sinkt, wird die Abrechnung mit den Krankenkassen zunehmend bürokratischer. Die Abrechnung des Reha-Zentrums muss diesem Umstand Rechnung tragen und die Informationen in enger Kooperation mit den niedergelassenen Ärzten selbst einholen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde deshalb damit begonnen, das Leistungsangebot stärker auf hochwertigere Leistungen zu verlagern. Dabei wird die Balance zwischen den für Patienten notwendigen aber unterfinanzierten Behandlungsmethoden und Gruppentherapien gewahrt. Weiterhin wurde das Behandlungsangebot um ergänzende Therapiemethoden, die als Selbstzahlerleistungen vom Patienten in Anspruch genommen werden können, erweitert. Dem Therapeuten kommt jetzt mehr als zuvor die Rolle des Therapieplaners zu. In Zusammenarbeit mit dem Patienten müssen Behandlungskonzepte erarbeitet werden, die über die verordnungsfähigen Leistungen der Ärzte hinausgehen.

# **Prävention**

Das medizinische Gerätetraining zur Vorsorge von Krankheiten des Bewegungs- und Stützapparates ist eine reine Selbstzahlerleistung. In diesem Rahmen bietet das Rehazentrum Mitgliedschaften inklusive der Teilnahmemöglichkeit an Gesundheitskursen an.

Im Zuge der betrieblichen Gesundheitsförderung wurde in Zusammenarbeit mit der GNH und der Mitarbeitervertretung das Projekt "alternsgerechtes Arbeiten – fit4job" erfolgreich im Reha-Zentrum weiter umgesetzt. Die Beschäftigten der Gesundheit Nordhessen Holding AG können am individuellen Präventionstraining im Reha-Zentrum teilnehmen. Beschäftigte über 50 Jahre erhalten ein zusätzliches Anreizsystem, das bei regelmäßigem Training eine Anrechnung von Zeitguthaben auf das Arbeitszeitkonto vorsieht. Das Projekt wird von Seiten der Holding subventioniert und konnte – aufgrund des Erfolges – um ein weiteres Jahr verlängert werden.

# Stationäre Physiotherapie

Durch die Umstellung der pauschalen Vergütung auf Einzelabrechnungen zu Preisen der Kostenträger ist dieses Segment nicht nur das umsatzstärkste, sondern das einzige mit positiven Deckungsbeiträgen. Mit der Einführung von Marktpreisen erhält das Klinikum Kassel nicht nur eine hochwertige Qualität, sondern auch Leistungen, die sich entsprechend der Vergütung über die normalen Arbeitszeiten hinaus erstrecken. So wurde die Rahmenarbeitszeit im Rehazentrum erweitert, sodass stationäre Patienten nach Bedarf auch am Wochenende oder zweimal täglich behandelt werden können.

Als Ausbildungsstelle für angehende Physiotherapeuten werden Leistungen im stationären Bereich unter Aufsicht auch von Schülern erbracht. Hier erweist sich die Zuweisung der Schüler von externen Schulen als zunehmend problematisch, da auch die Schulen schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen ausgesetzt sind. Eine enge Zusammenarbeit mit den verbleibenden Ausbildungsstätten und attraktive Rahmenbedingungen für die Schüler und Schülerinnen während ihrer Praxiseinsätze sind notwendig, um die Schüleranzahl im Unternehmen aufrecht zu erhalten.

Im Jahr 2014 konnte die Abrechnungspraxis zwischen Klinikum Kassel und Rehazentrum vertraglich für die nächsten Jahre fest vereinbart werden. Ein langfristiger Leistungsvertrag konnte jedoch nur zu dem Preis verhandelt werden, dass die seit 2013 abgerechneten Konditionen festgeschrieben und erst im Jahr 2015 um die Veränderungsrate nach § 71 Abs.3 SGB V in Höhe von 2,53 % angehoben werden. Dadurch konnten 2014 Leistungen i. H. v. 62.500 Euro weniger als geplant abgerechnet werden.

### Analyse des Geschäftsverlaufs

Gegenüber dem Vorjahr konnte die Gesellschaft ihre Leistungen insgesamt um 3,6 % (VJ: 3,2 %) steigern. Dies ist vor allem auf eine Ausweitung der Mitgliedszahlen im Präventionsbereich und der Anzahl der Patienten in der stationären Physiotherapie zurückzuführen.

Der Präventionsbereich entwickelte sich im letzten Jahr sehr positiv. Durch das auf Holdingebene entwickelte Projekt "alternsgerechtes Arbeiten – fit4job" konnten zum einen die Erlöse aus Mitgliedsbeiträgen fest eingeplant werden, zum anderen steht den Erlösen aber auch eine deutliche Steigerung der Mitgliedszahlen gegenüber, insbesondere in der Kundengruppe "Beschäftigte der GNH".

Bei den Selbstzahlern sind die Patientenzahlen trotz einer Erhöhung der Tarife im Oktober erheblich gestiegen. Hier sind vor allem die Patienten zu nennen, die im Anschluss an ihre ambulante kardiologische oder orthopädische Rehabilitationsmaßnahme das Gerätetraining und Ergometertraining in unserer Einrichtung fortsetzen möchten.

Innerhalb der kardiologischen Rehabilitation und kardiologischen Nachsorge konnten in diesem Jahr eine Steigerung der Leistungszahlen zum Vorjahr von 5,8 % bzw. 14,1 % festgestellt werden. Diesen Trend gilt es im kommenden Jahr zu bestätigen. Der eingeschlagene Weg der strikten Qualitätsorientierung ist konsequent fortzusetzen, um die ambitionierten Planzahlen für das Jahr 2015 zu erreichen.

Im Gegensatz dazu stagniert der Leistungsumfang in der integrierten Versorgung. Die weitere Fortsetzung dieser Behandlungskonzepte ist im kommenden Jahr ebenso wie die Vergütungshöhe zu überdenken. Nachdem Tarifverhandlungen in diesem Bereich gescheitert sind, wurden die IV-Verträge fristgerecht für 2015 gekündigt.

Die unten aufgeführten Leistungszahlen spiegeln die Entwicklung wider.

Leistungen								
GmbH	Standort	NR	Leistungssektor	Ist 2013	Ist per 2014	Abw. abs.	Abw. VJ %	
		1	Station. Physioth.	77.460	80.734	3.274	<b>⇒</b> 4,2%	
R	Möberg	2	Heilmittel, ambul.	12.405	12.922	517	<b>⇒</b> 4,2%	
е		3	Sonderverträge, IV	950	1.355	405	<b>1</b> 42,6%	
h		4	Prävention	7.640	9.017	1.377	<b>18,0%</b>	
а	LNK	5	LNK	3.721	3.990	269	7,2%	
		6	Heilmittel, ambul.	18.995	19.374	379	2,0%	
G		7	Reha Fit	5.482	3.961	-1.521	-27,7%	
m		8	Sonderverträge, IV	996	931	-65	-6,5%	
b		9	Osteopathie	780	518	-262	-33,6%	
н	Willi Allee	10	Cardio Reha	3.178	3.361	183	<b>⇒</b> 5,8%	
		11	Cardio Irena	1.473	1.681	208	<b>1</b> 4,1%	
		12	Ortho Reha (MSR)	8.480	8.762	282	3,3%	
Casalis		13	Ortho Irena	7.446	7.604	158	<b>⇒</b> 2,1%	
		14	EAP	3.210	3.129	-81	-2,5%	
			Reha-Zentrum	133.080	137.844	4.764	⇒ 3,6%	
			Casalis	19.136	19.495	359	<b>⇒</b> 1,9%	
			Gesamt	152.216	157.339	5.123	→ 3,4%	

Die Gesellschaft hat zum 31.12.2014 vor der Ergebnisabführung an die Gesundheit Nordhessen Holding AG mit einem Gewinn von T€ 117,9 (VJ: T€ 92,3) abgeschlossen. Das Ergebnis konnte sich insbesondere durch den ambulanten Bereich nicht weiter positiv entwickeln.

# Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Die Rehabilitation hat im Zuge gesundheitspolitischer Entscheidungen an Bedeutung gewonnen, ohne dass hierfür eine ausreichende Finanzierung zur Verfügung gestellt wird. Ein der Bedeutung der Rehabilitation gerecht werdendes Vergütungssystem konnte in Zeiten steigender Ausgaben im Gesundheitswesen noch immer nicht etabliert werden. Das von den Kostenträgern praktizierte Festhalten an der Veränderungsrate für Erlössteigerungen führt allein auf Grund der Tarifabschlüsse und der allgemeinen Preisentwicklung zu einem erheblichen Kostendruck.

Die Aufgaben der Rehabilitation und deren Anforderungen werden jedoch weiter steigen. Die Patientenzahlen sollen sich gemäß einer Evaluation und vorsichtigen Schätzung des RWI Essen bis 2020 etwa verdoppeln. Eine enge Kooperation zwischen ambulant und stationär tätigen Ärzten und den Leistungsträgern ist weiter erforderlich, um die bestmögliche Rehabilitation der Patienten zu erreichen. Organisatorisch muss es dem System der ambulanten Rehabilitation gelingen, die Angebote besser auf den Bedarf abzustimmen, sodass Patienten nicht zu lange im Krankenhaus verbleiben oder zwischen stationärer Behandlung und Rehabilitationsbeginn zeitliche Lücken entstehen, die den Erfolg der Rehabilitation beeinträchtigen.

Durch die enge Zusammenarbeit mit dem Klinikum Kassel konnte das stationäre Leistungsangebot durch Wochenendarbeit und Doppelbehandlungen von bestimmten Patienten weiter ausgebaut werden. Da die tägliche Verfügbarkeit (auch am Wochenende) von Leistungen der Physiotherapie für Krankenhäuser eine Bedingung der Abrechnung der aufwändigen intensivmedizinischen Komplexbehandlung ist und das Klinikum auf diese bereits etablierte Struktur zurückgreifen kann, wird die Abrechnung der entsprechenden Entgelte durch das Klinikum erst möglich. Durch große Behandlungseinheiten, geringe Wegezeiten und Therapiezeiten von 20 Minuten kann die stationäre Reha noch kostendeckend angeboten werden.

Insbesondere der ambulante Bereich mit komplexen und aufwändigen Vorgaben für die Abrechnung und Therapie leidet verstärkt an der nicht kostendeckenden Finanzierung. Erst bei einer kontinuierlichen Behandlungsfrequenz von vier Patienten pro Stunde könnten die durchschnittlichen Personal- und Sachkosten gedeckt werden.

Vor diesem Hintergrund wird das Reha-Zentrum die Behandlung von der Einzeltherapie auf Gruppentherapien verlagern. Hierfür wurde jede einzelne ambulante Leistung bewertet (Zeit, Kosten, Erlös, Deckungsbeitrag), sodass unwirtschaftliche Leistungen reduziert oder soweit zulässig nicht mehr angeboten werden.

Der stationäre Bereich als Zugpferd des Unternehmens wird durch eine hochwertige Ausbildung und Zusammenarbeit mit den Schulen sowie Angebote für die Schüler (Mittagessen, Aufenthaltsräume, verbesserte Ausbildung) auf die sinkenden Schülerzahlen reagieren, um auch weiterhin als attraktiver Ausbildungsbetrieb und gleichzeitig kompetenter Leistungserbringer wahrgenommen zu werden.

Darüber hinaus kann der Rehabilitationsbereich der Kardiologie weiter ausgebaut werden und durch standardisierte Abläufe Synergien mit der orthopädischen Rehabilitation nutzen. Die damit einhergehende Ergebnisqualität ist dabei noch stärker nach außen zu tragen.

## Korruptionsprävention

Mit Wirkung zum 30. März 2009 wurde vom Gesamtvorstand der Gesundheit Nordhessen Holding AG (GNH) eine konzernweite Organisationsanweisung (OA) zur Korruptionsprävention erlassen. Um präventiv das Strafbarkeitspotential zu reduzieren, wurden die zu beachtenden Grundprinzipien (Trennungs-, Transparenz- und Genehmigungsprinzip, Dokumentations- und Äquivalenzprinzip) den Beschäftigten erläutert. Der Ethik und Verhaltenskodex des Bundesministeriums des Innern wurde auf die Gesellschaft adaptiert. Ferner wurde das Verhalten im Korruptionsfall inkl. eines Maßnahmenkataloges nach dolosen Handlungen definiert. Die Richtlinie zur Korruptionsprävention erkennt an, dass ein Korruptionsverdacht auch gegen Mitglieder des Vorstandes entstehen kann und regelt die einzuleitenden Maßnahmen analog zu den Beschäftigten der Gesellschaft. Dies erfolgt unter Beteiligung der Personalvertretung. Zum 01. Juli 2009 wurde die in der Richtlinie geforderte Bestellung eines/einer Anti-Korruptionsbeauftragten (AKB) vollzogen und eine AKB ernannt. Wesentliche Aufgabe der AKB ist die Sensibilisierung für die Themen Korruption und Vorteilsannahme durch Aufklärung und Beratung von Beschäftigten aller Gesellschaften der Holding. Es wurde ein separates Email-Postfach eingerichtet, auf das nur die AKB und deren Vertretung Zugriff hat. Über das Intranet wurden die Aufgaben und die Kontaktdaten der AKB den Beschäftigten bekanntgegeben.

Seit Einführung der oben genannten Richtlinie erfolgten überwiegend telefonisch durchgeführte Beratungsgespräche zu fremdfinanzierten Reise- und Fortbildungskosten. In Zusammenhang mit einem Mitarbeiter/Mitarbeiterin des Reha-Zentrums im Klinikum Kassel GmbH hat sich nach Erkenntnissen der AKB in 2014 kein Korruptionsverdacht ergeben.

Im Dezember 2013 erfolgte die erste Berichterstattung für die Jahre 2009 bis 2013 an den Vorstand der GNH. Die Folgeberichterstattung ist für das 1. Halbjahr 2016 eingeplant.

# Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2014 hat die Stadt Kassel an die Reha-Zentrum im Klinikum Kassel GmbH keinen Zuschuss geleistet.

# Casalis Ambulantes Orthopädisches Reha-Zentrum Kassel GmbH (GNH)

Sitz: Kassel

<u>Handelsregister:</u> Amtsgericht Kassel, HRB 13522

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Betrieb einer medizinischen ambulanten Rehabilitationseinrichtung für

muskuloskeletale Erkrankungen. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die der Erreichung des Gesellschaftszwecks zu dienen

geeignet sind.

Eigentümer: Gesundheit Nordhessen Holding AG 80 %

Vitos Orthopädische Klinik Kassel gGmbH 20 %

<u>Kapitalangaben:</u> Stammkapital 250.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 21. Juni 2004

Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge mit Gesundheit Nordhessen

Holding AG

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> sb+p Strecker Berger + Partner mbB, Kassel

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Dr. Gerhard M. Sontheimer (bis 31.12.2014)

Dr. Werner Brand

<u>Prokurist:</u> Harald Geipel

### Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	1.253,1	1.265,5
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	-144,2	-228,0
Bilanzsumme	TEUR	378,72	363,37
Investitionen	TEUR	0,00	0,00
Fremd-Darlehen	TEUR	0,00	0,00
Personal	Anzahl	0,00	0,00
Eigenkapitalquote	%	66,01	68,80
Cash flow DVFA	TEUR	-147,1	231,1
Gesamtverschuldung	%	32,48	29,66
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	0,00	0,00
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,00	0,00

# Lagebericht

Im Rahmen der Gesundheitsreform wurde der § 40 SGB V neu gefasst und stellt für die gesetzlichen Krankenkassen eine eigenständige leistungsrechtliche Vorschrift für die ambulante Rehabilitation dar. Es gilt der Grundsatz "ambulant vor stationär". Für die Rentenversicherungen (Deutsche Rentenversicherung Bund und Hessen) wurde diese Vorrangigkeit auch für die Rehabilitation festgeschrieben, wodurch die ambulante Rehabilitation der stationären Rehabilitation gleichgestellt wurde. Inzwischen ist durch mehrere Studien von sozialmedizinischen Fakultäten sowie durch die Forschungsabteilungen der Rentenversicherer die mindestens gleichwertige Ergebnisqualität und die günstigere Kostenstruktur im Vergleich zur stationären Rehabilitation aller Fachgebiete bewiesen worden.

Neben der Stärkung der ambulanten Rehabilitation wurden ebenso die Nachsorgeprogramme der Rentenversicherer als ambulante Leistungen für den Patienten ermöglicht. Mit Zulassung zur ambulanten Rehabilitation hat die Gesellschaft auch die Zulassung zur Durchführung der eigenen Nachsorgeprogramme der Rentenversicherer erhalten. Der übergangslose Eintritt in die Nachsorge aus der Rehabilitation heraus ermöglicht eine langfristige Festigung oder Verbesserung der Reha-Ergebnisse bei gleichzeitig geringerer Personalbindung. Im Sinne des Patienten und der Ergebnisqualität des Unternehmens stellt dies ein echtes Erfolgskonzept dar. Leider wird diese Form der Rehabilitationsnachsorge nicht von den Krankenkassen finanziert. Hier bleibt dem Patienten nur die Inanspruchnahme der Leistungen auf Selbstkostenbasis.

Die ambulante Rehabilitation wird nach wie vor von allen Krankenkassen und den Rentenversicherungen getragen, während die Erweiterte Ambulante Physiotherapie (EAP) nur von den Berufsgenossenschaften, privaten Krankenversicherungen und einigen BKK'en finanziert wird.

Für beide Segmente gibt es im Kasseler Raum Mitbewerber, die mit günstigeren Kostenstrukturen die gleiche Leistung anbieten können.

# Analyse des Geschäftsverlaufs

Die Entwicklung der Patientenzahlen der MSR (muskuloskeletale Rehabilitation) und der IRENA (intensivierte Rehabilitationsnachsorge) haben sich in der Reha Casalis gegenüber dem Vorjahr wieder stabilisiert und liegen mit durchschnittlich 1,9 % geringfügig über dem Vorjahr.

Durch die Abhängigkeit von Zuweisungen durch Kardiologen und in Konkurrenz zu stationären Rehabilitationseinrichtungen müssen hier die Vorteile der ambulanten Reha stärker am Markt kommuniziert und positioniert werden. Gleichzeitig ist der eingeschlagene Weg der strikten Qualitätsorientierung konsequent fortzusetzen. Damit die Rehabilitation dauerhaft wirksam sein kann, muss sie ständig an die konkrete Bedarfssituation der Rehabilitanden sowie des Arbeits- und Berufslebens angepasst werden.

Nach dem erheblichen Abschwung des letzten Jahres bleiben die Zahlen auf Vorjahresniveau.

Leistungen Casalis Reha von 2010 bis 2014									
Standort	Leistungssektor	2010	2011	2012	2013	2014	Abweichung in %		
Wilh. Allee	Ortho Reha (MSR)	9.225	9.136	9.314	8.480	8.762	3,3		
	Ortho Irena	7.047	7.735	8.103	7.446	7.604	2,1		
	EAP	3.442	2.877	3.326	3.210	3.129	-2,5		
Gesamt		19.714	19.748	20.743	19.136	19.495	1,9		

Die Gesellschaft hat zum 31. Dezember 2014 mit einem Verlust von T€ 231,0 (VJ: T€ 147,1) abgeschlossen. Der nach Berücksichtigung der Garantiedividende an den Minderheitsgesellschafter bestehende Verlust wird gemäß des Ergebnisabführungsvertrages von der Gesundheit Nordhessen Holding AG übernommen.

Die Ergebnisverschlechterung gegenüber dem Vorjahr ist auf eine genauere Dokumentation der Leistungen sowie der verbrauchten Therapiezeit und Mitarbeiterbindung zurückzuführen. Wurden bis 2012 die Personalkosten im Verhältnis der Umsatzzahlen der orthopädischen Rehabilitation zur Gesamtleistung des Rehazentrums verteilt, so konnten ab 2013 die in der orthopädischen Reha verbrauchten Ressourcen direkt den Leistungen zugeordnet werden. Insoweit zeigt die Ertragslage die Unterfinanzierung der ambulanten Rehabilitation sowie die hohen, nicht finanzierten Strukturkosten (Personal- und Sachkosten / Miete) der Niederlassung in der Wilhelmshöher Allee.

# Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Die Rehabilitation hat im Zuge gesundheitspolitischer Entscheidungen an Bedeutung gewonnen, ohne dass hierfür eine ausreichende Finanzierung zur Verfügung gestellt wird. Ein der Bedeutung der Rehabilitation gerecht werdendes Vergütungssystem konnte in Zeiten steigender Ausgaben im Gesundheitswesen noch immer nicht etabliert werden. Das von den Kostenträgern praktizierte Festhalten an der Veränderungsrate für Erlössteigerungen führt allein auf Grund der Tarifabschlüsse und der allgemeinen Preisentwicklung zu einem erheblichen Kostendruck.

Die Aufgaben der Rehabilitation und deren Anforderungen werden jedoch weiter steigen. Die Patientenzahlen sollen sich gemäß einer Evaluation und vorsichtigen Schätzung des RWI Essen bis 2020 etwa verdoppeln. Eine enge Kooperation zwischen ambulant und stationär tätigen Ärzten und den Leistungsträgern ist weiter erforderlich, um die bestmögliche Rehabilitation der Patienten zu erreichen. Organisatorisch muss es dem System der ambulanten Rehabilitation gelingen, die Angebote besser auf den Bedarf abzustimmen, sodass Patienten nicht zu lange im Krankenhaus verbleiben oder zwischen stationärer Behandlung und Rehabilitationsbeginn zeitliche Lücken entstehen, die den Erfolg der Rehabilitation beeinträchtigen.

Die ambulante Rehabilitation steht dabei mit der stationären Rehabilitation im starken Wettbewerb, so dass es weiterhin höchster Anstrengungen bedarf, das Kosten-/Nutzenverhältnis positiv zu beeinflussen. Gleichwohl kündigen alle Kostenträger aufgrund relevanter Ergebnisse in der Rehaforschung eine weitere Verschiebung von der stationären zur ambulanten Rehabilitation in Höhe von ca. 30 % an.

Die Vorteile der ambulanten Rehabilitation müssen zukünftig stärker hervorgehoben werden: Patienten sind lediglich für 4–6 Stunden am Tag zur Durchführung der Reha mit Maßnahmen wie Krankengymnastik, Massagen, medizinischer Trainingstherapie oder Wassergymnastik in der Casalis Reha. Sie werden bei Bedarf ohne zusätzliche Kosten von zuhause abgeholt und auch wieder zurückgebracht. Wohnortnah gelingt hierbei auch die Einbeziehung des Alltags (Familie, Alltagsbelastungen, Arbeitswelt) besser als im stationären Segment, sodass auch das Selbsthilfepotential des Patienten besser aktiviert werden kann. Patienten der ambulanten Reha müssen zudem keine nachbehandelnde Einrichtung suchen. Nachsorgeprogramme oder auch notwendige weiterführende physiotherapeutische Maßnahmen können in der gleichen Einrichtung bei den bekannten Therapeuten in Anspruch genommen werden. Dabei ist auch eine berufsbegleitende Rehabilitation möglich.

Es muss deshalb auch in den nächsten Jahren unser Ziel bleiben, durch eine qualitativ hochwertige Rehabilitation Patienten und einweisende Ärzte von der wohnortnahen ambulanten Rehabilitation zu überzeugen.

Für die Zukunft müssen alle Maßnahmen ausgeschöpft werden, damit auch der ambulante Bereich kostendeckend wird. Darüber hinaus können im Rehabilitationsbereich durch standardisierte Abläufe Synergien mit der orthopädischen Rehabilitation gewonnen werden. Die bisher erreichte Ergebnisqualität muss dabei noch stärker kommuniziert und nach außen getragen werden.

## Korruptionsprävention

Mit Wirkung zum 30. März 2009 wurde vom Gesamtvorstand der Gesundheit Nordhessen Holding AG (GNH) eine konzernweite Organisationsanweisung (OA) zur Korruptionsprävention erlassen. Um präventiv das Strafbarkeitspotential zu reduzieren, wurden die zu beachtenden Grundprinzipien (Trennungs-, Transparenz- und Genehmigungsprinzip, Dokumentations- und Äquivalenzprinzip) den Beschäftigten erläutert. Der Ethik und Verhaltenskodex des Bundesministeriums des Innern wurde auf die Gesellschaft adaptiert. Ferner wurde das Verhalten im Korruptionsfall inkl. eines Maßnahmenkataloges nach dolosen Handlungen definiert. Die Richtlinie zur Korruptionsprävention erkennt an, dass ein Korruptionsverdacht auch gegen Mitglieder des Vorstandes entstehen kann und regelt die einzuleitenden Maßnahmen analog zu den Beschäftigten der Gesellschaft. Dies erfolgt unter Beteiligung der Personalvertretung. Zum 01. Juli 2009 wurde die in der Richtlinie geforderte Bestellung eines/einer Anti-Korruptionsbeauftragten (AKB) vollzogen und eine AKB ernannt. Wesentliche Aufgabe der AKB ist die Sensibilisierung für die Themen Korruption und Vorteilsannahme durch Aufklärung und Beratung von Beschäftigten aller Gesellschaften der Holding. Es wurde ein separates Email-Postfach eingerichtet, auf das nur die AKB und deren Vertretung Zugriff hat. Über das Intranet wurden die Aufgaben und die Kontaktdaten der AKB den Beschäftigten bekanntgegeben.

Seit Einführung der oben genannten Richtlinie erfolgten überwiegend telefonisch durchgeführte Beratungsgespräche zu fremdfinanzierten Reise- und Fortbildungskosten. In Zusammenhang mit einem Mitarbeiter/Mitarbeiterin der Casalis Ambulantes Orthopädisches Reha-Zentrum Kassel GmbH hat sich nach Erkenntnissen der AKB in 2014 kein Korruptionsverdacht ergeben.

Im Dezember 2013 erfolgte die erste Berichterstattung für die Jahre 2009 bis 2013 an den Vorstand der GNH. Die Folgeberichterstattung ist für das 1. Halbjahr 2016 eingeplant.

# Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2014 hat die Stadt Kassel an die Casalis Ambulantes Orthopädisches Reha-Zentrum Kassel GmbH keinen Zuschuss geleistet.

## ökomed® GmbH (GNH)

Sitz: Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRB 6049

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Übernahme von zentralen Wirtschafts- und Versorgungsdiensten aller Art für

Gesundheits- und Sozialbereiche, insbesondere für Kliniken und Krankenhäuser. Die Gesellschaft darf auch andere Tätigkeiten für die

Einrichtungen des Gesellschafters übernehmen.

Eigentümer: Gesundheit Nordhessen Holding AG 100 %

<u>Kapitalangaben:</u> Stammkapital 51.129,19 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 31. August 2002

Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge mit Gesundheit Nordhessen

Holding AG

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> sb+p Strecker Berger + Partner mbB, Kassel

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Dr. Gerhard M. Sontheimer (bis 31.12.2014)

Karsten Sokoll

#### Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	15.038,8	14.937,5
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	-1.311,18	-1.588,4
Bilanzsumme	TEUR	9.407,54	9.095,67
Investitionen	TEUR	191,97	395,3
Fremd-Darlehen	TEUR	3.855,73	3.659,98
Personal	Anzahl	155,18	155,93
Eigenkapitalquote	%	0,5	0,6
Cash flow DVFA	TEUR	-1.086,2	-1.231,3
Gesamtverschuldung	%	99,5	99,4
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	96,91	95,80
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,37	0,39

## Lagebericht

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Gesellschaft stehen in direktem Zusammenhang mit den abgeschlossenen Werkverträgen innerhalb des Konzerns.

Von T€ 14.937,5 (VJ: T€ 15.038,8) Umsatzerlösen hat die ökomed GmbH mit T€ 14.891,1 (VJ: T€ 14.972,3) überwiegend Innenumsätze erzielt. Durch die Innenumsätze in Höhe von 99,7 % ist die ökomed damit wirtschaftlich unmittelbar von der Entwicklung der Hauptauftraggeber abhängig. Die allgemeine Branchensituation für Dienstleistungsanbieter in den Bereichen Küchen- und Reinigungsbetriebe und der Logistik ist daher für die Betrachtung der Berichtsgesellschaft nicht aussagekräftig. Vielmehr bestimmt der Kostendruck der stationären Krankenversorgung durch eine nicht ausreichende Finanzierung dieses Sektors die Verhandlungen mit den Auftraggebern.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr ist der Jahresfehlbetrag gegenüber dem Vorjahr um T€ 276,7 auf T€ 1.603,3 gestiegen. Verantwortlich hierfür sind einerseits die um T€ 391,3 gesunkenen Erlöse bei einem um T€ 492,6 gestiegenen Aufwand für Personal und Personalgestellung.

## Analyse des Geschäftsverlaufs

Die Baumaßnahmen für das neue Eingangsgebäude als zukünftiges zentrales Erschließungselement für das Klinikum Kassel konnten im Jahr 2014 abgeschlossen werden. Mit Inbetriebnahme des Gebäudes im Januar 2015 werden die langen und unübersichtlichen Wegführungen des Klinikums Kassel über die bestehenden Interimszugänge in ein geordnetes und übersichtliches Leitsystem überführt und es wird für Patienten, Besucher und Mitarbeiter zu einer weiteren spürbaren Verbesserung der Situation kommen. Durch einen Beschluss der Geschäftsführung der Klinikum Kassel GmbH erhielt die ökomed den Auftrag, die Versorgung der Beschäftigten in der neuen Kantine im Eingangsgebäude zu übernehmen. Insbesondere durch die rechtzeitige Einbindung bei der Planung der Arbeitsabläufe und Räume konnten in der neuen Kantine optimale Voraussetzungen geschaffen werden, um für alle Beschäftigten in ansprechendem Umfeld eine adäquate Qualität anzubieten. Die Produktion der Speisen erfolgt im sous-vide Verfahren und dient damit auch der Erprobung für eine Veränderung der zukünftigen Patientenversorgung am Standort Klinikum Kassel.

Die Inbetriebnahme neuer Flächen sowie gestiegene Reinigungsintervalle im öffentlichen Raum kompensieren dabei die stillgelegten Flächen.

Nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Leistungsentwicklung in den beiden Hauptgeschäftsfeldern der ökomed GmbH, der Speiseversorgung und Unterhaltsreinigung.

Speiseversorgung in Beköstigungstagen	Jahr 2008	Jahr 2009	Jahr 2010	Jahr 2011	Jahr 2012	Jahr 2013	Jahr 2014
Klinikum Kassel	361.434	351.633	355.567	349.877	383.648	392.117	392.086
SWA Fasanenhof	29.276	28.210	28.168	28.670	25.831	23.785	20.836
SWA Lindenberg	31.563	30.516	30.964	31.776	32.849	32.671	30.666
Summe	422.273	410.359	414.699	410.323	442.328	448.573	443.588
Reinigungsdienst in gm							
nemigungsulenst in qin	Jahr 2008	Jahr 2009	Jahr 2010	Jahr 2011	Jahr 2012	Jahr 2013	Jahr 2014
Klinikum Kassel	Jahr 2008 18.630.824		Jahr 2010 20.838.846		Jahr 2012 24.850.150	Jahr 2013 25.088.093	Jahr 2014 25.421.392
Klinikum Kassel	18.630.824	18.089.417 982.175	20.838.846	23.018.477	24.850.150	25.088.093	25.421.392

Die Gesellschaft hat zum 31.12.2014 vor Ergebnisabführung auf die Gesundheit Nordhessen Holding AG mit einem Jahresfehlbetrag von T€ 1.603,3 abgeschlossen. Steigende Personalkosten bei zeitgleich sinkenden Erlösen und Erträgen führen zu einer Verschlechterung des Jahresergebnisses von T€ 276,7.

## Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Ein wesentliches Risiko für die weitere Unternehmensentwicklung und die Erlöserwartungen der Zukunft ergibt sich aus der wirtschaftlichen Gesamtsituation des größten Auftraggebers der ökomed GmbH – der Klinikum Kassel GmbH –, die im Rahmen ihres Kostenmanagements Kürzungen im Aufwandsbereich durchführen muss. Davon wird auch die ökomed GmbH betroffen sein, die im Rahmen von Organisations– und Prozessoptimierungen ihre Leistungszahlen bereits erheblich verbessert hat, jedoch aufgrund der vorhandenen Personalkostenstruktur für die vom Klinikum Kassel überlassenen Mitarbeiter/Innen ihre Aufwendungen nicht mit marktüblichen Anbietern vergleichen kann.

Die Planung für das Jahr 2015 geht im Rahmen der Ergebnisabführung an die Gesundheit Nordhessen Holding AG von einer Verlustübernahme der GNH AG in Höhe von T€ 1.697,4 aus. Im Wesentlichen begründbar ist dieses Ergebnis durch die nicht kostendeckende Vergütung der durch die ökomed GmbH erbrachten Dienstleistungen.

Im Rahmen der Planung zukünftiger Entwicklungen der ökomed GmbH, insbesondere im Bereich Speisenversorgung, liegt der Schwerpunkt der Tätigkeit der Geschäftsleitung weiterhin in der permanenten und kontinuierlichen Überprüfung der Arbeitsabläufe zur Steigerung der Produktivität unter Beachtung der Aufrechterhaltung und Optimierung des bestehenden Qualitätsniveaus.

Die Geschäftsführung der ökomed GmbH hat die Berechnung verschiedener Varianten für die Sanierung der Küche bzw. die Neuorganisation der Speisenversorgung und der Reinigung vorgenommen und im Aufsichtsrat vorgestellt:

- I. Umstellung des Produktionsverfahrens der Küche auf das "Sous-Vide Verfahren" mit einem Investment von 8 Mio. Euro und einem geplanten Abbau von 37 Vollzeitkräften.
- II. Anwendung des "ökomed Tarifes" für alle Mitarbeiter. Der "ökomed Tarif" liegt 13 % unter dem TVÖD.
- III. Umstellung des Produktionsverfahrens der Küche auf das "Sous Vide Verfahren" mit einem Investment von 8 Mio. Euro in Küche und Transportsysteme sowie einem geplanten Abbau von 37 Vollzeitkräften in Kombination mit der Anwendung des "Haustarifvertrages" für alle Mitarbeiter.
- IV. Fremdvergabe der Speisenversorgung und Reinigung an einen Dritten. Anwendung der Tarifverträge aus dem Gebäudereinigerhandwerk und des Hotel- und Gaststättengewerbes.
- V. Joint Venture mit einem Industriepartner (Beteiligung eines Partners mit maximal 49 %) mit Umsetzung einer umsatzsteuerlichen Organschaft.

Im Vergleich zur wirtschaftlich günstigsten, aber auch mit Risiken behafteten Variante eines Joint-Ventures, liegt der Vorteil bei **Variante III** darin, dass diese Maßnahmen mittelfristig umgesetzt werden können, keine Marktaustrittskosten entstehen und auch keine Kosten für Ausgründungen oder Beratungen anfallen. Mit der Eigenlösung werden Preis- und Qualitätsrisiken minimiert und das bestehende Know-How der ökomed langfristig gesichert.

#### Korruptionsprävention

Mit Wirkung zum 30. März 2009 wurde vom Gesamtvorstand der Gesundheit Nordhessen Holding AG (GNH) eine konzernweite Organisationsanweisung (OA) zur Korruptionsprävention erlassen. Um präventiv das Strafbarkeitspotential zu reduzieren, wurden die zu beachtenden Grundprinzipien (Trennungs-, Transparenz- und Genehmigungsprinzip, Dokumentations- und Äquivalenzprinzip) den Beschäftigten erläutert. Der Ethik und Verhaltenskodex des Bundesministeriums des Innern wurde auf die Gesellschaft adaptiert. Ferner wurde das Verhalten im Korruptionsfall inkl. eines Maßnahmenkataloges nach dolosen Handlungen definiert. Die Richtlinie zur Korruptionsprävention erkennt an, dass ein Korruptionsverdacht auch gegen Mitglieder des Vorstandes entstehen kann und regelt die einzuleitenden Maßnahmen analog zu den Beschäftigten der Gesellschaft. Dies erfolgt unter Beteiligung der Personalvertretung. Zum 01. Juli 2009 wurde die in der Richtlinie geforderte Bestellung eines/einer Anti-Korruptionsbeauftragten (AKB) vollzogen und eine AKB ernannt. Wesentliche Aufgabe der AKB ist die Sensibilisierung für die Themen Korruption und Vorteilsannahme durch Aufklärung und Beratung von Beschäftigten aller Gesellschaften der Holding. Es wurde ein separates Email-Postfach eingerichtet, auf das nur die AKB und deren Vertretung Zugriff hat. Über das Intranet wurden die Aufgaben und die Kontaktdaten der AKB den Beschäftigten bekanntgegeben.

Seit Einführung der oben genannten Richtlinie erfolgten überwiegend telefonisch durchgeführte Beratungsgespräche zu fremdfinanzierten Reise- und Fortbildungskosten. In Zusammenhang mit einem Mitarbeiter/Mitarbeiterin der ökomed GmbH hat sich nach Erkenntnissen der AKB in 2014 kein Korruptionsverdacht ergeben.

Im Dezember 2013 erfolgte die erste Berichterstattung für die Jahre 2009 bis 2013 an den Vorstand der GNH. Die Folgeberichterstattung ist für das 1. Halbjahr 2016 eingeplant.

## Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2014 hat die Stadt Kassel an die ökomed® GmbH keinen Zuschuss geleistet.

## **Kassel School of Medicine gGmbH (GNH)**

Sitz: Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRB 15807

Rechtsform: gGmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke

im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung des öffentlichen Gesundheitswesens und der Berufsbildung. Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch Forschung und Lehre auf dem Gebiet der Humanmedizin und der Kooperation mit ausländischen Universitäten zur Förderung und Durchführung der Medizinerausbildung. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig, sie verfolgt in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet

werden.

Eigentümer: Gesundheit Nordhessen Holding AG 100 %

<u>Kapitalangaben:</u> Stammkapital 200.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 31. März 2012

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> sb+p Strecker Berger + Partner mbB, Kassel

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Dr. Gerhard M. Sontheimer (bis 31.12.2014)

Dr. Christian Unzicker

#### Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	57,00	318,00
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	-3,43	-153,7
Bilanzsumme	TEUR	594,28	611,81
Investitionen	TEUR	0,00	0,00
Fremd-Darlehen	TEUR	0,00	0,00
Personal	Anzahl	1,00	2,00
Eigenkapitalquote	%	32,58	6,52
Cash flow (DVFA)	TEUR	-188,1	-309,7
Gesamtverschuldung	%	38,64	27,28
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	57,00	159,00
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-0,09	0,27

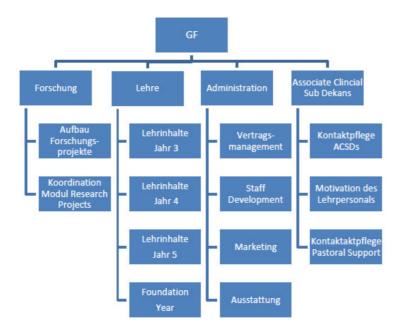
## Lagebericht

Die Kassel School of Medicine gGmbH bietet seit dem Wintersemester 2013 ein europäisches Medizinstudium an. In einem zweisprachigen Studiengang nach dem BM5-Medizin-Studienprogramm der University of Southampton werden die Studierenden in fünf Jahren zum Arzt ausgebildet und haben die Chance, ihre Facharztweiterbildung ein Jahr früher als die Studierenden an deutschen Universitäten beginnen zu können.

In diesem Studienprogramm der University of Southampton und der Kassel School of Medicine verbringen die Studierenden die ersten zwei Jahre des Studiums in der traditionsreichen Universitätsstadt Southampton. Am University Hospital Southampton und anderen Ausbildungsstätten der University of Southampton erlernen sie die Grundzüge der Medizin und sammeln erste praktische und klinische Erfahrung in Krankenhäusern und Arztpraxen der Umgebung.

Anschließend wechseln die Medizinstudierenden nach Kassel. Am Klinikum Kassel und den Grundversorgungskrankenhäusern der GNH sowie in kooperierenden Arztpraxen verfeinern die Studierenden ihre Kenntnisse und erhalten eine hervorragende, klinisch orientierte Ausbildung, die mit dem akademischen Grad eines Bachelor of Medicine, Bachelor of Surgery (B.M., B.S.) abschließt. Der Studiengang ist durch die zuständige englische Behörde, das General Medical Council (GMC), akkreditiert. Ein Forschungsprojekt im dritten Studienjahr berechtigt bei erfolgreichem Abschluss zudem zum zusätzlichen Führen des akademischen Grades eines Bachelor of Medical Science (B. Med. Sci.).

Die Unternehmensstruktur der Kassel School of Medicine ist einfach aufgebaut und in folgendem Schaubild dargestellt:



#### Analyse des Geschäftsverlaufes

Im Studium werden die Absolventen zwei Jahre an der University of Southampton ausgebildet. Hier lernen sie in einem modularen System die Grundlagen der Medizin, Biochemie, Physiologie und Anatomie. In der weiteren Ausbildung erfolgt dann der Wechsel nach Kassel.

# Kassel documenta Stadt

Die klinischen Ausbildungsangebote werden in diesem Studiengang ebenfalls modular vermittelt und durch verschiedene modulübergreifende Fächer ergänzt. Neben den klinischen Modulen werden die nichtklinischen und die theoretischen Fächer longitudinal ergänzt. Es werden hierbei auch Kurse zur persönlichen beruflichen und Persönlichkeitsentwicklung sowie ethische und rechtliche Aspekte der Medizin vermittelt.

Das Gesamtcurriculum erfüllt die Vorgaben an die Medizinerausbildung nach dem deutschen Gegenstandskatalog für das Medizinstudium und die des General Medical Council (GMC) in England. Hierfür wurde ein gemeinsames Konzept mit den Kollegen der University of Southampton in England erarbeitet. Darüber hinaus wird für die Bewertung des Fortschrittes der Studierenden im Studium auf ein in England bewährtes, multidimensionales Beurteilungssystem zurückgegriffen. Dabei werden die Kriterien theoretische Fachkenntnisse, persönliche Reife (Fitness to Practice), praktische Fachkenntnisse und Verhalten beurteilt. Eine objektive und umfassende Bewertung der Studienleistungen wird hiermit garantiert.

Der dreijährige Studienabschnitt in Deutschland findet unter Einbeziehung aller GNH-Krankenhäuser statt. Nach Abschluss des Studiums werden die bis zu 24 Jungmediziner für mindestens ein Jahr im Bereich der GNH arbeiten und ein Anerkennungsjahr (Foundation Year) ableisten.

Die Qualität des Studienganges wird jährlich durch das GMC überwacht. Aus diesem Grund wird vor Ausbildung der Medizinstudenten eine Ausbildung der Ausbilder vorangestellt. Auch für diese liegt ein detaillierter Ausbildungsplan vor. Neben dem ersten Unternehmensziel, der Personalgewinnung aus Absolventen der KSM für die GNH-Krankenhäuser, legt die Weiterbildung der Ausbildenden, vornehmlich leitende ärztliche Beschäftigte, in England den Grundstein für das zweite Unternehmensziel; die Auseinandersetzung der GNH-Leistungsträger mit dem englischen Gesundheitssystem (National Health System - NHS).

In diesem wird in vielen medizinischen Bereichen mit deutlich geringeren finanziellen Mitteln als im deutschen System ein vergleichbares medizinisches Ergebnis erzielt. Die kontinuierliche Auseinandersetzung mit den Studierenden vertieft diese Erfahrung ab 2015. Das Hinterfragen medizinischer Abläufe und praktischer Handlungsweisen durch die Studierenden soll die GNH-Mitarbeiter zu einer Reflektion der eigenen Abläufe motivieren. In der Folge wird erwartet, dass die Auseinandersetzung mit den Gesundheitssystemen beider Länder einen Einfluss auf die tägliche medizinische Praxis der Ärzte und weiterer involvierter Beschäftigter der GNH gewinnt. Dies soll sich zukünftig in der Ersparnis kostenintensiver Diagnostik wiederspiegeln. Langfristig legen wir damit den Grundstein für ein organisationsumgreifendes, positiv wahrgenommenes Wissensmanagement.

Der Reformcharakter des Studienganges wird dadurch verstärkt, dass das Studium an der KSM neben der theoretischen und praktischen Studienausbildung auf die Vermittlung von Kommunikationsfertigkeiten und Teamfähigkeit besonderen Wert legt. Zukünftig wird eine Aufwertung des Arbeitsklimas in GNH-Krankenhäusern und eine höhere Patientenorientierung und damit höhere Patientenzufriedenheit durch reformiert ausgebildete Mediziner erwartet.

Positive Folgen für die Krankenhäuser der GNH sind durch folgende Aspekte zu erwarten: **Personalgewinnung**: Es wird hoch qualifiziertes, medizinisches Fachpersonal in den eigenen Häusern ausgebildet und über das Foundation Year für einen Zeitraum von mindestens einem Jahr an die GNH gebunden.

Damit werden Assistenzarztstellen besetzt und Kosten für Personalrekrutierung reduziert. Daneben erhöht die GNH mit wachsendem Bekanntheitsgrad der KSM das Interesse von weiterem medizinischen

wie auch nicht medizinischen Fachpersonal, das an Lehrtätigkeiten sowie Forschungsaktivitäten interessiert ist.

**Universitätskrankenhaus:** Es erfolgt eine Aufwertung des Arbeitsplatzes im "University Hospital" / "Universitätskrankenhaus der Universität Southampton" für alle Mitarbeiter der GNH.

**Wissensmanagement:** Wissenstransfer und -implementierung von medizinischem Fach- und Erfahrungswissen zwischen Studierenden und Lehrenden. Des Weiteren werden interkulturelle Kompetenzen gewonnen.

**Unternehmenskultur:** Reflektiertes Denken über bestehende Strukturen und Vorgehensweisen. Durch die Auseinandersetzung mit zwei unterschiedlichen Gesundheitssystemen kann ein Verständnis für kostengünstigere Diagnose- und Behandlungsmethoden, wie z. B. im britischen National Health Care System, entwickelt werden. Zudem ist durch das anhaltende Lernen aller Beteiligten eine ständige Weiterentwicklung des Unternehmens geschaffen, angepasst an neue medizinische Erkenntnisse.

Da der entscheidende Faktor für den langfristigen Erfolg der GNH primär gut ausgebildete, leistungsbereite und motivierte Beschäftigte sind, kann die KSM mit diesen erwarteten Effekten neben der Ausbildung von hochqualifizierten Ärzten und Ärztinnen selbst zum langfristigen Erfolg der GNH beitragen.

#### Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Die Ausbildung von Ärzten erfolgt traditionell in Deutschland durch staatliche Universitäten. Die Anzahl an staatlichen Studienplätzen für Humanmedizin wird aber der hohen Nachfrage seit Jahren nicht gerecht. Zugleich zeigt sich ein Mangel an ausgebildeten Ärzten, der vor allem in strukturschwachen und ländlichen Regionen wie in Nordhessen besonders zum Tragen kommt. Die Verknappung an Medizinernachwuchs trifft mittlerweile auch das Klinikum Kassel und die GNH. Die Personalgewinnung für die GNH und die angeschlossenen Kliniken ist zunehmend schwerer und kostenintensiver geworden. Gut ausgebildetes ärztliches Personal ist rar. Hier eröffnet sich ein Markt für einen innovativen, praxisorientierten Medizinstudiengang.

Die KSM befindet sich noch in der Aufbauphase. In den ersten Jahren wurden die Studieninhalte und Lehrpläne gemeinsam mit der Universität Southampton entwickelt. In den Jahren 2013 und 2014 erfolgte zudem die Aufnahme der ersten Studierendenjahrgänge. Die Ausbildung dieser Studierenden begann entsprechend den Vereinbarungen in der Universität Southampton. Im September 2015 werden die Studierenden des ersten Jahrgangs zur klinischen Ausbildung nach Kassel wechseln. Die KSM hat die Aufnahme der Studierenden bereits gut vorbereitet. Der detaillierte Lehrplan liegt vor und Anfang 2015 erfolgt das Training der mit der Ausbildung beauftragten Ärzte. Ende April 2015 wird die GMC eine Kommission nach Kassel entsenden, die den Stand der Vorbereitungen und die Kompatibilität mit den Anforderungen an die britische Medizinerausbildung überprüfen wird.

Es werden zukünftig zunächst drei Beschäftigte – Geschäftsführung, Education Manager, Lead Administration – hauptamtlich für die KSM den Studienbetrieb regeln.

Des Weiteren sind im pädagogischen Bereich weitere Modulkoordinatoren, Lehrbeauftragte und Associate Clinical Sub Dekane sowie im administrativen Bereich eine Sekretariatsstelle und ein Studiengangskoordinator vorgesehen, welche die Aufgaben der Umsetzung der Lehre an der KSM, zum Teil neben ihren klinischen Aufgaben, für die GNH wahrnehmen.

In der Aufbauphase wird die Gesellschaft auf die finanzielle Unterstützung der Gesellschafterin angewiesen sein. Die Geschäftspläne gehen mittelfristig davon aus, dass das derzeitige Eigenkapital in Höhe von T€ 39,9, eingeworbene Spendengelder sowie zukünftige Studiengebühren nicht ausreichen, um die Errichtung eines dauerhaften universitären Betriebes zu gewährleisten.

Es wird davon ausgegangen, dass nach den ersten Erfahrungen aus Rückmeldungen per Email, Telefon und Social Media weiter ein großes Interesse am Studiengang besteht und die Annahme der Studienplätze im Wesentlichen von einem sicheren Finanzierungskonzept für die Studierenden abhängig ist

Ein weiterer wichtiger Schritt in der Unternehmensentwicklung und Akkreditierung des Studienprogrammes seitens der University of Southampton und des General Medical Council als Akkreditierungsbehörden ist die Aus- und Weiterbildung der Lehrenden in einem strukturierten Programm. Hierfür werden aktuell gemeinsam mit der University of Southampton die Grundlagen gelegt. Erste Ausbildungseinheiten werden sowohl von KSM-Beschäftigten als auch von konzernangehörigen Führungskräften absolviert.

## Korruptionsprävention

Mit Wirkung zum 30. März 2009 wurde vom Gesamtvorstand der Gesundheit Nordhessen Holding AG (GNH) eine konzernweite Organisationsanweisung (OA) zur Korruptionsprävention erlassen. Um präventiv das Strafbarkeitspotential zu reduzieren, wurden die zu beachtenden Grundprinzipien (Trennungs-, Transparenz- und Genehmigungsprinzip, Dokumentations- und Äquivalenzprinzip) den Beschäftigten erläutert. Der Ethik und Verhaltenskodex des Bundesministeriums des Innern wurde auf die Gesellschaft adaptiert. Ferner wurde das Verhalten im Korruptionsfall inkl. eines Maßnahmenkataloges nach dolosen Handlungen definiert. Die Richtlinie zur Korruptionsprävention erkennt an, dass ein Korruptionsverdacht auch gegen Mitglieder des Vorstandes entstehen kann und regelt die einzuleitenden Maßnahmen analog zu den Beschäftigten der Gesellschaft. Dies erfolgt unter Beteiligung der Personalvertretung. Zum 01. Juli 2009 wurde die in der Richtlinie geforderte Bestellung eines/einer Anti-Korruptionsbeauftragten (AKB) vollzogen und eine AKB ernannt. Wesentliche Aufgabe der AKB ist die Sensibilisierung für die Themen Korruption und Vorteilsannahme durch Aufklärung und Beratung von Beschäftigten aller Gesellschaften der Holding. Es wurde ein separates Email-Postfach eingerichtet, auf das nur die AKB und deren Vertretung Zugriff hat. Über das Intranet wurden die Aufgaben und die Kontaktdaten der AKB den Beschäftigten bekanntgegeben.

Seit Einführung der oben genannten Richtlinie erfolgten überwiegend telefonisch durchgeführte Beratungsgespräche zu fremdfinanzierten Reise- und Fortbildungskosten. In Zusammenhang mit einem Mitarbeiter/Mitarbeiterin der Kassel School of Medicine gGmbH hat sich nach Erkenntnissen der AKB in 2014 kein Korruptionsverdacht ergeben.

Im Dezember 2013 erfolgte die erste Berichterstattung für die Jahre 2009 bis 2013 an den Vorstand der GNH. Die Folgeberichterstattung ist für das 1. Halbjahr 2016 eingeplant.

# Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2014 hat die Stadt Kassel an die Kassel School of Medicine gGmbH keinen Zuschuss geleistet.

# DRK-Blutspendedienst Baden-Württemberg – Hessen gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GNH)

Sitz: Mannheim

Handelsregister: Amtsgericht Mannheim, HRB 8992

Rechtsform: gGmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Gegenstand des Unternehmens ist Sammlung, Aufbereitung (Konservierung)

und Verteilung von menschlichem Blut und Bestandteilen des menschlichen

Blutes, menschlichem Gewebe und Gewebezubereitungen (wie z.B.

Knochengewebe, Zellgewebe) sowie deren Anwendung am Menschen und Abgabe an Krankenanstalten und andere öffentliche und private Einrichtungen der Gesundheitspflege für Heilzwecke, sowie alle damit verbundenen ärztlichen

und transfusionsmedizinischen Dienstleistungen im Rahmen des

Zweckbetriebes.

Werbung freiwilliger, unbezahlter Blutspender sowie Mitwirkung bei der Vermittlung von Stammzellspendern, Mitwirkung am Katastrophenschutz durch Versorgung mit menschlichem Blut und Bestandteilen des menschlichen

Blutes sowie Betrieb von Instituten für Transfusionsmedizin und

Immunhämatologie.

Erbringung von ärztlichen Leistungen im Bereich der Labormedizin und

Transfusionsmedizin (z.B. durch medizinische Versorgungszentren) im Rahmen der Sicherung der Blutversorgung und des Transplantationswesens im Sinne des

DRK-Blutspendewesens.

Eigentümer: DRK-LV Baden-Württemberg e.V. 38,39 %

DRK-LV Hessen e.V. 19,32 %

DRK-LV Badisches Rotes Kreuz e.V. 16,45 %

Die Stadt Frankfurt am Main 7,73 %

Gesundheit Nordhessen Holding AG 7,73 %

DRK-LV Sachsen e.V. 4,95 %

DRK-LV Brandenburg e.V. 2,87 %

DRK-LV Schleswig-Holstein e.V. 2,46 %

DRK-LV Hamburg e.V. 0,10 %%

Beteiligungen: DRK-Blutspendedienst Baden-Württemberg – Hessen 100,00 %

DRK-Blutspendedienst Nord-Ost gGmbH 99,83 %

Institut für Klinische Transfusionsmedizin und Immungenetik Ulm gGmbH

75,10 %

Institut für Klinische Transfusionsmedizin und Zelltherapie Heidelberg gGmbH

75,10 %

Institut für Klinische Transfusionsmedizin und Tübingen gGmbH 75,10 % Medizinisches Versorgungszentrum DRK-Blutspendedienst Ulm gGmbH

100,00 %

Medizinisches Versorgungszentrum DRK-Blutspendedienst Frankfurt gGmbH

100,00 %

Zentrales Knochenmarkspender-Register für die Bundesrepublik Deutschland

gGmbH 100,00 %

ZTB Zentrum für Transfusionsmedizin und Zelltherapie Berlin gGmbH 50,00 %

Stellacure GmbH 10,00 % RKU Invest GmbH 50,00 %

Kapitalangaben: Grundkapital 115.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 26. Januar 1956/9. August 2010

Wirtschaftsprüfer: Rödl & Partner GmbH

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Dr. Peter Mein Wolfgang Rüstig Prof. Dr. Seifried

Aufsichtsrat (Stand 31.12.2013):

Dr. Lorenz Menz Hannelore Rönsch Jochen Glaeser

Thomas Brozat (bis Jul. 14) Gerald Böcher (bis Okt. 14) Irmtraut Gürkan (ab Nov. 14)

Rosemarie Heilig Hans Heinz

Peter Hofelich

Dr. Frank W. Hülsenbeck (ab Nov. 14)

**Henning Kramer** 

Prof. Dr. Wolfgang Kramer

Holger Löser Michael Merle

Hans Herrmann Reschke

Norbert Södler

Dr. Gerhard M. Sontheimer

Jürgen Wiesbeck Birgit Wiloth-Sacherer

#### Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	283.271,76	280.474,34
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	2.324,19	2.813,55
Bilanzsumme	TEUR	266.944,18	271.229,62
Investitionen	TEUR	25.829,32	27.510,0
Fremd-Darlehen	TEUR	0,00	0,00
Personal	Anzahl	2.338	2.285
Eigenkapitalquote	%	82,2	82,7
Cash flow	TEUR	23.845,0	25.736,0
Gesamtverschuldung	%	17,8	17,3
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	121,16	122,75
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,37	0,38

#### Lagebericht

Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit des DRK-Blutspendedienstes Baden-Württemberg - Hessen und seiner Tochtergesellschaften ist die Bereitschaft der Bevölkerung, sich in ausreichendem Maße freiwillig und unentgeltlich als Blutspender zur Verfügung zu stellen. Dank der positiven Einstellung weiter Kreise der Bevölkerung und der tatkräftigen Unterstützung vieler ehrenamtlicher Mitglieder des DRK ist es dem Blutspendedienst auch im Jahre 2014 gelungen, die Versorgung der Patienten mit lebensnotwendigen Blut- und Plasmabestandteilen sicherzustellen. Die bei den Kunden eingeleiteten Sparmaßnahmen wirken sich aktuell im rückgängigen Bedarf von Blutbestandteilen aus, denen der DRK-Blutspendedienst seinerseits mit kostensenkenden Prozessoptimierungen entgegenwirkt.

## Analyse des Geschäftsverlaufes

Die Umsatzerlöse des Konzerns sind im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahr von T€ 283.272 um T€ 2.797 (- 1,0 %) auf T€ 280.474 zurückgegangen. Der Umsatzrückgang resultiert vor allem aus geringeren Umsätzen bei den Erythrozyten von T€ 5.245 und beim therapeutischen Plasma von T€ 308. Steigende Umsatzerlöse ergaben sich vor allem beim Rohplasma von T€ 2.227 sowie bei den Apheresepräparaten von T€ 571.

Das abgelaufene Geschäftsjahr war geprägt von der erwarteten absatzbedingten Reduzierung des Umsatzes. Das geplante Spendenaufkommen konnte unterjährig zwar entsprechend reduziert werden, die Kosten konnten allerdings insbesondere im ersten Halbjahr 2014 nur unterproportional gesenkt werden, so dass im weiteren Verlauf des Jahres zusätzlich gezielte Kostensenkungsmaßnahmen umgesetzt werden mussten. Aufgrund der geringeren Umsätze gegenüber dem Vorjahr ist der Konzernjahresüberschuss um T€ – 1.769 auf T€ 4.851(– 26,7 %) zurückgegangen. Unter der Berücksichtigung der geänderten Rahmenbedingungen im Jahr 2014 ist die Geschäftsführung mit der Entwicklung des Geschäftsjahres zufrieden.

Die Gesamtleistung hat sich um T€ 2.674 (- 0,9 %) auf T€ 279.887 aufgrund des geringen Spendenaufkommens und dem Rückgang der Nachfrage nach Erythrozyten verringert und konnte nicht mit der Ausweitung von Plasmaphereseplasmen aufgefangen werden. In der Plangesamtleistung wurde der Rückgang erwartet und war in dieser Größenordnung berücksichtigt.

Das Ergebnis wird durch einmalige und periodenfremde Effekte (neutrales Ergebnis) in Höhe von T€ – 1.159 (Vorjahr T€ – 1.610) im Wesentlichen aufgrund einer Gebäudeabwertung im BSD Nord-Ost belastet.

Die Aufwendungen für die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für die bezogenen Waren und Dienstleistungen (Materialaufwand) sind im Berichtsjahr um T€ 1.601 (- 1,4 %) auf T€ 110.246 zurückgegangen, was per Saldo zu einem Rückgang der Materialeinsatzquote um 0,2 % auf 39,4 % führte und aus Kostenreduzierungen des DRK-Blutspendedienst Nord - Ost gemeinnützige GmbH und des DRK-Blutspendedienst Baden-Württemberg - Hessen gemeinnützige GmbH resultiert. Die Personalkosten sind im Berichtsjahr um T€ 999 (+ 1,0 %) auf T€ 105.598 gegenüber dem Vorjahr angestiegen und sind im Wesentlichen auf die Tariferhöhungen zurückzuführen. Im Jahr 2014 ist mit personalreduzierenden Aktivitäten begonnen worden, so dass damit die Leistung an die Umsatzrückgänge angepasst wird. Die Abschreibungen sind auch mit den Neubau- und Umbaumaßnahmen um T€ - 159 (- 0,9 %) auf T€ 16.602 zurückgegangen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um T€ - 1.303 (- 2,4 %) auf T€ 52.258 zurückgegangen, da geringere Aufwendungen für Werbematerial (T€ - 748) und Porto (T€ - 325) angefallen sind.

Das Finanzergebnis wurde im Wesentlichen durch den Rückgang des allgemeinen Zinsniveaus belastet und verringerte sich um T€ – 288 auf T€ 261.

Die Vermögens- und Finanzlage des Konzerns ist geordnet. Die Konzernbilanzsumme ist um T€ 4.285 angestiegen. Die Zunahme des Anlagevermögens resultiert aus den Modernisierungsmaßnahmen an den Immobilien sowie der Zunahme von langfristigen Geldanlagen und reduziert das Umlaufvermögen im Bereich der liquiden Mittel und Wertpapiere des Umlaufvermögens. Die Eigenkapitalquote ist dieses Jahr von 82,2 % um 0,5 % – Punkte auf 82,7 % gestiegen. Der Konzernjahresüberschuss in Höhe von T€ 4.851 wird im Wesentlichen über die Einzelabschlüsse den Rücklagen zugeführt werden und dient ausschließlich der Finanzierung von Investitionsvorhaben, die zur Sicherung künftiger Aufgaben sowie den ständig steigenden Anforderungen an Qualität und Sicherheit der Blutpräparate notwendig sind.

## Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Der DRK-Blutspendedienst Baden-Württemberg - Hessen gemeinnützige GmbH hat für die Erkennung wesentlicher Risiken ein umfassendes Kontroll- und Risikomanagement als Bestandteil der Unternehmensplanung implementiert. Die eingesetzten Steuerungs- und Überwachungsinstrumente werden im vorhandenen BI-System weiterentwickelt, damit frühzeitig im Abgleich mit den Planannahmen die Risiken erkannt werden und sich daraus rechtzeitig gegensteuernde Maßnahmen ableiten lassen. Mit regelmäßigen kundenspezifischen Marktentwicklungsanalysen und der vorhandenen Unternehmensplanung werden die zukünftigen Risiken abgebildet, sowie dafür notwendige Handlungsalternativen erstellt und bewertet.

Grundsätzliche Umsatz- und Ertragsrisiken sind auch im kommenden Geschäftsjahr zu erwarten. Der gegenwärtig rückläufige Blutpräparatebedarf, insbesondere durch die zunehmende Etablierung blutsparender Operationsmethoden, den Einsatz medizinischer Innovationen und allgemeine Sparmaßnahmen der Kliniken und Krankenhäuser wird durch eine bedarfsgerechte Planung und Durchführung der Blutspendeaktionen begegnet.

Der DRK-Blutspendedienst Baden-Württemberg - Hessen kann satzungsgerecht die aus der Vergangenheit gewohnte hohe Versorgungssicherheit aufrechterhalten.

Des Weiteren zeichnet sich immer stärker ab, dass die Kliniken, die noch über eine eigene Blutbank verfügen, ihre Anstrengungen in den letzten Jahren erheblich erhöht haben, um selbst mehr

# Kassel documenta Stadt

Blutspenden abzunehmen, so dass der DRK-Blutspendedienst Baden-Württemberg - Hessen gemeinnützige GmbH und seine Tochtergesellschaften immer weniger Blutpräparate zuliefern konnten.

Die vorgenannten Trends können mittelfristig erhebliche Umsatz- und Ergebnisrisiken zur Folge haben. Hierbei bietet sich der Gesellschaft die Chance weiterhin mit den vorhandenen Kosteneinsparungsprojekten eine positive Kostenentwicklung zu erreichen und die eigene Marktposition zu stärken.

Nach der derzeitigen Konsolidierungsphase der blutverbrauchenden Prozesse bei den Kunden wird langfristig aufgrund der demographischen Entwicklung wieder von einem leicht steigenden Konservenbedarf ausgegangen. Die Bürger in Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Hamburg, Hessen und Schleswig-Holstein sind kontinuierlich auf die Notwendigkeit der ausreichenden Blutversorgung der im Versorgungsbereich befindlichen Kliniken und Krankenhäuser durch Blutspenden hinzuweisen. Dies bedeutet, dass die Werbeaktivitäten bedarfsgerecht, zielgruppenspezifisch erfolgen müssen, damit die Versorgung mit benötigten Blutspenden jederzeit gewährleistet werden kann. Marktchancen werden weiterhin im regionalen Umfeld und in der Ausweitung der Plasmaphereseaktivitäten gesehen, da zukünftig Engpässe in der Plasmaversorgung zu erwarten sind.

Für das Geschäftsjahr 2015 gehen die Planannahmen von einem leicht steigenden Umsatz und bedarfsgerecht angepassten Vollblutspendenaufkommen aus. In Erwartung, dass die eingeleiteten Einsparungsmaßnahmen greifen, wurde davon ausgegangen, dass diese den Jahresüberschuss positiv beeinflussen sollten. Die Entwicklung im ersten Quartal 2015 war geprägt durch die im Südwesten von Deutschland grassierende Grippewelle. Diese stellte das Unternehmen vor eine doppelte Herausforderung sowohl bei der Sicherstellung des benötigten Spendenaufkommens als auch mit Blick auf die nur schwer planbare Bedarfssituation der Krankenhäuser. Mit dem Rückgang der Grippewelle konnte im März der negative Trend gebrochen werden, aber das Ziel der Planannahmen noch nicht erreicht werden. Damit liegt die Ergebnisentwicklung des ersten Quartals unter unseren Erwartungen. Hinsichtlich des Gesamtjahres 2015 gehen wir davon aus, dass wir das Konzernergebnis des Vorjahres leicht überschreiten werden.

Wesentliche Vorgänge von Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres ergaben sich nicht.

## Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2014 hat die Stadt Kassel an die Blutspendedienst Hessen & Baden-Württemberg des DRK gGmbH keinen Zuschuss geleistet.

# Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH - Konzern

Sitz: Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRB 4681

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Versorgung mit Strom, Gas, Wasser und Fernwärme, der Betrieb von

Straßenbahnen und sonstigen Verkehrsmitteln für den öffentlichen Personennahverkehr in Kassel und Umgebung, der Betrieb von

Badeeinrichtungen und Anlagen der Straßenbeleuchtung, der Betrieb von kommunalen Einrichtungen im Bereich der Infrastruktur und regionalen Arbeitsförderung sowie die Abfallverwertung und -beseitigung in Kassel und

Umgebung.

Eigentümer: Stadt Kassel 100 %

Beteiligungen: KVV Verkehrsgesellschaft Nordhessen GmbH 100,0 %

KVV Bau- und Verkehrs-Consulting Kassel GmbH 100,0 % Netcom Kassel Ges. für Telekommunikation mbH 100,0 %

Müllheizkraftwerk Kassel GmbH 97,5 % Kasseler Verkehrs-Gesellschaft AG 93,5 %

Städtische Werke AG 75,1 %

Kasseler Entsorgungsgesellschaft mbH 50,0 %

items GmbH 23,1 %

Städtische Werke Energie + Wärme GmbH 5,1 %

Kapitalangaben: Grundkapital 68.151.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 13. August 2001

Beherrschungs- u. Gewinnabführungsverträge

Wirtschaftsprüfer: WIBERA

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Diplom-Kaufmann Andreas Helbig (Vorsitzender)

Diplom-Ingenieur Norbert Witte

## Aufsichtsrat (oder Beirat):

Oberbürgermeister Bertram Hilgen, Kassel (Vorsitzender)

stellvertretender Betriebsratsvorsitzender Lothar Alexi, Staufenberg

Stadtkämmerer Diplom-Volkswirt Dr. Jürgen Barthel, Kassel

Holztechnikerin Anke Bergmann, Kassel

Maler- und Lackierermeister Bernd-Peter Doose, Kassel

Bezirksgeschäftsführer ver.di Nordhessen Harald Fennel, Borken

Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirksverwaltung Nordhessen Axel Gerland,

Breuna (stellvertretender Vorsitzender)

Assessor jur. Christian Geselle, Kassel

Straßenbahnfahrer Dieter Güth, Kassel

Berufspädagoge Hermann Hartig, Kassel

Betriebsratsvorsitzender Städtische Werke AG Klaus Horn, Söhrewald

Diplom-Ingenieurin Eva Koch, Kassel

Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirk Osthessen Berthold Leinweber, Eichenzell

Stadtbaurat Christof Nolda, Kassel

Elektro-Installateurmeister Volker Reitze, Kassel

Industriemechaniker Gernot Rönz, Kassel

Betriebsratsvorsitzender Kasseler Verkehrs Gesellschaft AG Ralf Salzmann,

**Baunatal** 

Einzelhandelskauffrau Cornelia Sesselmann, Kassel

Diplomhandelslehrer Heribert Völler, Kassel (seit 01.10.2014)

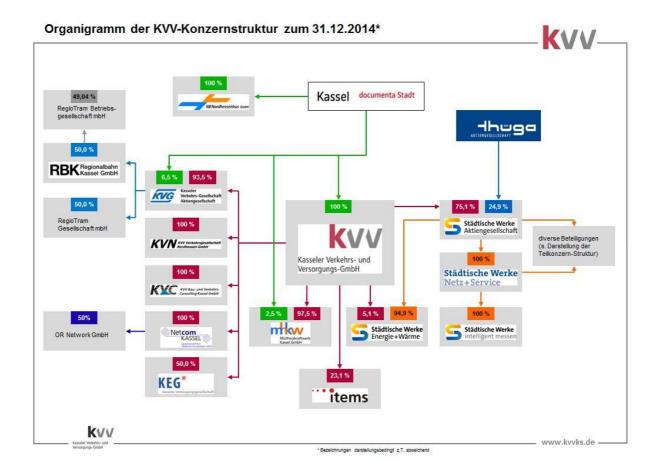
<u>Prokuristen:</u> Martin Schwegmann

Dr. Mark Eppe

#### Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	574.015	568.402
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	-106	2.277
Bilanzsumme	TEUR	906.702	862.875
Investitionen	TEUR	106.200	62.700
Fremd-Darlehen	TEUR	363.662	325.075
Personal	Anzahl	1.869	1.875
Eigenkapitalquote	%	24,4	25,8
Cash flow (nur AFA)	TEUR	49.284	53.656
Gesamtverschuldung	%	75,6	74,2
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	307	303
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,19	0,19

#### Konzernstruktur



#### Lagebericht

Am 09.11.2009 beschloss die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel die Betrauung der Kasseler Verkehrs-Gesellschaft Aktiengesellschaft (KVG) mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen zur Durchführung des auf Genehmigung nach dem Personenbeförderungsgesetz (PBefG) beruhenden öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Kassel. Auf Grundlage dieser Betrauung konnte die KVG die Übergangsfristen der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und Rates nutzen. Durch diese Verordnung sind sowohl Ausschreibungen als auch Direktvergaben möglich. Zusätzlich sieht die Verordnung Übergangsfristen vor, in denen Vergaben nach alter Rechtslage, dem sogenannten "Altmark Trans Urteil" des Europäischen Gerichtshofes (EuGH), aufrechterhalten werden können. Die Direktvergabe der Straßenbahnverkehrsleistung an die KVV Verkehrsgesellschaft Nordhessen GmbH (KVN) und Busverkehrsleistungen an die Nordhessenbus GmbH (NB) oder alternativ an die KVG blieben somit nach alter Rechtslage möglich. Grundlage sind die Regelungen in § 4 Abs. 8-12 des derzeit gültigen Konsolidierungsvertrags zwischen der Stadt Kassel und der KVV vom 21.07.2008. Daneben war es auch möglich, die Vergabe nach der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 durchzuführen.

Auf Basis des bestehenden Beschlusses aus dem Jahr 2009 wurde eine neue Liniengenehmigung für die Tramlinien im Stadtverkehr Kassel, Baunatal und Vellmar durch die KVG beantragt und am 03.12.2012 durch das Regierungspräsidium (RP) Kassel genehmigt. Die Neukonzession läuft bis zum 14.12.2024.

Für den Tramverkehr im Lossetal existiert eine Bestandsbetrauung der Regionalbahn Kassel GmbH (RBK) auf Basis der Finanzierungsverträge mit den betroffenen Gemeinden und Landkreisen. Diese fällt ebenfalls unter die Übergangsregelungen der EU-Verordnung, sodass auch hier lediglich eine neue PBefG-Liniengenehmigung beantragt werden musste. Die Genehmigung wurde der RBK am 07.02.2013

mit einer Laufzeit bis 01.10.2028 erteilt. Mit Bescheid vom 26.02.2013 wurde der RBK zudem die Genehmigung gemäß § 6 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) bis zum 29.02.2028 durch das RP Kassel erteilt.

Auf der gleichen Rechtsgrundlage wie die Tramkonzession für Kassel, Baunatal und Vellmar wurde am 08.04.2014 die Konzession für die Busverkehre in Kassel durch die KVG beantragt. Diese hatte ursprünglich eine Laufzeit bis zum 13.12.2014. Das RP Kassel erteilte der KVG mit Genehmigungsurkunde vom 04.07.2014 die Genehmigung für die maximal mögliche Laufzeit bis zum 09.11.2019. Damit konnten inzwischen alle für die KVG und RBK relevanten Konzessionen für den Tram- und Busverkehr gesichert und deutlich verlängert werden.

Um im wettbewerbsintensiven Markt erfolgreich zu agieren, erweiterte die Städtische Werke Aktiengesellschaft, Kassel (STW) 2014 ihre Vertriebsstrategie. Die STW ist mit Wirkung ab dem 01.01.2014 lt. Konsortialvertrag vom 09.07.2014 mit 49,99 % als Partner an der EAME, der Vertriebstochtergesellschaft der EAM GmbH & Co. KG (EAM), beteiligt. Die EAME bietet Ökostrom- und Erdgasprodukte sowie Heizstrom an. Das Vertriebsgebiet des Unternehmens erstreckt sich auf die Region von Dassel in Südniedersachsen bis nach Hanau in Südhessen sowie Teile von Nordrhein-Westfalen, Thüringen und Rheinland-Pfalz.

Die von der Städtische Werke Netz + Service GmbH (NSG) gehaltenen Netzkonzessionen (Wegenutzungsverträge) für Strom, Gas und Wasser in der Stadt Kassel liefen zum Ende des Jahres 2014 aus. Für Strom und Gas wurde von der Stadt Kassel ein nach dem § 46 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) vorgeschriebenes Ausschreibungsverfahren durchgeführt. Bei beiden Konzessionsverfahren war die NSG Bestbietende und erhielt von der Stadt Kassel den Zuschlag. Die Wegenutzungsverträge traten zum 01.01.2015 in Kraft. Ebenfalls wurde mit der Stadt Kassel der Wasserwegenutzungsvertrag neu ausgehandelt. Mittlerweile (Stand 31.03.2015) liegen alle Gremienbeschlüsse der Stadt Kassel und der NSG zum Abschluss des Vertrages vor, sodass der Abschluss unmittelbar bevorsteht.

Der Wettbewerb um Konzessionen in der Region ist aufgrund der weitgehend abgeschlossenen und entschiedenen Ausschreibungsverfahren in die Phase der Netzübernahmeverhandlungen getreten. Die STW ist als Partner an dem neu gegründeten kommunalen Unternehmen Fulda-Eder Energie GmbH & Co. KG (FEE) beteiligt. Weitere Beteiligungen der STW sind die Gemeindewerk Kaufungen GmbH & Co. KG und die Stadtwerke Großalmerode GmbH & Co. KG, an denen auch die jeweilige Gemeinde beteiligt ist. Die NSG selbst war an der 2014 gegründeten Niestetal Netz GmbH (NNG) mit vorläufig 100 % beteiligt. Im Zuge der Einbringung des zunächst im Eigentum der NSG befindlichen Gasversorgungsnetzes von Niestetal Ortsteil Sandershausen von der NSG in die NNG als Sacheinlage wurde das Stammkapital der NNG von 25 Tsd. EUR um 965 Tsd. EUR auf 990 Tsd. EUR erhöht. Die Netzübernahmeverhandlungen werden mit der EnergieNetz Mitte GmbH (ENM, Tochterunternehmen der EAM) geführt. Ziel der Verhandlungen ist der Netzkauf durch die Beteiligungsgesellschaften der STW. Die Netze der Gemeinden Großalmerode, Kaufungen und Niestetal sollen dann von der NSG gepachtet werden.

Die Landeskartellbehörde Hessen (LKB) überprüft in Hessen intensiv die Wasserpreise. In neun Fällen leitete die LKB wegen Missbrauchsverdacht Kartellverfahren gegen Wasserversorgungsunternehmen ein. Gegen die STW erließ die LKB am 11.04.2008 eine Preissenkungsverfügung in Höhe von 37 % wegen angeblich missbräuchlich überhöhter Wasserpreise.

Die Preissenkungsverfügung war vom Zeitpunkt der Zustellung bis zum 31.12.2009 befristet. Gegen die Verfügung hatte die STW fristgerecht Beschwerde beim Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt am Main eingelegt. Das Verfahren vor dem OLG wurde 2009 ausgesetzt und ruht seitdem. Derzeit laufen erneut Vergleichsverhandlungen mit der LKB, die gegebenenfalls kurzfristig zur Einigung kommen könnten.

## Analyse des Geschäftsverlaufes

Das Betriebsergebnis des Konzerns im Berichtsjahr betrug 14,9 Mio. EUR (Vorjahr 11,6 Mio. EUR). Das Finanzergebnis lag bei -10,8 Mio. EUR (Vorjahr -11,7 Mio. EUR).

Die im Rahmen des Konsolidierungsvertrages mit der Stadt Kassel vereinbarten Ergebnisziele der einzelnen Unternehmen wurden im Geschäftsjahr 2014 erneut erreicht.

#### Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Umfassende gesetzliche Änderungen sowohl im Verkehrs- als auch im Versorgungsbereich werden im Geschäftsjahr 2015 und in den Folgejahren weitere Auswirkungen auf den KVV-Konzern haben. Die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen aus dem Konsolidierungsvertrag und weitere Maßnahmen zur Ergebnisverbesserung werden weiterhin im Mittelpunkt der Tätigkeiten stehen. Der Konsolidierungsvertrag läuft bis zum 31.12.2016, eine Fortführung des Vertrags darüber hinaus ist angestrebt. Die Ausgestaltung eines entsprechenden Nachtrags wird Einfluss auf die künftigen Ergebnisse der KVV und ihrer Tochterunternehmen haben.

Derzeit wird für das Jahr 2015 ein leicht verbessertes Eigenergebnis der KVV erwartet. Insgesamt plant die KVV ein höheres Jahresergebnis 2015 im Vergleich zum Berichtsjahr. Dies ist begründet durch eine höhere Ergebnisabführung der STW und eine geringere Verlustübernahme von der KVG.

Wesentliches Ziel für die Zukunft des KVV-Konzerns ist der Ausbau der sehr guten Wettbewerbsposition. Die Ergebnisziele sollen auch zukünftig weitestgehend nicht durch einen Personalabbau in den Produktbereichen, sondern vor allem durch den Ausbau der Geschäftsfelder erreicht werden.

Als Ergebnis des Projektes "P166 – Zukunft KVC" ist der bisherige Bereich KVC1 ("Verkehrsplanung") ab dem 01.01.2015 als eigenständiger, technischer Bereich "Planung Infrastruktur" innerhalb der KVG und der bisherige Bereich KVC2 ("Hochbau") als Zentralbereich "Gebäudebewirtschaftung und Hochbauplanung" bei der KVV angesiedelt.

Laufende Projekte der KVC über das Geschäftsjahr 2014 hinaus werden im Jahr 2015 durch die KVG und KVV fortgeführt. Dazu haben die externen Auftraggeber der KVC1 in sogenannten Übernahmeverträgen schriftlich zugesichert, die mit der KVC begonnenen Projekte auch künftig mit der KVG weiter bearbeiten zu wollen. Die Projekte der KVC2 werden im Jahr 2015 durch die KVV weiterbearbeitet und gehen mit der Verschmelzung auf die KVV über. Im Laufe des nächsten Geschäftsjahres werden die Geschäftsführungen von KVV und KVC einen Verschmelzungsvertrag abschließen.

Der Kauf der 22 neuen Niederflurstraßenbahnen erhöht die Kapitalkosten, da für die neuen Fahrzeuge keine Förderung mehr durch das Land Hessen bereitgestellt wurde. Nach der Verschlechterung des KVG-Ergebnisses in den letzten drei Jahren wird im nächsten Jahr von einer Verbesserung der Ergebnissituation auf -15,9 Mio. EUR ausgegangen.

Im Mittelfristzeitraum soll der Zielergebniskorridor von ca. –15,0 Mio. EUR wieder erreicht werden. Die dafür notwendigen Maßnahmen werden im Rahmen des oben genannten Projekts "mobil4kassel – KVG 2020" entwickelt.

Mit Beschluss des Zielkonzepts des Verkehrsentwicklungsplans Stadt Kassel 2030 (VEP) am 09.12.2013 und des lokalen Nahverkehrsplan (NVP) am 16.06.2014 wurde der weitere Entwicklungsrahmen des ÖPNV in der Stadt Kassel festgelegt. Die im VEP und NVP erarbeiteten Vorgaben bilden unter anderem

die Grundlage für die strategische Liniennetzentwicklung und stellen auch mittelfristig die Basis für einen positiven Geschäftsverlauf der KVN dar.

Die laufzeitkonforme Koppelung der vertraglichen Vereinbarungen für Personal und Fahrzeuge einerseits und des Verkehrsvertrags andererseits stellt sicher, dass ausreichend Personal bzw. Betriebsmittel zu festgelegten Konditionen zur Verfügung stehen und eigenes Personal ausgelastet werden kann. Im Zuge von Neueinstellungen wird die Zahl von KVN-Fahrpersonalen auch künftig ansteigen. Auf Basis der vertraglich vereinbarten Weiterberechnung aller anfallenden Aufwandspositionen an die KVG und NB wird für das Geschäftsjahr 2015 ein Ergebnis in Höhe von 0,0 Tsd. EUR erwartet.

Die STW plant für das Jahr 2015 mit einem Eigenergebnis vor Steuern, welches unter dem Wert des Jahres 2014 liegt. Hauptgründe sind geringere Beteiligungserträge sowie der einmalige Effekt aus Übertragung des Windparks Söhrewald/Niestetal im Jahr 2014. Die deutsche Bundesregierung erwartet in ihrem Herbstgutachten ein Wirtschaftswachstum in Höhe von 1,2 % p.a., das damit unter dem Wirtschaftswachstum 2014 mit 1,5 % p.a. liegt. Darüber hinaus rechnet die STW damit, dass die Brennstoffmärkte auch im Jahr 2015 vom volatilen Preisniveau geprägt sein werden. Zusätzlich geht die STW davon aus, dass sich im Kasseler Netzgebiet der Wettbewerb in Verbindung mit einer wachsenden Wechselbereitschaft der Kunden weiter intensiviert. Um ihre Wettbewerbsposition dabei zu behaupten, wird die STW vielfältige Anstrengungen unternehmen. Einerseits sind die konsequente Weiterentwicklung und Optimierung der Energiebeschaffungsstrategie bei den erwarteten Bedingungen auf den Brennstoffmärkten von zentraler Bedeutung. Andererseits hat die STW sich als Ziel gesetzt, ihre Marktstellung nachhaltig zu festigen und auszubauen. In diesem Zusammenhang sollen einerseits die Wechselbereitschaft der Kunden weiter reduziert und andererseits bundesweit Kunden hinzugewonnen werden. Attraktive Preise, umweltfreundliche Produkte, innovative Vertriebsstrategien sowie ein leistungsstarker Kundenservice werden daher wichtig sein, damit die STW ihre Produkte lokal und bundesweit erfolgreich vermarkten kann. Darüber hinaus erwartet die STW, dass die Beteiligung an der EAME zukünftig eine wichtige Rolle in der Vertriebsstrategie übernimmt.

Auch in den kommenden Jahren wird die STW weiterhin ihre Strategie des Ausbaus der erneuerbaren Energien verfolgen und intensivieren. Weitere Investitionen in Windparks werden umfassend geprüft und bei entsprechender Wirtschaftlichkeit durchgeführt. Zudem bieten die Beteiligungen an der Stadtwerke Union Nordhessen GmbH & Co. KG (SUN), der Fulda-Eder Energie GmbH & Co. KG (FEE) und der Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (THEE) der STW für die Zukunft neue Perspektiven. Das Bündeln von Know-how und Kapital sowie die Realisierung von Synergieeffekten werden sich positiv auf die Entwicklung der STW auswirken und die nachhaltige Unternehmensausrichtung verstärken.

Im Rahmen der Klimaschutzbestrebungen in der Stadt Kassel spielt das Produkt Fernwärme aufgrund seines geringen CO<sub>2</sub>-Anteils und des sehr guten Primärenergiefaktors von 0,0 (Gas und Heizöl haben dagegen ca. 1,1) eine wichtige Rolle.

Daher sind neben den gerade in der jüngeren Vergangenheit erschlossenen zusätzlichen Fernwärmeabsatzpotenzialen auch weiterhin Steigerungen des Fernwärmeabsatzes geplant. Der Neuanschluss von Fernwärmekunden wird in den kommenden Jahren zielgerichtet dort fortgesetzt, wo angemessene Ergebnisbeiträge erzielt werden können.

Der von der Bundesregierung beschlossene Ausstieg aus der Atomkraft sowie der damit verbundene Ausbau der erneuerbaren Energien führt zu erheblichen Preiseffekten. Während Endverbraucher von zunehmend steigenden Strompreisen betroffen sind, wirken sich sinkende Preise an den Strombörsen negativ auf die Wirtschaftlichkeit konventioneller Erzeugungsanlagen aus. Derzeit lassen sich weitere

Ertragschancen aus der Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG)-Novelle 2009 herleiten. Ein wesentlicher Punkt für die Städtische Werke Energie + Wärme GmbH (EWG) aus der KWKG-Novelle 2009 ist hierbei die Förderung des Neu- und Ausbaus von Wärmenetzen.

Die langfristigen Kooperationen mit kommunalen Kunden gewährleisten einen Großteil der zukünftigen Auslastung der Müllverbrennungsanlage. Die Erzeugung von Strom und Fernwärme, die durch den Betrieb der neuen Dampfturbine weiter optimiert wurde, sind ebenfalls wichtige Erfolgsfaktoren für eine positive wirtschaftliche Entwicklung der Müllheizkraftwerk Kassel GmbH (MHKW). Die Entwicklung des Abfallmarktes fordert, dass die MHKW ihren Kunden, wie in der Vergangenheit, marktgerechte Komplettlösungen anbietet. Die MHKW arbeitet partiell mit Wettbewerbern zusammen, um ihre Marktpräsenz zu stärken.

Im Zuge der Beteiligung der STW an der EAM Energie GmbH wurde der EAM eine Call-Option auf 50 % der Anteile an der Netcom Kassel Gesellschaft für Telekommunikation mbH (NCK) eingeräumt. Zurzeit laufen diesbezügliche Verhandlungen über einen Anteilsverkauf zwischen der EAM und der KVV.

## Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integres Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

#### Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

## Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH (KVV)

Sitz: Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRB 4681

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Versorgung mit Strom, Gas, Wasser und Fernwärme, der Betrieb von

Straßenbahnen und sonstigen Verkehrsmitteln für den öffentlichen Personennahverkehr in Kassel und Umgebung, der Betrieb von

Badeeinrichtungen und Anlagen der Straßenbeleuchtung, der Betrieb von kommunalen Einrichtungen im Bereich der Infrastruktur und regionalen Arbeitsförderung sowie die Abfallverwertung und -beseitigung in Kassel und

Umgebung.

Eigentümer: Stadt Kassel 100 %

Beteiligungen: KVV Verkehrsgesellschaft Nordhessen GmbH 100,0 %

KVV Bau- und Verkehrs-Consulting Kassel GmbH 100,0 % Netcom Kassel Ges. für Telekommunikation mbH 100,0 %

Müllheizkraftwerk Kassel GmbH 97,5 % Kasseler Verkehrs-Gesellschaft AG 93,5 %

Städtische Werke AG 75,1 %

Kasseler Entsorgungsgesellschaft mbH 50,0 %

items GmbH 23,1 %

Städtische Werke Energie + Wärme GmbH 5,1 %

Kapitalangaben: Grundkapital 68.151.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 13. August 2001

Beherrschungs- u. Gewinnabführungsverträge

Wirtschaftsprüfer: WIBERA

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Diplom-Kaufmann Andreas Helbig (Vorsitzender)

Diplom-Ingenieur Norbert Witte

#### Aufsichtsrat (oder Beirat):

Oberbürgermeister Bertram Hilgen, Kassel (Vorsitzender)

stellvertretender Betriebsratsvorsitzender Lothar Alexi, Staufenberg

Stadtkämmerer Diplom-Volkswirt Dr. Jürgen Barthel, Kassel

Holztechnikerin Anke Bergmann, Kassel

Maler- und Lackierermeister Bernd-Peter Doose, Kassel

Bezirksgeschäftsführer ver.di Nordhessen Harald Fennel, Borken

Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirksverwaltung Nordhessen Axel Gerland,

Breuna (stellvertretender Vorsitzender)

Assessor jur. Christian Geselle, Kassel

Straßenbahnfahrer Dieter Güth, Kassel

Berufspädagoge Hermann Hartig, Kassel

Betriebsratsvorsitzender Städtische Werke AG Klaus Horn, Söhrewald

Diplom-Ingenieurin Eva Koch, Kassel

Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirk Osthessen Berthold Leinweber, Eichenzell

Stadtbaurat Christof Nolda, Kassel

Elektro-Installateurmeister Volker Reitze, Kassel

Industriemechaniker Gernot Rönz, Kassel

Betriebsratsvorsitzender Kasseler Verkehrs Gesellschaft AG Ralf Salzmann,

Baunatal

Einzelhandelskauffrau Cornelia Sesselmann, Kassel

Diplomhandelslehrer Heribert Völler, Kassel (seit 01.10.2014)

<u>Prokuristen:</u> Martin Schwegmann

Dr. Mark Eppe

## Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	26.265	27.416
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	-5.549	-3.535
Bilanzsumme	TEUR	344.795	317.565
Investitionen	TEUR	0	0
Fremd-Darlehen	TEUR	26.026	17.145
Personal	Anzahl	109	113
Eigenkapitalquote	%	59,7	65,1
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-5.797	-3.311
Gesamtverschuldung	%	40,3	34,9
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	241	243
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,26	0,27

## Lagebericht

Am 09.11.2009 beschloss die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel die Betrauung der KVG mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen zur Durchführung des auf Genehmigung nach dem Personenbeförderungsgesetz (PBefG) beruhenden öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Kassel. Auf Grundlage dieser Betrauung konnte die KVG die Übergangsfristen der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und Rates nutzen.

# Kassel documenta Stadt

Durch diese Verordnung sind sowohl Ausschreibungen als auch Direktvergaben möglich. Zusätzlich sieht die Verordnung Übergangsfristen vor, in denen Vergaben nach alter Rechtslage, dem sogenannten "Altmark Trans Urteil" des Europäischen Gerichtshofes (EuGH), aufrechterhalten werden können. Die Direktvergabe der Straßenbahnverkehrsleistung an die KVN und Busverkehrsleistungen an die NB oder alternativ an die KVG blieben somit nach alter Rechtslage möglich. Grundlage sind die Regelungen in § 4 Abs. 8-12 des derzeit gültigen Konsolidierungsvertrags zwischen der Stadt Kassel und der KVV vom 21.07.2008. Daneben war es auch möglich, die Vergabe nach der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 durchzuführen.

Auf Basis des bestehenden Beschlusses aus dem Jahr 2009 wurde eine neue Liniengenehmigung für die Tramlinien im Stadtverkehr Kassel, Baunatal und Vellmar durch die KVG beantragt und am 03.12.2012 durch das Regierungspräsidium (RP) Kassel genehmigt. Die Neukonzession läuft bis zum 14.12.2024.

Für den Tramverkehr im Lossetal existiert eine Bestandsbetrauung der RBK auf Basis der Finanzierungsverträge mit den betroffenen Gemeinden und Landkreisen. Diese fällt ebenfalls unter die Übergangsregelungen der EU-Verordnung, sodass auch hier lediglich eine neue PBefG-Liniengenehmigung beantragt werden musste. Die Genehmigung wurde der RBK am 07.02.2013 mit einer Laufzeit bis 01.10.2028 erteilt. Mit Bescheid vom 26.02.2013 wurde der RBK zudem die Genehmigung gemäß § 6 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) bis zum 29.02.2028 durch das RP Kassel erteilt.

Auf der gleichen Rechtsgrundlage wie die Tramkonzession für Kassel, Baunatal und Vellmar wurde am 08.04.2014 die Konzession für die Busverkehre in Kassel durch die KVG beantragt. Diese hatte ursprünglich eine Laufzeit bis zum 13.12.2014. Das RP Kassel erteilte der KVG mit Genehmigungsurkunde vom 04.07.2014 die Genehmigung für die maximal mögliche Laufzeit bis zum 09.11.2019. Damit konnten inzwischen alle für die KVG und RBK relevanten Konzessionen für den Tram- und Busverkehr gesichert und deutlich verlängert werden.

Um im wettbewerbsintensiven Markt erfolgreich zu agieren, erweiterte die STW 2014 ihre Vertriebsstrategie. Die STW ist mit Wirkung ab dem 01.01.2014 lt. Konsortialvertrag vom 09.07.2014 mit 49,99 % als Partner an der EAM Energie GmbH (EAME), der Vertriebstochtergesellschaft der EAM GmbH & Co. KG (EAM), beteiligt. Die EAME bietet Ökostrom- und Erdgasprodukte sowie Heizstrom an. Das Vertriebsgebiet des Unternehmens erstreckt sich auf die Region von Dassel in Südniedersachsen bis nach Hanau in Südhessen sowie Teile von Nordrhein-Westfalen, Thüringen und Rheinland-Pfalz.

Die von der NSG gehaltenen Netzkonzessionen (Wegenutzungsverträge) für Strom, Gas und Wasser in der Stadt Kassel liefen zum Ende des Jahres 2014 aus. Für Strom und Gas wurde von der Stadt Kassel ein nach dem § 46 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) vorgeschriebenes Ausschreibungsverfahren durchgeführt. Bei beiden Konzessionsverfahren war die NSG Bestbietende und erhielt von der Stadt Kassel den Zuschlag. Die Wegenutzungsverträge traten zum 01.01.2015 in Kraft. Ebenfalls wurde mit der Stadt Kassel der Wasserwegenutzungsvertrag neu ausgehandelt. Mittlerweile (Stand 31.03.2015) liegen alle Gremienbeschlüsse der Stadt Kassel und der NSG zum Abschluss des Vertrages vor, sodass der Abschluss unmittelbar bevorsteht.

Der Wettbewerb um Konzessionen in der Region ist aufgrund der weitgehend abgeschlossenen und entschiedenen Ausschreibungsverfahren in die Phase der Netzübernahmeverhandlungen getreten. Die STW ist als Partner an dem neu gegründeten kommunalen Unternehmen Fulda-Eder Energie GmbH & Co. KG (FEE) beteiligt. Weitere Beteiligungen der STW sind die Gemeindewerk Kaufungen GmbH & Co. KG und die Stadtwerke Großalmerode GmbH & Co. KG, an denen auch die jeweilige Gemeinde beteiligt ist. Die NSG selbst war an der 2014 gegründeten Niestetal Netz GmbH (NNG) mit vorläufig 100 % beteiligt.

Im Zuge der Einbringung des zunächst im Eigentum der NSG befindlichen Gasversorgungsnetzes von Niestetal Ortsteil Sandershausen von der NSG in die NNG als Sacheinlage wurde das Stammkapital der NNG von 25 Tsd. EUR um 965 Tsd. EUR auf 990 Tsd. EUR erhöht. Die Netzübernahmeverhandlungen werden mit der EnergieNetz Mitte GmbH (ENM, Tochterunternehmen der EAM) geführt. Ziel der Verhandlungen ist der Netzkauf durch die Beteiligungsgesellschaften der STW. Die Netze der Gemeinden Großalmerode, Kaufungen und Niestetal sollen dann von der NSG gepachtet werden.

Die Landeskartellbehörde Hessen (LKB) überprüft in Hessen intensiv die Wasserpreise. In neun Fällen leitete die LKB wegen Missbrauchsverdacht Kartellverfahren gegen Wasserversorgungsunternehmen ein. Gegen die STW erließ die LKB am 11.04.2008 eine Preissenkungsverfügung in Höhe von 37 % wegen angeblich missbräuchlich überhöhter Wasserpreise. Die Preissenkungsverfügung war vom Zeitpunkt der Zustellung bis zum 31.12.2009 befristet. Gegen die Verfügung hatte die STW fristgerecht Beschwerde beim Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt am Main eingelegt. Das Verfahren vor dem OLG wurde 2009 ausgesetzt und ruht seitdem. Derzeit laufen erneut Vergleichsverhandlungen mit der LKB, die gegebenenfalls kurzfristig zur Einigung kommen könnten.

## Analyse des Geschäftsverlaufes

Das wirtschaftliche Ergebnis der KVV wird primär von den Ergebnisübernahmen der Töchter bestimmt. Im Geschäftsjahr 2014 erzielte die KVV folgende Ergebnisse:

	2014	Vorjahr	
	Mio. EUR	Mio. EUR	
Eigenergebnis KVV GmbH	-7,3	-7,5	
Erträge aus Gewinnabführung	20,8	18,5	
Verlustübernahmen	-17,0	-16,9	
Jahresfehlbetrag	-3,5	-5,8	

Die sonstigen betrieblichen Erträge der KVV GmbH in Höhe von 27,4 Mio. EUR (Vorjahr 26,3 Mio. EUR) umfassten insbesondere die Konzernerträge mit den Tochtergesellschaften. Aufgrund der Zunahme der Konzernbeteiligungen und der damit gestiegenen Steuerungserfordernisse für den Konzern als Ganzes sind das Beteiligungsmanagement und weitere zentrale Funktionen (z. B. Chief Information Officer und Organisation im Konzern) bei der KVV angesiedelt. Hieraus entstehende Aufwendungen werden nicht an die Konzernunternehmen weiterberechnet. Diese Struktur ermöglicht eine bestmögliche Zielerreichung aus Konzernsicht vor dem Hintergrund neuer Herausforderungen und stetiger Veränderungen im Energiemarkt und im Verkehrssektor.

Der Personalaufwand betrug 7,4 Mio. EUR (Vorjahr 6,8 Mio. EUR). Im Jahresdurchschnitt waren bei der KVV 113 Mitarbeiter beschäftigt. Die Abschreibungen lagen im Berichtsjahr bei 0,2 Mio. EUR. Der sonstige Aufwand in Höhe von 24,2 Mio. EUR (Vorjahr 24,9 Mio. EUR) beinhaltete u. a. Beratungs- und ähnliche Kosten aus konzernübergreifenden Aufgabenstellungen. Die Leistungen der Zentralbereiche wurden den Tochtergesellschaften nach Inanspruchnahme in Rechnung gestellt.

Der bestehende Konsolidierungsvertrag wurde zwischen der Stadt Kassel und der KVV abgeschlossen und trat zum 01.01.2008 in Kraft. Zielsetzung des Vertrags ist es, die wirtschaftliche Verantwortung der Unternehmen zu stärken, die Arbeitsplätze zu sichern, die Kreditwürdigkeit weiter zu verbessern und langfristig kalkulierbare Handlungsbedingungen für beide Seiten zu schaffen. Ziel ist auch, eine nachhaltige Reduzierung der finanziellen Belastung des städtischen Haushalts um 10,0 Mio. € gegenüber 2006 zu realisieren.

Im Dezember 2009 wurde eine Nachtragsvereinbarung mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2014 geschlossen. Unter anderem wurden die Geschäftsgrundlagen des Vertrages um das Bestehen einer

Direktvergabe für die Straßenbahn- und Busverkehre erweitert. Am 13.01.2015 wurde ein zweiter Nachtrag unterzeichnet, der den Konsolidierungsvertrag bis zum 31.12.2016 verlängert. Ziel des zweiten Nachtrags ist es, der KVV-Gruppe einen zusätzlichen Anreiz zur Eigenkapitalstärkung zu geben. Die bis zum Jahr 2014 bestehende Obergrenze für eine mögliche Eigenkapitalstärkung ist entfallen.

Bis einschließlich 2016 sind derzeit keine weiteren Veränderungen vorgesehen. In der aktuellen Vertragsergänzung wurde zudem erklärt, dass, unabhängig von den für den Zeitraum ab 2017 neu zu verhandelnden Beträgen, beide Vertragsparteien beabsichtigen, den Konsolidierungsvertrag in seiner grundlegenden Systematik auch deutlich über 2016 hinaus fortzuführen.

Auf Basis des Ergebnisabführungsvertrages führte die EWG einen Gewinn in Höhe von 0,5 Mio. EUR (Vorjahr 1,8 Mio. EUR) an die STW ab. Die NSG führte ihr Ergebnis von 11,5 Mio. EUR (Vorjahr 10,3 Mio. EUR) ebenfalls an die STW ab.

An den Minderheitsaktionär Thüga ist eine Ausgleichszahlung in Höhe von 4,5 Mio. EUR zu leisten. Die Verbindlichkeit wurde im Jahresabschluss passiviert. Der verbleibende Jahresüberschuss von 16,1 Mio. EUR wurde an die Konzernobergesellschaft KVV abgeführt.

Der Saldo aus der Ergebnisabführung der Tochtergesellschaften stieg gegenüber dem Vorjahr auf 3,8 Mio. EUR (Vorjahr 1,7 Mio. EUR). Während die MHKW ein Jahresergebnis auf dem Niveau des Vorjahres in Höhe von 4,7 Mio. EUR erreichte, führte die STW ein Jahresergebnis in Höhe von 16,1 Mio. EUR (Vorjahr 13,8 Mio. EUR) an die Konzernmutter KVV ab. Die KVC erwirtschaftete ein negatives Jahresergebnis in Höhe von -0,2 Mio. EUR (Vorjahr -0,1 Mio. EUR). Die KVG erzielte 2014 ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von -16,8 Mio. EUR (Vorjahr -16,8 Mio. EUR). Aufgrund des bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages zwischen der KVV und der KVG erfolgte eine vollständige Verlustübernahme durch die KVV.

Erstmalig wurden darüber hinaus Sachanlagen bei der KVV aktiviert. Dabei handelte es sich um Investitionen in Softwarelizenzen in Höhe von 0,8 Mio. EUR sowie um den Umbau des Kundenzentrums mit einem Investitionsvolumen von 0,2 Mio. EUR, das von den KVV-Töchtern STW, KVG und NCK gemeinsam genutzt wird. Das Anlagevermögen belief sich damit zum 31.12.2014 auf 255,3 Mio. EUR (Vorjahr 254,6 Mio. EUR).

Das Umlaufvermögen bestand im Wesentlichen aus Forderungen gegen verbundene Unternehmen und betrug 62,2 Mio. EUR (Vorjahr 90,2 Mio. EUR). Der Rückgang ist überwiegend auf die zum 31.12.2013 enthaltene Zwischenfinanzierung des Windpark Niestetal/Söhrewald durch die STW zurückzuführen.

Auf der Passivseite führte die Aufstockung der Kapitalrücklage durch eine Kapitalstärkung des Gesellschafters auf Basis des Konsolidierungsvertrages zu einem Anstieg des Eigenkapitals von 205,7 Mio. EUR auf 206,7 Mio. EUR.

Die Rückstellungen wurden auf 68,3 Mio. EUR (Vorjahr 67,1 Mio. EUR) erhöht, was insbesondere durch eine Zuführung zu der Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen begründet war. Seit dem 23.12.2002 besteht im internen Verhältnis von KVV und KVG eine Freistellungsvereinbarung, durch die sich die KVV verpflichtet hat, die KVG-Pensionsrückstellungen zu übernehmen und damit die KVG von laufenden Pensionszahlungen freizustellen.

Unsicherheiten bestehen bei der Bemessung der künftigen Pensionszahlungen bzw. des Zuführungsbedarfs für die Pensionsrückstellung durch verschiedene externe Einflussfaktoren wie das Ausbleiben von Rentenerhöhungen bei der gesetzlichen Rente, starke Schwankungen der Zinssätze oder die Entwicklung der Inflationsrate.

Die Verbindlichkeiten sanken zum Geschäftsjahresende auf 42,5 Mio. EUR (Vorjahr 72,0 Mio. EUR). Hauptgrund waren geringere Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen von 18,2 Mio. EUR (Vorjahr 38,5 Mio. EUR) sowie geringere Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aufgrund planmäßiger Darlehenstilgungen in Höhe von 17,1 Mio. EUR (Vorjahr 26,0 Mio. EUR).

Die Eigen- und Fremdkapitalquote verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr. Während die Eigenkapitalquote zum Geschäftsjahresende 65,1 % (Vorjahr 59,7 %) betrug, lag die Fremdkapitalquote bei 34,9 % (Vorjahr 40,3 %). Hauptgrund für die Entwicklung der Kapitalstruktur war neben dem Anstieg des Eigenkapitals durch die Kapitalstärkung des Gesellschafters der Rückgang der Verbindlichkeiten, der insbesondere aus geringeren Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten resultierte.

Im Berichtsjahr erwirtschaftete die KVV einen Jahresfehlbetrag von -3,5 Mio. EUR (Vorjahr -5,8 Mio. EUR). Das Eigenergebnis KVV betrug -7,3 Mio. EUR (Vorjahr -7,5 Mio. EUR). Damit lag das Jahresergebnis über dem Vorjahres- bzw. Planwert, was insbesondere durch die höhere Ergebnisabführung der STW begründet war.

Am 26.02.2015 erhielt die NCK den Zuschlag für den Breitbandausbau in den Landkreisen Hersfeld-Rotenburg, Werra-Meißner, Waldeck-Frankenberg, Schwalm-Eder und Kassel.

Am 11.03.2015 wurde Herr Dr. Michael Maxelon zum Vorsitzenden der Geschäftsführung der KVV ab 01.01.2016 bestellt.

Darüber hinaus sind nach Ende des Geschäftsjahres keine besonderen Vorgänge angefallen.

#### Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Die STW plant für das Jahr 2015 mit einem Eigenergebnis vor Steuern, welches unter dem Wert des Jahres 2014 liegt. Hauptgründe sind geringere Beteiligungserträge sowie der einmalige Effekt aus Übertragung des Windparks Söhrewald/Niestetal im Jahr 2014. Die deutsche Bundesregierung erwartet in ihrem Herbstgutachten ein Wirtschaftswachstum in Höhe von 1,2 % p.a., das damit unter dem Wirtschaftswachstum 2014 mit 1,5 % p.a. liegt. Darüber hinaus rechnet die STW damit, dass die Brennstoffmärkte auch im Jahr 2015 vom volatilen Preisniveau geprägt sein werden. Zusätzlich geht die STW davon aus, dass sich im Kasseler Netzgebiet der Wettbewerb in Verbindung mit einer wachsenden Wechselbereitschaft der Kunden weiter intensiviert. Um ihre Wettbewerbsposition dabei zu behaupten, wird die STW vielfältige Anstrengungen unternehmen. Einerseits sind die konsequente Weiterentwicklung und Optimierung der Energiebeschaffungsstrategie bei den erwarteten Bedingungen auf den Brennstoffmärkten von zentraler Bedeutung. Andererseits hat die STW sich als Ziel gesetzt, ihre Marktstellung nachhaltig zu festigen und auszubauen. In diesem Zusammenhang sollen einerseits die Wechselbereitschaft der Kunden weiter reduziert und andererseits bundesweit Kunden hinzugewonnen werden. Attraktive Preise, umweltfreundliche Produkte, innovative Vertriebsstrategien sowie ein leistungsstarker Kundenservice werden daher wichtig sein, damit die STW ihre Produkte lokal und bundesweit erfolgreich vermarkten kann. Darüber hinaus erwartet die STW, dass die Beteiligung an der EAME zukünftig eine wichtige Rolle in der Vertriebsstrategie übernimmt.

Auch in den kommenden Jahren wird die STW weiterhin ihre Strategie des Ausbaus der erneuerbaren Energien verfolgen und intensivieren. Weitere Investitionen in Windparks werden umfassend geprüft und bei entsprechender Wirtschaftlichkeit durchgeführt. Zudem bieten die Beteiligungen an der SUN,

der FEE und der Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (THEE) der STW für die Zukunft neue Perspektiven. Das Bündeln von Know-how und Kapital sowie die Realisierung von Synergieeffekten werden sich positiv auf die Entwicklung der STW auswirken und die nachhaltige Unternehmensausrichtung verstärken.

Im Rahmen der Klimaschutzbestrebungen in der Stadt Kassel spielt das Produkt Fernwärme aufgrund seines geringen CO<sub>2</sub>-Anteils und des sehr guten Primärenergiefaktors von 0,0 (Gas und Heizöl haben dagegen ca. 1,1) eine wichtige Rolle. Daher sind neben den gerade in der jüngeren Vergangenheit erschlossenen zusätzlichen Fernwärmeabsatzpotenzialen auch weiterhin Steigerungen des Fernwärmeabsatzes geplant. Der Neuanschluss von Fernwärmekunden wird in den kommenden Jahren zielgerichtet dort fortgesetzt, wo angemessene Ergebnisbeiträge erzielt werden können.

Der von der Bundesregierung beschlossene Ausstieg aus der Atomkraft sowie der damit verbundene Ausbau der erneuerbaren Energien führt zu erheblichen Preiseffekten. Während Endverbraucher von zunehmend steigenden Strompreisen betroffen sind, wirken sich sinkende Preise an den Strombörsen negativ auf die Wirtschaftlichkeit konventioneller Erzeugungsanlagen aus. Derzeit lassen sich weitere Ertragschancen aus der Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG)-Novelle 2009 herleiten. Ein wesentlicher Punkt für die EWG aus der KWKG-Novelle 2009 ist hierbei die Förderung des Neu- und Ausbaus von Wärmenetzen.

Die langfristigen Kooperationen mit kommunalen Kunden gewährleisten einen Großteil der zukünftigen Auslastung der Müllverbrennungsanlage. Die Erzeugung von Strom und Fernwärme, die durch den Betrieb der neuen Dampfturbine weiter optimiert wurde, sind ebenfalls wichtige Erfolgsfaktoren für eine positive wirtschaftliche Entwicklung der MHKW. Die Entwicklung des Abfallmarktes fordert, dass die MHKW ihren Kunden, wie in der Vergangenheit, marktgerechte Komplettlösungen anbietet. Die MHKW arbeitet partiell mit Wettbewerbern zusammen, um ihre Marktpräsenz zu stärken.

Im Zuge der Beteiligung der STW an der EAM Energie GmbH wurde der EAM eine Call-Option auf 50 % der Anteile an der NCK eingeräumt. Zurzeit laufen diesbezügliche Verhandlungen über einen Anteilsverkauf zwischen der EAM und der KVV.

Der Kauf der 22 neuen Niederflurstraßenbahnen erhöht die Kapitalkosten, da für die neuen Fahrzeuge keine Förderung mehr durch das Land Hessen bereitgestellt wurde. Nach der Verschlechterung des KVG-Ergebnisses in den letzten drei Jahren wird im nächsten Jahr von einer Verbesserung der Ergebnissituation auf –15,9 Mio. EUR ausgegangen. Im Mittelfristzeitraum soll der Zielergebniskorridor von ca. –15,0 Mio. EUR wieder erreicht werden. Die dafür notwendigen Maßnahmen werden im Rahmen des oben genannten Projekts "mobil4kassel – KVG 2020" entwickelt.

Mit Beschluss des Zielkonzepts des Verkehrsentwicklungsplans Stadt Kassel 2030 (VEP) am 09.12.2013 und des lokalen NVP am 16.06.2014 wurde der weitere Entwicklungsrahmen des ÖPNV in der Stadt Kassel festgelegt. Die im VEP und NVP erarbeiteten Vorgaben bilden unter anderem die Grundlage für die strategische Liniennetzentwicklung und stellen auch mittelfristig die Basis für einen positiven Geschäftsverlauf der KVN dar.

Die laufzeitkonforme Koppelung der vertraglichen Vereinbarungen für Personal und Fahrzeuge einerseits und des Verkehrsvertrags andererseits stellt sicher, dass ausreichend Personal bzw. Betriebsmittel zu festgelegten Konditionen zur Verfügung stehen und eigenes Personal ausgelastet werden kann. Im Zuge von Neueinstellungen wird die Zahl von KVN-Fahrpersonalen auch künftig ansteigen. Auf Basis der vertraglich vereinbarten Weiterberechnung aller anfallenden

Aufwandspositionen an die KVG und NB wird für das Geschäftsjahr 2015 ein Ergebnis in Höhe von 0,0 Tsd. EUR erwartet.

Umfassende gesetzliche Änderungen sowohl im Verkehrs- als auch im Versorgungsbereich werden im Geschäftsjahr 2015 und in den Folgejahren weitere Auswirkungen auf den KVV-Konzern haben. Die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen aus dem Konsolidierungsvertrag und weitere Maßnahmen zur Ergebnisverbesserung werden weiterhin im Mittelpunkt der Tätigkeiten stehen. Der Konsolidierungsvertrag läuft bis zum 31.12.2016, eine Fortführung des Vertrags darüber hinaus ist angestrebt. Die Ausgestaltung eines entsprechenden Nachtrags wird Einfluss auf die künftigen Ergebnisse der KVV und ihrer Tochterunternehmen haben.

Derzeit wird für das Jahr 2015 ein leicht verbessertes Eigenergebnis der KVV erwartet. Insgesamt plant die KVV ein höheres Jahresergebnis 2015 im Vergleich zum Berichtsjahr. Dies ist begründet durch eine höhere Ergebnisabführung der STW und eine geringere Verlustübernahme von der KVG.

Wesentliches Ziel für die Zukunft des KVV-Konzerns ist der Ausbau der sehr guten Wettbewerbsposition. Die Ergebnisziele sollen auch zukünftig weitestgehend nicht durch einen Personalabbau in den Produktbereichen, sondern vor allem durch den Ausbau der Geschäftsfelder erreicht werden.

Als Ergebnis des Projektes "P166 – Zukunft KVC" ist der bisherige Bereich KVC1 ("Verkehrsplanung") ab dem 01.01.2015 als eigenständiger, technischer Bereich "Planung Infrastruktur" innerhalb der KVG und der bisherige Bereich KVC2 ("Hochbau") als Zentralbereich "Gebäudebewirtschaftung und Hochbauplanung" bei der KVV angesiedelt.

Laufende Projekte der KVC über das Geschäftsjahr 2014 hinaus werden im Jahr 2015 durch die KVG und KVV fortgeführt. Dazu haben die externen Auftraggeber der KVC1 in sogenannten Übernahmeverträgen schriftlich zugesichert, die mit der KVC begonnenen Projekte auch künftig mit der KVG weiter bearbeiten zu wollen. Die Projekte der KVC2 werden im Jahr 2015 durch die KVV weiterbearbeitet und gehen mit der Verschmelzung auf die KVV über. Im Laufe des nächsten Geschäftsjahres werden die Geschäftsführungen von KVV und KVC einen Verschmelzungsvertrag abschließen.

#### Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integres Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

## Risikoeinschätzung der Verwaltung

Mit einem Gesamtüberblick werden für einzelne Geschäftssegmente des Konzerns die nachfolgenden Einschätzungen skizziert.

Im Verkehrsbereich stehen die Verpflichtungen aus dem Konsolidierungsvertrag und weitere Maßnahmen zur Ergebnisverbesserung im Mittelpunkt der Tätigkeit. Die Folgen der prognostizierten Ergebnisverschlechterung stellt das Unternehmen vor hohe Heraus-forderungen. Im Rahmen des Konsolidierungs-Projektes 'mobil4kassel – KVG 2020' werden konsequente Maßnahmen entwickelt, damit der Zielergebniskorridor von – 15 Mio. €uro – ohne Pensionsrückstellungen und weitergeleitete öffentliche Mittel – wieder erreicht wird. Die Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes der Stadt Kassel sowie damit verbunden die Umsetzung der Liniennetzreform, bieten eine Chance das bestehende Risiko weiterer Ergebnisverschlechterungen zu reduzieren.

Im Energiebereich muss davon ausgegangen werden, dass weiterhin politische Eingriffe in die Preisgestaltung erfolgen werden. Aufgrund des Drucks auf Netzentgelte und Vertriebsmargen bedarf es besonderer Anstrengungen, um evtl. Erlösschmälerungen durch zusätzliche Vertriebsprojekte und Kostensenkungen zu kompensieren. Durch hohe regulatorische Anforderungen wird auch in Zukunft der Wettbewerb weiter zunehmen.

Mit der Zielsetzung, in den kommenden Jahren verstärkt in den Ausbau umweltschonender Energieerzeugung in Kassel und Nordhessen zu investieren, ist ein beachtlicher Kapitalaufwand entstanden, der auch zu einer deutlichen Erhöhung der Gesamtverschuldung geführt hat. Die energiewirtschaftliche Neuausrichtung führt insgesamt zu deutlich höheren Risiken. Insbesondere sind die Windparkprojekte hervorzuheben, bei deren Umsetzung sich genehmigungsrechtliche, technische und wirtschaftliche Risiken abzeichnen. Die bundespolitisch umgesetzte Reform des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) hat zu Einschränkungen der Fördermöglichkeiten geführt. Insbesondere bestehen hierbei grundsätzliche Unsicherheiten über den Erhalt eines auskömmlichen Förderzuschlages, da dieser wettbewerblich im Rahmen einer Ausschreibung zu erlangen ist.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass die hohe Fremdverschuldung die Finanzierungsfähigkeit des Konzerns gefährdet und deshalb zurückgeführt werden muss. In der Folge müssen die geplanten Investitionen auch unter Rentabilitätskriterien sehr konservativ betrachtet und entsprechend priorisiert werden.

Für den Geschäftsbereich der Städtische Werke Energie + Wärme GmbH sind deutlich verschlechterte Ergebnisse aufgrund fallender Strompreise und einem hohen Eigenproduktionsanteil entstanden. In der mittelfristigen Betrachtung ist dieses Risiko weiterhin gegeben. Gleichwohl ergeben sich Chancen in neuen Geschäftsfeldern wie z.B. bei der vorgesehenen Verbrennung von Klärschlamm.

In der Sparte **Abfallentsorgung** besteht in Deutschland ein gravierender Preisverfall. Durch Verbrennungsüberkapazitäten hat sich ein wirtschaftliches Risiko entwickelt, da ein Mangel an verfügbaren Abfällen besteht. Durch langfristige Entsorgungsverträge des MHKW mit kommunalen Kunden wird eine gewisse Planungssicherheit bis 2019/2020 gewährleistet. Es wird angestrebt, die Entsorgungsverträge mit den Stadtreinigern Kassel und der Abfallwirt-schaft Lahn-Fulda (ALF) fortzusetzen.

Allerdings ergeben sich durch die Verpflichtungen des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes

entsprechende Vorgaben zur Getrennterfassung von Abfallströmen, die zu einer Mengen-reduzierung bei den kommunalen Kunden führen können.

Im Hinblick auf die kartellrechtliche Überprüfung der Wasserpreise wurde das Verfahren um die Preissenkungsverfügung aus 2008 mit einem Vergleich beendet. Unter Berücksichtigung des Vergleichsverfahrens wurden die gebildeten Rückstellungen angepasst.

Der Bereich **Telekommunikation** ist ein Geschäftsfeld, das aufgrund seiner dynamischen Entwicklung große Chancen, aber auch wirtschaftliche Risiken in sich trägt. Insbesondere ergibt sich mit dem Zuschlag für den Breitbandausbau "Nordcluster" eine positive strategische Positionierung in diesem Bereich. Kritische Faktoren bestehen in der Zusammenarbeit bzw. Abhängigkeit mit der Breitband Nordhessen GmbH als auch in der Kundenakzeptanz in den fünf nordhessischen Landkreisen.

Die vielfältigen Änderungen im **Verkehrs- und Energiesektor** erhöhen die Anforderungen an die Controllingsysteme. Mit erforderlichen Anpassungen wurden die Controllingsysteme kontinuierlich verfeinert und aufeinander abgestimmt. In allen Unternehmen finden unterjährige Überwachungen der Erlös- und Kostensituation im Rahmen eines monatlichen Berichtswesens statt. Daneben wird der gezielte Optimierungsbedarf im Rahmen einer Profit-Centerrechnung ermittelt. Diese Controlling- und Risikomanagementsysteme ermöglichen eine frühzeitige Analyse des Geschäftsverlaufs.

Mit Blick auf die zunehmende Globalisierung des Wettbewerbs, den Ausbau der Geschäfts-felder mit überregionalen Geschäftstätigkeiten sowie einer Vielzahl indirekter Beteiligungen, sind den Möglichkeiten zur Steuerung und Kontrolle durch die Beteiligungsverwaltung der Stadt Kassel inzwischen deutliche Grenzen gesetzt.

Bestandsgefährdende Risiken sind derzeit für das Unternehmen nicht erkennbar.

#### Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2014 hat die Stadt Kassel 5.997.500 € als Zahlung zur Kapitalstärkung geleistet.

#### Kasseler Verkehrs-Gesellschaft AG (KVV)

Sitz: Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRB 2163

Rechtsform: AG

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Bau und Betrieb von Straßenbahnen und sonstigen Verkehrsmitteln für den

öffentlichen Personenverkehr in Kassel und der Region. Weiterhin ist die Gesellschaft innerhalb dieser Grenzen zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung der Geschäftszwecke notwendig und nützlich

erscheinen.

<u>Eigentümer:</u> Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH 93,5 %

Stadt Kassel 6,5 %

Beteiligungen: Regionalbahn Kassel GmbH (RBK) 50 %

RegioTram Gesellschaft mbH (RTG) 50 %

Kapitalangaben: Grundkapital 22.244.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Satzung in der Fassung vom 28. Juni 2001

Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag vom 24. November 1987

Wirtschaftsprüfer: Prof. Dr. Ludewig u. Partner GmbH

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Diplom-Kaufmann Andreas Helbig Diplom-Ökonom Dr. Thorsten Ebert Diplom-Ingenieur Norbert Witte

Aufsichtsrat (oder Beirat):

Oberbürgermeister Bertram Hilgen, Kassel (Vorsitzender)

Betriebsratsvorsitzender Ralf Salzmann, Baunatal (stellv. Vorsitzender)

Stadtkämmerer Diplom-Volkswirt Dr. Jürgen Barthel, Kassel

Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirksverwaltung Nordhessen Harald Fennel,

Borken

Gewerkschaftssekretär ver.di Landesbezirk Hessen Axel Gerland, Breuna

Straßenbahnfahrer Dieter Güth, Kassel Diplom-Ingenieur Dominique Kalb, Kassel Industriemechaniker Tumucin Kara, Vellmar Eventmanager Christian Knauf, Kassel Stadtbaurat Christof Nolda, Kassel

Industriemechaniker Gernot Rönz, Kassel

Einzelhandelskauffrau Cornelia Sesselmann, Kassel

Prokuristen: Sabine Bernhardt

Dr. Mark Eppe Reiner Blobel

Martin Schwegmann Karsten Kamutzki

Stefan Noll Klaus Reintjes Walter Bien

#### Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	95.069	98.679
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	-16.709	-16.778
Bilanzsumme	TEUR	260.153	262.564
Investitionen	TEUR	16.138	14.278
Fremd-Darlehen	TEUR	63.664	60.777
Personal	Anzahl	597	577
Eigenkapitalquote	%	47,2	46,7
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-3.674	-3.305
Gesamtverschuldung	%	52,8	53,3
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	159	171
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,31	0,30

#### Lagebericht

Am 09.11.2009 beschloss die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel die Betrauung der KVG mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen zur Durchführung des auf Genehmigung nach dem Personenbeförderungsgesetz (PBefG) beruhenden ÖPNV in Kassel. Auf Grundlage dieser Betrauung konnte die KVG die Übergangsfristen der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und Rates nutzen. Durch diese Verordnung sind sowohl Ausschreibungen als auch Direktvergaben möglich. Zusätzlich sieht die Verordnung Übergangsfristen vor, in denen Vergaben nach alter Rechtslage, dem sogenannten "Altmark Trans Urteil" des Europäischen Gerichtshofes (EUGH), aufrechterhalten werden können. Die Direktvergabe der Straßenbahnverkehrsleistung an die KVV Verkehrsgesellschaft Nordhessen GmbH (KVN) und Busverkehrsleistungen an die NB Nordhessenbus GmbH (NB) oder alternativ an die KVG blieben somit nach alter Rechtslage möglich. Grundlage sind die Regelungen in § 4 Abs. 8–12 des derzeit gültigen Konsolidierungsvertrags zwischen der Stadt Kassel und der KVV vom 21.07.2008. Daneben war es auch möglich, die Vergabe nach der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 durchzuführen.

Auf Basis des bestehenden Beschlusses aus dem Jahr 2009 wurde eine neue Liniengenehmigung für die Tramlinien im Stadtverkehr Kassel, Baunatal und Vellmar durch die KVG beantragt und am 03.12.2012 durch das Regierungspräsidium (RP) Kassel genehmigt. Die Neukonzession läuft bis zum 14.12.2024.

Für den Tramverkehr im Lossetal existiert eine Bestandsbetrauung der RBK auf Basis der Finanzierungsverträge mit den betroffenen Gemeinden und Landkreisen. Diese fällt ebenfalls unter die Übergangsregelungen der EU-Verordnung, sodass auch hier lediglich eine neue PBefG-Liniengenehmigung beantragt werden musste.

Die Genehmigung wurde der RBK am 07.02.2013 mit einer Laufzeit bis 01.10.2028 erteilt. Mit Bescheid vom 26.02.2013 wurde der RBK zudem die Genehmigung gemäß § 6 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) bis zum 29.02.2028 durch das RP Kassel erteilt.

Auf der gleichen Rechtsgrundlage wie die Tramkonzession für Kassel, Baunatal und Vellmar wurde am 08.04.2014 die Konzession für die Busverkehre des Linienbündels 11 durch die KVG beantragt. Diese hatte ursprünglich eine Laufzeit bis zum 13.12.2014. Das RP Kassel erteilte der KVG mit Genehmigungsurkunde vom 04.07.2014 die Genehmigung für die maximal mögliche Laufzeit bis zum 09.11.2019. Das Linienbündel 11 beinhaltet die Kasseler Stadtbuslinien und einzelne Linien, die über das Stadtgebiet Kassel hinausführen, die aber ihren wesentlichen Verkehrsanteil im Kasseler Stadtgebiet leisten und somit als lokale Linien definiert sind. Hierzu gehören die Linie 17 nach Fuldabrück, die Linie 22 nach Habichtswald und die Linie 41 nach Vellmar, welche aufgrund der Tramverlängerung nach Vellmar deutlich eingekürzt wurde. Damit konnten inzwischen alle für die KVG und RBK relevanten Konzessionen für den Tram- und Busverkehr gesichert und deutlich verlängert werden.

Für die Linie 17 wurde am 29.11.2013 eine Finanzierungsvereinbarung zwischen KVG, Verkehrsverbund und Fördergesellschaft Nordhessen mbH (NVV) und der Gemeinde Fuldabrück abgeschlossen. Die Finanzierungsvereinbarung zur Linie 22 zwischen KVG, Landkreis Kassel und der Gemeinde Habichtswald wurde zu veränderten Konditionen mit dem Vertrag vom 02.12.2014 verlängert.

Die bis zum 14.12.2014 geltende Finanzierungsvereinbarung Tram Baunatal zwischen der KVG, dem NVV und der Stadt Baunatal wurde bis zum 11.12.2016 zu unveränderten Konditionen verlängert.

Die Verkehrslandschaft im Konzern besteht aus den Unternehmen KVG, KVN sowie der Beteiligung der KVG an der Regionalbahn Kassel GmbH (RBK) und der RegioTram Gesellschaft mbH (RTG). Der NVV als regionale Aufgabenträgergesellschaft ist Besteller des regionalen Bus- und Schienenverkehrs. Die KVG ist die lokale Aufgabenträgergesellschaft in Kassel und nimmt dort die Bestellerfunktion wahr.

Daneben stellt die KVG als Inhaberin der Liniengenehmigungen den "Ersteller-Unternehmen" NB und KVN die bei ihr angestellten Fahrer, Fahrzeuge, Trassen sowie diverse Dienstleistungen zu marktfähigen Preisen zur Verfügung. Die KVG beauftragt die KVN mit der Erbringung des Tramverkehrs und die NB mit der Erbringung des Busverkehrs. Durch dieses Modell wird sichergestellt, dass einerseits die KVG umfassend für die Verkehrserstellung zuständig ist, die Verkehrsleistungen aber gleichzeitig zu marktfähigen Preisen erstellt werden. Die Einhaltung des sogenannten "K4-Kriteriums" aus dem Altmark-Trans-Urteil des EUGH (Einhaltung der Kosten eines durchschnittlichen, gut geführten Unternehmens) wird alle drei Jahre testiert.

### Analyse des Geschäftsverlaufes

Das im Berichtsjahr erwirtschaftete Ergebnis lag mit -16,8 Mio. EUR auf Vorjahresniveau und besser als Plan (-17,0 Mio. EUR). Auf Basis des bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags zwischen der KVV und der KVG erfolgte eine vollständige Verlustübernahme durch die KVV.

In der zweiten Jahreshälfte 2014 haben sich die Stadt Kassel und die KVV über die Verlängerung des bestehenden Konsolidierungsvertrags geeinigt. Zielsetzung des Vertrags ist die Stärkung der wirtschaftlichen Verantwortung der Unternehmen, die Sicherung der Arbeitsplätze, die Verbesserung der Kreditwürdigkeit und die langfristige Schaffung von kalkulierbaren Handlungsbedingungen für beide Seiten.

Der Ende 2014 auslaufende Vertrag wird nach Zustimmung der Gremien um zunächst zwei Jahre, also bis vorläufig 31.12.2016, in seiner grundlegenden Systematik fortgeschrieben. Dann wird überprüft, ob

sich aus der Umsetzung der Energiewende in Deutschland und den Herausforderungen im Verkehrsbereich generelle Anpassungsnotwendigkeiten ergeben.

Dem aus dem Wachstum der Konzerngesellschaften resultierenden gestiegenen Kapitalbedarf wird aber bereits mit der neuen Vereinbarung Rechnung getragen. Der verhandelte Nachtrag bietet dabei beiden Seiten Vorteile. Während die vereinbarten Eigenkapitalverzinsungen unverändert bleiben, profitiert die Stadt Kassel von einer vorübergehenden Begrenzung der Zahlung an die KVV auf dem Niveau von 2013, während die KVV im Gegenzug wieder effektive Möglichkeiten zur Eigenkapitalstärkung erhält.

Am 11.03.2015 wurde Herr Dr. Michael Maxelon organschaftlich zum Vorsitzenden des Vorstands der KVG ab 01.01.2016 bestellt.

## Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen aus dem Konsolidierungsvertrag und weitere Maßnahmen zur Ergebnisverbesserung werden weiterhin im Mittelpunkt der Tätigkeiten stehen.

Der Kauf der 22 neuen Niederflurstraßenbahnen erhöht die Kapitalkosten, da für die neuen Fahrzeuge keine Förderung mehr durch das Land Hessen bereitgestellt wurde. Nach der Verschlechterung des KVG-Ergebnisses in den letzten drei Jahren wird im nächsten Jahr von einer Verbesserung der Ergebnissituation auf –15,9 Mio. EUR ausgegangen. Im Mittelfristzeitraum soll der Zielergebniskorridor von ca. –15,0 Mio. EUR wieder erreicht werden. Die dafür notwendigen Maßnahmen werden im Rahmen des oben genannten Projekts "mobil4kassel – KVG 2020" entwickelt.

Die im Bericht genannten Herausforderungen bilden auch im Jahr 2015 den Ausgangspunkt für die Fortsetzung des Wachstumskurses der KVG.

## **Compliance**

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integres Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

### Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. In 2014 hat die Stadt Kassel Sicherheiten (Ausfallbürgschaften) in Höhe von 3.473.636,45 € gegenüber der Gesellschaft gewährt und 200.000 € für die Erfüllung hoheitlicher Aufgaben geleistet.

## Kasseler Verkehrsgesellschaft Nordhessen GmbH (KVV)

Sitz: Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRB 13553

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Der Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs in Kassel und der Region

sowie die Erbringung von Dienstleistungen für Verkehrsbetriebe.

<u>Eigentümer:</u> Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH 100 %

Kapitalangaben: Grundkapital 25.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 30. Juni 2004

Wirtschaftsprüfer: Prof. Dr. Ludewig u. Partner GmbH

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Sven Möller

<u>Prokuristen:</u> Sabine Bernhardt

Dr. Mark Eppe

#### Kennzahlen

		2013 IST	2014 IST
Umsatzerlöse	TEUR	34.505	34.658
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	17	25
Bilanzsumme	TEUR	709	1.130
Investitionen	TEUR	-	-
Fremd-Darlehen	TEUR	-	-
Personal	Anzahl	225	242
Eigenkapitalquote	%	3,5	2,2
Cash flow (nur AFA)	TEUR	17	24,3
Gesamtverschuldung	%	96,5	97,8
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	153	143
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,17	0,19

## Lagebericht

Die KVN hielt bis zum 15.12.2012 die Konzessionen für die Straßenbahnlinien, mit denen die Verkehrsleistungen innerhalb der Städte Kassel, Baunatal und Vellmar erbracht wurden. Die Betriebsführung für die Straßenbahnverkehre wurde gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 3 des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) an die KVG übertragen. Die KVG hatte ihrerseits die KVN mit der Erbringung der Verkehrsleistung beauftragt. Die jeweiligen Konzessionen lagen bis Ende 2012 vor.

Mit Inkrafttreten der neuen Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates am 03.12.2009 wurde eine neue Grundlage zur Vergabe von öffentlichen Personenbeförderungsleistungen geschaffen. Durch diese sind sowohl Ausschreibungen als auch Direktvergaben möglich. Zusätzlich sieht die Verordnung Übergangsfristen vor, in denen Vergaben nach alter Rechtslage, dem sogenannten "Altmark Trans Urteil" des Europäischen Gerichtshofes, aufrechterhalten werden können. Am 09.11.2009 hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel die Betrauung der KVG mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen zur Durchführung des auf Genehmigung nach dem PBefG beruhenden Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Kassel beschlossen. Hiermit können die Übergangsfristen der genannten EU-Verordnung genutzt werden. Die Direktvergabe der Straßenbahnverkehrsleistung an die KVN oder alternativ an die KVG blieb somit nach alter Rechtslage möglich. Grundlage sind die Regelungen in § 4 Abs. 8–12 des gültigen Konsolidierungsvertrages zwischen der Stadt Kassel und der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH (KVV) vom 21.07.2008.

Aufgrund der insbesondere vergaberechtlich strengeren Vorgaben bei einem öffentlichen Dienstleistungsauftrag (ÖDA) beantragte die KVG auf Basis des bestehenden Beschlusses aus 2009 (s. o.) am 10.09.2012 eine neue Liniengenehmigung. Diese wurde am 03.12.2012 durch das Regierungspräsidium (RP) Kassel mit einer Laufzeit bis zum 14.12.2024 erteilt. Die KVG beauftragt die KVN weiterhin mit der Erbringung der Verkehrsleistung. Die bestehenden vertraglichen Regelungen wurden dahingehend angepasst.

## Analyse des Geschäftsverlaufes

Der Geschäftsverlauf war im Jahr 2014 ausgeglichen. Die KVN schloss das Berichtsjahr mit einem Gewinn von 24,3 Tsd. EUR ab. Der Gewinn wurde auf Basis eines Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrages an die KVV abgeführt.

Das Jahresergebnis unterliegt durch die Weiterverrechnung aller anfallenden Aufwandspositionen an die KVG und NB auf Basis der bestehenden vertraglichen Vereinbarungen geringen Einflüssen, die sich im Wesentlichen aus der Bildung von Pflichtrückstellungen ergeben. Damit lag das Ergebnis im Berichtsjahr aufgrund geringerer Pflichtrückstellungen über dem Vorjahresergebnis von 17,4 Tsd. EUR und dem Planergebnis von 0,0 Tsd. EUR.

## Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Die laufzeitkonforme Koppelung der vertraglichen Vereinbarungen für Personal und Fahrzeuge einerseits und des Verkehrsvertrags andererseits stellt sicher, dass ausreichend Personal bzw. Betriebsmittel zu festgelegten Konditionen zur Verfügung stehen und eigenes Personal ausgelastet werden kann. Im Zuge von Neueinstellungen wird die Zahl von KVN-Fahrpersonalen auch künftig ansteigen. Auf Basis der vertraglich vereinbarten Weiterberechnung aller anfallenden Aufwandspositionen an die KVG und NB wird für das Geschäftsjahr 2015 ein Ergebnis in Höhe von 0,0 Tsd. EUR erwartet.

Mit Beschluss des Zielkonzepts des Verkehrsentwicklungsplans Stadt Kassel 2030 (VEP) am 09.12.2013 und des lokalen Nahverkehrsplans (NVP) am 16.06.2014 wurde der weitere Entwicklungsrahmen des ÖPNV in der Stadt Kassel festgelegt. Die im VEP und NVP erarbeiteten Vorgaben bilden unter anderem die Grundlage für die strategische Liniennetzentwicklung und stellen auch mittelfristig die Basis für einen positiven Geschäftsverlauf der KVN dar.

## Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integres Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

## Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

## KVV Bau- und Verkehrs-Consulting Kassel GmbH (KVV)

Sitz: Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRB 6543

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Beratung und Planung im Bereich des Verkehrs- und Stadtbauwesens sowie

Baudurchführung, Bauüberwachung und alle sonstigen damit im

Zusammenhang stehenden Aufgaben.

<u>Eigentümer:</u> Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH 100 %

<u>Kapitalangaben:</u> Gezeichnetes Kapital 26.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftervertrag in der Fassung vom 19. Juni 2001

Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit der KVV GmbH vom

30. Juli 1997

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> Prof. Dr. Ludewig u. Partner GmbH

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Dipl.-Ing Karsten Luttrup-Bauer Dipl.-Ing. Bruno Jerlitschka

Aufsichtsrat (oder Beirat):

Oberbürgermeister Bertram Hilgen, Kassel (Vorsitzender)

Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirksverwaltung Nordhessen Axel Gerland,

Breuna (stelly. Vorsitzender)

stellvertretender Betriebsratsvorsitzender Lothar Alexi, Staufenberg

Stadtkämmerer Diplom-Volkswirt Dr. Jürgen Barthel, Kassel

Holztechnikerin Anke Bergmann, Kassel

Maler- und Lackierermeister Bernd-Peter Doose, Kassel

Bezirksgeschäftsführer ver.di Nordhessen Harald Fennel, Borken

Assessor jur. Christian Geselle, Kassel Straßenbahnfahrer Dieter Güth, Kassel

Betriebsratsvors. Städtische Werke AG, Klaus Horn, Söhrewald

Diplom-Ingenieurin Eva Koch, Kassel

Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirk Osthessen Berthold Leinweber, Eichenzell

Stadtbaurat Christof Nolda, Kassel

Elektro-Installateurmeister Volker Reitze, Kassel

Industriemechaniker Gernot Rönz, Kassel Industriekaufmann Ralf Salzmann, Baunatal

Einzelhandelskauffrau Cornelia Sesselmann, Kassel

Diplomhandelslehrer/Studiendirektor Heribert Völler, Kassel (seit 01.10.2014)

Prokurist: Sabine Bernhardt

#### Kennzahlen

		2013 IST	2014 IST
Umsatzerlöse	TEUR	2.238	1.788
Ergebnis der gewöhnlichen	-		
Geschäftstätigkeit	TEUR	-78	-193
Bilanzsumme	TEUR	263	257
Investitionen	TEUR	1	0
Fremd-Darlehen	TEUR	-	-
Personal	Anzahl	14	11
Eigenkapitalquote	%	9,9	10,1
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-65	-180,3
Gesamtverschuldung	%	90,1	89,9
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	160	163
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,35	0,36

### Lagebericht

Der Bereich "Hochbau" bearbeitete im Berichtsjahr die sogenannte Leistungsphase 9 der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (Objektbetreuung und Dokumentation) für das Projekt Neubau des Kombibades am Auedamm. Dabei wurden anfallende Mängel nach der Baumaßnahme analysiert und die bauausführenden Unternehmen aufgefordert, diese zu beseitigen. In den Tätigkeitsbereich der KVC fielen ebenfalls interne Projekte wie die Sanierung der Wohnhäuser der Städtische Werke Netz + Service GmbH (NSG) in der Wilhelmshöher Allee, Maßnahmen zur Beseitigung des Wasserschadens in der Kantine des Betriebshofs Ost und die Renovierung des Kundenzentrums in der Kurfürstengalerie. Weiterhin wurden Leistungen für die geplante Errichtung des Windparks "Kreuzstein" erbracht. Die Arbeiten am Wasserbehälter "Kratzenberg" konnten im Jahr 2014 abgeschlossen werden.

Die Schwerpunkte des Bereichs "Verkehrsplanung" lagen in den Leistungen zum barrierefreien Umbau der Bushaltestellen in der Stadt Vellmar und der Ausführungsplanung für den Ausbau der Friedrich-Ebert-Straße. Weiterhin bearbeitet wurden die Planungen zum Umbau der Haltestelle "Kirche Kirchditmold" (Genehmigungsphase), Vorabstimmungen zur Verlängerung der Haltestelle "Murhardstraße" für Doppeltraktionen auf der Linie 1 und erste planerische Schritte zur Verlängerung von Tramhaltestellen für den geplanten Einsatz von Straßenbahnen mit Beiwagen als Projekt der Kasseler Verkehrs-Gesellschaft AG (KVG).

Weitere Projekte, die im Geschäftsjahr von der KVC bearbeitet wurden, sind insbesondere:

- Planungsleistungen für den nächsten Abschnitt des Bushaltestellenprogramms in der Stadt Kassel
- Infrastrukturanpassungsplanungen im Tram- und Busnetz im Zuge des Projektes "mobil4kassel
   KVG 2020"
- Planungsleistungen für den Ausbau von Bushaltestellen in der Gemeinde Calden
- Genehmigungsplanung für den Neubau eines Gleichrichterunterwerks der KVG am Bebelplatz
- Variantenprüfungen zur Sanierung des Freibades Harleshausen

Ziel der rechtlichen Eigenständigkeit der KVC war neben der Sicherstellung einer effizienten Erbringung von Ingenieur- und Planungsleistungen für die konzerninternen Gesellschaften die Erschließung von

Marktpotenzialen auf dem Drittmarkt. Dieses Ziel konnte u. a. durch rückläufige Bauvolumina, sinkende Fördermittel sowie erhebliche Wettbewerbsbarrieren auf dem Drittmarkt nicht mehr erreicht werden und ist auch perspektivisch nicht absehbar.

Vor dem Hintergrund dieser wirtschaftlichen Situation wurden im Projekt "P166 – Zukunft KVC" Restrukturierungsmöglichkeiten untersucht. Dabei sollten die Ingenieur- und Planungsleistungen vornehmlich für den Eigenbedarf des KVV-Konzerns durch eine Reintegration der KVC in den Konzern sichergestellt werden. Die Geschäftsauflösung der KVC erfolgt im Jahr 2015 durch eine Verschmelzung der KVC auf die KVV rückwirkend zum Verschmelzungsstichtag 01.01.2015. Dazu liegen entsprechende Beschlüsse der Aufsichtsräte der KVC und der KVV vom 19.11.2014 sowie der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel vom 15.12.2014 vor.

## Analyse des Geschäftsverlaufes

Die KVC erzielte im Geschäftsjahr 2014 Betriebserträge in Höhe von 1.882 Tsd. EUR (Vorjahr 2.317 Tsd. EUR). Diese beinhalten im Wesentlichen die Umsatzerlöse für Planungsleistungen und Nebengeschäfte sowie Erträge aus den Bestandsveränderungen. Die niedrigeren Betriebserträge sind hauptsächlich bedingt durch den Rückgang der Umsatzerlöse aus Planungsleistungen, welche mit 359 Tsd. EUR unter dem Vorjahresniveau von 749 Tsd. EUR lagen. Diese Abweichung resultierte aus dem Wegfall von Planungsleistungen für Projekte, die durch politische Entscheidungen nicht umgesetzt wurden, und aus einer geringeren Inanspruchnahme von Leistungen der KVC durch die Schwesterunternehmen im Konzern. Weiterhin sind in den Betriebserträgen sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 95 Tsd. EUR (Vorjahr 33 Tsd. EUR) enthalten. Die Steigerung ist begründet in der Auflösung der Rückstellung für Mehrleistungen im Rahmen des Neubaus des Kombibades am Auedamm.

Die Betriebsaufwendungen wiesen mit 2.073 Tsd. EUR einen Wert aus, der unter dem Vorjahresniveau (2.395 Tsd. EUR) lag. Hierbei erhöhte sich der Materialaufwand auf 36 Tsd. EUR (Vorjahr 11 Tsd. EUR), da diese Position im Vergleich zum Vorjahr eine Arbeitnehmerüberlassung beinhaltete. Dieser Anstieg korrespondiert mit niedrigeren Personalkosten. Andere Leistungen von externen Fachingenieuren wurden in geringem Maße in Anspruch genommen, da sich die KVC bei der Ausführung von Ingenieurleistungen überwiegend der Ressourcen ihrer Schwesterunternehmen bediente. Entgelte für diese und weitere in Anspruch genommene Konzernleistungen sind Bestandteil der sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Diese sanken auf 1.372 Tsd. EUR (Vorjahr 1.596 Tsd. EUR).

Die KVC beschäftigte im Jahr 2014 im Durchschnitt 11 Mitarbeiter (Vorjahr 14 Mitarbeiter). Die Personalkosten lagen daher mit 652 Tsd. EUR deutlich unter Vorjahresniveau von 776 Tsd. EUR.

Das Finanzergebnis betrug -1,6 Tsd. EUR (Vorjahr -0,1 Tsd. EUR).

Die Bilanzsumme der KVC lag zum 31.12.2014 bei 257 Tsd. EUR (Vorjahr 263 Tsd. EUR).

Das Anlagevermögen der KVC wurde vor Geschäftsjahresende an die Schwesterunternehmen veräußert. Im Vorjahr bestand dieses aus immateriellen Vermögensgegenständen in Höhe von 13 Tsd. EUR und Sachanlagen in Höhe von 9 Tsd. EUR. Zum Jahresende hielt die KVC kein Anlagevermögen.

Das Umlaufvermögen betrug somit 257 Tsd. EUR (Vorjahr 241 Tsd. EUR) und bestand insbesondere aus Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 165 Tsd. EUR (Vorjahr 155 Tsd. EUR) sowie Vorräten in Höhe von 44 Tsd. EUR (Vorjahr 46 Tsd. EUR).

Auf der Passivseite der Bilanz wurde für das Eigenkapital analog des Vorjahres ein Betrag von 26 Tsd. EUR ausgewiesen, der ebenfalls das Stammkapital der Gesellschaft darstellt. Die Eigenkapitalquote betrug 10,1 % (Vorjahr 9,9 %).

Die Rückstellungen verringerten sich auf 67 Tsd. EUR (Vorjahr 163 Tsd. EUR), was insbesondere durch die anteilige Auflösung der Rückstellung für Mehrleistungen im Rahmen des Neubaus des Kombibades am Auedamm begründet war.

Die Verbindlichkeiten stiegen zum Geschäftsjahresende auf 164 Tsd. EUR (Vorjahr 73 Tsd. EUR). Hauptgrund waren höhere Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 157 Tsd. EUR (Vorjahr 59 Tsd. EUR).

Das Unternehmensergebnis lag bei –194 Tsd. EUR (Vorjahr –78 Tsd. EUR). Das Geschäftsjahr wurde nicht mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen, da einerseits erwartete Planungsleistungen für Projekte nicht umgesetzt wurden und andererseits eine geringere konzerninterne Inanspruchnahme von Leistungen der KVC durch die Schwesterunternehmen bestand. Aus diesen Gründen konnte das Planergebnis von 60,4 Tsd. EUR nicht erreicht werden.

Der Verlust wurde aufgrund eines Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrages von der KVV übernommen.

## Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Als Ergebnis des Projektes "P166 – Zukunft KVC" ist der bisherige Bereich KVC1 ("Verkehrsplanung") ab dem 01.01.2015 als eigenständiger, technischer Bereich "Planung Infrastruktur" innerhalb der KVG und der bisherige Bereich KVC2 ("Hochbau") als Zentralbereich "Gebäudebewirtschaftung und Hochbauplanung" bei der KVV angesiedelt.

Laufende Projekte der KVC über das Geschäftsjahr 2014 hinaus werden im Jahr 2015 durch die KVG und KVV fortgeführt. Dazu haben die externen Auftraggeber der KVC1 in sogenannten Übernahmeverträgen schriftlich zugesichert, die mit der KVC begonnenen Projekte auch künftig mit der KVG weiter bearbeiten zu wollen. Die Projekte der KVC2 werden im Jahr 2015 durch die KVV weiterbearbeitet und gehen mit der Verschmelzung auf die KVV über.

Im Laufe des nächsten Geschäftsjahres schließen die Geschäftsführungen von KVV und KVC einen Verschmelzungsvertrag ab, der zur Wirksamkeit eines Verschmelzungsbeschlusses der jeweiligen Gesellschafterversammlungen bedarf. Sowohl der Verschmelzungsvertrag als auch die Verschmelzungsbeschlüsse müssen notariell beurkundet werden.

## Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integres Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

## Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

## Kasseler Entsorgungsgesellschaft mbH (KVV)

Sitz: Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRB 13001

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Akquisition und ordnungsgemäße Verwertung von Abfällen.

<u>Eigentümer:</u> Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH 50 %

Landkreis Kassel 50 %

<u>Kapitalangaben:</u> Stammkapital 25.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftervertrag in der Fassung vom 22. Dezember 1992

Wirtschaftsprüfer: Prof. Dr. Ludewig u. Partner GmbH

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Karl-Heinz Schreyer

**Uwe Pietsch** 

#### Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	404	419
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	18	7
Bilanzsumme	TEUR	348	344
Investitionen	TEUR	_	-
Fremd-Darlehen	TEUR	_	-
Personal	Anzahl	_	-
Eigenkapitalquote	%	50,6	52,3
Cash flow (nur AFA)	TEUR	12	3,4
Gesamtverschuldung	%	49,4	47,7
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	_	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€		

## Lagebericht

Die KEG als Gemeinschaftsunternehmen der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH (KVV) und des Landkreises Kassel fungiert als Bindeglied zwischen der Abfallentsorgung Kreis Kassel (AKK) und der Müllheizkraftwerk Kassel GmbH (MHKW). Der Aufgabenbereich der KEG orientiert sich damit schwerpunktmäßig an den unternehmerischen Aktivitäten ihrer Gesellschafter.

Die KEG trägt zur Auslastung der Entsorgungskapazitäten der Gesellschafter bei und erschließt zusätzliche Geschäftspotenziale durch externe Entsorgungsmöglichkeiten. Die KEG agiert bei der Verwertung gewerblicher Abfälle im Landkreis Kassel im privatrechtlichen Rahmen und kann dadurch

auf die regionale Wettbewerbssituation äußerst flexibel reagieren. Das Leistungsspektrum der KEG umfasst die zyklische Bereitstellung und Entleerung von Umleerbehältern sowie die Unterstützung ihrer Kunden bei einzelnen Projekten, indem sie ihnen Container zur Verfügung stellt. Daneben agiert die KEG als Maklerin und vermittelt Kontakte für externe Entsorger. Der Maklerbereich greift dabei auf Geschäftsfelder der MHKW und der AKK zu.

## Analyse des Geschäftsverlaufes

Die Umsatzerlöse stiegen im Geschäftsjahr 2014 auf 418,5 Tsd. EUR (Vorjahr 403,8 Tsd. EUR) an. Der Umsatzanstieg resultierte vorwiegend aus der Zunahme der Verwertung gewerblicher Abfälle.

Parallel zur Steigerung der Umsatzerlöse erhöhte sich der Betriebsaufwand auf 413,2 Tsd. EUR (Vorjahr 389,2 Tsd. EUR). Ursache waren erhöhte Aufwendungen für bezogene Leistungen, die vor allem Dienstleistungen der Gesellschafter beinhalten.

Das Finanzergebnis der KEG liegt mit 1,0 Tsd. EUR leicht unter dem Vorjahresniveau (Vorjahr 1,3 Tsd. EUR).

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25,0 Tsd. EUR.

Die Bilanzsumme der KEG lag zum 31.12.2014 bei 343,6 Tsd. EUR (Vorjahr 348,4 Tsd. EUR).

Die Aktivseite der Bilanz bestand ausschließlich aus dem Umlaufvermögen, welches somit die Werte der Bilanzsumme auswies. Der Rückgang des Umlaufvermögens im Vergleich zum Vorjahr resultierte im Wesentlichen aus der Differenz von nicht angefallenen Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr 269,8 Tsd. EUR), und dem höheren Bankguthaben von 267,8 Tsd. EUR (Vorjahr 0,1 Tsd. EUR).

Auf der Passivseite der Bilanz wurde für das Eigenkapital ein Betrag von 179,7 Tsd. EUR (Vorjahr 176,3 Tsd. EUR) ausgewiesen. Die Eigenkapitalquote liegt mit 52,3 % knapp über Vorjahresniveau (Vorjahr 50,6 %).

Die Rückstellungen verminderten sich auf 26,6 Tsd. EUR (Vorjahr 35,4 Tsd. EUR), was unmittelbar durch eine Minderung der sonstigen Rückstellungen begründet war.

Die Verbindlichkeiten stiegen zum Geschäftsjahresende leicht auf 137,3 Tsd. EUR (Vorjahr 136,7 Tsd. EUR).

Der Geschäftsverlauf war im Jahr 2014 ausgeglichen. Die KEG schloss das Berichtsjahr mit einem Gewinn von 3,4 Tsd. EUR (Vorjahr 12,5 Tsd. EUR) ab und liegt somit unter dem Planergebnis von 11,8 Tsd. EUR. Der geringere Gewinn hängt mit den im Vergleich zu den Umsatzerlösen stärker gestiegenen Betriebsaufwendungen zusammen und ist überwiegend durch höhere Miet- und Transportkosten für Abfallcontainer begründet.

## Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Die Geschäftsentwicklung der Vorjahre zeigt, dass die KEG mit ihrem unternehmerischen Konzept auch bei schwierigen Wettbewerbsbedingungen erfolgreich am Markt agieren kann. Die Wahrnehmung von Synergien durch die Nutzung der technischen und personellen Infrastruktur ihrer Gesellschafter eröffnen der KEG weitere Wachstumspotenziale. Sie wird auch künftig die Entsorgungstätigkeiten der Gesellschafter sinnvoll ergänzen und die damit verbundenen Vorteile für sich nutzen. Daher wird für die Zukunft weiterhin eine positive Geschäftsentwicklung der KEG erwartet. Das Planergebnis 2015 liegt mit 12,2 Tsd. EUR über dem Niveau des Jahresergebnisses 2014.

### Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integres Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

## Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

## Regionalbahn Kassel GmbH (KVV)

Sitz: Kassel

<u>Handelsregister:</u> Amtsgericht Kassel, HRB 5251

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Die zweckmäßige und wirtschaftliche Gestaltung des öffentlichen

Personennahverkehrs im Raum Kassel auf dem Gebiet der Verkehrsplanung und

des Leistungsangebotes im Rahmen von Kooperationen, der Betrieb der Straßenbahn nach Baunatal, die Planung, Realisierung und der Betrieb der Lossetalbahn sowie weitere Schienenverkehrsprojekte im Raum Kassel sowie

die Optimierung der Bus-Schienen-Verknüpfungen.

<u>Eigentümer:</u> Kasseler Verkehrs - Gesellschaft AG 50 %

Hessische Landesbahn Basis AG 50 %

<u>Beteiligungen:</u> RegioTram Betriebsgesellschaft mbH, Kassel 49 %

<u>Kapitalangaben:</u> Stammkapital 260.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> HTW Wirtschaftsprüfung GmbH

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Dr. Thorsten Ebert Veit Salzmann

## Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	18.166	10.922
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	279	190
Bilanzsumme	TEUR	102.730	94.270
Investitionen	TEUR	374	1.104
Fremd-Darlehen	TEUR	39.086	35.549
Personal	Anzahl	-	-
Eigenkapitalquote	%	34,5	35,2
Cash flow (nur AFA)	TEUR	4.424	4.377
Gesamtverschuldung	%	65,5	64,8
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€		

## Lagebericht

Die RBK ist als Eisenbahn- und Straßenbahnverkehrsunternehmen am Fahrgastmarkt im Lossetal aktiv. Sie hat die Konzessionen nach dem Personenbeförderungsgesetz (PBefG) und die eisenbahnrechtlichen Genehmigungen nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG) für die Strecke im Lossetal inne.

Die Genehmigung für den Straßenbahnbetrieb im Lossetal für Bau und Betrieb des Abschnittes Kassel-Lindenberg bis Kaufungen-Papierfabrik gilt bis zum 30.06.2022. Die Konzession für die Erbringung der Straßenbahnverkehre im Lossetal (Linien 4/N4 im Abschnitt Lindenberg-Hessisch Lichtenau) wurde der RBK mit einer Laufzeit bis zum 01.10.2028 erteilt. Zudem besteht eine Genehmigung für Bau und Betrieb der Straßenbahninfrastruktur von Helsa bis Hessisch Lichtenau bis zum 15.07.2027. Die Genehmigung zum Betrieb der Eisenbahninfrastruktur im Lossetal ist bis zum 28.02.2048 erteilt.

Die RBK vermietet der KVG ihre 15 Straßenbahnfahrzeuge. Die KVG wartet die Fahrzeuge und stellt Fahrzeuge für den Lossetalverkehr wiederum der RBK zur Verfügung. Die Finanzierung des Lossetalverkehrs erfolgt im Rahmen des Leistungs- und Finanzierungsvertrags mit dem Verkehrsverbund und Fördergesellschaft Nordhessen mbH (NVV) sowie den Städten und Gemeinden im Lossetal. Dieser Vertrag hat keine Laufzeitbegrenzung, sondern kann mit einer Frist von sechs Monaten zum Ende eines Fahrplanjahres gekündigt werden. Die Einnahmeverantwortung liegt bei der RBK.

Daneben ist die RBK Fahrzeugeigentümerin von 28 RT-Fahrzeugen, die seit dem Fahrplanwechsel 2013/2014 über einen Fahrzeugbereitstellungsvertrag der RegioTram Gesellschaft mbH (RTG) bereitgestellt werden. Dem neuen, dreiseitigen "Fahrzeugbereitstellungsvertrag und Vertrag über die Wartung und Instandhaltung der Fahrzeuge" zwischen der RTG, RBK und KVG wurde seitens des NVV am 11.12.2013 zugestimmt. In diesem ist geregelt, dass die RBK als Fahrzeugeigentümerin die 28 RT-Fahrzeuge bereitstellt und die KVG die Wartung und Instandhaltung der Fahrzeuge übernimmt. Der Vertrag endet am 10.12.2023 und sorgt für eine hohe Planungssicherheit bei den betroffenen Gesellschaften.

Gesellschafter der neuen Betriebsgesellschaft RTG sind mit einem Anteil von jeweils 50 Prozent die KVG sowie die Hessische Landesbahn GmbH. Daher ist die RBK ab dem Fahrplanwechsel 2013/2014 nicht mehr unmittelbar an der Erbringung der Verkehrsleistung beteiligt.

Darüber hinaus ist die RBK als Eisenbahninfrastrukturunternehmen verantwortlich für die Schieneninfrastruktur im Lossetal und in Baunatal. In Baunatal stellt die RBK gemeinsam mit der HLB die Infrastruktur bereit. Die Konzession für den Betrieb der Straßenbahninfrastruktur in Baunatal ist der RBK bis zum Fahrplanwechsel 2029 erteilt, die Genehmigung zum Betrieb der Eisenbahninfrastruktur hat die HLB. Die Bewirtschaftung der Infrastruktur in Baunatal und im Lossetal erfolgt überwiegend durch Leistungen der Gesellschafter KVG und HLB. Für die Nutzung der Trasse Baunatal bezahlt die KVV Verkehrsgesellschaft Nordhessen GmbH (KVN) ein Entgelt (Trassengebühren), welches zur Refinanzierung der Trasse dient.

Daneben werden Optimierungsmöglichkeiten für die bestehenden Anlagengüter der Strecke im Lossetal der RBK geprüft. Darauf aufbauend sollen in den nächsten Jahren anstehende Investitionsentscheidungen untersucht werden, wobei auch ein Rückbau von Anlagen, die nur wegen des damaligen Güterverkehrs errichtet wurden, geprüft wird, wenn dies keine Beeinträchtigung auf den Streckenbetrieb hat.

Im Rahmen des Fahrzeugbereitstellungsvertrags mit der RTG hat es 2014 keine Änderungen gegeben.

Auf der Infrastruktur der RBK zwischen Lindenberg und Hessisch Lichtenau wurde im Geschäftsjahr 2014 eine Straßenbahnverkehrsleistung von rund 710 Tsd. Wagenkilometern (Vorjahr 724 Tsd. Wagenkilometer) erbracht. Der leichte Rückgang der Betriebsleistung im Vergleich zum Vorjahr ist auf den im Herbst 2014 stattgefundenen Schwellenwechsel zurückzuführen, bei dem die Lossetalstrecke gesperrt und die Straßenbahnverkehrsleistung durch einen Busersatzverkehr kompensiert wurde.

Bei den Zuschussmaßnahmen der RBK hat der Hessische Rechnungshof die geplante Abwicklung der Bauabschnitte (BA) Lossetal 1. BA bis 3. BA sowie die Park&Ride-Anlagen im Lossetal durch einen pauschalen Kürzungsschlüssel abgelehnt und eine detaillierte Prüfung dieser Maßnahmen verlangt. Die Anhörungsbescheide hat die RBK am 25.02.2014 erhalten, woraus sich Kürzungen ergeben, die zu Rückforderungen (inkl. Zinszahlungen) führen. Durch die Einsprüche der RBK konnten einige der drohenden Kürzungen (und dadurch auch Zinsforderungen) reduziert werden. Nach Einigung wurden die zu viel erhaltenen Zuschüsse und die daraus resultierenden Zinszahlungen im Geschäftsjahr 2014 zurückgezahlt. Für die möglichen rückzahlungsbedingten Zinsaufwendungen wurden im Vorjahr Rückstellungen gebildet, sodass dies im Geschäftsjahr aufgefangen werden konnte. Ebenfalls wurde der RBK das Prüfergebnis der Verwendungsnachweise "Lossetal Restmaßnahmen", das mit Bundesmitteln gefördert wurde und nicht der pauschalen Kürzung unterlag, mitgeteilt. Auch hier konnten die drohenden Kürzungen im Rahmen der Verhandlungen reduziert werden. Für die anfallenden Zinszahlungen wurden im Vorjahr ebenfalls Rückstellungen gebildet. Die Zuschussmaßnahmen Lossetal sind somit abgeschlossen. Insgesamt konnte im Rahmen dieser Verfahren bzgl. der Abwicklung der Zuschussmaßnahmen ein für die RBK sowohl inhaltlich als auch wirtschaftlich akzeptables Ergebnis erzielt werden.

### Analyse des Geschäftsverlaufes

Im Jahr 2014 betrugen die Umsatzerlöse der RBK 10,9 Mio. EUR und lagen damit unter dem Vorjahreswert in Höhe von 18,2 Mio. EUR. Der Rückgang resultierte im Wesentlichen aus gesunkenen Erlösen im Rahmen der Bereitstellung der RT-Fahrzeuge in Höhe von 6,4 Mio. EUR (Vorjahr 11,3 Mio. EUR). Hintergrund war der Wegfall der Erlöse für die Wartung und Instandhaltung der RT-Fahrzeuge. Diese werden gemäß des neuen Fahrzeugbereitstellungvertrags nicht mehr von der RBK, sondern direkt von der KVG vereinnahmt. Der Effekt korrespondiert gleichzeitig auch mit einem geringeren Materialaufwand. Ein weiterer Grund für die Abnahme der Umsatzerlöse ist der Wegfall der Erlöse aus dem RT-Betrieb um -2,2 Mio. EUR. Die in dieser Position verbleibenden Erlöse in Höhe von 0,1 Mio. EUR sind im Rahmen der Restabwicklung der RTB für Vorjahre angefallen. Mit dem Betreiberwechsel der RTB auf die RTG und der Übernahme der operativen Geschäftstätigkeit durch die RTG, ist die RBK ab dem Fahrplanwechsel 2013/2014 nicht mehr unmittelbar an der Erbringung der RT-Verkehrsleistung beteiligt, sodass die Erlöse ab diesem Zeitpunkt entfallen.

Der Geschäftsverlauf war im Jahr 2014 ausgeglichen. Die RBK schloss das Berichtsjahr mit einem Gewinn von 64,9 Tsd. EUR (Vorjahr 84,6 Tsd. EUR) ab.

Nach Ende des Geschäftsjahres sind keine besonderen Vorgänge angefallen.

### Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Für das Jahr 2015 wird nach derzeitigem Stand von einem planmäßigen Geschäftsverlauf mit einem Ergebnis von 68,7 Tsd. EUR ausgegangen, da die wesentlichen Aktivitäten der RBK durch Verträge mit ihren Gesellschaftern, dem NVV, der RTG und den Städten und Gemeinden abgesichert sind.

# Kassel documenta Stadt

Ein Schwerpunkt der RBK wird in der Neuverhandlung der Finanzierungsvereinbarungen im Lossetal mit dem NVV und den betroffenen Gemeinden liegen. Daneben wird die Untersuchung der Lossetalstrecke bzgl. einer Umwidmung auf einen vereinfachten Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung (EBO) oder gar einen BOStrab-Betrieb (Verordnung über den Bau und Betrieb der Straßenbahnen) fortgeführt.

Für den Betrieb im Lossetal wird weiterhin eine aktive Werbung um Fahrgäste erforderlich sein, um drohenden Änderungen bezüglich des Einnahmeaufteilungsschlüssels im KasselPlus Gebiet sowie allgemeine Kostensteigerungen (u. a. im Rahmen der Infrastrukturunterhaltung) zu kompensieren.

## Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integres Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

## Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

## RegioTram Betriebsgesellschaft mbH (KVV)

Sitz: Kassel

<u>Handelsregister:</u> Amtsgericht Kassel, HRB 13335

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung und Planung kombinierter

Schienenverkehrsleistungen nach der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung (EBO) und der Verordnung über den Bau und Betrieb der Straßenbahnen (BO-Strab) und ferner die Vornahme sämtlicher Handlungen, die sich unmittelbar und mittelbar auf den Gegenstand der Gesellschaft beziehen oder geeignet sind,

die Unternehmungen der Gesellschaft zu fördern.

<u>Eigentümer:</u> DB Regio Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main 51 %

Regionalbahn Kassel GmbH, Kassel 49 %

<u>Kapitalangaben:</u> Stammkapital 26.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 13. August 2007

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Roland Bendle, Mainz-Kastel Klaus-Peter Reintjes, Kassel

### Kennzahlen

		2013 IST	2014 IST
Umsatzerlöse	TEUR	34.729	50
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	177	-17
Bilanzsumme	TEUR	4.189	291
Investitionen	TEUR	-	-
Fremd-Darlehen	TEUR	-	-
Personal	Anzahl	-	-
Eigenkapitalquote	%	6,4	87,3
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-	-
Gesamtverschuldung	%	93,6	12,7
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€		

## Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

## RegioTram Gesellschaft mbH (KVV)

Sitz: Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRB 16063

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Erbringung und Planung kombinierter Schienenverkehrsleistungen nach der

Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung (EBO) und der Verordnung über den Bau

und Betrieb der Straßenbahnen (BO Strab).

Eigentümer: HLB Hessische Landesbahn GmbH, Frankfurt am Main 50 %

Kasseler Verkehrsgesellschaft AG, Kassel 50 %

<u>Kapitalangaben:</u> Stammkapital 50.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 19. März 2013

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> Prof. Dr. Ludewig u. Partner GmbH

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Jochen Fink, Kelkheim Klaus Reintjes, Kassel

#### Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	1.755	41.005
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	-524,6	-270,4
Bilanzsumme	TEUR	3.831	4.935
Investitionen	TEUR	-	-
Fremd-Darlehen	TEUR	-	-
Personal	Anzahl	-	-
Eigenkapitalquote	%		
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-	-
Gesamtverschuldung	%		
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-	-

## Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

#### Müllheizkraftwerk Kassel GmbH (KVV)

Sitz: Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRB 601

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Das Müllheizkraftwerk Kassel einschließlich Nebenanlagen nach Maßgabe des

Abfallentsorgungsplanes der Stadt Kassel zu optimieren, zu erneuern, zu erhalten und zu betreiben. Darüber hinaus kann das Unternehmen auch andere Abfallentsorgungs- und Energieerzeugungsanlagen errichten und bereitstellen.

Eigentümer: Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH 97,5 %

Stadt Kassel 2,5 %

Kapitalangaben: Grundkapital 20.452.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Satzung in der Fassung vom 11. September 2001

Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag vom 15. November 1996

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> Strecker, Berger & Partner GbR

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Diplom-Ingenieur Karl-Heinz Schreyer

Aufsichtsrat (oder Beirat):

Bürgermeister Jürgen Kaiser, Kassel (Vorsitzender)

Betriebsratsvorsitzender Städtische Werke AG Klaus Horn, Söhrewald

(stellvertretender Vorsitzender)

Stadtkämmerer Diplom-Volkswirt Dr. Jürgen Barthel, Kassel

Ausblidungsleiterin Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH Anja Drotleff,

Wabern

Rechtsanwalt Dr. Mark Eppe, Kassel Assessor jur. Günter Geisen, Kassel

Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirksverwaltung Nordhessen Axel Gerland,

Breuna

Betriebsleiter Die Stadtreiniger Kassel Diplom-Ingenieur Gerhard Halm, Kassel Geschäftsführer-Vorsitzender Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH

Diplom-Kaufmann Andreas Helbig, Kassel

Schlosser Peter Holland, Niestetal

Fernmeldemonteur Klaus-Peter Keller, Vellmar

Diplom-Ingenieurin Eva Koch, Kassel Geschäftsführer i. R. Heinz Schmidt, Kassel Diplom-Ingenieurin Sabine Wollny, Kassel Diplom-Handelslehrer Heribert Völler, Kassel

Geschäftsführer Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH Diplom-Ingenieur

Norbert Witte, Kassel

<u>Prokurist:</u> Martin Schwegmann

#### Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	33.082	34.313
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	4.728	4.722
Bilanzsumme	TEUR	76.347	69.920
Investitionen	TEUR	1.374	958
Fremd-Darlehen	TEUR	14.407	12.006
Personal	Anzahl	-	-
Eigenkapitalquote	%	26,8	29,3
Cash flow (nur AFA)	TEUR	13.403	13.290
Gesamtverschuldung	%	73,2	70,7
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	_	_

## Lagebericht

Während des Berichtszeitraums konnte aufgrund der guten konjunkturellen Entwicklung die Anlage komplett ausgelastet werden. Der milde Winter zu Beginn des Jahres führte dazu, dass insbesondere aus dem Bereich Bau und Produktion eine positive Mengenentwicklung zu verzeichnen war. Die geplante Anliefermenge zum Jahresende konnte aufgrund der positiven Auslastung übertroffen werden. Die vorhandenen Kapazitäten der Müllverbrennungsanlagen konnten im gesamten Bundesgebiet entgegen der allgemeinen Darstellung von Überkapazitäten voll ausgenutzt werden. Das MHKW arbeitete an der Optimierung seiner Vertriebsstrategie. Im Mittelpunkt stand dabei eine serviceorientierte Bedienung der öffentlich-rechtlichen Entsorger. Neben der Akquise neuer Kunden setzt die MHKW verstärkt auf die Verwertung von Spezialabfällen, die von Drittkunden bezogen werden. Eine weitere wichtige Rolle zur Auslastung nimmt vermehrt der Import von Abfallmengen aus dem Ausland ein. Die Entsorgung von Abfällen aus dem Ausland gewinnt durch Preissteigerungen im Abfallmarkt zunehmend an Attraktivität. Vor diesem Hintergrund nahm die MHKW Geschäftsbeziehungen zu ausländischen Entsorgern wieder auf und konnte entsprechende Mengen zur weiteren Auslastung akquirieren.

Darüber hinaus nahm die MHKW eine neue Umschlageinrichtung in Betrieb. Diese dient dazu, Bioabfälle der Stadt Kassel in größere Transporteinheiten zu verladen. Die MHKW konnte das neue Geschäftsfeld erfolgreich vermarkten.

#### Analyse des Geschäftsverlaufes

Die MHKW erzielte ein Jahresergebnis vor Gewinnabführung auf Vorjahresniveau von 4,7 Mio. EUR, bei Gesamterlösen von 34,8 Mio. EUR (Vorjahr 33,5 Mio. EUR) und Aufwendungen von 30,1 Mio. EUR (Vorjahr 28,8 Mio. EUR). Das Jahresergebnis wurde vollständig an die KVV abgeführt. Das Jahresergebnis vor Steuern betrug wie im Vorjahr 4,7 Mio. EUR und lag damit knapp über dem Planergebnis.

Nach Ende des Geschäftsjahres gab es keine besonderen Vorgänge.

## Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Die langfristigen Kooperationen mit kommunalen Kunden gewährleisten einen Großteil der zukünftigen Auslastung der Müllverbrennungsanlage. Die Erzeugung von Strom und Fernwärme, die durch den Betrieb der neuen Dampfturbine weiter optimiert wurde, sind ebenfalls wichtige Erfolgsfaktoren für eine positive wirtschaftliche Entwicklung der MHKW.

Die Entwicklung des Abfallmarktes fordert, dass die MHKW ihren Kunden, wie in der Vergangenheit, marktgerechte Komplettlösungen anbietet. Die MHKW arbeitet partiell mit Wettbewerbern zusammen, um ihre Marktpräsenz zu stärken.

Der Bereich der Entsorgung von Auslandsabfällen befindet sich wieder im Aufwind und soll nach Möglichkeit ausgebaut werden.

Die wirtschaftlichen und technischen Strukturen der MHKW bilden nach wie vor eine vielversprechende Grundlage, um auch künftigen Herausforderungen erfolgreich begegnen zu können. Daher wird derzeit für das Jahr 2015 von einem Ergebnis leicht über dem Niveau des Berichtsjahres und der Vorjahre ausgegangen. Abfallentsorgung, Energieerzeugung und Rohstoffgewinnung stellen Geschäftsfelder dar, auf denen die MHKW auch weiterhin erfolgreich agieren kann.

#### Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integres Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

### Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2014 hat die Stadt Kassel an die MHKW GmbH einen Zuschuss in Höhe von 2.100.000 € geleistet.

## items GmbH, Münster (KVV)

Sitz: Münster

Handelsregister: Amtsgericht Münster, HRB 5491

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Gegenstand des Unternehmens ist die Beratung, die Beschaffung, die

Einführung und der Betrieb von Systemen der Informationsverarbeitung und Kommunikationstechnik sowie die damit zusammenhängenden Tätigkeiten in Organisationsfragen für die Gesellschafter und sonstige Unternehmen, an denen eine der an der items GmbH unmittelbar oder mittelbar beteiligten Städte Anteile hat, sowie für andere Kommunen und deren Einrichtungen und

Unternehmen, soweit dies gemeinderechtlich zulässig ist.

Eigentümer: Stadtwerke Münster GmbH, Münster 32,2 %

Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH, Kassel 23,1 %

Stadtwerke Lübeck Holding GmbH, Lübeck 19,3 % Stadtwerke Osnabrück AG, Osnabrück 9,1 %

Energie AG, Menden 5,3 %

BEW Bocholt GmbH, Bocholt 4,8 %

Beteiligungen: items project GmbH, berlin 100 %

Kapitalangaben: Stammkapital 1.237.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 20. Mai 1999 in der derzeitigen gültigen Fassung vom

20. Mai 2009

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> Deloitte & Touche GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Dipl.-Ing. Ludger Hemker, Laer

### Aufsichtsrat (oder Beirat):

Dr. Henning Müller-Tengelmann (Beiratsvorsitzender), Kaufmännischer Geschäftsführer Stadtwerke Münster GmbH, Münster

Willie Nibbe (stellvertretender Beiratsvorsitzender), Geschäftsführer Stadtwerke Lübeck Holding GmbH, Lübeck

Jürgen Elmer, Geschäftsführer Bocholter Energie- und Wasserversorgung GmbH, Bocholt

Andreas Helbig, Vorstandsvorsitzender Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH, Kassel

Wolfgang Heuer, Stadtrat Stadt Münster, Beigeordneter Dezernent, Dezernat für Bürgerservice, Ordnung, Personal und Organisation

Dr. Andreas Hoffknecht, Technischer Geschäftsführer Stadtwerke Münster GmbH, Münster (bis 30.04.2014)

Manfred Hülsmann, Vorstandsvorsitzender Stadtwerke Osnabrück AG, Osnabrück

Alfons Reinkemeier, Stadtkämmerer Stadt Münster, Beigeordneter Dezernent, Dezernat für Finanzen, Beteiligungs- und Vermögensmanagement

Dr. Klaus Weimer, Vorstand Energie AG Iserlohn-Menden, Menden, Geschäftsführer Stadtwerke Iserlohn, Iserlohn

Dr. Dirk Wernicke, Technischer Geschäftsführer Stadtwerke Münster GmbH, Münster (ab 06.11.2014)

#### Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	32.560	32.944
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	514	340
Bilanzsumme	TEUR	14.426	18.231
Investitionen	TEUR	-	-
Fremd-Darlehen	TEUR	-	-
Personal	Anzahl	159	154
Eigenkapitalquote	%	32,5	24,0
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-	-
Gesamtverschuldung	%	67,5	76,0
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 €Umsatzerlösen	€	-	-

## Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

## Städtische Werke AG (KVV)

Sitz: Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRB 2150

Rechtsform: AG

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Versorgung mit Strom, Gas, Wasser und Fernwärme sowie der Betrieb von

Badeeinrichtungen, Abfall- und Wertstoffbehandlungs- sowie Anlagen der

Straßenbeleuchtung.

<u>Eigentümer:</u> Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH 75,1 %

Thüga AG 24,9 %

Beteiligungen: Städtische Werke Netz + Service GmbH 100 %

Windpark Söhrewald/Niestetal GmbH & Co. KG 100 %

Windenergie Kassel Verwaltungs-GmbH 100 %

Gemeindewerk Kaufungen Verwaltungs-GmbH 100 % Städtische Werke Energie + Wärme GmbH 94,9 % Stadtwerke Union Nordhessen GmbH & Co. KG 67 % Stadtwerke Union Nordhessen Verwaltungs GmbH 67 %

Biogas Müritz GmbH & Co. KG 62,5 % Biogas Homberg GmbH & Co. KG 50 % Biogas Homberg Verwaltungs GmbH 50 %

Biogas Müritz Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH 50 % Schwälmer Biogas Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH 50 %

Stadtwerke Großalmerode GmbH & Co. KG 49 %

Schwälmer Biogas GmbH & Co. KG 40 % Fulda-Eder Energie GmbH Co. KG 40 % Karbener Biogas Verwaltungs GmbH 33,3 % Karbener Biogas GmbH & Co. KG 35,9 % Biogas Kellerwald GmbH & Co. KG 29,4 % Stadtwerke Sangerhausen GmbH 25,1 %

Institut dezentrale Energietechnologien gGmbH 10 %

Gas Union GmbH 9,2 %

Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG 3,7 %

über NSG.

Städtische Werke intelligent messen GmbH 100 %

Kapitalangaben: Grundkapital 48.654.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Satzung in der Fassung vom 12. Juni 2001

Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag vom 26. Oktober 2000

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> Strecker, Berger & Partner GbR

## Geschäftsführung (oder Vorstand):

Diplom-Kaufmann Andreas Helbig (Vorsitzender)

Diplom-Ökonom Dr. Thorsten Ebert Diplom-Ökonom Stefan Welsch

### Aufsichtsrat (oder Beirat):

Oberbürgermeister Bertram Hilgen, Kassel (Vorsitzender)

Betriebsratsvorsitzender Klaus Horn, Söhrewald (stellv. Vorsitzender)

Kaufmännischer Angestellter Lothar Alexi, Staufenberg

Stadtkämmerer Diplom-Volkswirt Dr. Jürgen Barthel, Kassel

Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirksverwaltung Nordhessen Axel Gerland,

Breuna

Mitglied des Vorstands Thüga AG Dr. Gerhard Holtmeier, München

Sekretärin Ute Jungton, Kassel

Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirksverwaltung Osthessen Berthold Leinweber,

Eichenzell

Betriebswirt Georg Lewandowski, Kassel

Elektro-Installateurmeister Volker Reitze, Kassel Gas- und Wasserinstallateur Ludwig Vogt, Kassel

Lehrerin Helga Weber, Kassel

Vorstandsvorsitzender Thüga AG Ewald Woste, München

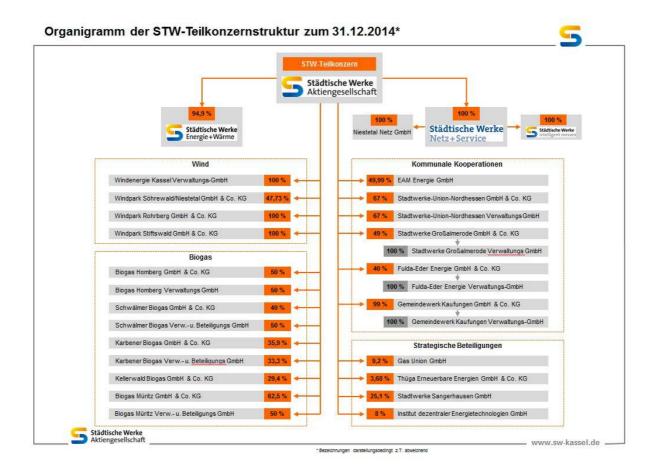
### <u>Prokuristen:</u> Martin Schwegmann

Dr. Mark Eppe Dr. Frank Hoster

## Kennzahlen

55
55
¥3
39
¥6
9
50
,0
73
,0
79
)4

#### Konzernstruktur



#### Lagebericht

Die STW ist ein Tochterunternehmen der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH (KVV). Nach der gesellschaftsrechtlichen Trennung von Energievertrieb und Netzbetrieb sind in der STW neben dem klassischen Energievertrieb die regenerative Energieerzeugung (z. B. Wind, Biogas und Photovoltaik), der Aufbau kommunaler Kooperationen im Umland und der Betrieb der Kasseler Schwimmbäder angesiedelt. Die 100%ige Tochter Städtische Werke Netz + Service GmbH (NSG) betreibt das Strom- und Gasnetz der Stadt und angrenzender Umlandgemeinden, sowie im Auftrag des städtischen Eigenbetriebs KASSELWASSER das Wasserleitungsnetz in Kassel und der Nachbarstadt Vellmar. Das Tochterunternehmen Städtische Werke Energie + Wärme GmbH (EWG), an der die STW 94,9 % der Anteile hält, ist für die Erzeugung von Strom und Fernwärme sowie das Fernwärmenetz verantwortlich.

Die STW setzte im Strom- und Gasbereich ihre gute Entwicklung fort und konnte ihre Position im zunehmenden Wettbewerb erfolgreich behaupten. Auf Basis einer erfolgreichen Kundenbindungsstrategie konnten die Lieferverträge mit großen Kasseler Bestandskunden verlängert werden. Außerhalb von Kassel konnte die STW weitere Sondervertragskunden gewinnen. Die STW akquirierte bundesweit mehrere große Industriekunden und eine Vielzahl von Einzelhandelsunternehmen im Großkundensegment. Im Privatkundenbereich war wie in den Vorjahren ein intensiver Wettbewerb zu verzeichnen. Kunden wurden vermehrt über den direkten Vertrieb mittels Vermittlern akquiriert. Energieversorger konkurrierten vermehrt um attraktive Vertriebskanäle. Trotz des zunehmenden Wettbewerbs konnte die STW ihren Marktanteil im Kasseler Marktgebiet erfolgreich behaupten. Zentrale Faktoren hierfür waren hohe Kundenzufriedenheit und Imagewerte.

Um im wettbewerbsintensiven Markt erfolgreich zu agieren, erweiterte die STW 2014 ihre Vertriebsstrategie. Die STW ist seit dem 03.11.2014 mit 49,99 % als Partner an der EAM Energie GmbH (EAME), der Vertriebstochtergesellschaft der EAM GmbH & Co. KG (EAM), beteiligt. Die EAME bietet Ökostrom- und Erdgasprodukte sowie Heizstrom an. Das Vertriebsgebiet des Unternehmens erstreckt sich auf die Region von Dassel in Südniedersachsen bis nach Hanau in Südhessen sowie Teile von Nordrhein-Westfalen, Thüringen und Rheinland-Pfalz.

Der zunehmende Wettbewerb auf den Energiemärkten erfordert es, dass eine intelligente Energiebeschaffung eine zentrale Rolle einnimmt. Die STW verfolgt daher eine kontinuierliche Optimierung der Beschaffungsprozesse. Mittels einer risikooptimalen Beschaffungsstrategie kann die STW Wettbewerbsvorteile realisieren und attraktive Preise anbieten, um sich im dynamischen Marktumfeld erfolgreich positionieren zu können.

Als einer der ersten bundesweiten Energieversorger ließ sich die STW das Qualitätsmanagement für ihren gesamten Vertriebsbereich nach ISO 9001 zertifizieren. Diese Zertifizierung spiegelt die Qualität der betrachteten Kernprozesse der Energiewirtschaft, Kundenservice, Beschwerdemanagement, Marktkommunikation, Akquisition etc. im gesamten Vertriebsbereich der STW wider. Zusätzlich fallen seit 2014 auch die Energiedienstleistungen unter die Zertifizierung. Das Zertifikat ist bis März 2018 gültig und unterliegt einer jährlichen Gültigkeitsüberprüfung.

Seit dem Jahr 2013 produzieren fünf Biogaserzeugungsanlagen in Homberg, Willingshausen, Karben, Leizen und Kerstenhausen umweltfreundliche Energie. Die STW war in allen Projekten Projektentwicklungspartner, hält in verschiedener Höhe Anteile an den Erzeugergesellschaften und stellt zudem jeweils einen Geschäftsführer. Gemeinsam mit der lokalen Landwirtschaft hat die STW zum Betrieb der Biogaserzeugungsanlagen Kommanditgesellschaften gegründet und berücksichtigt damit die Interessen aller Beteiligten. Zusammen erzeugen die Anlagen eine Biogasmenge von jährlich 180 GWh (8 MWel). Der überwiegende Teil der Biogasmenge (130 GWh) wird auf Erdgasqualität (Biomethan) aufbereitet und ins öffentliche Erdgasnetz eingespeist. Die STW nimmt das Biomethan ab und verwertet es an Blockheizkraftwerk (BHKW)-Standorten, wo Wärme ganzjährig genutzt werden kann, beispielsweise in Schwimmbädern, Kliniken und Industrieunternehmen. Teilmengen werden an externe Kunden verkauft.

Die Vermarktung der Biomethan-Eigenmengen ist mittelfristig mit ausgeglichener Bilanz erfolgt. Auftretende, unterjährige Über- oder Unterdeckungen konnten als Handelsgeschäft am Markt ausgeglichen werden. Die Neuvermarktung von EEG-Anlagen im Betrieb mit Biomethan fand aufgrund der Regelungen des EEG 2014 praktisch nicht mehr statt. Die bestehenden EEG-Anlagen wurden konsequent in die Direktvermarktung überführt.

Mit der Inbetriebnahme des Windparks Söhrewald/Niestetal gelang es der STW, ihre Position als treibende Kraft der Energiewende in Nordhessen weiter zu stärken. Während die Windkraftanlagen am Standort Söhrewald seit Dezember 2013 in Betrieb sind, speisen die Windräder am Standort Niestetal seit Februar 2014 sauberen Strom ein. In Summe versorgen die sieben Anlagen mit einer Gesamtleistung von 21 MW rechnerisch 17.000 Haushalte mit Strom. Zum 28.02.2014 übertrug die STW das Windparkprojekt auf die Windpark Söhrewald/Niestetal GmbH & Co. KG (WSN). Neue Gesellschafter sind die drei Bürgerenergiegenossenschaften Kassel & Söhre, Niestetal und Kaufunger Wald, die Stadtwerke Eschwege, Witzenhausen und Bad Sooden-Allendorf sowie die Gemeinde Lohfelden. Die STW hielt zum Bilanzstichtag 47,73 % der Anteile an der WSN. Die Veräußerung weiterer Anteile ist im Jahr 2015 geplant.

## Kassel documenta Stadt

Im Jahr 2014 setzte die STW die Entwicklung von Windkraftprojekten in Nordhessen fort. Dabei konzentrierte sich die STW auf die Weiterentwicklung der im Jahr 2013 vorbereiteten Windparkprojekte "Rohrberg" und "Stiftswald". Die einzelnen Projektstandorte befinden sich in unterschiedlichen Entwicklungsstadien. Weit fortgeschritten ist das Projekt "Rohrberg". Für die Errichtung und den Betrieb der insgesamt fünf Windkraftanlagen wurde die Genehmigung laut Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) erreicht. Mit Vorliegen dieser Genehmigung wurde der Liefervertrag der Windkraftanlagen wirksam und vorbereitende Baumaßnahmen konnten bereits getroffen werden. Die Inbetriebnahme ist für Ende des Jahres 2015 anvisiert. Im Rahmen des Windparkprojekts im "Stiftswald" ist die Errichtung von bis zu neun Windkraftanlagen geplant. Der entsprechende Genehmigungsantrag wurde Ende 2014 beim Regierungspräsidium Kassel für 8 Anlagen eingereicht. Derzeit wird geprüft, ob für eine weitere Anlage ein zusätzlicher Genehmigungsantrag eingereicht werden kann. Die Fertigstellung ist spätestens im 3. Quartal 2016 geplant.

Die Landeskartellbehörde Hessen (LKB) überprüft in Hessen intensiv die Wasserpreise. In neun Fällen leitete die LKB wegen Missbrauchsverdacht Kartellverfahren gegen Wasserversorgungsunternehmen ein. Gegen die STW erließ die LKB am 11.04.2008 eine Preissenkungsverfügung in Höhe von 37 % wegen angeblich missbräuchlich überhöhter Wasserpreise. Die Preissenkungsverfügung war vom Zeitpunkt der Zustellung bis zum 31.12.2009 befristet. Gegen die Verfügung hatte die STW fristgerecht Beschwerde beim Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt am Main eingelegt. Das Verfahren vor dem OLG wurde 2009 ausgesetzt und ruht seitdem. Derzeit laufen erneut Vergleichsverhandlungen mit der LKB, die gegebenenfalls kurzfristig zur Einigung kommen könnten.

Im nördlichen Schwalm-Eder-Kreis ist die STW mit einem Geschäftsanteil von 40 % an der Fulda-Eder Energie GmbH & Co. KG (FEE) beteiligt. Die FEE agiert als operativ tätiges Regionalwerk einschließlich eigenen Vertriebs. Das Ziel der Gesellschaft ist, zunächst die Energienetze im FEE-Gebiet zurückzukaufen und die Energieversorgung der 60.000 Bürger der neun Partnergemeinden selbst zu gestalten.

In der Gemeinde Kaufungen wurde Anfang des Jahres 2014 ein weiteres Kommunalwerk gegründet. Auch hier soll die Gesellschaft im nächsten Schritt das Stromnetz vom bisherigen Konzessionär zurückkaufen, um danach die 13.500 Bürger mit Energie zu versorgen. Das Kommunalwerk wird zunächst mit einer Beteiligung von 99 % von der STW geführt. Die Gemeinde und gegebenenfalls auch eine lokale Energiegenossenschaft können später Anteile von der STW übernehmen.

Gemeinsam mit den Stadtwerken Bad Sooden-Allendorf, Eschwege, Witzenhausen, Wolfhagen und der Kraftstrom-Bezugsgenossenschaft Homberg ist die STW an der Stadtwerke Union Nordhessen GmbH & Co. KG (SUN) beteiligt. Tätigkeitsschwerpunkte der SUN sind die Akquise von Windstandorten und die Entwicklung von Windparkprojekten bis zur Baureife nach BImSchG. Der Bau und die Inbetriebnahme der Windparks sollen dann über die jeweiligen Projektgesellschaften erfolgen. Auf diese Weise profitieren die Gesellschafter der SUN von erheblichen Synergien bei der Akquise und Entwicklung von Windstandorten. Mit ihren Gesellschaftern verfügt die SUN über ein starkes Akquisenetzwerk langjähriger, regional verankerter Energieversorgungsunternehmen mit Ansprechpartnern vor Ort, was ihr im Rahmen des Flächenwettbewerbs einen bedeutsamen Vorteil gegenüber Mitbewerbern verschafft.

In der Folge hat die SUN für verschiedene Windflächen in der Region bereits den Zuschlag erhalten. Die SUN tritt inzwischen als vollwertiger Projektentwickler im Bereich der Windenergie auf. 2014 wurden die Konsortien für die Windparkprojekte Herleshausen und Kaufunger Wald gegründet. Trotz positiver naturschutzrechtlicher Voruntersuchungen wurde aufgrund der Ergebnisse weiterer Vogeluntersuchungen die Projektierung des Standorts Herleshausen vorerst gestoppt. Das Konsortium

wird vorerst aufrechterhalten, um auf Basis aktualisierter Vogeluntersuchungen eine finale Entscheidung zum weiteren Vorgehen zu treffen. Die Projektierung des Standorts Kaufunger Wald verlief im Jahr 2014 wie geplant.

Daneben kooperieren SUN und STW im Bereich E-Mobilität. Die Anzahl der bestehenden Ladesäulen in Kassel wird bedarfsgerecht erweitert. Es ist zudem geplant, in absehbarer Zeit Geschäftsmodelle für die bedarfsgerechte Nutzung von intelligenter Ladeinfrastruktur umzusetzen.

Auch in der strategischen Ausrichtung einer dezentralen und regenerativen Energieerzeugung wird die erfolgreiche Kooperation mit dem Fraunhofer-Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik (IWES) und dem Institut für dezentrale Energietechnologien (IdE), Kassel fortgesetzt. Die Untersuchung zur Energiewende im Bereich Strom und Wärme wurde 2014 um das Thema Energieversorgung im Mobilitätsmarkt erweitert, um eine ganzheitliche Sicht auf sinnvolle Strukturen der erneuerbaren Energieerzeugung und des Energieverbrauchs in der Region Nordhessen zu ermöglichen.

Das neue Kombibad am Auedamm wurde ebenso wie das Hallenbad Süd von den Badegästen im Jahr 2014 gut angenommen. Im Berichtsjahr besuchten 366.255 Bade- und Saunagäste das Frei- und Hallenbad an der Fulda. In das Hallenbad Süd kamen 90.265, in das Freibad Bad Wilhelmshöhe 44.217 und das Freibad Harleshausen besuchten 37.463 Badegäste.

Mitte 2014 begann die STW mit der Planung für den Umbau des Freibades Harleshausen. Im ersten Quartal 2015 erfolgte die schlüsselbaufertige Vergabe und im zweiten Quartal 2015 wird mit den Modernisierungsarbeiten begonnen. Die Eröffnung des neuen Freibades soll zu Beginn der Freibadsaison 2016 erfolgen.

### Analyse des Geschäftsverlaufes

Die STW erzielte im Berichtsjahr erneut ein gutes Ergebnis. Die Gesamterträge beliefen sich auf 426,6 Mio. EUR (Vorjahr 485,9 Mio. EUR) und die Aufwendungen auf 406,0 Mio. EUR (Vorjahr 468,2 Mio. EUR). Das Eigenergebnis vor Steuern lag mit 9,6 Mio. EUR zum einen über dem Vorjahreswert von 6,4 Mio. EUR und zum anderen über dem geplanten Ergebnis von 7,5 Mio. EUR. Hauptgründe waren ein besseres Beteiligungsergebnis gegenüber dem Vorjahr und der Planung sowie die Effekte aus der Veräußerung des Windparks Söhrewald/Niestetal an die WSN. Trotz vielschichtiger externer Einflüsse konnte sich die STW im Jahr 2014 am Markt weiterhin erfolgreich positionieren. Hauptfaktoren hierfür waren die Weiterentwicklung von innovativen Energiekonzepten (u. a. im Bereich der EDL), die Entwicklung des Beteiligungsportfolios, die Optimierung der Energiebeschaffung sowie die Aktivitäten im Bereich der erneuerbaren Energien. Mit der Erweiterung des Beteiligungsportfolios stärkte die STW zudem ihre nachhaltige strategische Ausrichtung. Die Realisierung von Synergien im KVV-Konzern und die Weiterentwicklung interner Prozesse unterstützten die unternehmerische Entwicklung der STW.

Die Unternehmenstochter NSG führte auf Basis eines Teilbeherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrags das Jahresergebnis in Höhe von 11,5 Mio. EUR (Vorjahr 10,3 Mio. EUR) an die STW ab.

Auf Basis des Ergebnisabführungsvertrages mit der EWG, an der die STW 94,9 % hält, wurde ein Gewinn der EWG in Höhe von 0,5 Mio. EUR (Vorjahr 1,8 Mio. EUR) an die STW abgeführt.

Das Jahresergebnis nach Gewinnabführung von NSG und EWG und Ertragsteuern betrug 20,6 Mio. EUR (Vorjahr 17,7 Mio. EUR). An den Minderheitsaktionär Thüga ist eine Ausgleichszahlung in Höhe von

4,5 Mio. EUR zu leisten. Die Verbindlichkeit wurde im Jahresabschluss passiviert. Der verbleibende Jahresüberschuss von 16,1 Mio. EUR wurde an die Konzernobergesellschaft KVV abgeführt.

Die Eigenkapitalrentabilität nach Ertragsteuern lag bei 16,3 % (Vorjahr 14,0 %).

Am 11.03.2015 wurde Herr Dr. Michael Maxelon organschaftlich zum Vorsitzenden des Vorstands der STW ab 01.01.2016 bestellt.

## Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Die STW plant für das Jahr 2015 mit einem Eigenergebnis vor Steuern, welches unter dem Wert des Jahres 2014 liegt. Hauptgründe sind geringere Beteiligungserträge sowie der einmalige Effekt aus der Übertragung des Windparks Söhrewald/Niestetal im Jahr 2014. Die deutsche Bundesregierung erwartet in ihrem Herbstgutachten ein Wirtschaftswachstum in Höhe von 1,2 % p.a., das damit unter dem Wirtschaftswachstum 2014 mit 1,5 % p.a. liegt. Darüber hinaus rechnet die STW damit, dass die Brennstoffmärkte auch im Jahr 2015 vom volatilen Preisniveau geprägt sein werden. Zusätzlich geht die STW davon aus, dass sich im Kasseler Netzgebiet der Wettbewerb in Verbindung mit einer wachsenden Wechselbereitschaft der Kunden weiter intensiviert. Um ihre Wettbewerbsposition dabei zu behaupten, wird die STW vielfältige Anstrengungen unternehmen. Einerseits sind die konsequente Weiterentwicklung und Optimierung der Energiebeschaffungsstrategie bei den erwarteten Bedingungen auf den Brennstoffmärkten von zentraler Bedeutung. Andererseits hat die STW sich als Ziel gesetzt, ihre Marktstellung nachhaltig zu festigen und auszubauen. In diesem Zusammenhang sollen einerseits die Wechselbereitschaft der Kunden weiter reduziert und andererseits bundesweit Kunden hinzugewonnen werden. Attraktive Preise, umweltfreundliche Produkte, innovative Vertriebsstrategien sowie ein leistungsstarker Kundenservice werden daher wichtig sein, damit die STW ihre Produkte lokal und bundesweit erfolgreich vermarkten kann. Darüber hinaus erwartet die STW, dass die Beteiligung an der EAME zukünftig eine wichtige Rolle in der Vertriebsstrategie übernimmt.

Auch in den kommenden Jahren wird die STW weiterhin ihre Strategie des Ausbaus der erneuerbaren Energien verfolgen und intensivieren. Weitere Investitionen in Windparks werden umfassend geprüft und bei entsprechender Wirtschaftlichkeit durchgeführt. Zudem bieten die Beteiligungen an der SUN, der FEE und der Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (THEE) der STW für die Zukunft neue Perspektiven. Das Bündeln von Know-how und Kapital sowie die Realisierung von Synergieeffekten werden sich positiv auf die Entwicklung der STW auswirken und die nachhaltige Unternehmensausrichtung verstärken.

## Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integres Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

# Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

## Städtische Werke Energie + Wärme GmbH (KVV)

Sitz: Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRB 4795

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Versorgung der Stadt Kassel und Umgebung mit Fernwärme. Innerhalb dieser

Grenzen ist die Gesellschaft zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt,

die zur Erreichung des Gesellschaftszweckes notwendig oder nützlich

erscheinen. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und

Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten.

<u>Eigentümer:</u> Städtische Werke Kassel AG 94,9 %

Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH 5,1 %

Kapitalangaben: Grundkapital 16.899.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftervertrag in der Fassung vom 12. Juni 2001

Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag vom 21. Dezember 1999

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> Strecker, Berger & Partner GbR

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Diplom-Kaufmann Andreas Helbig (Vorsitzender)

Diplom-Ingenieur Karl-Heinz Schreyer (bis 31.12.2014)

Aufsichtsrat (oder Beirat):

Oberbürgermeister Bertram Hilgen, Kassel (Vorsitzender)

Betriebsratsvorsitzender Klaus Horn, Söhrewald (stellvertretender Vors.) Stellvertretender Betriebsratsvorsitzender Lothar Alexi, Staufenberg

Stadtkämmerer Diplom-Volkswirt Dr. Jürgen Barthel, Kassel

Mitglied des Vorstands Thüga AG Dr. Matthias Cord, München (seit 10.02.2015) Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirksverwaltung Nordhessen Axel Gerland,

Breuna

Mitglied des Vorstands Thüga AG Dr. Gerhard Holtmeier, München

Sekretärin Ute Jungton, Kassel

Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirk Osthessen Berthold Leinweber, Eichenzell

Betriebswirt Georg Lewandowski, Kassel

Elektro-Installateurmeister Volker Reitze, Kassel

Lehrerin Helga Weber, Kassel

Vorstandsvorsitzender Thüga AG Ewald Woste, München

<u>Prokuristen:</u> Martin Schwegmann

Dr. Mark Eppe Dr. Norbert Tanner Rainer Benedix

#### Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	58.032	51.486
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	841	112
Bilanzsumme	TEUR	104.139	97.698
Investitionen	TEUR	14.900	8.900
Fremd-Darlehen	TEUR	63.059	62.834
Personal	Anzahl	230	229
Eigenkapitalquote	%	21,7	23,1
Cash flow (nur AFA)	TEUR	9.684	9.378
Gesamtverschuldung	%	78,3	76,9
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	252	225
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,26	0,31

### Lagebericht

Die Kasseler Fernwärme GmbH (KFW) firmierte zum 01.01.2013 in die EWG um und wurde so in die Familienmarke der Städtischen Werke aufgenommen.

Zum Anfang des Jahres 2014 war eine ähnliche Entwicklung wie im Vorjahr zu beobachten. Der Preis für die Grundlast-Lieferung erreichte mit 36,90 EUR/MWh schon zu Jahresbeginn den Höchstwert im Jahr 2014. Der weitere Verlauf des Jahres war durch schwankende Preise geprägt. In den Monaten Januar, August und November sorgten u. a. die Entwicklungen in der Ukraine-Krise sowie eine gegenüber den Erwartungen reduzierte Verfügbarkeit von Erneuerbaren Energien für einen Anstieg des Strompreises auf bis zu 36,00 EUR/MWh. Sinkende Preise waren insbesondere in den Zeiträumen April bis Juli und September bis Oktober zu verzeichnen. Der niedrigste Preis im Jahresverlauf von 33,77 €/MWh wurde erst am letzten Handelstag des Jahres 2014 mit 33,44 €/MWh unterboten.

Der Rohölpreis für die Sorte Brent sank im Verlauf des Jahres 2014 rapide. Der Maximalwert lag im Juni 2014 noch bei 115,06 \$/Barrel. Ab Juli 2014 setzte ein Preisverfall ein, der zu einem Tiefststand am 31. Dezember 2014 bei 57,33 \$/Barrel führte.

Der höchste Kohlepreis für das Frontjahr (API#2) war am 28. April 2014 zu verzeichnen mit einem Preis von 83,71 \$/Tonne. Danach sank der Preis im weiteren Jahresverlauf kontinuierlich. Der Tiefststand lag am 31. Dezember 2014 bei 65,88 \$/Tonne.

Der CO₂-Preis lag im Jahr 2014 in einer Spannbreite zwischen 4,4 €/Tonne und 7,46 €/Tonne und entwickelte sich, ähnlich wie 2013, aufgrund politischer Aussagen sehr volatil.

Die Lieferung des in Kassel erzeugten Stroms erfolgt an die STW zu marktüblichen Konditionen. Alle Kundenverträge der Fernwärme liegen bei der STW. Die STW bezieht Fernwärme von der EWG, die sie auf eigene Rechnung vermarktet.

Ein wesentlicher Punkt für die EWG aus der Novelle des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG) 2009 ist die Förderung des Neu- und Ausbaus von Wärmenetzen. Die Förderung richtet sich nach Trassenlänge und Dimension des Fernwärmenetzes. Sie ist auf 20 % der Investitionskosten und auf 5,0 Mio. EUR für ein Neu- bzw. Ausbauprojekt begrenzt. Dies ist besonders im Hinblick auf die bereits begonnenen und weiter geplanten Investitionen in das Wärmenetz der EWG von Bedeutung. Bei der Beantragung der Zuschüsse muss die entsprechende Maßnahme abgeschlossen und durch einen Wirtschaftsprüfer testiert sein. Antragstellungen können bislang jeweils nur bis zum 01.07. des Folgejahres erfolgen. Gemäß einer Gesetzesänderung vom 12.06.2012 erhöht sich die Förderung für Inbetriebnahmen ab dem 01.01.2012 je nach Leitungsdurchmesser auf 30 % bzw. 40 % der Investitionskosten mit einer Obergrenze von 10 Mio. EUR je Projekt. Die EWG beantragte wieder Maßnahmen für den Fernwärmenetzausbau beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA). Aus der Beantragung für das Jahr 2013 (Antragstellung aus dem Jahr 2014) gewährte das BAFA Zuschüsse in Höhe von ca. 0,2 Mio. EUR. Die EWG wird rechtzeitig zu den entsprechenden zukünftigen Terminen die erforderlichen Anträge für die weiteren in Frage kommenden Ausbaumaßnahmen stellen.

## Analyse des Geschäftsverlaufes

Die EWG erzielte im Geschäftsjahr 2014 trotz schwieriger Rahmenbedingungen ein über Plan liegendes Ergebnis in Höhe von 0,5 Mio. EUR (Vorjahr 1,8 Mio. EUR). Damit lag das Ergebnis der EWG über dem Planwert 2014 in Höhe von 0,0 Mio. EUR. Der Gewinn wurde auf Basis eines Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrages an die STW abgeführt.

Die Eigenkapitalrentabilität der EWG vor Ertragsteuern betrug 2,3 %.

Am 11.03.2015 wurde Herr Dr. Michael Maxelon organschaftlich zum Geschäftsführer der EWG zum 01.01.2016 bestellt.

## Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Im Rahmen der Klimaschutzbestrebungen in der Stadt Kassel spielt das Produkt Fernwärme aufgrund seines geringen CO2-Anteils und des sehr guten Primärenergiefaktors von 0,0 (Gas und Heizöl haben dagegen ca. 1,1) eine wichtige Rolle. Daher sind neben den gerade in der jüngeren Vergangenheit erschlossenen zusätzlichen Fernwärmeabsatzpotenzialen auch weiterhin Steigerungen des Fernwärmeabsatzes geplant. Der Neuanschluss von Fernwärmekunden wird in den kommenden Jahren zielgerichtet dort fortgesetzt, wo angemessene Ergebnisbeiträge erzielt werden können.

Die Entwicklung der Strompreise hängt von verschiedenen Faktoren ab. Neben der Entwicklung der Weltenergiemärkte und der daraus resultierenden Entwicklung der Brennstoffpreise wird hierbei vor allem die Schaffung und Erweiterung neuer Erzeugungskapazitäten in Deutschland eine wichtige Rolle einnehmen. Dabei spiegeln sich die Auswirkungen der EU-Finanzkrise auf die Energiewirtschaft sowie die zunehmende Erzeugung durch erneuerbare Energien in dem Investitionsrückgang bei Neubau und Modernisierung von Kraftwerken wider. Die Ausweitung oder Schaffung von neuen Erzeugungskapazitäten hängt daneben vor allem von der künftigen Entwicklung der Strompreise an den Großhandelsmärkten ab, da die Marktteilnehmer nur dann in neue Kraftwerke investieren werden, wenn mit hinreichender Sicherheit ausreichende Ertragschancen zu erwarten sind.

Der von der Bundesregierung beschlossene Ausstieg aus der Atomkraft sowie der damit verbundene Ausbau der erneuerbaren Energien führt zu erheblichen Preiseffekten. Während Endverbraucher von zunehmend steigenden Strompreisen betroffen sind, wirken sich sinkende Preise an den Strombörsen negativ auf die Wirtschaftlichkeit konventioneller Erzeugungsanlagen aus. Derzeit lassen sich weitere

Ertragschancen aus der KWKG-Novelle 2009 herleiten. Ein wesentlicher Punkt für die EWG aus der KWKG-Novelle 2009 ist hierbei die Förderung des Neu- und Ausbaus von Wärmenetzen.

Trotz des momentan schwierigen Marktumfeldes plant die EWG mit einem Ergebnis in Höhe des Jahresergebnisses 2014. Die durch Einbindung der EWG in den Kasseler Verkehrs- und Versorgungs- GmbH (KVV)-Konzern resultierenden Synergiepotenziale werden auch in den Folgejahren konsequent genutzt.

## Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integres Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

## Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

#### Städtische Werke Netz + Service GmbH Kassel (KVV)

Sitz: Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRB 15221

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Leistungs- und

Versorgungsnetzen und dazugehörigen Anlagen in den Bereichen Energie, Wasser, Telekommunikation, Straßenbeleuchtung und Wassergewinnung,

einschließlich der Erbringung sämtlicher mit diesen Tätigkeiten

zusammenhängenden und verwandten Dienstleistungen, insbesondere

Infrastruktur- und kommunale Dienstleistungen.

Eigentümer: Städtische Werke AG, Kassel 100 %

<u>Beteiligungen:</u> Städtische Werke intelligent messen GmbH 100 %

Kapitalangaben: Grundkapital 20.000.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> Strecker, Berger & Partner GbR

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Diplom-Ingenieur Eike Weldner Diplom-Ingenieur Andreas Kreher

Aufsichtsrat (oder Beirat):

Oberbürgermeister Bertram Hilgen, Kassel (Vorsitzender)

Betriebsratsvorsitzender Klaus Horn, Söhrewald (stellv. Vorsitzender) Stellvertretender Betriebsratsvorsitzender Lothar Alexi, Staufenberg

Stadtkämmerer Diplom-Volkswirt Dr. Jürgen Barthel, Kassel

Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirksverwaltung Nordhessen Axel Gerland,

Breuna

Mitglied des Vorstands Thüga AG Dr. Matthias Cord, München (seit 10.02.2015)

Mitglied des Vorstands Thüga AG Dr. Gerhard Holtmeier, München

Sekretärin Ute Jungton, Kassel

Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirksverwaltung Osthessen Berthold Leinweber,

Eichenzell

Betriebswirt Georg Lewandowski, Kassel

Elektro-Installateurmeister, Volker Reitze, Kassel

Lehrerin Helga Weber, Kassel

Vorstandsvorsitzender Thüga AG Ewald Woste, München (bis 31.10.2014)

<u>Prokuristen:</u> Sabine Bernhardt

Gunther Gaedtke Carlo Longobardi Stefan Noll

#### Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	115.818	122.365
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	10.545	12.176
Bilanzsumme	TEUR	326.553	312.917
Investitionen	TEUR	29.675	25.900
Fremd-Darlehen	TEUR	123.153	113.604
Personal	Anzahl	438	428
Eigenkapitalquote	%	51,6	53,9
Cash flow (nur AFA)	TEUR	30.329	32.298
Gesamtverschuldung	%	48,4	46,1
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	264	286
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,23	0,23

## Lagebericht

Die NSG ist ein 100%iges Tochterunternehmen der Städtische Werke Aktiengesellschaft (STW). Sie ist Eigentümerin und Betreiberin des über 2.430 Kilometer langen Stromverteilernetzes in der Stadt Kassel sowie des ca. 1.100 Kilometer langen Gasverteilernetzes in der Stadt Kassel und benachbarten Kommunen. Im Auftrag von KASSELWASSER betreibt sie das über 1.000 Kilometer lange Wasserverteilungsnetz in Kassel und der Nachbarstadt Vellmar sowie ebenfalls im Auftrag der Stadt Kassel die öffentliche Beleuchtung. Gemeinsam mit der an Kassel angrenzenden Gemeinde Niestetal wurde die Gründung einer gemeinsamen Netzgesellschaft, der Niestetal Netz GmbH (NNG) umgesetzt. Die NNG hat sich auf die Strom- und Gaskonzessionen der Gemeinde beworben und den Zuschlag erhalten.

Die gehaltenen Netzkonzessionen (Wegenutzungsverträge) für Strom, Gas und Wasser in der Stadt Kassel liefen zum Ende des Jahres 2014 aus. Für Strom und Gas wurde von der Stadt Kassel ein nach dem § 46 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) vorgeschriebenes Ausschreibungsverfahren durchgeführt. Bei beiden Konzessionsverfahren war die NSG Bestbietender und erhielt von der Stadt Kassel den Zuschlag. Die Wegenutzungsverträge traten zum 01.01.2015 in Kraft. Ebenfalls wurde mit der Stadt Kassel der Wasserwegenutzungsvertrag neu ausgehandelt. Mittlerweile (Stand 31.03.2015) liegen alle Gremienbeschlüsse der Stadt Kassel und der NSG zum Abschluss des Vertrages vor, sodass der Abschluss unmittelbar bevorsteht.

Für den Betrieb des Trinkwassernetzes und der Wassergewinnungsanlagen wurde per 01.04.2012 ein Pacht- und Dienstleistungsvertrag mit der Stadt Kassel abgeschlossen. Der Vertrag regelt die Verpachtung der für die Wasserversorgung notwendigen Anlagen an KASSELWASSER sowie das Erbringen von technischen und kaufmännischen Dienstleistungen gegen ein Pacht- und Betriebsführungsentgelt, das nach den Vorgaben des öffentlichen Preisrechts und des Hessischen Kommunalabgabengesetzes kalkuliert wurde.

## Kassel documenta Stadt

Das noch immer laufende Wasserkartellverfahren gegen die STW mit der Verfügung aus April 2008 wurde von der Übertragung im Rahmen der rechtlichen Entflechtung der NSG im Jahr 2011 auf die NSG explizit ausgenommen. Sollte die strittige Verfügung also gerichtlich bestätigt werden, beträfe die Rückzahlungsverpflichtung weiterhin die STW.

Seit 2009 hat die Anreizregulierung das zuvor bestehende Modell der Kostenregulierung der Stromund Gasnetze abgelöst. Für die Kalkulation der Netzerlöse sind neben der eigenen Kostensituation auch im Vergleich die Kosten der als effizient definierten Netzbetreiber (Benchmarkunternehmen) ausschlaggebend. Alle Netzbetreiber müssen eine allgemeine und ggf. eine individuelle Effizienzsteigerung realisieren. Seit der zweiten Regulierungsperiode (RegPer) müssen die individuellen Effizienzvorgaben sogar innerhalb einer RegPer abgebaut werden. Die zweite RegPer umfasst fünf Jahre (Gas 2013 – 2017, Strom 2014 – 2018). Der Rechtsrahmen nach Ende der zweiten RegPer ist seitens des Gesetzgebers noch nicht festgelegt. Die Anreizregulierung befindet sich derzeit in einem durch die Bundesnetzagentur (BNetzA) gesteuerten Evaluierungsprozess.

Auch im Jahr 2014 wurden Datenabfragen bei den Netzbetreibern vorgenommen. Schwerpunkt bildete dabei u. a. das gemeinsame Monitoring für Strom- und Gasnetzbetreiber durch die BNetzA und das Bundeskartellamt. Weiterhin fanden Anhörungen im Rahmen der Festlegung der Erlösobergrenze (EOG) und des Regulierungskontos statt. Der Bescheid zur Festlegung der EOG Gas für die Jahre 2013 – 2017 wurde der NSG im September 2014 zugestellt. Der EOG-Bescheid Strom für 2014 – 2018 liegt seit Dezember 2014 vor. Die hohe Effizienz des Netzbetreibers NSG zeigt sich in den weiterhin sehr guten Effizienzwerten beim Strom- und Gasnetzbetrieb.

Der Bescheid für den Antrag auf einen Erweiterungsfaktor Strom von 2013 liegt hingegen noch nicht vor. Neugestellt wurde ein Antrag "Investitionsmaßnahmen" gemäß § 23 Anreizregulierungsverordnung (ARegV) für das Umspannwerk (UW) Sandershausen. Für diesen, nun auch für Verteilnetzbetreiber einreichbaren Antrag, liegt noch keine Rückmeldung vor. Ziel ist es, bei positivem Bescheid des Antrags Investitionskosten frühzeitig über die EOG in die Netzentgelte einpreisen zu können, was zuvor nur im Rahmen eines Basisjahres alle fünf Jahre möglich war.

Zum 01.08.2014 trat das reformierte Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) 2.0 in Kraft. Die Schwerpunkte der EEG-Novelle 2014 bilden reduzierte Vergütungssätze und die Einführung von Zubaukorridoren in den Bereichen Windenergie, Photovoltaik und Biogas.

Mit der Ergänzung der Stromnetzentgeltverordnung (StromNEV) hat der Gesetzgeber den § 17 Abs. 2a StromNEV neu eingefügt, der ein "Pooling" bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen ermöglicht. Unter dem Begriff "Pooling" versteht man die zeitgleiche Abrechnung mehrerer durch ein und denselben Netznutzer genutzter Stromentnahmestellen. Dadurch können mehrere an das vorgelagerte Netz angeschlossene Entnahmestellen zum Zwecke der Berechnung des Jahresleistungsentgeltes zu einer Entnahmestelle zusammengeführt werden. Die NSG hatte sich im Vorfeld der gesetzlichen Änderung über die "Pooling"-Festlegung der Bundesnetzagentur beim OLG Düsseldorf beschwert. Das Verfahren wurde einvernehmlich mit der Bundesnetzagentur beendet. Die Anwendung der gesetzlichen Regelung erfolgt für den Netzanschluss an das Höchstspannungsnetz der TenneT.

Seit dem Jahr 2009 wurden durch die Novelle des § 21b EnWG sowie durch das Inkrafttreten der Messzugangsverordnung die rechtlichen Grundlagen für eine Liberalisierung des Messwesens im Rahmen der Energieverteilung geschaffen. Damit hat der Gesetzgeber Dritten die Möglichkeit gegeben, Einbau, Betrieb und Wartung (Messstellenbetrieb) sowie Ablesung und Messung (Messdienstleistung) für die jeweiligen Anschlussnutzer zu erbringen.

Wird kein Dritter mit dem Messstellenbetrieb oder der Messdienstleistung beauftragt, so verbleiben diese Aufgaben weiterhin bei dem Netzbetreiber. Messstellenbetreiber ist weiterhin die NSG als Netzbetreiberin.

Auch im Jahr 2014 setzte sich der Zubau von PV-Anlagen, resultierend aus dem EEG, fort. Im Berichtsjahr wurden 88 Anlagen mit einer Leistung von 1.130 kW an das Stromverteilernetz angeschlossen. Die Anschlussleistung der neuen Anmeldungen liegt im Trend zu kleineren PV-Anlagen unter 10 kWp. Die Anmeldungen verteilen sich durch das neue EEG vom 01.08.2014 nunmehr auf das ganze Jahr, Stichtagsanmeldungen wie in den Vorjahren gibt es nicht mehr. Durch die nun monatlichen degressiven Vergütungssätze hat sich die Abwicklung, Implementierung und Abrechnung sowie die Bilanzierung erheblich geändert.

Eine Novellierung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWK-G) im Juli 2012 hatte zur Folge, dass eine Zunahme im Berichtsjahr in Höhe von 18 Anlagen mit einer Leistung von 181 kW erfolgte. Dies spiegelt den Ausbautrend von KWK-G-Anlagen der dezentralen Energieversorgung wider.

Der Wettbewerb um Konzessionen in der Region ist aufgrund der weitgehend abgeschlossenen und entschiedenen Ausschreibungsverfahren in die Phase der Netzübernahmeverhandlungen getreten. Die STW ist als Partner an dem neugegründeten kommunalen Unternehmen Fulda-Eder Energie GmbH & Co. KG (FEE) beteiligt. Weitere Beteiligungen der STW sind die Gemeindewerk Kaufungen GmbH & Co. KG und die Stadtwerke Großalmerode GmbH & Co. KG, an denen auch die jeweilige Gemeinde beteiligt ist. Die NSG selbst war an der 2014 gegründeten Niestetal Netz GmbH (NNG) mit vorläufig 100 % beteiligt. Im Zuge der Einbringung des zunächst im Eigentum der NSG befindlichen Gasversorgungsnetzes von Niestetal Ortsteil Sandershausen von der NSG in die NNG als Sacheinlage wurde das Stammkapital der NNG von 25 Tsd. EUR um 965 Tsd. EUR auf 990 Tsd. EUR erhöht. Die Netzübernahmeverhandlungen werden mit der EnergieNetz Mitte GmbH (ENM, Netztochterunternehmen der EAM GmbH & Co. KG), dem Nachfolgeunternehmen der E.ON Mitte AG, geführt. Ziel der Verhandlungen ist der Netzkauf durch Beteiligungsgesellschaften der STW. Die Netze der Gemeinden Großalmerode, Kaufungen und Niestetal sollen dann von der NSG gepachtet werden.

Am Standort "Eisenacher Straße" wird derzeit ein neues Verwaltungsgebäude gebaut. Ein Investor lässt auf dem von der NSG im Wege des Erbbaurechts überlassenen Grundstück ein modernes Verwaltungsgebäude errichten. Das Gebäude wird sodann von der NSG langfristig geleast, verbunden mit einem Ankaufsrecht gegenüber dem Investor nach 25 Jahren.

Am 14.10.2013 wurde von der BNetzA ein Aufsichtsverfahren wegen "Verdachts des Verstoßes gegen § 7a Abs. 6 EnWG" (Markenauftritt) gegen die NSG eröffnet. Hierzu verfasste die NSG eine Stellungnahme und reichte diese fristgemäß ein. Die NSG vertrat die Auffassung, dass weder die Markenpolitik noch das Kommunikationsverhalten gegen § 7a Abs. 6 EnWG verstoßen haben. Aus diesem Grund wurde beantragt, das eingeleitete Aufsichtsverfahren gegen die NSG einzustellen. Im Laufe des Jahres 2014 erzielte die NSG eine Einigung mit der BNetzA. Daraus resultierende Anpassungsbedarfe im Markenauftritt der NSG (u. a. Logo) wurden größtenteils im Geschäftsjahr 2014 umgesetzt.

### Analyse des Geschäftsverlaufes

Die NSG erzielte im Berichtsjahr bei Gesamterträgen in Höhe von 134,0 Mio. EUR (Vorjahr 123,6 Mio. EUR) und Gesamtaufwendungen in Höhe von 122,4 Mio. EUR (Vorjahr 113,3 Mio. EUR) ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 11,5 Mio. EUR und lag damit 1,3 Mio. EUR über dem Vorjahresniveau.

Das Jahresergebnis wurde auf Basis des Teilbeherrschungs – und Ergebnisabführungsvertrages an die STW abgeführt. Die Eigenkapitalrentabilität lag bei 6,9 % (Vorjahr 6,1 %).

Im Februar 2015 wurde durch die Ausgabe eines weiteren Geschäftsanteils der NNG, den die Gemeinde Niestetal übernommen hat, das Stammkapital der NNG um weitere 10 Tsd. EUR auf 1.000 Tsd. EUR erhöht, sodass die NSG mit 99,0 % und die Gemeinde Niestetal mit 1,0 % beteiligt sind. Weitergehend ist der Gemeinde bzw. einer von dieser gehaltenen Beteiligungsgesellschaft nach Ablauf von fünf Jahren ein Vorkaufsrecht auf den Erwerb von bis zu 74,9 % der Anteile eingeräumt.

### Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Die NSG wird in den kommenden Jahren weiter in die Optimierung ihrer technischen Anlagen investieren, um mit einer modernen Infrastruktur den sich verändernden Anforderungen Rechnung zu tragen. Im Mittelpunkt werden dabei weiterhin die Umrüstung des Hochspannungsstromverteilernetzes auf 110-kV im Rahmen des Netzkonzeptes "Strom" sowie die Optimierung der Anschlusssituation mit dem Übertragungsnetzbetreiber TenneT TSO GmbH (TenneT) stehen.

Analog zum Netzkonzept Strom wurden in den Sparten Gas und Wasser ebenfalls Gewinnungs- und Netzkonzepte erstellt, die kontinuierlich fortgeschrieben werden. Das Wassergewinnungs- und netzkonzept sowie das Netzkonzept Gas haben das Optimierungsziel, unter wirtschaftlichen Bedingungen durch gezielte Investitionen die Versorgung der Kasseler Haushalte langfristig und nachhaltig zu sichern. Die NSG wird auch zukünftig ihre Aufgaben als Netzbetreiber effizient und rechtssicher erfüllen können. Die bereits heute erfolgreiche Vermarktung technischer Dienstleistungen wird zukünftig weiter ausgebaut. Dies bildet die erforderliche Basis, um im Wettbewerb mit anderen Dienstleistern am Markt erfolgreich agieren zu können. Hierauf aufbauend wird die regionale Ausweitung des Geschäftsfeldes "Netzdienstleistungen" angestrebt. Zudem wird der Ausbau anderer Geschäftsfelder, wie die Breitbanderschließung über das bereits beschlossene Maß hinaus, geprüft. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die technisch-organisatorischen Strukturen bilden eine gute Basis, um zukünftigen Herausforderungen erfolgreich begegnen zu können. Trotz schwieriger regulatorischer Rahmenbedingungen wird für das Jahr 2015 und in den Folgejahren davon ausgegangen, dass die angestrebten Ergebnisse erzielt werden können. Zukünftig sich bietende Effizienzpotenziale und Marktchancen werden genutzt werden, um ihre positive wirtschaftliche Entwicklung fortzusetzen.

Für das Geschäftsjahr 2015 rechnet die NSG mit einem Ergebnis leicht unter dem Jahresergebnis 2014, das durch den Einmaleffekt "NNG" beeinflusst war.

#### Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integres Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

### Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

## Städtische Werke Intelligent messen GmbH Kassel (KVV)

Sitz: Kassel

<u>Handelsregister:</u> Amtsgericht Kassel, HRB 15262

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Der Messstellenbetrieb und der Betrieb, der Erwerb und die Veräußerung von

Messdienstleistungen sowie aller damit zusammenhängender und verwandter

Dienstleistungen.

Eigentümer: Städtische Werke Netz + Service GmbH 100 %

Kapitalangaben: Grundkapital 25.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> Strecker, Berger & Partner GbR

Geschäftsführung (oder Vorstand):

**Gunther Gaedtke** 

Prokurist: Carlo Longobardi

### Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	-	-
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	-4	-3
Bilanzsumme	TEUR	43	44
Investitionen	TEUR	-	-
Fremd-Darlehen	TEUR	-	-
Personal	Anzahl	-	-
Eigenkapitalquote	%	58,0	57,3
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-4	-3
Gesamtverschuldung	%	42,0	42,7
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	_	_

## Lagebericht

Das am 09.09.2008 in Kraft getretene "Gesetz zur Öffnung des Messwesens bei Strom und Gas für Wettbewerb" sorgte vor allem mit der Änderung des § 21b Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) für eine vollständige Öffnung des Messwesens. Der Anschlussnehmer kann seitdem selbst festlegen, ob Betrieb und Messung durch Dritte (Messstellenbetreiber) vorgenommen werden sollen. Den gesetzlichen Rahmen hierfür bildet die Messzugangsverordnung (MessZV) vom 23.10.2008.

Neben der Liberalisierung des Messstellenbetriebes und der Messung stellen weitere gesetzliche Regelungen neue Herausforderungen dar. Im novellierten EnWG hat der Gesetzgeber weitere verpflichtende Einbaufälle für die neu definierten Messsysteme festgelegt. Neben der Verpflichtung zum Einbau bei größeren Renovierungen – gemäß Richtlinie 2010/31/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19.05.2010 über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden – müssen insbesondere Letztverbraucher mit einem Jahresenergieverbrauch von über 6.000 kWh bei Marktverfügbarkeit mit derartigen Systemen ausgerüstet werden. Der Gesetzgeber sieht weiteren Regelungsbedarf und plant, den gesamten Markt durch Rechtsverordnungen detailliert zu regeln (§ 21i EnWG).

Auch im Jahr 2014 blieb der Ordnungsrahmen offen. Deshalb ist kein Markt für Messdienstleistungen in Deutschland erkennbar. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) hat in einem Eckpunktepapier nunmehr einen Start der Einführung des Messwesens für das Jahr 2017 angekündigt.

## Analyse des Geschäftsverlaufes

Die IMG erzielte im Geschäftsjahr 2014 Erträge in Höhe von 1,2 Tsd. EUR (Vorjahr 0,9 Tsd. EUR). Die Betriebsaufwendungen bewegten sich im gleichen Zeitraum mit 3,7 Tsd. EUR unter Vorjahresniveau (Vorjahr 5,0 Tsd. EUR). Das Finanzergebnis der IMG betrug im Berichtsjahr 0,1 Tsd. EUR (Vorjahr 0,0 Tsd. EUR).

Die Bilanzsumme der IMG lag zum 31.12.2014 bei 43,6 Tsd. EUR (Vorjahr 43,1 Tsd. EUR).

Die Aktivseite der Bilanz bestand wie im Vorjahr ausschließlich aus dem Umlaufvermögen. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um einen Kassenkredit an die KVV.

Auf der Passivseite der Bilanz wurde für das Eigenkapital analog des Vorjahres ein Betrag von 25,0 Tsd. EUR ausgewiesen. Die Eigenkapitalquote betrug 57,3 % und lag somit knapp unter Vorjahresniveau (Vorjahr 58,0 %).

Die Rückstellungen verringerten sich auf 6,0 Tsd. EUR (Vorjahr 7,5 Tsd. EUR).

Die Verbindlichkeiten betrugen zum Geschäftsjahresende 12,6 Tsd. EUR (Vorjahr 10,6 Tsd. EUR). Dies ist ausschließlich mit höheren Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen begründet.

Das Jahresergebnis in Höhe von -2,5 Tsd. EUR (Vorjahr -4,2 Tsd. EUR) liegt unter dem Plan von -10,0 Tsd. EUR. Das Jahresergebnis wurde auf Basis eines Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrages von der NSG ausgeglichen.

### Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Das Ziel der IMG ist es, flexibel, herstellerunabhängig und kostengünstig Systeme und Verfahren zu entwickeln, die untereinander kompatibel und ausbaufähig sind. Der bereits eingeführte elektronische Haushaltszähler wird Bestandteil der Produktstrategie sein. Dieser kann nach Anforderung des Kunden oder des Energielieferanten durch Zusatzkomponenten in seiner Funktionalität erheblich erweitert werden.

Ein weiteres Tätigkeitsgebiet wird die Entwicklung von messtechnischen Alleinstellungsmerkmalen für den lokalen Markt sein.

## Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integres Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

## Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

## Biogas Homberg GmbH & Co. KG (KVV)

Sitz: Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRB 16735

Rechtsform: GmbH & Co. KG

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Biogasanlage. Die Gesellschaft darf alle mit dem Geschäftszweck im

Zusammenhang stehenden Geschäfte betreiben. Die Gesellschaft darf andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art übernehmen, vertreten und sich an solchen Unternehmen beteiligen, auch unter Übernahme der persönlichen

Haftung. Sie darf auch Zweigniederlassungen errichten.

<u>Eigentümer:</u> Städtische Werke AG, Kassel 50 %

Weitere Anteile (50,0 %):

Kreisbauernverband Schwalm-Eder e. V. Maschinenring Schwalm-Eder e. V.

MGS Mandat Steuerberatungsgesellschaft mbH

Maschinenring Schwalm-Eder GmbH

Landwirtschaftliche Unternehmer der Region

Kapitalangaben: Grundkapital (Kommanditisten) 1.628.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 11. Juni 2008

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> MGS Mandat Steuerberatungsgesellschaft mbH, Homberg/Efze

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Ralf Desel Hans Niessen

## Kennzahlen

		2013 IST	2014 IST
Umsatzerlöse	TEUR	2.853	2.878
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	87	95
Bilanzsumme	TEUR	8.108	7.681
Investitionen	TEUR	100	92
Fremd-Darlehen	TEUR	5.835	5.340
Personal	Anzahl	3	3
Eigenkapitalquote	%	14,7	16,6
Cash flow (nur AFA)	TEUR	648	659
Gesamtverschuldung	%	85,3	83,4
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 €Umsatzerlösen	€	-	_

# Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

## **Biogas Homberg Verwaltungs GmbH Kassel (KVV)**

Sitz: Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRB 14595

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Die Verwaltung und Geschäftsführung der Biogas Homberg GmbH & Co. KG

sowie die Beteiligung an solchen Unternehmen unter Übernahme der

unbeschränkten Haftung.

Eigentümer: Städtische Werke AG, Kassel 50 %

MGS Mandat Steuerberatungsgesellschaft mbH, Homberg Efze 25 %

Maschinenring Schwalm-Eder GmbH, Wabern 25 %

<u>Kapitalangaben:</u> Grundkapital 25.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> Strecker, Berger & Partner GbR

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Ralf Desel Hans Niessen

### Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	-	-
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	1	1
Bilanzsumme	TEUR	54	57
Investitionen	TEUR	-	-
Fremd-Darlehen	TEUR	-	-
Personal	Anzahl	1	2
Eigenkapitalquote	%	57,8	55,5
Cash flow (nur AFA)	TEUR	1	1
Gesamtverschuldung	%	42,2	44,5
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-	-

## Lagebericht

Der primäre Geschäftszweck der BHV ist die Verwaltung und Geschäftsführung der BGH. Gesellschafter der BHV sind die Städtische Werke AG (STW), Kassel, mit 50 % stimmberechtigtem Haftungskapital sowie die MGS Mandat Steuerberatungsgesellschaft mbH (MGS), Homberg (Efze), und die Maschinenring Schwalm-Eder GmbH (MR GmbH), Wabern, mit jeweils 25 % stimmberechtigtem Haftungskapital.

Kommanditisten der BGH sind mit jeweils 50 % Gesellschaftskapital die STW sowie die Gemeinschaft des Berufsstandes der Landwirtschaft, die durch MGS, MR GmbH, Maschinenring Schwalm-Eder e. V., Regionalbauernverband Kurhessen e.V. sowie 30 Landwirte vertreten wird. Das Geschäftsziel der BGH orientiert sich an den Aktivitäten ihrer Gesellschafter. Die Haupttätigkeiten liegen in der Erzeugung von Biogas auf der Basis von nachwachsenden Rohstoffen, der Aufbereitung des erzeugten Biogases auf Erdgasqualität und in der Einspeisung des Biomethans in das öffentliche Gasnetz.

Die Biogasanlage am Standort Homberg (Efze) speist jährlich etwa 31 – 32 GWh Biomethan in das Gasnetz der EnergieNetz Mitte GmbH ein. Das Biomethan wird bilanziert, an anderen geeigneten Standorten aus dem Erdgasnetz entnommen und dort in umweltfreundlichen Blockheizkraftwerken (BHKW) zu Strom und Wärme umgewandelt.

Die BGH erzielt Umsatzerlöse, die sich aus den Erlösen aus Biomethanverkauf und Stromeinspeisung zusammensetzen. Dabei werden die Erlöse aus dem Biomethanverkauf auf der Grundlage des Biomethanliefervertrags mit der STW abgerechnet. Die Erlöse aus dem Stromverkauf ergeben sich aus den Leistungen des BHKW und der Vergütung gemäß Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG).

Der Betrieb der Biogaserzeugungsanlage, der Gasaufbereitungsanlage und des Blockheizkraftwerks verlief im Jahr 2014 planmäßig. Die Anlagen konnten die für das Geschäftsjahr erwarteten Erzeugungsleistungen erfüllen. Der Anlagenbetrieb der Gasaufbereitungsanlage wurde durch die Umsetzung technischer und biologischer Maßnahmen stabilisiert.

## Analyse des Geschäftsverlaufes

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben beschäftigt die BHV zwei Geschäftsführer. Sämtliche Aufwendungen für die Verwaltungs- und Geschäftsführungstätigkeit werden der BHV gemäß Gesellschaftervertrag von der BGH vergütet.

Die BHV erwirtschaftete im Berichtsjahr Betriebserträge in Höhe von ca. 82,6 Tsd. EUR (Vorjahr 83,4 Tsd. EUR). Diese umfassten im Wesentlichen Erstattungen der BGH an die BHV für die Geschäftsführungstätigkeit.

Die Betriebsaufwendungen betrugen im gleichen Zeitraum 81,3 Tsd. EUR (Vorjahr 82,3 Tsd. EUR). Darin waren hauptsächlich Personalaufwendungen sowie sonstige Lieferungen und Leistungen enthalten, die sich überwiegend aus Aufwendungen für geschäftsführende Tätigkeiten und Verwaltungsdienstleistungen zusammensetzten.

Das Finanzergebnis betrug 0,1 Tsd. EUR (Vorjahr 0,2 Tsd. EUR).

Die BHV schloss das Geschäftsjahr 2014 mit einem Jahresergebnis von 0,5 Tsd. EUR (Vorjahr 0,9 Tsd. EUR) ab.

Die Bilanzsumme der BHV lag am Ende des Berichtsjahres bei 57,4 Tsd. EUR (Vorjahr 54,1 Tsd. EUR). Das Vermögen bestand dabei vorwiegend aus Forderungen in Höhe von 56,7 Tsd. EUR (Vorjahr 53,9 Tsd. EUR). Anlagevermögen war zum Berichtsjahresende nicht vorhanden.

## Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Aufgrund der Beschränkung der Geschäftstätigkeit der BHV auf die Komplementärsfunktion für die BGH und der vertraglich vereinbarten Aufwandserstattung kann von einer Fortschreibung der bisherigen Ergebnisse ausgegangen werden. Durch die langfristige Zusammenarbeit mit den Landwirten der Region als Substratlieferanten einerseits und der Kooperation mit der STW als Energieversorgungsunternehmen andererseits ist die Bestandssicherung gewährleistet.

### Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integres Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

## Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

## Schwälmer Biogas Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH Kassel (KVV)

Sitz: Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRB 14772

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Der Eintritt der Gesellschaft als Komplementärin in Kommanditgesellschaften,

deren Gegenstand die Projektierung, die Errichtung sowie der Betrieb von Biogasanlagen sowie sonstiger Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energie ist.

<u>Eigentümer:</u> Städtische Werke AG, Kassel 50 %

Abicon Verwaltungs - und Beteiligungsgesellschaft mbH, Gilserberg 50 %

<u>Kapitalangaben:</u> Grundkapital 25.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 17. Dezember 2008

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> Strecker, Berger & Partner GbR

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Hans Nießen Max Ulrich Carsten Schäfer

#### Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	-	-
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	7	7
Bilanzsumme	TEUR	113	100
Investitionen	TEUR	_	-
Fremd-Darlehen	TEUR	_	-
Personal	Anzahl	-	-
Eigenkapitalquote	%	49,1	67,1
Cash flow (nur AFA)	TEUR	_	-
Gesamtverschuldung	%	50,9	32,9
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	_	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-	_

### Lagebericht

Gesellschafter der SBV sind die Städtische Werke AG (STW), Kassel und die Abicon Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH (Abicon), Gilserberg-Moischeid mit jeweils 50 % Gesellschaftskapital.

### Schwälmer Biogas GmbH & Co. KG

Kerngeschäft der SBG ist der Betrieb einer Biogasanlage am Standort Willingshausen-Ransbach. Die SBG ist ein Gemeinschaftsunternehmen folgender Kommanditisten:

- STW mit 40 % stimmberechtigtem Haftungskapital
- Abicon mit 10 % stimmberechtigtem Haftungskapital
- Landwirte aus der Region mit insgesamt 50 % stimmberechtigtem Haftungskapital.

Die paritätische Verteilung des stimmberechtigten Haftungskapitals wurde mit dem Ziel der gleichberechtigten Wahrung der jeweiligen Interessen der Gesellschafter gewählt. Die Haupttätigkeiten liegen in der Erzeugung von Rohbiogas auf der Basis von nachwachsenden Rohstoffen, der Erzeugung von Strom und Wärme, der Aufbereitung des erzeugten Rohbiogases auf Erdgasqualität und in der Einspeisung des aufbereiteten Biogases in das öffentliche Gasnetz.

Die Anlage benötigt für die Verwertung in erster Linie Maissilage und Wirtschaftsdünger. Der Mais wird im Umkreis der Biogasanlage angebaut. Grundlage der Geschäftsbeziehungen zu den jeweiligen Landwirten sind Substratlieferverträge mit der SBG. Die Laufzeiten der Substratlieferverträge betragen zwischen sechs und zehn Jahren. Die liefernden Landwirte sind in der Regel auch Gesellschafter der SBG.

Die Biogaserzeugungs- und die Gasaufbereitungsanlage wurde im Berichtsjahr im planmäßigen Regelbetrieb geführt. Einzelne Betriebsabläufe werden weiter verbessert und optimiert.

Die Biogaseinspeiseanlage am Standort Willingshausen-Ransbach hat im abgelaufenen Geschäftsjahr über die Gasaufbereitungsanlage 32,6 GWh Biomethan erzeugt und in das Gasnetz und 5,0 GWh Strom gemäß Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in das Stromnetz der EnergieNetz Mitte GmbH eingespeist. Damit wurden sowohl die Erwartungen der Gas- als auch der Stromeinspeisung erfüllt und der Vorjahreswert übertroffen. Das Biomethan wird bilanziert, an anderen geeigneten Standorten aus dem Erdgasnetz entnommen und dort in umweltfreundlichen BHKWs zu Strom und Wärme umgewandelt.

### Kellerwald Biogas GmbH & Co. KG

Kerngeschäft der KWB ist der Betrieb einer Biogasanlage am Standort Borken-Kerstenhausen und eines Satelliten-Blockheizkraftwerks (BHKW) in Bad Zwesten. Die KWB ist ein Gemeinschaftsunternehmen folgender Kommanditisten:

- STW mit 29 % stimmberechtigtem Haftungskapital
- Abicon mit 7 % stimmberechtigtem Haftungskapital
- Landwirte aus der Region mit insgesamt 64 % stimmberechtigtem Haftungskapital.

Die Haupttätigkeiten der KWB liegen in der Erzeugung von Rohbiogas auf der Basis von nachwachsenden Rohstoffen und Wirtschaftsdünger und der Erzeugung von Strom und Wärme. Der Substratbezug ist durch Lieferverträge mit den beteiligten Landwirten sichergestellt.

Ein kleiner Teil des erzeugten Biogases wird am Anlagenstandort in einem BHKW mit einer Leistung von 100 kW<sub>el</sub> verstromt und in das Stromnetz der Energie Waldeck-Frankenberg GmbH (EWF) eingespeist. Der größere Teil der Biogasmenge wird über eine etwa 2,3 km lange Biogasleitung zu einem Klinikstandort in Bad Zwesten transportiert. Dort wird in einem BHKW (400 kW<sub>el</sub>) Strom erzeugt und in das Stromnetz der EWF eingespeist.

Mit der dabei entstehenden Wärme werden über eine Nahwärmeleitung zwei große Klinikgebäude versorgt. Die Geschäftsbeziehung ist über einen 15-jährigen Liefervertrag mit der STW abgesichert.

Die Finanzierung wurde bislang durch einen mehrfach verlängerten und bis zum 30.09.2014 befristeten Kassenkreditvertrag mit der Muttergesellschaft der STW, der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH (KVV) sichergestellt. Dieser wurde mit Wirkung zum 01.10.2014 durch ein langlaufendes Bankdarlehen abgelöst. Daneben besteht noch ein Gesellschafterdarlehen mit der STW.

Die Biogasanlage wurde im Berichtsjahr im planmäßigen Regelbetrieb geführt. Einzelne Betriebsabläufe werden weiter verbessert und optimiert.

Die Biogasanlage am Standort Borken-Kerstenhausen hat im abgelaufenen Geschäftsjahr Biogas erzeugt, mit dem mittels der beiden BHKW's etwa 4,1 GWh EEG-Strom in das Stromnetz der EWF eingespeist wurden. Über den Wärmevertrag konnten 2,6 GWh an die STW abgesetzt werden. Während die Erwartungen in Bezug auf die Stromeinspeisung realisiert werden konnten, lag der Wärmeabsatz unter der Zielsetzung für 2014.

### Analyse des Geschäftsverlaufes

Die Aufwendungen für die Verwaltungs- und Geschäftsführungstätigkeit werden seitens der SBV entsprechend den gesellschaftsvertraglichen Regelungen der SBG und der KWB in Rechnung gestellt. Die Gesellschafter stellen je einen Geschäftsführer, mit Wirkung zum 31.05.2014 hat die SBV einen dritten Geschäftsführer angestellt.

Die SBV erwirtschaftete im Berichtsjahr Betriebserträge in Höhe von 64,0 Tsd. EUR (Vorjahr 64,8 Tsd. EUR). Diese umfassten im Wesentlichen Erstattungen der SBG und der KWB an die SBV für die Geschäftsführungstätigkeit.

Die Betriebsaufwendungen betrugen im gleichen Zeitraum 58,0 Tsd. EUR (Vorjahr 57,4 Tsd. EUR). Erstmals waren darin Personalkosten in Höhe von 4,1 Tsd. EUR für den neu angestellten Geschäftsführer enthalten. Darüber hinaus entstanden überwiegend Aufwendungen für geschäftsführende Tätigkeiten und Verwaltungsdienstleistungen.

Die SBV schloss das Geschäftsjahr 2014 mit einem Jahresergebnis von 11,9 Tsd. EUR (Vorjahr 5,2 Tsd. EUR) ab. Die Abweichung gegenüber dem Vorjahr resultiert dabei im Wesentlichen aus einer Steuerrückerstattung für die Jahre 2010 bis 2012 in Höhe von 5,5 Tsd. EUR.

Das Jahresergebnis unterliegt aufgrund des Kostenerstattungsprinzips geringen Einflüssen, die sich im Wesentlichen aus der Höhe der Steuerzahlungen ergeben. Es lag im Berichtsjahr aufgrund der Steuerrückzahlungen über dem Vorjahresergebnis von 5,2 Tsd. EUR und dem Planergebnis von 3,2 Tsd. EUR.

Nach Ende des Geschäftsjahres sind keine besonderen Vorgänge angefallen.

### Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Aufgrund der Beschränkung der Geschäftstätigkeit der SBV auf die Komplementärsfunktion für die SBG und die KWB und der vertraglich vereinbarten Aufwandserstattungen kann von einer Fortschreibung der bisherigen Ergebnisse ausgegangen werden.

Kassel documenta Stadt

Durch die langfristige Zusammenarbeit mit den Landwirten der Region als Substratlieferanten einerseits und der Kooperation mit der STW als Energieversorgungsunternehmen andererseits ist die Bestandssicherung gewährleistet.

## Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integres Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

## Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

## Schwälmer Biogas GmbH & Co. KG (KVV)

Sitz: Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRB 16781

Rechtsform: Kommanditgesellschaft

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Der Betrieb einer Biogasanlage in Willingshausen und sonstiger Anlagen zur

Nutzung erneuerbarer Energien sowie die Vornahme sämtlicher damit

zusammenhängender Nebengeschäfte.

Eigentümer: Städtische Werke AG, Kassel 40 %

Abicon-Audit Bioenergy Construct & Consult GmbH, Gilserberg 10 %

Landwirte aus der Region 50 %

<u>Kapitalangaben:</u> Stammkapital 1.869.600 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 17. Dezember 2008

Wirtschaftsprüfer: Strecker, Berger & Partner GbR

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Carsten Schäfer Klaus Schäfer

Aufsichtsrat (oder Beirat):

Helwig Happel, Landwirt Hans Walter Knoch, Landwirt Philipp Rudolph, Dipl.-Agrar-Ing.

## Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	3.517	3.564
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	261	228
Bilanzsumme	TEUR	9.562	9.530
Investitionen	TEUR	401	-
Fremd-Darlehen	TEUR	6.942	6.326
Personal	Anzahl	2	3
Eigenkapitalquote	%	17,0	17,7
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-	-
Gesamtverschuldung	%	83,0	82,3
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	_	_

# Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

## Kellerwald Biogas GmbH & Co. KG Borken-Kerstenhausen (KVV)

Sitz: Borken-Kerstenhausen

<u>Handelsregister:</u> Amtsgericht Fritzlar, HRA 16236

Rechtsform: Kommanditgesellschaft

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Der Betrieb einer Biogasanlage in Kerstenhausen und sonstiger Anlagen zur

Nutzung erneuerbarer Energien sowie die Vornahme sämtlicher damit

zusammenhängender Nebengeschäfte.

Eigentümer: Städtische Werke AG, Kassel 29,4 %

ABICON Verwaltungs - und Beteiligungsgesellschaft mbH, Gilserberg -

Moischeid 7 %

Landwirte aus der Region 63,6 %

<u>Kapitalangaben:</u> Festkapital 641.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 18. Juli 2011

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> Strecker, Berger & Partner GbR

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Klaus Schäfer Max Ulrich

### Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	985	985
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	-139	-222
Bilanzsumme	TEUR	4583	4132
Investitionen	TEUR	678	21
Fremd-Darlehen	TEUR	-	-
Personal	Anzahl	-	-
Eigenkapitalquote	%	4,9	0,03
Cash flow (nur AFA)	TEUR		
Gesamtverschuldung	%	95,1	99,97
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR		
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€		

### Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

## Karbener Biogas Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH (KVV)

Sitz: Karben

Handelsregister: Amtsgericht Frankfurt am Main, HRB 92247

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Gegenstand des Unternehmens ist der Eintritt der Gesellschaft als

Komplementärin in Kommanditgesellschaften, deren Gegenstand die Projektierung, die Errichtung und der Betrieb von Biogasanlagen sowie

sonstiger Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien ist.

Eigentümer: Städtische Werke AG, Kassel 33,3 %

Stadtwerke Karben, Karben 33,3 %

Abicon Verwaltungs - und Beteiligungsgesellschaft mbH 33,3 %

<u>Kapitalangaben:</u> Stammkapital 30.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 15. Juli 2011

Wirtschaftsprüfer: Strecker, Berger & Partner GbR

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Ralf Döpp

Jörg Weinhausen

#### Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	-	-
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	9	8
Bilanzsumme	TEUR	118	115
Investitionen	TEUR	-	-
Fremd-Darlehen	TEUR	-	-
Personal	Anzahl	-	-
Eigenkapitalquote	%	34,5	41,1
Cash flow (nur AFA)	TEUR	9	8
Gesamtverschuldung	%	65,8	58,9
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	_	_

## Lagebericht

Der primäre Geschäftszweck der KBV ist die Verwaltung und Geschäftsführung der KBG. Gesellschafter der KBV sind die Städtische Werke AG (STW), Kassel, die Karbener Energie GmbH (KEG), Karben und die ABICON Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Gilserberg (ABICON) mit jeweils 1/3 des stimmberechtigten Haftungskapitals.

Bis zum 14.12.2014 stellte jeder der drei Gesellschafter einen Geschäftsführer, nach Abberufung des von der ABICON gestellten Geschäftsführers gibt es noch zwei Geschäftsführer.

Hauptgesellschafter der KBG sind mit 35,9 % Stammkapitalanteil die STW und mit 26,5 % die KEG. Jeweils weitere 9,0 % werden von Herrn Philipp von Leonhardi, Karben und Roth Agrarhandel GmbH, Kirchhain gehalten, die anderen im Wesentlichen landwirtschaftlichen Gesellschafter halten Kapitalanteile mit weniger als 5 %. Das Geschäftsziel der KBV orientiert sich an den Aktivitäten ihrer Gesellschafter. Die Haupttätigkeiten liegen in der Erzeugung von Biogas auf der Basis von nachwachsenden Rohstoffen, der Aufbereitung des erzeugten Biogases auf Erdgasqualität und in der Einspeisung des aufbereiteten Biogases (Biomethan) in das öffentliche Gasnetz.

Die Biogasanlage am Standort Karben speist im Regelbetrieb jährlich 32 – 33 GWh Biogas in Erdgasqualität (Biomethan) in das Gasnetz der NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH, Frankfurt am Main, ein. Das Biomethan wird bilanziert eingespeist, an anderen geeigneten Standorten aus dem Erdgasnetz entnommen und dort in umweltfreundlichen Blockheizkraftwerken (BHKW) zu Strom und Wärme gewandelt. Zusätzlich wird vor Ort Strom in einem BHKW (800 kW) erzeugt und in das Stromnetz der ovag Netz AG, Friedberg, eingespeist.

Die KBG erzielt Umsatzerlöse, die sich aus Biomethan- und Erlösen aus Stromeinspeisung zusammensetzen. Dabei werden die Erlöse aus dem Biomethanverkauf auf der Grundlage eines langlaufenden Biomethanliefervertrags mit der STW abgerechnet. Die Erlöse aus dem Stromverkauf ergeben sich aus den Leistungen des BHKW und der Vergütung gemäß Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG).

Im 1. Halbjahr 2014 konnte die Anlage aufgrund technischer Probleme nicht planmäßig betrieben werden – die Ursachen sind inzwischen behoben worden. Eine wirtschaftliche Einschränkung ergab sich auch dadurch, dass die Anlage aus genehmigungsrechtlichen Gründen in der 2. Jahreshälfte über mehrere Wochen hinweg nicht unter Volllast betrieben werden durfte.

Die Gasaufbereitungsanlage speiste im Geschäftsjahr 2014 31,1 GWh Biomethan ein und erzielte einen Umsatz von 2,4 Mio. EUR. Damit wurde der Erwartungswert um 6 % unterschritten. Das BHKW speiste 5,7 GWH Strom ein, der Zielumsatz wurde mit 1,0 Mio. EUR um 11 % verfehlt.

Die KBV war im Berichtsjahr weiterhin mit der Geschäftsführung betraut und ging damit ihrem Geschäftszweck nach.

## Analyse des Geschäftsverlaufes

Sämtliche Aufwendungen für die Verwaltungs- und Geschäftsführungstätigkeit werden der KBV gemäß Gesellschaftervertrag von der KBG vergütet.

Die KBV erwirtschaftete im Berichtsjahr Betriebserträge in Höhe von 81,2 Tsd. EUR (Vorjahr 79,9 Tsd. EUR). Diese umfassten im Wesentlichen Erstattungen der KBG an die KBV für die Geschäftsführungstätigkeit.

Die Betriebsaufwendungen betrugen im gleichen Zeitraum 72,2 Tsd. EUR (Vorjahr 70,9 Tsd. EUR). Darin waren im Wesentlichen sonstige Lieferungen und Leistungen enthalten, die sich überwiegend aus Aufwendungen für geschäftsführende Tätigkeiten und Verwaltungsdienstleistungen zusammensetzten.

Die KBV schloss das Geschäftsjahr 2014 mit einem Jahresergebnis von 6,7 Tsd. EUR (Vorjahr 6,5 Tsd. EUR) ab.

Das Jahresergebnis unterliegt aufgrund des Kostenerstattungsprinzips geringen Einflüssen, die sich im Wesentlichen aus der Höhe der Steuerzahlungen ergeben. Es lag im Berichtsjahr leicht über dem Vorjahresergebnis von 6,5 Tsd. EUR und dem Planergebnis von 6,0 Tsd. EUR.

Anfang des Jahres 2015 wurden durch Anlagenschäden verursachte Gewässerverunreinigungen festgestellt, an der Ermittlung der genauen Ursachen wird gearbeitet. Inwieweit die Insolvenz des Marktpartners MT Energie GmbH Auswirkungen auf die KBG haben wird, wird derzeit geprüft. Wegen Verzögerungen bei der Abarbeitung der Änderungsgenehmigung ist der KBG ein Schaden entstanden, der gegenüber der KBV geltend gemacht werden könnte.

Es steht ein wirtschaftlich für die KBG nicht tragbarer mehrjähriger Körnermais-Liefervertrag im Raum, dessen Wirksamkeit zwischen dem Landwirt und der KBG noch strittig ist.

Für die KBV ergeben sich daraus zunächst keine unmittelbaren Auswirkungen, die über das Haftungsrisiko hinausgehen.

### Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Die Neuausrichtung der Betriebsorganisation vor dem Hintergrund der sich aus den behördlichen Genehmigungsauflagen zu erwartenden zusätzlichen Erfordernisse werden im Geschäftsjahr 2015 große Herausforderungen für die KBG darstellen. Ebenso bedarf es einer Prüfung des Optimierungsbedarfes im Hinblick auf die bestehende Kapitalausstattung.

Verwaltungs- und Geschäftsführungstätigkeiten für die KBG werden auch in den nächsten Jahren die zentralen Aufgaben der KBV darstellen. Für das Geschäftsjahr 2015 wird daher ein Ergebnis auf dem Niveau der Vorjahre erwartet.

## Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integres Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

## Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

## KBG Karbener Biogas GmbH & Co. KG (KVV)

Sitz: Gilserberg

Handelsregister: Amtsgericht Marburg, HRA 4544

Rechtsform: Kommanditgesellschaft

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Gegenstand des Unternehmens ist die Projektierung, die Planung und der

Betrieb einer Biogasanlage in Karben und sonstiger Anlagen zur Nutzung

erneuerbarer Energien sowie die Vornahme sämtlicher damit

zusammenhängender Nebengeschäfte.

Eigentümer: Städtische Werke AG, Kassel 35,9 %

Karbener Energie GmbH, Karben 26,5 % Philipp von Leonhardi, Karben 9 % Roth Agrarhandel GmbH, Kirchhain 9 % Kommanditisten mit Anteil < 5 % 19,6 %

<u>Kapitalangaben:</u> Festkapital 2.226.415 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 28. Oktober 2010 in Verbindung mit Änderung

vom 2. Dezember 2011

Wirtschaftsprüfer: Strecker, Berger & Partner GbR

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Ralf Döpp

Ekkehart Bönig (ab 29.01.2014)

Jörg Weinhausen

## Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	3.172	3.442
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	103	-384
Bilanzsumme	TEUR	13.730	13.329
Investitionen	TEUR	861	52,1
Fremd-Darlehen	TEUR	8.670	8.824
Personal	Anzahl	1	1
Eigenkapitalquote	%	10,7	8,1
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-	-
Gesamtverschuldung	%	89,3	91,9
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-	-

# Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

## Biogas Müritz Verw.- u. Beteiligungs-GmbH (KVV)

Sitz: Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRB 16025

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Die Verwaltung und Geschäftsführung der Biogas Müritz GmbH & Co. KG sowie

die Beteiligung an solchen Unternehmen unter Übernahme der unbeschränkten

Haftung.

Eigentümer: Städtische Werke AG, Kassel 50 %

Stadtwerke Bad Nauheim GmbH, Bad Nauheim 50 %

<u>Kapitalangaben:</u> Grundkapital 25.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 8. Februar 2013

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> Strecker, Berger & Partner GbR

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Dr. Berndt Hartmann, Zotzenheim

Diplom-Ingenieur Hans Nießen, Niedenstein

#### Kennzahlen

		2013 IST	2014 IST
Umsatzerlöse	TEUR	-	-
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	-1	7,5
Bilanzsumme	TEUR	28	127,5
Investitionen	TEUR	-	-
Fremd-Darlehen	TEUR	-	-
Personal	Anzahl	_	-
Eigenkapitalquote	%	88,1	24,1
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-0,4	-3,5
Gesamtverschuldung	%	11,9	75,9
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	_	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-	-

### Lagebericht

Der primäre Geschäftszweck der BGMV ist die Verwaltung und Geschäftsführung der BGM. Gesellschafter der BGMV sind die Städtische Werke AG (STW) sowie die Stadtwerke Bad Nauheim GmbH (SWBN) mit je 50 % stimmberechtigtem Haftungskapital.

Kommanditisten der BGM sind mit einem Anteil von 62,5 % die STW sowie die SWBN mit 37,5 %. Das Kerngeschäft der BGM stellt der Betrieb einer Biogasanlage am Standort Leizen dar. Die

Haupttätigkeiten liegen in der Erzeugung von Biogas auf der Basis von nachwachsenden Rohstoffen, der Aufbereitung des erzeugten Biogases auf Erdgasqualität und der Einspeisung des Biomethans in das öffentliche Gasnetz.

Die Biogasanlage am Standort Leizen speist jährlich etwa 31 – 32 GWh Biomethan in das Gasnetz der Ontras Gastransport GmbH sowie ca. 7,2 Mio. kWh Strom in das Leitungsnetz der E.ON edis AG ein. Das Biomethan wird bilanziert, an anderen geeigneten Standorten aus dem Erdgasnetz entnommen und dort in umweltfreundlichen Blockheizkraftwerken (BHKW) zu Strom und Wärme umgewandelt.

Die BGM erzielt Umsatzerlöse, die sich aus den Erlösen aus Biomethanverkauf und Stromeinspeisung zusammensetzen. Dabei werden die Erlöse aus dem Biomethanverkauf auf der Grundlage des Biomethanliefervertrags mit der STW abgerechnet. Die Erlöse aus dem Stromverkauf ergeben sich aus den Leistungen des BHKW und der Vergütung gemäß Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG).

Die BGM hat mit Kaufvertrag vom 11.12.2013 Grundstücke, Biogaserzeugungs – und Biogasaufbereitungsanlage inkl. Zubehör, Substrate und Verbrauchsstoffe von der STW erworben. Die Finanzierung wurde bislang durch eine mehrfach verlängerte und bis zum 31.05.2015 befristete Stundungsvereinbarung mit der STW sichergestellt.

## Analyse des Geschäftsverlaufes

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben beschäftigt die BGMV zwei Geschäftsführer. Sämtliche Aufwendungen für die Verwaltungs- und Geschäftsführungstätigkeit werden der BGMV gemäß Gesellschaftervertrag von der BGM vergütet.

Die BGMV erwirtschaftete im Berichtsjahr Betriebserträge in Höhe von ca. 80,4 Tsd. EUR (Vorjahr 3,1 Tsd. EUR). Diese umfassten im Wesentlichen Erstattungen der BGM an die BGMV für die Geschäftsführungstätigkeit.

Die Betriebsaufwendungen betrugen im gleichen Zeitraum 72,9 Tsd. EUR (Vorjahr 3,5 Tsd. EUR). Darin waren hauptsächlich sonstige Lieferungen und Leistungen enthalten, die sich überwiegend aus Aufwendungen für geschäftsführende Tätigkeiten und Verwaltungsdienstleistungen zusammensetzten.

Die BGMV schloss das Geschäftsjahr 2014 mit einem Jahresergebnis von 6,2 Tsd. EUR (Vorjahr -0,4 Tsd. EUR) ab.

Die Bilanzsumme der BGMV lag am Ende des Berichtsjahres bei 127,5 Tsd. EUR (Vorjahr 27,9 Tsd. EUR). Das Vermögen bestand dabei vorwiegend aus Forderungen in Höhe von 95,7 Tsd. EUR (Vorjahr 3,9 Tsd. EUR) und Bankguthaben von 20,5 Tsd. EUR (Vorjahr 24,0 Tsd. EUR). Anlagevermögen war zum Berichtsjahresende nicht vorhanden.

Mit einem Eigenkapital von 30,7 Tsd. EUR (Vorjahr 24,6 Tsd. EUR) ergab sich eine Eigenkapitalquote von 24,1 % (Vorjahr 88,1 %). Die Rückstellungen lagen bei 8,7 Tsd. EUR (Vorjahr 1,2 Tsd. EUR). Die Verbindlichkeiten in Höhe von 88,1 Tsd. EUR (Vorjahr 2,1 Tsd. EUR) bestanden im Wesentlichen aus Verbindlichkeiten gegenüber der STW sowie Steuerverbindlichkeiten und sonstigen Verbindlichkeiten.

Der Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit der BGMV betrug im Berichtsjahr -3,5 Tsd. EUR. Dies führte zum Ende der Berichtsperiode zu einem Finanzmittelfonds von 20,5 Tsd. EUR.

## Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Aufgrund der Beschränkung der Geschäftstätigkeit der BGMV auf die Komplementärsfunktion für die BGM und der vertraglich vereinbarten Aufwandserstattung kann von einer Fortschreibung des Ergebnisses für 2015 ausgegangen werden. Durch die langfristige Zusammenarbeit mit den Landwirten der Region als Substratlieferanten einerseits und der Kooperation mit der STW als Energieversorgungsunternehmen andererseits ist die Bestandssicherung gewährleistet. Die bestehende Zusammenarbeit mit den Landwirten und Dienstleistern aus der Region wird kontinuierlich und nachhaltig entwickelt.

### Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integres Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

## Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

## Biogas Müritz GmbH & Co. KG (KVV)

Sitz: Kassel

<u>Handelsregister:</u> Amtsgericht Kassel, HRA 17346

Rechtsform: Kommanditgesellschaft

Eigentümer: Städtische Werke AG, Kassel 62,5 %

Stadtwerke Bad Nauheim GmbH, Bad Nauheim 37,5 %

<u>Kapitalangaben:</u> Festkapital 3.420.000 €

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Dr. Berndt Hartmann, Zotzenheim

Diplom-Ingenieur Hans Nießen, Niedenstein

### Kennzahlen

		2013	2014 IST
		IST	
Umsatzerlöse	TEUR	-	4.446
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	-5,2	63,8
Bilanzsumme	TEUR	17.881	14.587
Investitionen	TEUR	11.993	88
Fremd-Darlehen	TEUR	-	-
Personal	Anzahl		
Eigenkapitalquote	%	19,1	23,8
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-	-
Gesamtverschuldung	%	80,9	76,2
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	_	-

## Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

## Windenergie Kassel Verwaltungs-GmbH (KVV)

Sitz: Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRB 16191

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende,

geschäftsführende Gesellschafterin sowie die Übernahme der Geschäftsführung an Windparkgesellschaften, an denen die Windenergie Kassel Verwaltungs-GmbH gesellschaftsrechtlich beteiligt ist. Die Gesellschaft darf im Rahmen der kommunalrechtlichen Vorgaben alle Geschäfte und Handlungen vornehmen, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

<u>Eigentümer:</u> Städtische Werke AG, Kassel 100 %

Kapitalangaben: Grundkapital 25.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 5. September 2013

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> Strecker, Berger & Partner GbR

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Markus Jungermann, Kassel Lars Rotzsche-Walther, Kassel

#### Kennzahlen

		2013 IST	2014 IST
Umsatzerlöse	TEUR	-	-
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	0,6	4,1
Bilanzsumme	TEUR	29	36
Investitionen	TEUR	-	-
Fremd-Darlehen	TEUR	-	-
Personal	Anzahl	-	2
Eigenkapitalquote	%	89,7	79,1
Cash flow (nur AFA)	TEUR	1,0	3,1
Gesamtverschuldung	%	10,3	20,9
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	_	_

### Lagebericht

Die WKV wurde am 05.09.2013 als 100-prozentige Tochter der STW gegründet. Ihr primärer Geschäftszweck liegt in der Übernahme von Geschäftsführungstätigkeiten von Windparkgesellschaften. Für diese Gesellschaften fungiert die WKV zudem als persönlich haftende Gesellschafterin.

Seit September 2013 betreut die WKV die Windpark Söhrewald/Niestetal GmbH & Co. KG (WSN). Die WSN betreibt sieben Windenergieanlagen (WEAs), die an den Standorten Söhrewald (fünf WEAs) und Niestetal (zwei WEAs) errichtet wurden. Die Projektierung und Errichtung des Windparks erfolgte durch die STW, welche die Anlagen im März 2014 an die WSN übertrug. Zusätzlich zu den WEAs wurde eine Photovoltaik-Freiflächenanlage (PVA) auf dem Sandershäuser Berg (Nähe Niestetal) übertragen, welche im Jahr 2012 durch die STW erbaut und in Betrieb genommen worden war.

Darüber hinaus werden die beiden von der STW gegründeten Windparkgesellschaften Windpark Rohrberg GmbH & Co. KG (WPR) und Windpark Stiftswald GmbH & Co. KG (WPS) seit dem 01.08.2014 durch die Komplementärgestellung der WKV betreut. Beide Gesellschaften haben, abgesehen von Gründungskosten, noch keinen operativen Betrieb mit entsprechenden Aufwendungen und Erlösen. Es ist beabsichtigt, dass die durch die STW entwickelten Standorte Rohrberg und Stiftswald bis zur Mitte des Jahres 2015 an die jeweiligen Gesellschaften übertragen werden.

### Analyse des Geschäftsverlaufes

Die WKV erwirtschaftete im Berichtsjahr Betriebserträge in Höhe von 22,0 Tsd. EUR (Vorjahr 3,6 Tsd. EUR). Dabei handelte es sich im Wesentlichen um die Erstattungen für die Geschäftsführung der WSN, WPR und WPS.

Die Betriebsaufwendungen betrugen im gleichen Zeitraum 17,9 Tsd. EUR (Vorjahr 3,0 Tsd. EUR). Davon entfielen 7,2 Tsd. EUR (Vorjahr 0,0 Tsd. EUR) auf Personalkosten für die Geschäftsführer. Darüber hinaus waren hauptsächlich Aufwendungen für Prüfung und Beratung, Werbung sowie Verwaltungsdienstleistungen der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH (KVV) enthalten.

Die WKV schloss das Geschäftsjahr mit einem Jahresergebnis von 3,2 Tsd. EUR (Vorjahr 0,5 Tsd. EUR) ab.

#### Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Der Umfang der Geschäftsführungs- und Verwaltungstätigkeiten wird im Jahr 2015 mit dem Bau und Betrieb des Windparks Rohrberg und nachgelagert für den Windpark Stiftswald zunehmen. Aufgrund des Kostenerstattungsprinzips wird dies allerdings keinen wesentlichen Einfluss auf das Ergebnis haben, sodass von einem konstanten Verlauf ausgegangen werden kann.

## Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integres Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

### Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

## Windpark Söhrewald/Niestetal GmbH & Co. KG (KVV)

Sitz: Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRA 17311

Rechtsform: Kommanditgesellschaft

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Gegenstand der Gesellschaft ist die Planung, der Erwerb, die Errichtung und der

Betrieb und die Verpachtung von regenerativen Energieerzeugungsanlagen, insbesondere Windkraftanlagen sowie der Bau von dafür benötigten Umspannwerken und die damit verbundene Vermarktung der erzeugten

Energien.

Eigentümer: Städtische Werke AG, Kassel 100 %

<u>Kapitalangaben:</u> Grundkapital 750.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 5. September 2013

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> Strecker, Berger & Partner GbR

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Markus Jungermann, Kassel Lars Rotzsche-Walther, Kassel

### Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	-	3.379
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	-114	-149
Bilanzsumme	TEUR	11.600	37.948
Investitionen	TEUR	-	35.303
Fremd-Darlehen	TEUR	-	25.838
Personal	Anzahl	-	-
Eigenkapitalquote	%	99,0	31,0
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-114	1.330
Gesamtverschuldung	%	1,0	69,0
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-	-

### Lagebericht

Die WSN wurde am 05.09.2013 als 100-prozentige Tochtergesellschaft der Städtische Werke AG (STW) gegründet. Ihr wesentlicher Geschäftszweck ist der Betrieb eines Windparks mit sieben Windenergieanlagen (WEAs), die an den Standorten Söhrewald (fünf WEAs) und Niestetal (zwei WEAs) errichtet wurden, sowie einer Photovoltaik-Freiflächenanlage (PVA) in Niestetal. Die Projektierung und Errichtung des Windparks sowie der PVA erfolgte durch die STW.

Am 18.12.2014 wurden mit Wirkung zum 30.12.2014 drei Bürgerenergiegenossenschaften, drei Stadtwerke und ein Gemeindewerk neue Anteilseigner der WSN. Zum Stichtag 31.12.2014 stellt sich die Gesellschafterstruktur wie folgt dar:

•	Städtische Werke AG	47,73 %
•	Bürger Energie Kassel & Söhre eG	16,67 %
•	Gemeinde Lohfelden	11,47 %
•	Stadtwerke Eschwege GmbH	8,27 %
•	Stadtwerke Witzenhausen GmbH	8,27 %
•	Stadtwerke Bad Sooden-Allendorf	3,33 %
•	DEiN eG	2,53 %
•	EnergieGenossenschaft KaufungerWald eG	1,73 %

Gemäß der strategischen Zielsetzung ist der Windpark damit zu einem großen Anteil in Bürgerhand. Weitere Anteilsübertragungen von der STW auf weitere Gesellschafter sind für 2015 geplant.

Mit der Verwaltung und Geschäftsführung der WSN wurde die Windenergie Kassel Verwaltungs-GmbH (WKV) beauftragt, welche am 05.09.2013 als 100-prozentige Tochter der STW gegründet wurde.

Die Errichtung der Anlagen mit einer Nabenhöhe von 140 m und einer Nennleistung von je 3 MW konnte im Dezember 2013 und Januar 2014 abgeschlossen werden. Anfang Februar 2014 ist die letzte der sieben WEA in Betrieb genommen worden. Die Übertragung der Anlagen von der STW an die WSN erfolgte mit Wirkung zum 01.03.2014. Zusätzlich zu den WEAs wurde ebenfalls mit Wirkung zum 01.03.2014 die PVA auf die WSN übertragen.

Nach Projektübertragung übernahm die WSN den technischen und kaufmännischen Betrieb der Erzeugungsanlagen. Das erste anteilige Geschäftsjahr der WSN mit operativem Betrieb war durch Anfangsverluste geprägt. Als wesentliche Gründe hierfür sind insbesondere das anteilige Windjahr durch die Übertragung der Erzeugungsanlagen (Wind und PV) zum 01.03.2014 sowie die einmaligen Kosten der Fremdfinanzierung (Bereitstellungsprovision und Strukturierungsentgelt) anzuführen.

Sowohl im Januar als auch Juli 2014 kam es zu Schäden an jeweils einer Windenergieanlage durch Blitzeinschlag, sodass die beschädigten Rotorblätter ausgetauscht werden mussten. Der erste Schaden vom 03.01.2014 fiel in den Zeitraum vor Abnahme der Windenergieanlagen von dem Hersteller, sodass der Austausch des defekten Rotorblattes komplett und der Ertragsausfall pauschal von dem Hersteller abgegolten wurde. Der zweite Schaden durch einen Blitzeinschlag am 21.07.2014 sowie der damit verbundene Ertragsausfall sind bis auf den Selbstbehalt durch eine Versicherung abgedeckt.

Technisch konnten im Jahr 2014 die Voraussetzungen für die Fernsteuerbarkeit der Windenergieanlagen gem. Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) 2014 erfüllt werden, was zu einer leichten Erhöhung der erzielbaren Erlöse aus der Direktvermarktung geführt hat. Zudem werden damit auch die langfristig notwendigen Voraussetzungen für die Erzielung der Mehrerlöse durch die Direktvermarktung nach EEG 2014 geschaffen.

Als einmalige Sondereffekte sind im Rahmen der Projektübertragung von der STW auf die WSN Aufwendungen aus dem Betrieb der WEA vor dem 01.03.2014 zu berücksichtigen. Die WSN wurde von der STW bei Projektübertragung so gestellt, als hätte diese die WEA von Beginn an betrieben. Die erwirtschafteten Erlöse minderten den Übertragungswert entsprechend und führen über die Laufzeit zu geringeren Kapitalkosten. Im Gegenzug waren die auf diesen Zeitraum entfallenden, aber später in Rechnung gestellten Kosten durch die WSN zu tragen.

Die erzeugte Strommenge des anteilig operativen Geschäftsjahres der WSN liegt für die 10 Monate Betrieb im Jahr 2014 leicht unter dem Planwert. Werden die durch den Blitzschaden nicht erzeugten Mengen ebenfalls berücksichtigt, überträfe die eingespeiste Menge den Planwert leicht. Durch die Kompensation der Ertragsausfälle und die Mehrerlöse im Rahmen der Direktvermarktung stellt sich die WSN insgesamt auf der Erlösseite gegenüber den Planansätzen spürbar besser dar.

### Analyse des Geschäftsverlaufes

Die WSN erwirtschaftete im Berichtsjahr Betriebserträge in Höhe von 3.797,3 Tsd. EUR (Vorjahr 5,1 Tsd. EUR). Dabei handelte es sich im Wesentlichen um die Einspeisevergütungen für den erzeugten Strom sowie eine Schadenserstattung in Höhe von 418,0 Tsd. EUR. Darüber hinaus waren Trassennutzungsentgelte von 20,6 Tsd. EUR (Vorjahr 5,1 Tsd. EUR) enthalten, die bei dem Betrieb der Anlagen in Januar und Februar 2014 im Namen der STW als Erlöse bei der WSN angefallen sind.

Die Betriebsaufwendungen betrugen im Berichtszeitraum 3.164,8 Tsd. EUR (Vorjahr 16,9 Tsd. EUR). Davon entfielen 1.483,5 Tsd. EUR (Vorjahr 0,0 Tsd. EUR) auf Abschreibungen auf Sachanlagen und 102,9 Tsd. EUR (Vorjahr 0,0 Tsd. EUR) auf Materialaufwendungen. Darüber hinaus entstanden sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von 1.578,3 Tsd. EUR (Vorjahr 16,9 Tsd. EUR). Diese setzten sich im Wesentlichen aus Aufwendungen für Mieten und Pachten, Wartung, Reparatur, Netznutzung sowie für Verwaltungsdienstleistungen der WKV und der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH (KVV) zusammen.

Die WSN schloss das Geschäftsjahr mit einem Jahresergebnis von -153,1 Tsd. EUR (Vorjahr - 114,4 Tsd. EUR) ab.

Da die Übertragung des Anlagevermögens sowie des Betriebs der Anlagen zum 01.03.2014 erfolgte, ist ein Vergleich der Ertrags- sowie der Vermögens- und Finanzlage zum Vorjahr nur bedingt möglich. Die Veränderungen der Bilanz- und Ergebnispositionen sind durch die Entwicklungen des Berichtsjahres wesentlich beeinflusst.

### Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Auf Basis der Winderträge im Jahr 2014, welche nahezu den Planansätzen entsprachen, ist auch für das Geschäftsjahr 2015 eine gute Ertragslage zu erwarten. Das Planergebnis für 2015 liegt bei 330 Tsd. EUR. Der wesentliche Einflussfaktor für die Ergebnisentwicklung besteht dabei in der Höhe der Winderträge.

### Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende

Verhaltenskodex für ein integres Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

## Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

# Windpark Rohrberg GmbH & Co. KG (KVV)

Sitz: Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRA 17386

Rechtsform: Kommanditgesellschaft

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Gegenstand der Gesellschaft ist die Planung, der Erwerb, die Errichtung, der

Betrieb und die Verpachtung von regenerativen Energieerzeugungsanlagen, insbesondere Windkraftanlagen sowie der Bau von dafür benötigten Umspannwerken und die damit verbundene Vermarktung der erzeugten

Energien.

<u>Eigentümer:</u> Städtische Werke AG, Kassel 100 %

Kapitalangaben: Grundkapital 1.000.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 1. August 2014

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> Strecker, Berger & Partner GbR

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Markus Jungermann, Kassel Lars Rotzsche-Walther, Kassel

#### Kennzahlen

		2014
		IST
Umsatzerlöse	TEUR	-
Ergebnis der gewöhnlichen		
Geschäftstätigkeit	TEUR	-12,6
Bilanzsumme	TEUR	992,8
Investitionen	TEUR	-
Fremd-Darlehen	TEUR	-
Personal	Anzahl	-
Eigenkapitalquote	%	99,4
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-12,6
Gesamtverschuldung	%	0,6
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-

## Lagebericht

Die WPR wurde am 01.08.2014 als 100-prozentige Tochtergesellschaft der Städtische Werke AG (STW) gegründet. Ihr wesentlicher Geschäftszweck ist der Betrieb eines Windparks mit fünf WEAs am Standort Rohrberg. Die Projektierung des Windparks erfolgt durch die STW. Es ist beabsichtigt, das Projekt nach Vorliegen der Baureife (Genehmigung nach Bundes-Immissionsschutzgesetz) im Laufe des zweiten Quartals 2015 von der STW vollständig auf die WPR zu übertragen.

Die Anteile an der WPR, welche sich bislang vollständig im Eigentum der STW befinden, sollen zu maximal 74,9 % vorwiegend an Bürgerenergiegenossenschaften (BEGs) abgetreten werden. Auf diese Weise wird insbesondere den Anwohnern in der näheren Umgebung des Windparks die Möglichkeit geboten, an den Erträgen aus dem Betrieb der WEAs zu partizipieren.

Mit der Verwaltung und Geschäftsführung der WPR wurde die Windenergie Kassel Verwaltungs-GmbH (WKV) beauftragt, welche am 05.09.2013 als 100-prozentige Tochter der STW gegründet wurde.

Im Rumpfgeschäftsjahr ist die WPR neben Gründungsaktivitäten keinem operativen Betrieb oder investiven Handlungen nachgegangen. Ausnahmen sind hier die dingliche Sicherung von Grundstücksrechten im Rahmen der Zuwegung und Windparkplanung. Diese erfolgen bereits im Namen der WPR, um nach Projektübertragung zeitnah mit der Errichtung der WEAs beginnen zu können und frühzeitig die wesentlichen Auszahlungsvoraussetzungen für die Projektfinanzierung umzusetzen.

Darüber hinaus wurden seitens der Geschäftsführung erste Gespräche mit Banken zur Projektfinanzierung geführt. Der Entscheidungsprozess wurde mit der Mandatierung am 05.03.2015 abgeschlossen.

# Analyse des Geschäftsverlaufes

Die WPR erwirtschaftete im Berichtsjahr keine Betriebserträge.

Die Betriebsaufwendungen betrugen im gleichen Zeitraum 13,1 Tsd. EUR. Diese setzen sich im Wesentlichen aus Aufwendungen für die Gesellschaftsgründung, für Prüfung und Beratung sowie für Verwaltungsdienstleistungen der WKV und der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH (KVV) zusammen.

Die WPR schloss das Geschäftsjahr mit einem Jahresergebnis von -12,6 Tsd. EUR ab.

Das Jahresergebnis 2014 war geprägt von den Aufwendungen für die Gründung der Gesellschaft.

Am 12.02.2015 wurde die Bundes-Immissionsschutzgesetz-Genehmigung (BImSchG-Genehmigung) für das Windprojekt erteilt. Damit sind aus genehmigungsrechtlicher Sicht die wesentlichen Voraussetzungen für die Umsetzung des Windparks geschaffen.

Darüber hinaus sind nach Ende des Geschäftsjahres keine besonderen Vorgänge angefallen.

### Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Das Geschäftsjahr 2015 wird geprägt sein durch die Projektierung und Errichtung der Anlagen. Da die Inbetriebnahme für den Jahreswechsel 2015/2016 geplant ist, sind keine relevanten Erlöse für 2015 zu erwarten. Das Ergebnis wird im Wesentlichen von dem weiteren Projektverlauf der Windparkerrichtung abhängen.

### Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integres Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

## Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

## Windpark Stiftswald GmbH & Co. KG (KVV)

Sitz: Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRA 17390

Rechtsform: Kommanditgesellschaft

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Gegenstand der Gesellschaft ist die Planung, der Erwerb, die Errichtung, der

 $Be trieb\ und\ die\ Verpachtung\ von\ regenerativen\ Energieerzeugungsanlagen,$ 

insbesondere Windkraftanlagen sowie der Bau von dafür benötigten Umspannwerken und die damit verbundene Vermarktung der erzeugten

Energien.

Eigentümer: Städtische Werke AG, Kassel 100 %

<u>Kapitalangaben:</u> Grundkapital 1.000.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 1. August 2014

Wirtschaftsprüfer: Strecker, Berger & Partner GbR

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Markus Jungermann, Kassel Lars Rotzsche-Walther, Kassel

## Kennzahlen

	2014		
		IST	
Umsatzerlöse	TEUR	-	
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	-13,2	
Bilanzsumme	TEUR	993	
Investitionen	TEUR	-	
Fremd-Darlehen	TEUR	_	
Personal	Anzahl	-	
Eigenkapitalquote	%	99,4	
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-13,2	
Gesamtverschuldung	%	0,6	
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-	_

### Lagebericht

Die WPS wurde am 01.08.2014 als 100-prozentige Tochtergesellschaft der Städtische Werke AG (STW) gegründet. Ihr wesentlicher Geschäftszweck ist der Betrieb eines Windparks mit acht Windenergieanlagen (WEAs) am Standort Stiftswald. Die Projektierung des Windparks erfolgt durch die STW. Es ist beabsichtigt, das Projekt nach Vorliegen der Baureife (Genehmigung nach Bundesimmissionsschutzgesetz) im Sommer des Jahres 2015 von der STW vollständig auf die WPS zu übertragen.

Die Anteile an der WPS, welche sich bislang vollständig im Eigentum der STW befinden, sollen zu maximal 74,9 % vorwiegend an Bürgerenergiegenossenschaften (BEGs) abgetreten werden. Auf diese Weise wird insbesondere den Anwohnern in der näheren Umgebung des Windparks die Möglichkeit geboten, an den Erträgen aus dem Betrieb der WEAs zu partizipieren.

Mit der Verwaltung und Geschäftsführung der WPS wurde die Windenergie Kassel Verwaltungs-GmbH (WKV) beauftragt, welche am 05.09.2013 als 100-prozentige Tochter der STW gegründet wurde.

Im Rumpfgeschäftsjahr ist die WPS neben Gründungsaktivitäten keinem operativen Betrieb oder investiven Handlungen nachgegangen. Ausnahmen sind hier die dingliche Sicherung von Grundstücksrechten im Rahmen der Zuwegung und Windparkplanung. Diese erfolgt bereits im Namen der WPS, um nach Projektübertragung zeitnah mit der Errichtung der WEAs beginnen zu können und frühzeitig die wesentlichen Auszahlungsvoraussetzungen für die Projektfinanzierung umzusetzen.

Darüber hinaus wurden seitens der Geschäftsführung erste Gespräche mit Banken zur Projektfinanzierung geführt. Der Entscheidungsprozess wurde mit der Mandatierung am 10.03.2015 abgeschlossen.

### Analyse des Geschäftsverlaufes

Die WPS erwirtschaftete im Berichtsjahr keine Betriebserträge.

Die Betriebsaufwendungen betrugen im gleichen Zeitraum 13,8 Tsd. EUR. Diese setzen sich im Wesentlichen aus Aufwendungen für die Gesellschaftsgründung, für Prüfung und Beratung sowie für Verwaltungsdienstleistungen der WKV und der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH (KVV) zusammen.

Die WPS schloss das Geschäftsjahr mit einem Jahresergebnis von -13,2 Tsd. EUR ab.

Das Jahresergebnis 2014 war geprägt von den Aufwendungen für die Gründung der Gesellschaft.

Am 30.04.2015 wurde die Bundes-Immissionsschutzgesetz-Genehmigung (BImSchG-Genehmigung) für das Windprojekt erteilt. Damit sind aus genehmigungsrechtlicher Sicht die wesentlichen Voraussetzungen für die Umsetzung des Windparks geschaffen.

Allerdings ist dies nicht mehr rechtzeitig, um die notwendigen Rodungsarbeiten als Vorarbeiten der eigentlichen Baumaßnahmen im Frühjahr 2015 durchzuführen. Diese Arbeiten verzögern sich aus umweltschutzrechtlichen Gründen nun bis zum Oktober 2015. Die Inbetriebnahme der Anlagen wird derzeit für das dritte Quartal 2016 erwartet.

Darüber hinaus sind nach Ende des Geschäftsjahres keine besonderen Vorgänge angefallen.

## Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Das Geschäftsjahr 2015 wird geprägt sein durch die Projektierung und erste vorbereitende Baumaßnahmen. Da die Inbetriebnahme für das dritte Quartal 2016 geplant ist, sind keine wesentlichen Erlöse für 2015 zu erwarten. Das Ergebnis wird im Wesentlichen von dem Verlauf der Projektierungsarbeiten abhängen.

# Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integres Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

# Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

### SUN Stadtwerke Union Nordhessen GmbH & Co. KG (KVV)

Sitz: Wolfhagen

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRA 17056

Rechtsform: Kommanditgesellschaft

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung der kommunalen

Versorgungsstrukturen in Nordhessen, die Erbringung diverser

energiebezogener Dienstleistungen für kommunale

Energieversorgungsunternehmen, die Unterstützung von Re-

Kommunalisierungsprojekten und die Evaluierung, Vorbereitung und

Umsetzung von Erzeugungsprojekten auf der Basis regenerativer Energien und Kraft-Wärme-Kopplung sowie ggf. die Bewerbung um den Neuanschluss von Wegnutzungsverträgen nach § 46 EnWG, der Abschluss solcher Verträge und die Übernahme des Netzes vom bisherigen Konzessionsinhaber in das Eigentum

der Gesellschaft.

Eigentümer: Städtische Werke AG, Kassel 67 %

Stadtwerke Eschwege GmbH 11 % Stadtwerke Witzenhausen GmbH 6 % Stadtwerke Wolfhagen GmbH 6 %

KBG Kraftstrom-Bezugsgenossenschaft Homberg eG 5 %

Stadtwerke Bad Sooden-Allendorf 5 %

<u>Kapitalangaben:</u> Grundkapital 25.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 8. März 2011

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> Strecker, Berger & Partner GbR

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Martin Rühl, Wolfhagen Dr. Thorsten Ebert, Kassel

#### Kennzahlen

		2013 IST	2014 IST
Umsatzerlöse	TEUR	-	-
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	-332	-119
Bilanzsumme	TEUR	154	1.299
Investitionen	TEUR	-	-
Fremd-Darlehen	TEUR	-	-
Personal	Anzahl	2	2
Eigenkapitalquote	%	35,7	81,3
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-332	-119
Gesamtverschuldung	%	64,3	18,7
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-	-

#### Lagebericht

An der SUN sind die folgenden Anteilseigner beteiligt:

- Städtische Werke AG, Kassel
- Stadtwerke Bad Sooden-Allendorf
- Stadtwerke Eschwege GmbH
- Stadtwerke Witzenhausen GmbH
- Stadtwerke Wolfhagen GmbH
- KBG Kraftstrom-Bezugsgenossenschaft Homberg eG

Der Ausbau erneuerbarer Energien in der Region ist das gemeinsame Ziel der sechs Stadtwerke-Union-Partner aus Bad Sooden-Allendorf, Eschwege, Homberg, Kassel, Witzenhausen und Wolfhagen. Die SUN hat in Kooperation mit dem Fraunhofer Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik (IWES) gezeigt, dass der Atomausstieg und die Transformation des Systems hin zu erneuerbaren Energien wesentlich schneller möglich sind, wenn innerhalb der Region zusammengearbeitet wird. Ein zentraler Baustein ist hierbei die Projektierung und der Bau von eigenen Windparks in der Region.

Mit den in den letzten Jahren gesetzten Zielen der gemeinsamen Entwicklung von Windprojekten durch die SUN ist auch der operative Betrieb der SUN gewachsen. Im Jahr 2014 konnten zwei Konsortien für die Entwicklung der Windstandorte in Herleshausen und im Kaufunger Wald (Kreuzstein) gebildet werden.

Die Entwicklung der einzelnen Projekte erfolgt dabei im Rahmen einer Gewinn-Vorab-Regelung, wodurch allein die Konsortien mit den entsprechenden Konsorten und deren Anteil an den Konsortien die Risiken und Chancen der weiteren Entwicklungen tragen. Im Auftrag der Konsorten tritt dabei die SUN nach außen auf, steuert die Aktivitäten der Standortentwicklungen und schließt entsprechende Verträge, um eine möglichst erfolgreiche Projektierung umsetzen zu können.

Durch die Bildung der Konsortien und die damit verbundene Überführung der beiden Projekte von der Akquisephase in die Projektierungsphase bis Baureife konnte die SUN eine erfolgreiche Flächensicherung verzeichnen.

### Analyse des Geschäftsverlaufes

Die SUN erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2014 Betriebserträge in Höhe von 452,8 Tsd. EUR (Vorjahr 2,4 Tsd. EUR). Diese beinhalteten im Wesentlichen Erlöse aus der Bildung von Bestandsveränderungen für die laufenden Projekte.

Die Betriebsaufwendungen betrugen im gleichen Zeitraum 574,3 Tsd. EUR (Vorjahr 334,5 Tsd. EUR). Neben 143,2 Tsd. EUR Materialaufwendungen (Vorjahr 111,0 Tsd. EUR) und 7,9 Tsd. EUR Personalaufwendungen (Vorjahr 9,0 Tsd. EUR) beinhaltete diese Position ausschließlich sonstige betriebliche Aufwendungen. Diese umfassten Aufwandspositionen für Projektierung, Prüfung und Beratung, Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit sowie Verwaltungsdienstleistungen der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH und der SUN Stadtwerke Union Nordhessen Verwaltungs GmbH als Geschäftsführungsorgan. Der Anstieg der Kosten geht insbesondere auf die Projektierungsarbeiten für Windparks zurück.

Die SUN schloss das Geschäftsjahr 2014 mit einem Jahresergebnis von -118,8 Tsd. EUR (Vorjahr - 332,0 Tsd. EUR) ab. Das Geschäftsjahr war von der Projektierung der Windparkstandorte geprägt.

Das Ergebnis liegt sowohl über dem Vorjahreswert als auch über dem Planergebnis von -555,3 Tsd. EUR. Während die Kosten der laufenden Projektierung durch die Bildung von Bestandsveränderungen ergebnisneutral angefallen sind, bleiben die übrigen Kosten unter dem Planansatz.

Nach Ende des Geschäftsjahres sind keine besonderen Vorgänge angefallen.

## Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Mit der operativen Entwicklung des Standorts Kreuzstein und der Entwicklung weiterer Standorte bis zur Baureife (Genehmigung nach BImSchG) hat der Umfang der Geschäftsführungstätigkeit deutlich zugenommen. Die Projektierung für Kreuzstein im Namen der SUN wird voraussichtlich bis Ende 2015 oder Anfang 2016 andauern, bevor eine Übertragung in entsprechende Projektgesellschaften erfolgen wird. Mit der Realisierung der Projektübertragung noch in 2015 würde ein Ergebnis für das Jahr 2015 in Höhe von 292 Tsd. EUR erwartet.

Da die SUN in der Öffentlichkeit als ein attraktiver Partner für Standortentwicklungen in Nordhessen wahrgenommen wird, befinden sich weiterhin wirtschaftlich attraktive Flächen in der engeren Akquise. Daher ist auch in der Zukunft von einem mehrheitlich durch Windenergie geprägten operativen Geschäft auszugehen.

# Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integres Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

# Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

# SUN Stadtwerke Union Nordhessen Verwaltungs GmbH (KVV)

Sitz: Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRB 15462

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an der SUN Stadtwerke Union

Nordhessen GmbH & Co. KG mit Sitz in Wolfhagen als persönlich haftende und

geschäftsführende Gesellschafterin (Komplementärin).

Eigentümer: Städtische Werke AG, Kassel 67 %

Stadtwerke Eschwege GmbH 11 % Stadtwerke Witzenhausen GmbH 6 % Stadtwerke Wolfhagen GmbH 6 %

KBG Kraftstrom-Bezugsgenossenschaft Homberg eG 5 %

Stadtwerke Bad Sooden-Allendorf 5 %

<u>Kapitalangaben:</u> Grundkapital 25.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 8. März 2011

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> Strecker, Berger & Partner GbR

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Martin Rühl, Wolfhagen Dr. Thorsten Ebert, Kassel

#### Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	-	-
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	1	1
Bilanzsumme	TEUR	40	107
Investitionen	TEUR	-	-
Fremd-Darlehen	TEUR	-	-
Personal	Anzahl	1	1
Eigenkapitalquote	%	68,9	26,7
Cash flow (nur AFA)	TEUR	1	1
Gesamtverschuldung	%	31,1	73,3
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	_	_

### Lagebericht

Folgende Unternehmen sind an der SUNV beteiligt:

- Städtische Werke AG, Kassel
- Stadtwerke Bad Sooden-Allendorf
- Stadtwerke Eschwege GmbH
- Stadtwerke Witzenhausen GmbH
- Stadtwerke Wolfhagen GmbH
- KBG Kraftstrom-Bezugsgenossenschaft Homberg eG

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an der SUN als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin (Komplementärin). Der Gesellschaftszweck der SUN ist die Weiterentwicklung einer regionalen und erneuerbaren Energieversorgung in Nordhessen sowie die Erbringung diverser energiebezogener Dienstleistungen für kommunale Energieversorgungsunternehmen.

Mit den in den letzten Jahren gesetzten Zielen der gemeinsamen Entwicklung von Windprojekten durch die SUN ist auch der Verantwortungsbereich und Aufwand der SUNV gewachsen. Im Jahr 2014 konnten zwei Konsortien für die Entwicklung der Windstandorte in Herleshausen und im Kaufunger Wald (Kreuzstein) gebildet werden.

Die Entwicklung der einzelnen Projekte erfolgt dabei im Rahmen einer Gewinn-Vorab-Regelung, wodurch die Konsortien mit den entsprechenden Konsorten und deren Anteil an den Konsortien weitgehend die Risiken und Chancen der weiteren Entwicklungen tragen. Im Auftrag der Konsorten tritt dabei die SUN nach außen auf, steuert die Aktivitäten der Standortentwicklungen und schließt entsprechende Verträge, um eine möglichst erfolgreiche Projektierung umsetzen zu können.

#### Analyse des Geschäftsverlaufes

Die SUNV erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2014 Betriebserträge in Höhe von 166,2 Tsd. EUR (Vorjahr 130,2 Tsd. EUR). Diese beinhalteten überwiegend Erträge aus der Verwaltungs- und Geschäftsführungstätigkeit gegenüber der SUN.

Die Betriebsaufwendungen betrugen im gleichen Zeitraum 163,2 Tsd. EUR (Vorjahr 128,8 Tsd. EUR). Darin waren Personalaufwendungen in Höhe von 101,2 Tsd. EUR enthalten (Vorjahr 75,4 Tsd. EUR). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrugen 62,1 Tsd. EUR (Vorjahr 53,4 Tsd. EUR) und umfassten im Wesentlichen Aufwandspositionen für Prüfung und Beratung, Verwaltungsdienstleistungen der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH sowie für die Geschäftsführung.

Die SUNV schloss das Geschäftsjahr 2014 mit einem Jahresergebnis von 0,8 Tsd. EUR (Vorjahr 0,7 Tsd. EUR) ab.

Das Jahresergebnis unterliegt aufgrund des Kostenerstattungsprinzips geringen Einflüssen, die sich im Wesentlichen aus der Höhe der Steuerzahlungen ergeben. Es lag im Berichtsjahr leicht über dem Vorjahresergebnis und unter dem Planergebnis von 1,3 Tsd. EUR.

Nach Ende des Geschäftsjahres sind keine besonderen Vorgänge angefallen.

### Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Mit der operativen Entwicklung des Standorts Kreuzstein und weiterer Projekte bis zur Baureife (Genehmigung nach BImSchG) durch die SUN hat der Umfang der Geschäftsführungstätigkeit deutlich zugenommen. Da die SUN in der Öffentlichkeit als ein attraktiver Partner für Standortentwicklungen in Nordhessen wahrgenommen wird, befinden sich weiterhin wirtschaftlich attraktive Flächen in der engeren Akquise. Daher ist auch in der Zukunft von einem mehrheitlich durch Windenergie geprägten operativen Geschäft für die SUN auszugehen.

Die vertraglichen Regelungen zwischen SUN und SUNV beinhalten eine Kostenübernahme der Geschäftsführungsaufwendungen der SUNV durch die SUN sowie die Zahlung eines Entgeltes für die Bereitstellung des Haftkapitals. Das wirtschaftliche Ergebnis der SUNV unterliegt daher keinen wesentlichen Schwankungen und keinen besonderen wirtschaftlichen Risiken. Es kann daher für das Jahr 2015 mit einem Ergebnis auf dem Niveau der Vorjahre gerechnet werden.

### Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integres Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

### Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

#### Stadtwerke Großalmerode GmbH & Co. KG (KVV)

Sitz: Großalmerode

Handelsregister: Amtsgericht Eschwege, HRB 2824

Rechtsform: Kommanditgesellschaft

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Gegenstand der Gesellschaft ist die Versorgung der Bevölkerung, der

öffentlichen Einrichtungen, der Industrie und des Gewerbes im Stadtgebiet Großalmerode mit leistungsgebundener Energie einschließlich der Errichtung, Unterhaltung und des Betriebes aller erforderlichen Versorgungsanlagen

(Netzbetrieb).

Eigentümer: Stadt Großalmerode 51 %

Städtische Werke AG, Kassel 49 %

<u>Beteiligungen:</u> Stadtwerke Großalmerode Verwaltungs GmbH 100 %

<u>Kapitalangaben:</u> Grundkapital 25.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag

Wirtschaftsprüfer: Strecker, Berger & Partner GbR

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Günter Raabe, Großalmerode Roland Heibert, Fuldabrück

Aufsichtsrat (oder Beirat):

Für die Stadt Großalmerode

Bürgermeister Andreas Nickel (Vorsitzender)

Magnus Alt Volker Pforr

Für die Städtische Werke AG

Andreas Helbig Dr. Mark Eppe Eike Weldner

#### Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	-	-
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	2	-16
Bilanzsumme	TEUR	209	207
Investitionen	TEUR	-	-
Fremd-Darlehen	TEUR	-	-
Personal	Anzahl	2	2
Eigenkapitalquote	%	72,4	65,5
Cash flow (nur AFA)	TEUR	2	-16
Gesamtverschuldung	%	27,6	34,5
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-	-

#### Lagebericht

Die SGG und die Stadt Großalmerode unterzeichneten am 12.08.2010 die Konzessionsverträge für die Strom- und Gasnetze in Großalmerode. Die Laufzeit der Verträge beträgt 20 Jahre und reicht vom 01.07.2011 bis zum 20.06.2031. Ziel der SGG ist der eigentumsrechtliche Erwerb der Strom- und Gasnetze in Großalmerode von dem bisherigen Netzbetreiber EnergieNetz Mitte GmbH (ENM), um diese anschließend an die Städtische Werke Netz + Service GmbH (NSG), eine Tochter des strategischen Partners und Mitgesellschafters STW, zu verpachten. Erst durch die Verpachtung der Netze kommt die SGG dem in den Gesellschaftsverträgen festgelegten Kerngeschäft nach.

Wichtiger Bestandteil des SGG-Gesamtkonzepts ist zudem der Betrieb eines Kundenzentrums in Großalmerode. Die SGG nimmt derzeit die Rolle eines Handelsvertreters für ihre Kooperationspartner Netcom Kassel Gesellschaft für Telekommunikation mbH (Netcom) und STW ein. Neben allgemeinen Informationen zu den Themen Energieversorgung und Telekommunikation erhalten die Einwohner von Großalmerode Internet- und Telekommunikationsprodukte der Netcom sowie die Strom- und Gasprodukte "Gelsterstrom" und "Gelstergas" der STW. Beide Unternehmen beteiligen sich an den Kosten des Kundenzentrums.

Die Geschäftsführung der SGG wird von der Stadtwerke Großalmerode Verwaltungs GmbH (SGGV) erbracht. Dafür erstattet die SGG gem. §22 Abs. 5 des Gesellschaftervertrags der SGGV die in diesem Zusammenhang anfallenden Kosten. Mit Wirkung zum 01.07.2011 liegt eine umsatzsteuerliche Organschaft vor, bei der die SGGV Organgesellschaft der SGG ist. Aus Vereinfachungsgründen wurde dies seit dem 01.01.2012 umgesetzt.

Die SGG beabsichtigt weiterhin die Netzübernahme in Großalmerode und sieht darin auch zukünftig den Hauptteil ihres Geschäftsvolumens. Im Jahr 2014 befand sich die SGG weiterhin in Netzverkaufsverhandlungen mit dem Altkonzessionär ENM.

### Analyse des Geschäftsverlaufes

Die SGG erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2014 Betriebserträge in Höhe von 64,1 Tsd. EUR (Vorjahr 62,3 Tsd. EUR). Diese bestehen überwiegend aus sonstigen betrieblichen Erträgen in Höhe von 61,8 Tsd. EUR (Vorjahr 62,3 Tsd. EUR). Außerdem sind in den Betriebserträgen 2,3 Tsd. EUR Umsatzerlöse aus Nebengeschäften enthalten (Vorjahr 0,0 Tsd. EUR).

Die Betriebsaufwendungen betrugen im gleichen Zeitraum 80,7 Tsd. EUR (Vorjahr 60,8 Tsd. EUR). Der Personalaufwand lag mit 17,3 Tsd. EUR über dem Vorjahresniveau (14,0 Tsd. EUR). Der Anstieg geht auf die Tarifentwicklung sowie die Stufensteigerung der vorhandenen Mitarbeiter zurück. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen von 46,8 Tsd. EUR im Vorjahr auf 63,4 Tsd. EUR. Die Steigerung basiert im Wesentlichen auf den Beratungskosten, die mit 26,8 Tsd. EUR über dem Vorjahreswert von 4,9 Tsd. EUR lagen.

Die SGG schloss das Geschäftsjahr mit einem Jahresergebnis von -16,6 Tsd. EUR (Vorjahr 1,4 Tsd. EUR) ab. Der Ergebnisrückgang gegenüber dem Vorjahr resultiert aus höheren Steuerzahlungen.

Das Jahresergebnis 2014 liegt über dem Planergebnis von -40,2 Tsd. EUR.

Nach Ende des Geschäftsjahres sind keine besonderen Vorgänge angefallen.

# Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Im Jahr 2015 werden mit hoher Wahrscheinlichkeit alle technischen sowie kaufmännischen Vorbereitungen getroffen, um Ende 2015 den angestrebten Netzkauf durchzuführen.

Aktuell befindet sich die SGG in Verhandlungen mit der ENM über den Netzkauf. Die Finanzierung des Netzkaufs soll zu 60 % aus der Eigenkapitaleinlage der Gesellschafter der SGG und zu 40 % aus Fremdkapital erfolgen.

Die SGG wird die erworbenen Strom- und Gasversorgungsnetze an die NSG verpachten, die im Rahmen eines entsprechenden Netzpachtvertrages die Versorgungsnetze im Stadtgebiet Großalmerode im eigenen Namen und auf eigene Rechnung betreiben wird. Für das Gasnetz wird gegenwärtig als Alternative erwogen, dass die NSG eine Unterkonzession von der SGG erhält und das Netz selbst erwirbt.

Das Geschäftsjahr 2015 wird durch die weiteren Verhandlungen zwischen SGG und ENM über die Übernahme der Strom- und Gasnetze geprägt sein. Nach Netzübernahme kann die SGG operativ tätig werden. Bis die Netzübernahme erfolgt, werden negative Geschäftsergebnisse erwartet.

Das Planergebnis 2015 liegt mit -40,9 Tsd. EUR unter dem Niveau des Jahresergebnisses 2014. Bei der Planung 2015 wurde die Netzübernahme nicht berücksichtigt. In Folge dessen wird die Planung für das Jahr 2015 und Folgende nachträglich angepasst und beschlossen.

# Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integres Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

# Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

## Stadtwerke Großalmerode Verwaltungs GmbH (KVV)

Sitz: Großalmerode

Handelsregister: Amtsgericht Eschwege, HRB 2824

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Gegenstand der Gesellschaft ist die Beteiligung als persönlich haftende

Gesellschafterin sowie die Übernahme der Geschäftsführung an der Stadtwerke

Großalmerode GmbH & Co. KG mit Sitz in Großalmerode.

Eigentümer: Stadtwerke Großalmerode GmbH & Co. KG 100 %

Kapitalangaben: Grundkapital 25.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 21. Mai 2010 mit Stand vom 27. August 2010

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> Strecker, Berger & Partner GbR

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Günter Raabe, Großalmerode Roland Heibert, Fuldabrück

### Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	-	-
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	1	1
Bilanzsumme	TEUR	35	36
Investitionen	TEUR	_	-
Fremd-Darlehen	TEUR	-	-
Personal	Anzahl	1	1
Eigenkapitalquote	%	83,2	82,9
Cash flow (nur AFA)	TEUR	1	1
Gesamtverschuldung	%	16,8	17,1
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-	-

# Lagebericht

Zweck der SGGV ist gemäß Gesellschaftsvertrag die Beteiligung an der SGG als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin sowie die Übernahme deren Geschäftsführung.

Die SGG und die Stadt Großalmerode unterzeichneten am 12.08.2010 die Konzessionsverträge für die Strom- und Gasnetze in Großalmerode. Die Laufzeit der Verträge beträgt 20 Jahre und reicht vom 01.07.2011 bis zum 20.06.2031. Ziel der SGG ist der eigentumsrechtliche Erwerb der Strom- und Gasnetze in Großalmerode von dem bisherigen Netzbetreiber EnergieNetz Mitte GmbH (ENM), um diese anschließend an die Städtische Werke Netz + Service GmbH (NSG), eine Tochter des strategischen Partners und Mitgesellschafters Städtische Werke AG (STW), zu verpachten. Erst durch die Verpachtung der Netze kommt die SGG dem in den Gesellschaftsverträgen festgelegten Kerngeschäft nach. Aktuell befindet sich die SGG in Verhandlungen mit der ENM über den Netzkauf.

Mit Wirkung zum 01.07.2011 liegt eine umsatzsteuerliche Organschaft vor, bei der die SGGV Organgesellschaft der SGG ist. Aus Vereinfachungsgründen wurde dies ab dem 01.01.2012 umgesetzt.

Die SGGV war im Berichtsjahr weiterhin mit der Geschäftsführung betraut und ging damit ihrem Geschäftszweck nach.

### Analyse des Geschäftsverlaufes

Die SGGV erzielte im Geschäftsjahr 2014 Betriebserträge in Höhe von 20,9 Tsd. EUR auf Vorjahresniveau. Diese bestehen im Wesentlichen aus sonstigen betrieblichen Erträgen, die die Erstattung aller mit der geschäftsführenden Funktion bedingten Kosten gemäß Gesellschaftervertrag der SGG § 22 Abs. 5 durch die SGGV beinhalteten.

Die Betriebsaufwendungen betrugen im gleichen Zeitraum 19,6 Tsd. EUR (Vorjahr 19,6 Tsd. EUR). Darin waren sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von 7,1 Tsd. EUR (Vorjahr 7,1 Tsd. EUR) enthalten, die sich vor allem aus Personalgestellungen der Stadt Großalmerode und der STW zusammensetzten.

Die SGGV schloss das Geschäftsjahr mit einem Jahresergebnis von 0,7 Tsd. EUR (Vorjahr 1,4 Tsd. EUR) ab. Der Ergebnisrückgang gegenüber dem Vorjahr resultiert aus höheren Steuerzahlungen.

Das Jahresergebnis 2014 liegt knapp unter dem Planergebnis von 0,9 Tsd. EUR.

Nach Ende des Geschäftsjahres sind keine besonderen Vorgänge angefallen.

#### Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Das Geschäftsjahr 2015 wird weiterhin von den Verhandlungen zwischen SGG und ENM über die Übernahme der Strom- und Gasnetze geprägt sein. Nach der Netzübernahme kann die SGG operativ tätig werden und Umsatzerlöse erzielen.

Der Umfang der Geschäftsführungs- und Verwaltungstätigkeiten der SGGV wird im Jahr 2015, in Abhängigkeit der Entwicklung des operativen Geschäfts der SGG, zunehmen. Das Planergebnis 2015 liegt mit 0,4 Tsd. EUR leicht unter dem Niveau des Jahresergebnisses 2014.

# Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integres Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

# Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

# Fulda-Eder Energie GmbH & Co. KG (KVV)

Sitz: Gudensberg

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRA 16307

Rechtsform: Kommanditgesellschaft

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Leistungen im Bereich

der Energieversorgung und Telekommunikation. Hierzu gehören namentlich der Erwerb und das Betreiben von Energieversorgungsnetzen, die sichere und wirtschaftliche Versorgung der Verbraucher mit Energie sowie das Angebot von

Leistungen im Bereich der Straßenbeleuchtung.

<u>Eigentümer:</u> Städtische Werke AG 40 %

Gemeinde Edermünde 5,8 % Stadt Gudensberg 8,7 % Gemeinde Guxhagen 7,1 % Gemeinde Körle 3,7 % Gemeinde Malsfeld 4,5 % Stadt Melsungen 13,3 % Gemeinde Morschen 3,9 % Stadt Niedenstein 6,2 % Stadt Spangenberg 6,8 %

<u>Kapitalangaben:</u> Grundkapital 25.000 €

 $\underline{Satzungen/Unternehmens vertr\"{a}ge:}$ 

Gesellschaftsvertrag vom 3. September 2013

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> Strecker, Berger & Partner GbR

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Lothar Baum, Bad Wildungen Ralf Lengemann, Gudensberg

#### Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	-	29
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	-219	-138
Bilanzsumme	TEUR	274	335
Investitionen	TEUR	-	-
Fremd-Darlehen	TEUR	-	-
Personal	Anzahl	-	-
Eigenkapitalquote	%	2,4	-
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-219	-138
Gesamtverschuldung	%	97,6	-
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-	-

#### Lagebericht

Im Schwalm-Eder-Kreis gaben die Städte und Gemeinden im Jahr 2009 das Auslaufen der bisherigen Konzessionsverträge bekannt. Die Kommunen Edermünde, Gudensberg, Guxhagen, Körle, Malsfeld, Melsungen, Morschen, Niedenstein und Spangenberg entschieden sich daraufhin für die gemeinsame Rekommunalisierung der Energieversorgung durch die Gründung einer eigenständigen, kommunal dominierten Netzeigentumsgesellschaft für die Bereiche Strom und Erdgas. Bei dem anschließenden Wettbewerbsverfahren für die Auswahl eines strategischen Partners gelang es der STW, sich gegen andere Wettbewerber durchzusetzen.

Seit Januar 2014 vertreibt die FEE auf Provisionsbasis Ökostrom ("FEE-Strom") und klimaneutrales Gas ("FEE-Gas") im FEE-Gebiet im Rahmen der Zusammenarbeit mit der STW. Hinsichtlich des zweistufigen Konzessionsvergabeverfahrens haben die Gesellschafterkommunen nach der Gründung der FEE im November 2013 das Konzessionierungsverfahren neu gestartet und ihre jeweiligen Konzessionen für die Stromnetze ausgeschrieben. Die FEE hat sich zu Beginn des Jahres 2014 bei der Konzessionsvergabe in allen neun Gesellschafterkommunen beworben und Ende Juni / Anfang Juli 2014 alle Ausschreibungen gewonnen.

Seit der erfolgreichen Konzessionierung steht die FEE in Verhandlungen mit der EnergieNetz Mitte GmbH, um die Stromnetze zu erwerben. Diese sollen an die dann zu gründende Netzgesellschaft Fulda-Eder mbH (NFE) oder an die STW-Tochter, Städtische Werke Netz + Service GmbH, verpachtet werden.

Das Portfolio des neuen Energieversorgungsunternehmens soll zukünftig nicht nur die Strom- und Gasversorgung, sondern auch eine Reihe von Dienstleistungen wie Energiedienstleistungen, Straßenbeleuchtung, Telekommunikation, Wasserversorgung, Anlagenbetrieb und Energieerzeugung (insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien) umfassen. Die Geschäftsführung der FEE wird von der Fulda-Eder Energie Verwaltungs-GmbH (FEEV) gestellt, welche eine 100-prozentige Tochter der FEE ist.

### Analyse des Geschäftsverlaufes

Die FEE erwirtschaftete im Berichtsjahr 29,3 Tsd. EUR Umsatzerlöse aus sonstigen Provisionserlösen.

Die Betriebsaufwendungen sanken auf 167,1 Tsd. EUR (Vorjahr 218,5 Tsd. EUR). Diese resultieren überwiegend aus Vertriebsaufwendungen, Beratungskosten sowie Aufwendungen für geschäftsführende Tätigkeiten und Verwaltungsdienstleistungen.

Die Finanzaufwendungen resultieren aus der Inanspruchnahme eines Darlehens von der Kommanditistin STW.

Die Bilanzsumme der FEE lag am Ende des Berichtsjahres bei 335,5 Tsd. EUR (Vorjahr 274,4 Tsd. EUR). Die Aktivseite bestand zu einem Teil aus dem Umlaufvermögen mit 178,7 Tsd. EUR (Vorjahr 249,4 Tsd. EUR). Außerdem sind 25,0 Tsd. EUR (Vorjahr 25,0 Tsd. EUR) aus Finanzbeteiligungen an der FEEV dem Anlagevermögen zugeordnet.

Das Kommanditkapital der Gesellschaft beträgt 250 Tsd. EUR und wurde durch die Gesellschafter vollständig eingezahlt. Aufgrund des Erwerbs der Anteile an der Komplementärgesellschaft FEEV war ein Ausgleichsposten zu bilden, welcher zu einer anteiligen Minderung der Kapitalanteile in Höhe von 25 Tsd. EUR führte und somit das Kommanditkapital auf 225 Tsd. EUR verringerte. Zum Bilanzstichtag bestand ein nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil der Kommanditisten in Höhe von 131,8 TEUR, der auf der Aktivseite der Bilanz unter C. gesondert ausgewiesen wird. Zur Abwendung der insolvenzrechtlichen Überschuldung hat die Kommanditistin STW einen qualifizierten Rangrücktritt bis zu TEUR 250,0 erklärt.

Die Rückstellungen lagen bei 25,9 Tsd. EUR (Vorjahr 211,0 Tsd. EUR). Die Verbindlichkeiten stiegen von dem Vorjahreswert 31,9 Tsd. EUR auf 284,6 Tsd. EUR und betreffen im Wesentlichen ein von der Kommanditistin STW gewährtes Darlehen.

Die FEE schloss das Geschäftsjahr mit einem Jahresergebnis von –138,3 Tsd. EUR ab und liegt damit über dem Planergebnis von –382,0 Tsd. EUR, da mit wesentlich höheren Beratungs– und Gründungskosten geplant wurde. Die Liquidität der FEE wurde durch ein Gesellschafterdarlehen in Höhe von 242,5 Tsd. EUR gesichert.

Im Berichtsjahr lag der Fokus der FEE auf der Erweiterung des Bekanntheitsgrades. Daher wurde verstärkt auf Vertriebs- und Marketingprozesse gesetzt. Zudem war das Jahr 2014 geprägt von den Bewerbungen auf die ausgeschriebenen Konzessionen und die sich an die Vergabe anschließenden Netzkaufverhandlungen.

# Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Das Portfolio des neuen Energieversorgungsunternehmens soll zukünftig nicht nur die Strom- und Gasversorgung, sondern auch eine Reihe von Dienstleistungen wie Energiedienstleistungen, Straßenbeleuchtung, Telekommunikation, Wasserversorgung, Anlagenbetrieb und Energieerzeugung (insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien) umfassen.

# Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integres Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

# Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

### Fulda-Eder Energie Verwaltungs-GmbH (KVV)

Sitz: Gudensberg

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRB 11995

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Gegenstand des Unternehmens sind der Erwerb und die Verwaltung von

Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der

Geschäftsführung von Handelsgesellschaften, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin der Fulda-Eder Energie GmbH & Co. KG

sowie deren Geschäftsführung und Verwaltung.

Beteiligungen: Fulda-Eder Energie GmbH & Co. KG 100 %

<u>Kapitalangaben:</u> Grundkapital 25.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 19. August 2013

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> Strecker, Berger & Partner GbR

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Lothar Baum, Bad Wildungen Ralf Lengemann, Gudensberg

#### Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	-	-
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	-	3
Bilanzsumme	TEUR	30	44
Investitionen	TEUR	-	-
Fremd-Darlehen	TEUR	-	-
Personal	Anzahl	-	-
Eigenkapitalquote	%	83,1	61,0
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-	-
Gesamtverschuldung	%	16,9	39,0
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	_	_

# Lagebericht

Am 03.09.2013 wurde die FEE von neun Städten und Gemeinden im Schwalm-Eder-Kreis und der Städtische Werke Aktiengesellschaft (STW), Kassel gegründet. Die FEE übernahm zugleich die gesamten Anteile an der FEEV. Diese war zunächst als 100-prozentige Tochter der STW gegründet worden.

Die Geschäftsführung der FEEV ist damit beauftragt, die FEE zu einem vollumfassenden Energieversorger zu entwickeln. In der Anfangsphase wurden deshalb erste vertriebliche Aktivitäten gestartet. Eine weitere wesentliche Aufgabe der FEE ist es, die Energieversorgungsnetze der Gesellschafterkommunen zu betreiben. Zu diesem Zweck hat sich die FEE Anfang des Jahres 2014 um die Stromkonzessionen in allen Gesellschafterkommunen beworben und diese Ende Juni/ Anfang Juli 2014 erhalten.

#### Analyse des Geschäftsverlaufes

Die FEEV erwirtschaftete im Berichtsjahr Betriebserträge in Höhe von 22,0 Tsd. EUR (Vorjahr 5,8 Tsd. EUR). Diese ergeben sich aus der Erstattung der für die Geschäftsführungstätigkeit anfallenden Kosten durch die FEE.

Die Betriebsaufwendungen betrugen im Berichtsjahr 19,5 Tsd. EUR (Vorjahr 5,8 Tsd. EUR). Darin waren hauptsächlich sonstige Aufwendungen enthalten.

Die FEEV schloss das Geschäftsjahr mit einem Jahresergebnis von 1,8 Tsd. EUR (Vorjahr 0,0 Tsd. EUR) ab und liegt damit auf dem Planniveau von 2,0 Tsd. EUR.

Die Bilanzsumme der FEEV lag im Berichtsjahr bei 44,0 Tsd. EUR (Vorjahr 30,1 Tsd. EUR). Die Aktivseite bestand ausschließlich aus dem Umlaufvermögen, welches sich aus Forderungen gegenüber beteiligten Unternehmen und dem Bankguthaben zusammensetzte.

Mit einem Eigenkapital von 26,8 Tsd. EUR (Vorjahr 25,0 Tsd. EUR) ergab sich eine Eigenkapitalquote von 61,0 % (Vorjahr 83,1 %). Die Rückstellungen lagen bei 8,6 Tsd. EUR (Vorjahr 4,6 Tsd. EUR). Die Verbindlichkeiten stiegen von dem Vorjahreswert 0,5 Tsd. EUR auf 8,6 Tsd. EUR.

#### Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Die FEE hat sich bei den Konzessionierungsverfahren in den Gesellschafterkommunen um die Konzessionen beworben. Der künftige Geschäftsverlauf der FEE und FEEV wird geprägt sein von dem Ausgang des Konzessionierungsverfahrens sowie von den sich anschließenden Netzkaufverhandlungen mit dem Altkonzessionär.

# **Compliance**

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integres Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

# Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

# Gemeindewerk Kaufungen GmbH & Co. KG (KVV)

Sitz: Kaufungen

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRA 17340

Rechtsform: Kommanditgesellschaft

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Leistungen der

Daseinsvorsorge im Rahmen der Vorgaben der Hessischen Gemeindeordnung für die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden, insbesondere im Bereich der

Energieversorgung und der Telekommunikation.

Eigentümer: Städtische Werke AG, Kassel 99 %

Gemeinde Kaufungen 1 %

<u>Kapitalangaben:</u> Grundkapital 25.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 15. Januar 2014

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> Strecker, Berger & Partner GbR

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Melanie-Susanne Heinemann, Staufenberg

## Kennzahlen

		2014
		IST
Umsatzerlöse	TEUR	-
Ergebnis der gewöhnlichen		
Geschäftstätigkeit	TEUR	-21
Bilanzsumme	TEUR	206
Investitionen	TEUR	-
Fremd-Darlehen	TEUR	-
Personal	Anzahl	-
Eigenkapitalquote	%	74,6
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-21,4
Gesamtverschuldung	%	25,4
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	_

## Lagebericht

Am 15.01.2014 wurde die GWK von der Gemeinde Kaufungen und der STW gegründet. Die Beteiligungsanteile zum Zeitpunkt der Gründung betrugen 99 % bei der STW und 1 % bei der Gemeinde Kaufungen. Dies entspricht der Verteilung des stimmberechtigten Gesellschafterkapitals. Im weiteren Geschäftsverlauf ist eine Verschiebung der Beteiligungsverhältnisse durch die Veräußerung von Anteilen an die Gemeinde Kaufungen und die Energiegenossenschaft Kaufungen eG vorgesehen. Die STW beabsichtigt, einen Mindestanteil von 25,1 % an der GWK nicht zu unterschreiten.

Der Gesellschaftszweck der GWK besteht in der Erbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge im Rahmen der Vorgaben der Hessischen Gemeindeordnung für die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden, insbesondere im Bereich der Energieversorgung und der Telekommunikation.

Nach der Gründung der GWK wurde auch der Stromkonzessionsvertrag zwischen der Gemeinde Kaufungen und der GWK am 10.12.2014 von den Parteien unterzeichnet. Nach der Unterschrift wurde auch das Netzkaufinteresse der GWK an allen im Netzgebiet der Gemeinde Kaufungen verlegten Stromleitungen der EAM GmbH & Co. KG (EAM) / EnergieNetz Mitte GmbH schriftlich mitgeteilt. Die Aufnahme der Netzkaufverhandlungen erfolgte noch im Dezember 2014. Der Vertrieb der GWK startete am 11.06.2014 mit einer Informationsveranstaltung für alle Bürgerinnen und Bürger in Kaufungen. Seit September 2014 ist außerdem ein Beratungspunkt in Kaufungen eingerichtet.

#### Analyse des Geschäftsverlaufes

Die GWK erzielte im Geschäftsjahr 2014 Betriebserträge in Höhe von 4,4 Tsd. EUR. Diese bestehen ausschließlich aus Provisionserlösen.

Die Betriebsaufwendungen betrugen im gleichen Zeitraum 25,8 Tsd. EUR. Diese bestanden im Wesentlichen aus der Inanspruchnahme von Verwaltungsdienstleistungen, Kostenerstattungen für Geschäftsführungstätigkeiten sowie Beratungskosten.

Die Bilanzsumme der GWK lag am Ende des Berichtsjahres bei 205,8 Tsd. EUR. Die Aktivseite bestand größtenteils aus dem Umlaufvermögen, welches sich aus sonstigen Vermögensgegenständen in Höhe von 3,1 Tsd. EUR, Forderungen in Höhe von 1,5 Tsd. EUR sowie dem Bankguthaben in Höhe von 176,1 Tsd. EUR zusammensetzte. Das Anlagevermögen betrug 25,0 Tsd. EUR und betrifft den 100% Anteil an der Komplementärin Gemeindewerk Kaufungen Verwaltungs-GmbH.

Mit einem Eigenkapital von 153,6 Tsd. EUR ergab sich eine Eigenkapitalquote von 74,7 %. Die Rückstellungen lagen bei 3,3 Tsd. EUR. Die Verbindlichkeiten lagen bei 23,9 Tsd. EUR. Hinzu kamen weitere 25,0 Tsd. EUR als Ausgleich für aktivierte Eigenanteile.

Die GWK schloss das Geschäftsjahr mit einem Jahresergebnis von -21,4 Tsd. EUR ab und liegt damit knapp über dem Planergebnis von -25,7 Tsd. EUR.

### Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Nachdem die Aufnahme der Netzkaufverhandlungen noch im Jahr 2014 erfolgte, wird das Geschäftsjahr 2015 durch die Weiterführung der Verhandlungen geprägt sein. Die Geschäftsführung strebt an, die Verhandlungen noch 2015 erfolgreich abzuschließen. Die weiteren geschäftlichen Aktivitäten werden diesem Ziel untergeordnet sein. Der künftige Geschäftsverlauf der GWK wird geprägt sein von dem Ausgang der Netzkaufverhandlungen mit dem Altkonzessionär. Das Planergebnis 2015 liegt mit – 44,8 Tsd. EUR unter dem Niveau des Jahresergebnisses 2014.

### Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integres Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

### Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

# Gemeindewerk Kaufungen Verwaltungs-GmbH (KVV)

Sitz: Kaufungen

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRB 16262

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von

Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der

Geschäftsführung von Handelsgesellschaften, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin der Gemeindewerk Kaufungen GmbH &

Co. KG sowie deren Geschäftsführung und Verwaltung.

<u>Eigentümer:</u> Städtische Werke AG, Kassel 100 %

<u>Kapitalangaben:</u> Grundkapital 25.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 25. November 2013

Wirtschaftsprüfer: Strecker, Berger & Partner GbR

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Melanie-Susanne Heinemann, Staufenberg

### Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	-	-
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	2	1
Bilanzsumme	TEUR	24	32
Investitionen	TEUR	-	-
Fremd-Darlehen	TEUR	-	-
Personal	Anzahl	-	-
Eigenkapitalquote	%	93,7	75,6
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-2	1,3
Gesamtverschuldung	%	6,3	24,4
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-	-

# Lagebericht

Der Geschäftszweck der GWKV besteht in der Beteiligung als persönlich haftende geschäftsführende Gesellschafterin sowie in der Übernahme der Geschäftsführung der Gemeindewerk Kaufungen GmbH & Co. KG (GWK).

Am 15.01.2014 wurde die GWK von der Gemeinde Kaufungen und der STW gegründet. Die Beteiligungsanteile zum Zeitpunkt der Gründung betrugen 99 % bei der STW und 1 % bei der Gemeinde

Kaufungen. Dies entspricht der Verteilung des stimmberechtigten Gesellschafterkapitals. Im weiteren Geschäftsverlauf ist eine Verschiebung der Beteiligungsverhältnisse durch die Veräußerung von Anteilen an die Gemeinde Kaufungen und die Energiegenossenschaft Kaufungen eG vorgesehen. Die STW beabsichtigt, dauerhaft einen Mindestanteil von 25,1 % an der GWK nicht zu unterschreiten.

Mit der Gründung der GWK übernahm diese das Eigentum an der GWKV von der STW. Die GWKV wurde zugleich vollhaftende Gesellschafterin der GWK.

### Analyse des Geschäftsverlaufes

Die GWKV erzielte im Geschäftsjahr 2014 Betriebserträge in Höhe von 8,5 Tsd. EUR (Vorjahr 0,0 Tsd. EUR). Diese bestehen im Wesentlichen aus sonstigen betrieblichen Erträgen, die die Erstattung aller mit der geschäftsführenden Funktion bedingten Kosten gemäß Gesellschaftervertrag der GWK § 5 Abs. 4 durch die GWKV beinhalteten.

Die Betriebsaufwendungen betrugen im gleichen Zeitraum 7,2 Tsd. EUR (Vorjahr 2,2 Tsd. EUR). Diese bestanden ausschließlich aus sonstigen betrieblichen Aufwendungen, welche sich beispielsweise aus Kosten für Verwaltungsdienstleistungen oder Beratungskosten zusammensetzen.

Die Bilanzsumme der GWKV lag am Ende des Berichtsjahres bei 31,8 Tsd. EUR (Vorjahr 24,3 Tsd. EUR). Die Aktivseite bestand ausschließlich aus dem Umlaufvermögen, welches sich aus Forderungen an die GWK von 9,6 Tsd. EUR (Vorjahr 0,0 Tsd. EUR) sowie dem Bankguthaben in Höhe von 22,2 Tsd. EUR (Vorjahr 24,1 Tsd. EUR) zusammensetzte.

Mit einem Eigenkapital von 24,0 Tsd. EUR (Vorjahr 22,8 Tsd. EUR) ergab sich eine Eigenkapitalquote von 75,5 % (Vorjahr 94,2 %). Die Rückstellungen lagen bei 1,8 Tsd. EUR (Vorjahr 1,0 Tsd. EUR). Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen stiegen von dem Vorjahreswert in Höhe von 0,5 Tsd. EUR auf 6,0 Tsd. EUR.

Die GWKV schloss das Geschäftsjahr mit einem Jahresergebnis von 1,3 Tsd. EUR (Vorjahr -2,3 Tsd. EUR) ab und liegt damit über dem Planergebnis von 0,9 Tsd. EUR.

### Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Der Umfang der Geschäftsführungs- und Verwaltungstätigkeiten wird im folgenden Jahr auf Vorjahresniveau bleiben, da noch nicht mit einer deutlichen Zunahme in der Entwicklung des operativen Geschäfts der GWK zu rechnen ist. Der künftige Geschäftsverlauf der GWK und GWKV wird geprägt sein von dem Ausgang der Netzkaufverhandlungen mit dem Altkonzessionär. Das Planergebnis 2015 liegt mit 0,9 Tsd. EUR unter dem Niveau des Jahresergebnisses 2014.

### Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integres Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

# Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

# Stadtwerke Sangerhausen GmbH (KVV)

Sitz: Sangerhausen

Handelsregister: Amtsgericht Stendal, HRB 201164

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Zweck der Gesellschaft ist es, vorrangig als Kommunale Aufgabe für das

Stadtgebiet Sangerhausen Elektroenergie, Gas und Wärme zu erzeugen, zu verteilen und zu liefern. Die Gesellschaft wird als Querverbundunternehmen geführt. Sie führt Planungs-, Projektierungs-, Instandhaltungs-, Wartungs- und Montageleistungen an gesellschaftseigenen sowie fremden Energieanlagen

aus.

<u>Eigentümer:</u> Kommunale Bädergesellschaft Sangerhausen mbH 62,4 %

Städtische Werke Aktiengesellschaft Kassel 25,1 %

Stadtwerke Hildesheim AG 12,6 %

<u>Kapitalangaben:</u> Stammkapital 1.000.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 21. Juni 1990 in der Fassung vom 21. November 2005

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Dipl.-Ingenieur Olaf Wüstemann

Aufsichtsrat (oder Beirat):

Ralf Poschmann (Vorsitzender)

Dr. Mark Eppe (stellv. Vorsitzender), Leitung Recht und Versicherung Städtische

Werke Aktiengesellschaft Kassel

Oberbürgermeister der Stadt Sangerhausen

Michael Bosse-Arbogast, Sprecher des Vorstands der Stadtwerke Hildesheim

AG

Eike Weldner, Geschäftsführer der Städtische Werke Netz und Service GmbH

Kassel

Andreas Skrypek, Abwassermeister Abwasserzweckverband Südharz

Michael Näher, Vorstand der Sparkasse Mansfeld-Südharz Udo Schwarz, Servicemeister Autohaus Einicke Sangerhausen

Bert Mrozik, Mitarbeiter Bauhof Stadt Sangerhausen

# Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	22.492	20.399
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	2.886	3.104
Bilanzsumme	TEUR	32.585	32.979
Investitionen	TEUR	10.078	1.700
Fremd-Darlehen	TEUR	-	-
Personal	Anzahl	61	81
Eigenkapitalquote	%	34,3	33,9
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-	-
Gesamtverschuldung	%	65,7	66,1
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-	-

# Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

# Gas-Union GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main (KVV)

Sitz: Frankfurt am Main

Handelsregister: Amtsgericht Frankfurt am Main, HRB 11035

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Die Gesellschaft ist insbesondere auf dem Gebiet der Beschaffung und

Weiterveräußerung von Gas tätig. Dafür schließt sie Lieferverträge außerhalb der Versorgungs- und Interessengebiete der Gesellschafter ab. Des Weiteren gehört der Erwerb, die Errichtung, der Betrieb und die Änderung der zu diesem

Zwecke erforderlichen Anlagen und Erledigung aller damit

zusammenhängender Geschäfte zu ihren Tätigkeiten; wie auch die Vornahme aller sonstigen Geschäfte, die mit der Betätigung auf den vorgenannten Geschäftsfeldern zusammenhängen oder geeignet sind, diese zu fördern und der technische und wirtschaftliche Erfahrungsaustausch der Gesellschafter über

alle den Gesellschaftszweck betreffenden Angelegenheiten.

<u>Eigentümer:</u> Mainova AG, Frankfurt am Main 34,4 %

RGE Holding GmbH, Essen 23,6 %

Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG, Mainz 15,9 %

Städtische Werke AG, Kassel 9,2 % Stadtwerke Göttingen, Göttingen 6,1 % Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main 1,9 %

Energie- und Wasserversorgung Mittleres Ruhrgebiet GmbH 4,6 %

Stadtwerke Essen AG 4,6 %

Beteiligungen: Gas-Union Transport Verwaltungs GmbH, Frankfurt am Main 100 %

Gas-Union Transport GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main 100 %

Gas-Union (UK) Limited, London 100 % Gas-Union Storage GmbH 100 % Eserv GmbH & Co. KG 50 % Eserv Verwaltungs GmbH 50 %

SYNECO GmbH & Co. KG, München 12,8 %

Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH, Bad Salzungen

(EWT) 34 %

Kommunale Gasspeichergesellschaft Epe GmbH & Co. KG 25 %

Kommunale Gasspeichergesellschaft Epe mbH 25 % Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG, Aachen 10 %

WT Engineering GmbH, Barsinghausen 60 %

GasLine Telekommunikationsnetz Geschäftsführungsgesellschaft deutscher

Gasversorgungsunternehmen mbH, Straelen 5 %

gasmotive Deutsche Erdgastankstellen GmbH & Co. KG, Berlin 8,4 % gasmotive Deutsche Erdgastankstellen Management GmbH, Berlin 8,4 %

Kapitalangaben: Stammkapital 25.300.000 €

### Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> Rölfs RP AG

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Dr. Jens Nixdorf

Dipl.-Ing. Hugo Wiemer

#### Aufsichtsrat (oder Beirat):

Uwe Becker, Stadtkämmerer, Frankfurt am Main, Vorsitzender Michael Ebling, Oberbürgermeister, Mainz, stellv. Vorsitzender Dr. Stefan Vogg, Geschäftsführer E.ON Deutschland E.ON SE, Essen, stellv. Vorsitzender

Dr. h.c. Petra Roth, Oberbürgermeisterin, Frankfurt am Main Julian Lipinski, Mitglied der Geschäftsführung, E.ON Energy Sales GmbH, Essen Sebastian Jochem, Mitglied der Geschäftsführung, E.ON Energy Sales GmbH, Essen

Dr. Constantin Alsheimer, Vorstandsvorsitzender der Mainova AG, Frankfurt am Main

Uwe Paulsen, Mitglied der Stadtverordnetenversammlung, Frankfurt am Main Ulrich Danco, Mitglied der Geschäftsführung E.ON Vertrieb Deutschland GmbH, München

Dipl. Kfm. Andreas Helbig, Vorsitzender des Vorstandes der Städtische Werke AG, Kassel

Bertram Hilgen, Oberbürgermeister, Kassel

Claus Kaminsky, Oberbürgermeister, Hanau

RA Ralf Schodlok, Vorstandsmitglied der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG, Mainz

Dr. Ing. Werner Sticksel, Vorstandsmitglied der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG, Mainz

Peter Feldmann, Oberbürgermeister, Frankfurt am Main

Dietmar Spohn, Mitglied der Geschäftsführung, Stadtwerke Bochum Holding GmbH, Bochum

Simone Fischer, E.ON Energie Deutschland, München

Dr. Gerd Rappenecker, Technisches Vorstandsmitglied, Stadtwerke Göttingen AG, Göttingen

Prof. Dr. Peter Birkner, Vorstandsmitglied der Mainova AG, Frankfurt am Main

<u>Prokuristen:</u> Dr.-Ing. Oliver Malerius

Dipl.-Ing Uwe Schweickert

M.A. Arne Franz

# Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	2.729.190	2.858.036
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	16.951	101.618
Bilanzsumme	TEUR	731.535	753.961
Investitionen	TEUR	37.403	20.100
Fremd-Darlehen	TEUR	37.500	0
Personal	Anzahl	79	86
Eigenkapitalquote	%	23,2	28,5
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-	-
Gesamtverschuldung	%	76,8	71,5
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-	-

# Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

### Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (KVV)

Sitz: München

Handelsregister: Amtsgericht München, HRA 96595

Rechtsform: Kommanditgesellschaft

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Die Gesellschaft fungiert als Plattform für die Unternehmen der Thüga-Gruppe

für Investitionen in Projekte aus dem Bereich der erneuerbaren Energien.

Eigentümer: Städtische Werke AG, Kassel 3,68 %

45 weitere kommunale Versorger 96,32 %

Beteiligungen: EE Repowering GmbH & Co. KG, Breklum 70 %

EE Repowering Verwaltungs GmbH, Breklum 70 %

Neue Energien Zernsee GmbH & Co. OHG, Werder (Havel) 80 % THEE ESWE Windparkbeteiligungs GmbH & Co. KG, Hamburg 66,7 % THEE ESWE Windparkbeteiligungs Verwaltungs GmbH, Hamburg 66,7 %

THEE PE Verwaltungs GmbH, Hamburg 100 %

THEE PE-Beteiligungs GmbH & Co. KG Hamburg 100 %
THEE Projektentwicklungs GmbH & Co. KG, Hamburg 100 %
THÜGA BOREAS Wind Verwaltungs GmbH, Ballhausen 74,9 %
Thüga Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH, München 100 %

Thüga Erneuerbare Energien Windparkbeteiligungs GmbH, Seevetal 100 %

Windkraft Olbersleben I GmbH & Co. KG, Olbersleben 74,9 % Windkraft Wangenheim GmbH & Co. KG, Wangenheim 74,9 %

Windpark Alsfeld GmbH & Co. KG, Hamburg 100 % Windpark Arpke GmbH & Co. KG, Seevetal 100 % Windpark Aspeln GmbH & Co. KG, Seevetal 100 %

Windpark Beppener Bruch IV GmbH & Co. Infrastruktur KG, Edemissen 66,67 %

Windpark Beppener Bruch IV GmbH & Co. KG, Seevetal 100 %

Windpark Biebersdorf GmbH & Co. KG, Seevetal 100 % Windpark Calau GmbH & Co. KG, Seevetal 66,7 % Windpark Dedenbach GmbH & Co. KG, Hamburg 100 % Windpark Fahrenwalde GmbH & Co. KG, Seevetal 66,7 % Windpark Frauenmark II GmbH & Co. KG, Seevetal 66,7 % Windpark Hohen Birken GmbH & Co. KG, Seevetal 100 % Windpark Massenhausen GmbH & Co. KG, Seevetal 66,7 % Windpark Neuerkirch GmbH & Co. KG, Seevetal 100 %

Windpark Rastenberg GmbH & Co. KG, Seevetal 100 % Windpark Salzleck GmbH & Co. KG, Seevetal 100 %

Windpark TEVEN Asberg GmbH & Co. KG, Hamburg 100 % Windpark TEVEN Asberg Verwaltungs GmbH, Hamburg 100 %

Windpark TEWI GmbH & Co. KG, Seevetal 100 %

Windpark THEE Unzenberg GmbH & Co. KG, Seevetal 100 % Windpark Vogelsberg GmbH & Co. KG, Seevetal 66,7 % Windpark Weißenfels GmbH & Co. KG, Seevetal 66,7 % Windpark Willmersdorf III GmbH & Co. KG, Seevetal 100 % WP Sachsen-Anhalt Süd Acht GmbH & Co. KG, Seevetal 100 %

# Kassel documenta Stadt

WP Sachsen-Anhalt Süd Neun GmbH & Co. KG, Seevetal 100 % Gemeinschaftswindpark Kandrich GmbH & Co. KG, Ingelheim am Rhein 20 % Gemeinschaftswindpark Kandrich Verwaltungs-GmbH, Ingelheim am Rhein 20 %

Infrastruktur Windpark Vogelsberg GbR, Brachttal 47,36 % Rheinhessische Windpark Beteiligungs GmbH & Co. KG, Ingelheim am Rhein 40 %

Rheinhessische Windpark Beteiligungs-Verwaltungs-GmbH, Ingelheim am Rhein  $40\,\%$ 

Stadtwerke Wind Kaiserslautern GmbH & Co. KG, Kaiserslautern 33,3 % Stadtwerke Wind Kaiserslautern Verwaltungs GmbH, Kaiserslautern 33,3 % Tauberfranken Wind GmbH, Bad Mergentheim 25 % Umspannwerk Kirchberg 2 GmbH & Co. KG, Wörrstadt 44,4 % UW Nessa GmbH & Co. KG, Elsteraue 21,9 % UW Nessa Verwaltungs GmbH, Elsteraue 21,9 % Windpark Külsheim GmbH & Co. KG, Külsheim, Baden 50 % WinT Windkraft Tauberfranken GmbH, Bad Mergentheim 45 %

Kapitalangaben: Grundkapital 135.784.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart

WP Fahrenwalde Infrastruktur GbR, Seevetal 29,21 %

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Dr. Kay Dahlke, Rosengarten Michael Riechel, Ravensburg

### Aufsichtsrat (oder Beirat):

Joachim Zientek, Frankfurt am Main, ehemaliges Mitglied des Vorstands der Mainova Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main

Wolf-Kersten Meyer (Vorsitzender), Keltern-Ellmendingen, Geschäftsführer der SWP Stadtwerke Pforzheim GmbH & Co. KG, Pforzheim

Josef Rönz (Stellvertreter), Mülheim-Kärlich, Kaufmännischer Geschäftsführer der Energieversorgung Mittelrhein, Koblenz

Konrad Aichner (Stellvertreter), Osterode am Harz, Kaufmännischer Leiter der Harz Energie GmbH & Co. KG, Osterode am Harz

Andreas Helbig, Kassel, Vorstandsvorsitzender der Städtische Werke Aktiengesellschaft, Kassel

Andreas Hennig, Chemnitz, Geschäftsführer der eins energie in sachsen GmbH & Co. KG, Chemnitz

Prof. Dr. Thomas Hoffmann, Wermelskirchen, Geschäftsführer der EWR GmbH, Remscheid

Roger Lindholz, Dettelbach, Technischer Leiter der Licht-, Kraft- und Wasserwerke Kitzingen GmbH, Kitzingen

Stephan Lommetz, Willich, Geschäftsführer der Stadtwerke Neuss Energie und Wasser GmbH, Neuss

Thomas Pätzold, Schwerin, Mitglied des Vorstands der WEMAG AG, Schwerin Dr. Ulrich Schneider, Bad Münster-Ebernburg, Leiter Erneuerbare Energien der ESWE Versorgungs AG, Wiesbaden

Volker Schneider, Hohndorf, Kaufmännischer Geschäftsführer der Zwickauer Energieversorgung GmbH, Zwickau

Dr. Christof Schulte, München, Mitglied des Vorstands der Thüga Aktiengesellschaft, München

#### Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	1.820	2.636
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	2.455	5.275
Bilanzsumme	TEUR	123.526	128.248
Investitionen	TEUR	59.608	10.234
Fremd-Darlehen	TEUR	-	-
Personal	Anzahl	13	13
Eigenkapitalquote	%	98,3	97,8
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-	-
Gesamtverschuldung	%	1,7	2,2
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-	-

### Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

# Netcom Kassel Gesellschaft für Telekommunikation mbH, Kassel (KVV)

Sitz: Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRB 6713

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Die Erbringung von Telekommunikationsdienstleistungen auf eigenen und

fremden Netzen zur Versorgung von öffentlichen Einrichtungen, Gewerbetreibenden und privaten Haushalten. Ziel ist die Stärkung des

Wirtschaftsstandortes und der Region Kassel durch die Zurverfügungstellung

möglichst preiswerter und hochentwickelter

Telekommunikationsdienstleistungen.

<u>Eigentümer:</u> Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH 25,2 %

Vodafone D2 GmbH, Düsseldorf 74,8 %

<u>Kapitalangaben:</u> Grundkapital 26.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 9. Juni 1997 in der Fassung vom 25. Januar 2002

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> Strecker, Berger & Partner GbR

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Frank Richter, Grebenstein

#### Aufsichtsrat (oder Beirat):

Alexander Saul, Hauptabteilungsleiter Enterprise Sales (Vorsitzender bis 5.06.2014), Vodafone GmbH

Andreas Helbig (Stellv. Vorsitzender), Vors. Geschäftsführer der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH

Bertram Hilgen (Vorsitzender 16.06.2014), Oberbürgermeister Stadt Kassel Klaus Horn, Betriebsratsvorsitzender der Städtischen Werke AG Dr.Thomas Wandres (bis 15.06.2014), Hauptabteilungsleiter Legal & Regulatory,

Thomas Lührs (bis 15.06.2014), Finance Wholesale & Strategy, Vodafone D2 GmbH

Wolfgang Schwarz (bis 15.06.2014), Geschäftsführer Seniorenwohnanlagen SWA Kassel GmbH

Dr. Jürgen Barthel (ab 16.06.2014), Stadtkämmerer der Stadt Kassel Ulrich Künkel (ab 16.06.2014), Geschäftsführer ekom21-KGRZ Hessen Dr. Rabani Alekuzei (ab 16.06.2014), Entwicklungsingenieur/Stadtverordneter der Stadt Kassel

Eva Koch (ab 16.06.2014), Dipl.-Ing./Stadtverordnete der Stadt Kassel Georg Lewandowski (ab 16.06.2014), Betriebswirt/Stadtverordneter Stadt Kassel

Norbert Witte (ab 07.04.2014), Vors. Geschäftsführer der Kasseler Verkehrsund Versorgungs-GmbH

Stefan Welsch (ab 07.04.2014), Vorstandsmitglied Städtische Werke Aktiengesellschaft

Dr. Mark Eppe (ab 07.04.2014), Rechtsanwalt

Vodafone D2 GmbH

Peter de Schrijver (ab 07.04.2014), Leitung Technik Dienste der Netcom Kassel Ges. für Telekommunikation mbH

#### Kennzahlen

		2013 *) IST	2014 *) IST
Umsatzerlöse	TEUR	13.364	9.789
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	48	-7
Bilanzsumme	TEUR	9.875	11.133
Investitionen	TEUR	905	1.583
Fremd-Darlehen	TEUR	-	-
Personal	Anzahl	22	25
Eigenkapitalquote	%	87,0	83,7
Cash flow (nur AFA)	TEUR	1.422,7	886
Gesamtverschuldung	%	13,0	23,1
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	607	392
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,14	0,16

<sup>\*)</sup> Das Geschäftsjahr der Netcom weicht vom Kalenderjahr ab. Das "IST 2013" umfasst den Zeitraum "01.04.2013 bis 31.03.2014", das "IST 2014" den Zeitraum "01.04.2014 bis 31.03.2015".

# Lagebericht

Die Netcom Kassel Gesellschaft für Telekommunikation mbH (Netcom) ist seit dem 01.04.2013 zu 100 % ein Tochterunternehmen der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH (KVV).

Die Netcom erbringt mittels eigener und fremder Netze Dienstleistungen in der Telekommunikation für öffentliche Einrichtungen, Gewerbetreibende sowie private Haushalte. Ihr Ziel ist es, mit preiswerten und hochentwickelten Telekommunikationsdienstleistungen den Wirtschaftsstandort Kassel und die Region um Kassel zu stärken. Das Geschäftsmodell beinhaltet sowohl die Erbringung von Telekommunikationsdienstleistungen an Endkunden als auch die Erstellung und der Betrieb von Netzen.

Zusammen mit der EAM Beteiligungen GmbH hat die Netcom im Berichtsjahr die OR Network GmbH (OR Network) erworben und hält 50 % der Anteile. Die OR Network, ein Carrier mit 30 Mitarbeitern und Sitz in Reiskirchen-Winnerod, bietet alternative Breitbandversorgungen in Regionen an, die keine oder eine schlechte Versorgung mit Breitbanddiensten besitzen. Derzeit umfasst das Versorgungsgebiet der OR Network mehr als 400 Orte, die sich überwiegend in Mittelhessen befinden.

## Analyse des Geschäftsverlaufes

Die Darstellung der Ertragslage der Netcom ist geprägt durch den Einfluss des Rumpfgeschäftsjahres 2014, welches aus 9 Monaten (01.04.2014 bis 31.12.2014) besteht und damit nicht unmittelbar mit dem Geschäftsjahr 2013/2014 (12 Monate) vergleichbar ist.

Die Gesamterträge der Netcom betrugen im Berichtsjahr 10.323,7 Tsd. EUR. Der Vorjahreswert lag bei 13.908,1 Tsd. EUR. Im gleichen Zeitraum lagen die Gesamtaufwendungen bei 10.353,3 Tsd. EUR (Vorjahr 13.718,8 Tsd. EUR). Sie setzten sich aus mengenabhängigen bezogenen Leistungen von der Deutschen Telekom AG (DTAG), welche in Zusammenhang mit der Höhe der Umsatzerlöse stehen, aus Personalaufwand, Abschreibungen, Zinsen, Steuern und sonstigen betrieblichen Aufwendungen zusammen.

Bedingt durch den Aufbau eines eigenen Geschäftsmodells waren durchschnittlich 26,4 Mitarbeiter im abgelaufenen Wirtschaftsjahr bei der Netcom beschäftigt, wodurch sich der Mitarbeiterstamm um rd. vier Mitarbeiter erhöht hat. Der Personalaufwand betrug 1.604,8 Tsd. EUR (Vorjahr 1.919,8 Tsd. EUR)

Die Abschreibungen für den Berichtszeitraum lagen bei 915,6 Tsd. EUR (Vorjahr 1.233,4 Tsd. EUR).

Das Finanzergebnis betrug 130,0 Tsd. EUR (Vorjahr -15,4 Tsd. EUR).

Zum Abschlussstichtag 31.12.2014 wies die Netcom eine Bilanzsumme in Höhe von 11.132,9 Tsd. EUR aus. Zum Stichtag des vorangegangenen Geschäftsjahresabschlusses am 31.03.2014 betrug die Bilanzsumme 9.875,0 Tsd. EUR.

Geprägt ist die Aktivseite der Bilanz im Wesentlichen durch das Anlagevermögen in Höhe von 7.828,0 Tsd. EUR (Vorjahr 7.160,3 Tsd. EUR). Die Erhöhung des Anlagevermögens resultierte aus den Investitionen des vergangenen Jahres und dem Anteilskauf an der OR Network.

Die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sanken auf 2.314,8 Tsd. EUR (Vorjahr 2.542,4 Tsd. EUR). Der Kassenbestand sowie die Guthaben bei Kreditinstituten stieg dagegen auf 964,1 Tsd. EUR (Vorjahr 110,2 Tsd. EUR) an.

Auf der Passivseite der Bilanz verringerte sich der Wert des Eigenkapitals unter Berücksichtigung des im Rumpfgeschäftsjahr 2014 entstandenen Jahresfehlbetrags in Höhe von 29,6 Tsd. EUR von 8.587,9 Tsd. EUR auf 8.558,3 Tsd. EUR. Die Rückstellungen reduzierten sich gegenüber dem 31.03.2014 von 421,6 Tsd. EUR auf 291,6 Tsd. EUR. Dagegen stiegen die Verbindlichkeiten auf 2.283,0 Tsd. EUR (Vorjahr 865,5 Tsd. EUR).

Die Eigenkapitalquote betrug zum 31.12.2014 76,9 % (Vorjahr 87,0 %).

Der Jahresfehlbetrag nach Steuern des Rumpfgeschäftsjahres 2014 betrug 29,6 Tsd. EUR. Das Ergebnis lag damit um 219,0 Tsd. EUR unter dem Ergebnis des Geschäftsjahres 2013/14 und um rd. 118 Tsd. EUR über dem Planergebnis von –148 Tsd. EUR. Das Überschreiten des Planergebnisses basierte insbesondere auf der gesamtwirtschaftlichen Reduzierung des Kostenansatzes insbesondere durch den Abschluss eines neuen Netzmietvertrages mit der NSG.

Am 26.02.2015 erhielt die Netcom den Zuschlag für den Breitbandausbau in den Landkreisen Hersfeld-Rotenburg, Werra-Meißner, Waldeck-Frankenberg, Schwalm-Eder und Kassel. Darüber hinaus sind nach Ende des Geschäftsjahres keine besonderen Vorgänge angefallen.

### Prognosebericht/Risikoeinschätzung

In der aktuellen Planung der Netcom ist der Breitbandausbau noch nicht enthalten, da der Zuschlag erst Anfang 2015 erfolgte. Hierin ist für das Jahr 2015 ein Ergebnis von –216 Tsd. EUR geplant, welches sich durch konstantes Wachstum bis zum Jahr 2019 auf 3.376 Tsd. EUR verbessert.

Durch den gestiegenen Wettbewerb ist die Suche nach Wachstumstreibern und der Unterscheidung von anderen Wettbewerbern spürbar intensiviert worden. Daher sind zukünftig zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur sowie die Fortsetzung der Konsolidierung im Markt weiter notwendig. Die Netcom in Kassel wird diesen Kurs weiter verfolgen und sowohl Investitionen in die Infrastruktur vornehmen als auch Beteiligungen an Telekommunikationsunternehmen erwerben, um so die Wettbewerbsposition des Unternehmens weiter zu festigen.

Aufgrund der gewonnenen Ausschreibung zum Breitbandausbau Nordhessen wird der Umsatz gegenüber der bisherigen Planung erheblich gesteigert. Da in der Anfangsphase ein erheblicher Aufwand für Investitionen und Vertriebsprovisionen anfällt, wird in den ersten Jahren ein negatives Jahresergebnis erwartet. Danach wird mit einem erheblich höheren Jahresergebnis als in der aktuellen Planung gerechnet.

Im Zuge der Beteiligung der Städtische Werke AG an der EAM Energie GmbH wurde der EAM eine Call-Option auf 50 % der Anteile an der Netcom eingeräumt. Zurzeit laufen diesbezügliche Verhandlungen über einen Anteilsverkauf zwischen der EAM und der KVV.

### Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integres Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

# Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

#### **Niestetal Netz GmbH (KVV)**

Sitz: Niestetal

<u>Handelsregister:</u> Amtsgericht Kassel, HRB 16381

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Gegenstand der Gesellschaft ist die Errichtung, der Erwerb und Betrieb von

Leitungs- und Versorgungsnetzen in der Gemeinde Niestetal. Darüber hinaus sind noch weitere Tätigkeitsfelder möglich. Hierzu gehören insbesondere Leistungen in den Bereichen Energie, Wasser, Telekommunikation und

Straßenbeleuchtung.

<u>Eigentümer:</u> Städtische Werke Netz + Service GmbH, Kassel 100 %

<u>Kapitalangaben:</u> Grundkapital 25.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftervertrag vom 10. April 2014

Wirtschaftsprüfer: Strecker, Berger & Partner GbR

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Diplom-Ingenieur Eike Weldner Diplom-Ingenieur Andreas Kreher

### Kennzahlen

		2014
		IST
Umsatzerlöse	TEUR	-
Ergebnis der gewöhnlichen		
Geschäftstätigkeit	TEUR	-13
Bilanzsumme	TEUR	2.692
Investitionen	TEUR	-
Fremd-Darlehen	TEUR	-
Personal	Anzahl	-
Eigenkapitalquote	%	63,3
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-13
Gesamtverschuldung	%	36,7
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-

### Lagebericht

Gesellschaftszweck der NNG ist die Errichtung, der Erwerb und Betrieb von Leitungs- und Versorgungsnetzen in der Gemeinde Niestetal. Darüber hinaus sind noch weitere Tätigkeitsfelder möglich. Hierzu gehören insbesondere Leistungen in den Bereichen Energie, Wasser, Telekommunikation und Straßenbeleuchtung.

Die NNG wurde im Rahmen der Konzessionsvergabe der Gemeinde Niestetal am 10.04.2014 durch die NSG mit einem Stammkapital von 25,0 Tsd. EUR gegründet. Am 17.12.2014 hat die NSG per Einbringungsvertrag das Gasnetz Niestetal als Sacheinlage in Höhe von 965 Tsd. EUR eingebracht. Der Übergang des Gasnetzes ist wirtschaftlich zum 30.12.2014 erfolgt. Das Stammkapital belief sich damit zum Jahresende auf 990,0 Tsd. EUR.

# Analyse des Geschäftsverlaufes

Die NNG erwirtschaftete im Gründungsjahr noch keine Betriebserträge.

Die Betriebsaufwendungen lagen bei 12,8 Tsd. EUR, welche ausschließlich aus sonstigen Aufwendungen bestehen. Diese setzen sich größtenteils aus Notarkosten und Kosten für die Einbringung der Gasversorgung im Netz Sandershausen zusammen.

Die NNG schloss das Geschäftsjahr mit einem Jahresergebnis vor Ergebnisübernahme von – 12,8 Tsd. EUR ab. Der Verlust wird auf Basis des Ergebnisabführungsvertrags von der NSG übernommen.

Zu Beginn des Jahres 2015 hat die Gemeinde Niestetal im Rahmen einer Kapitalerhöhung des Stammkapitals auf 1.000,0 Tsd. EUR einen neu ausgegebenen Geschäftsanteil in Höhe von 10,0 Tsd. EUR übernommen und ist somit in Höhe von 1,0 % am Kapital der NNG beteiligt.

Weiterhin wurde Anfang des Jahres 2015 der Konzessionsvertrag Gas unterschrieben und somit die Konzession für weitere 20 Jahre vereinbart.

Der Pachtvertrag zwischen NSG und NNG wurde erstmalig ab dem 01.01.2015 abgerechnet.

#### Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Für das Gasnetz wird im Jahr 2015 (bis zum Ende der zweiten Regulierungsperiode) keine Veränderung hinsichtlich der Abwicklung der Erlösobergrenze vorgenommen. Die Regulierungskammer Hessen nimmt die Übertragung des Eigentums am Erdgas-Verteilnetz Niestetal-Sandershausen auf die NNG nicht zum Anlass, das Verfahren zur Festlegung der Erlösobergrenze für die zweite Regulierungsperiode neu aufzurollen. Dies gilt solange das Erdgas-Verteilnetz an die NSG verpachtet wird und auch von ihr betrieben wird. Für die dritte Regulierungsperiode wird die Prüfung der Kosten im Basisjahr 2015 auf Grundlage des dort geltenden Rechts durchgeführt, welches sich aus der momentan laufenden Novelle der Anreizregulierungsverordnung ergibt.

Die NNG hat mit der Gemeinde Niestetal einen Stromkonzessionsvertrag abgeschlossen, welcher zum 01.01.2015 in Kraft tritt. Das Stromnetz befindet sich momentan noch im Eigentum der EnergieNetz Mitte GmbH (ENM), welche auch noch Netzbetreiber ist. Derzeit wird ein Konzept zur Übernahme des Stromnetzes in Niestetal in das Eigentum der NNG erarbeitet und mit der ENM verhandelt. Das Planergebnis 2015 liegt mit 157 Tsd. EUR über dem Niveau des Jahresergebnisses 2014.

Die Übernahme des Netzeigentumes ist grundsätzlich mit wirtschaftlichen und technischen Risiken verbunden. Trotz Einhaltung sämtlicher gesetzlicher Verfahrensvorgaben besteht das Risiko, dass keine Einigung mit dem bisherigen Altkonzessionär erzielt werden kann. Darüber hinaus ist die Gefahr nicht auszuschließen, dass die Netzkaufverhandlungen zu keinem wirtschaftlichen Ergebnis führen.

# Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integres Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

# Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

# documenta und Museum Fridericianum Veranstaltungs-GmbH

Sitz: Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRB 2154

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Veranstaltung von Kunstausstellungen der documenta und der Kunsthalle

Fridericianum und Vermietung der documenta-Halle.

Eigentümer: Stadt Kassel 50 %

Land Hessen 50 %

Kapitalangaben: Stadt Kassel 12.800 €

Land Hessen 12.800 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 19. Januar 2005

Wirtschaftsprüfer: AKR Akzent Revisions GmbH, Kassel

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Bernd Leifeld (bis 31. März 2014)

Annette Kulenkampff (seit 01. April 2014)

Aufsichtsrat (oder Beirat):

Bertram Hilgen, Oberbürgermeister (Vorsitzender)

Boris Rhein, Staatsminister (stellvertr. Vorsitzender) - (ab 28.05.2014)

Marcus Leitschuh, Stadtverordneter Dr. Rainer Hanemann, Stadtverordneter

Alexander Farenholtz, Kulturstiftung des Bundes

Eva Kühne-Hörmann, Staatsministerin

Karin Müller, Landtagsabgeordnete - (ab 28.05.2014)

Christof Nolda, Stadtbaurat

Dieter Posch, Staatsminister a.D. - (bis 14.05.2014) Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep, Präsident Universität Kassel

Oda Scheibelhuber, Staatssekretärin a.D. Ministerialdirektorin - (bis

08.05.2014)

Hortensia Völckers, Kulturstiftung des Bundes

Dr. Bernadette Weyland, Staatssekretärin - (ab 28.05.2014)

Axel Wintermeyer, Staatsminister

<u>Prokurist:</u> Frank Petri

#### Kennzahlen

		2013 IST	2014 IST
Umsatzerlöse	TEUR	413	268
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	0	-15
Bilanzsumme	TEUR	4.381	4.319
Investitionen	TEUR	67	48
Fremd-Darlehen	TEUR	0	0
Personal	Anzahl	31,5	24,0
Eigenkapitalquote	%	59,6	60,1
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-3.089	-2.847
Gesamtverschuldung	%	23,8	23,0
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	13,1	11,2
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	2,7	5,7

## Lagebericht

Die Tätigkeit der documenta und Museum Fridericianum Veranstaltungs-GmbH konzentrierte sich im Geschäftsjahr 2014 auf die Vorbereitungsarbeiten der documenta 14, die Ausstellungstätigkeit der Kunsthalle Fridericianum und die Verpachtung der documenta-Halle.

Im Januar nahm der Künstlerische Leiter der documenta 14, Herr Adam Szymczyk, seine Tätigkeit in Kassel auf. In seiner ersten Präsentation in Kassel stellte Adam Szymczyk nicht nur eine Auswahl an Ausstellungen vor, die er während seiner Zeit als Direktor an der Kunsthalle Basel realisiert hat, sondern berichtete auch über weitere von ihm kuratierte internationale Ausstellungsprojekte.

Die Präsentation des Konzeptes von Adam Szymczyk für die documenta 14 einschließlich der Athen-Präsenz, welche in der Kunsthochschule in Kassel am 06.10.2014 vor überwiegend studentischem Publikum stattfand, wurde mit Wohlwollen und Interesse aufgenommen. Es wurden auch die anwesenden Kuratoren vorgestellt.

Ein herausragendes Ereignis im Ausstellungsbetrieb des Museum Fridericianum war die Ausstellung "Speculations on Anonymous Materials" (29.09.2013 – 23.02.2014) unter der künstlerischen Leiterin Susanne Pfeffer, gefolgt von der hochaktuellen Gruppenausstellung unter dem Titel "nature after nature".

Anfang September 2014 wurden die Ausstellungen Helen Marten "Parrot Problems" und James Benning, Lutz Dammbeck "Die Unberechenbarkeit komplexer und offener Systeme" im Fridericianum sowie die Ausstellung im Zwehrenturm Farhad Fozouni "Aftershock Poetry" eröffnet.

Susanne Pfeffer zeigte ab Ende November 2014 die Ausstellungen Eric Baudelaire mit "Framework", die im Zwehrenturm gezeigt wurden, sowie die von ihr kuratierte Ausstellung Paul Sharits mit "Eine Retrospektive". Das Fridericianum widmete Paul Sharits die weltweit erste umfassende Retrospektive.

Die Auslastung der documenta-Halle im Berichtsjahr mit Vermietungen für unterschiedliche Veranstaltungen und Ausstellungen war gut. Der im Wirtschaftsplan 2014 vorgesehene Aufwandsausgleich durch das Land Hessen wurde leicht unterschritten.

# Analyse des Geschäftsverlaufes

Durch Regelung im Gesellschaftsvertrag haben sich die Gesellschafter zum Ausgleich der Aufwendungen verpflichtet, die nicht durch die erzielten Erträge ausgeglichen werden. Das Jahresergebnis 2014 und der Ausweis der benötigten Gesellschafterzuschüsse hat ergeben, dass die im Wirtschaftsplan 2014 kalkulierten Gesellschafterzuschüsse um rd. 3 % unterschritten wurden.

Wie auf der Aufsichtsratssitzung am 12.04.2013 beschlossen, verlässt Herr Bernd Leifeld die Gesellschaft zum 01.04.2014. Als Nachfolgerin wurde Frau Annette Kulenlampff zur Geschäftsführerin der documenta und Museum Fridericianum Veranstaltungs-Gesellschaft mbH bestellt.

Der Vertrag mit Frau Kulenkampff wurde bis zum 30.06.2019 abgeschlossen. Der Verlängerungsvertrag mit dem Prokuristen der Gesellschaft, Herrn Frank Petri, endet zum 31.12.2018.

### Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Für die Gesellschaft ist das Gelingen der alle fünf Jahre stattfindenden documenta elementar wichtig. Aufgrund der auch finanziell erfolgreichen documenta 13 in 2012 und der sich in der Vorbereitungszeit befindenden documenta 14 mit zurzeit im Verhältnis zum Gesamtbudget eher geringem Ausgabevolumen bestehen momentan keine außerordentlichen Risiken der künftigen Entwicklung. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat beschlossen, dass die documenta 14 vom 10.06. bis 17.09.2017 stattfinden wird.

Auch die Ausstellungen im Bereich der Kunsthalle Fridericianum führen zurzeit zu keinen unkalkulierbaren Risiken. Hier geht die Geschäftsführung davon aus, dass auch in diesem Bereich weiterhin ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt wird.

Der Betrieb und die Verwaltung der documenta-Halle wurden der Gesellschaft vom Land Hessen übertragen. Durch den in 2006 überarbeiteten Nutzungsvertrag hat sich das Land Hessen zur Übernahme aller durch den wirtschaftlichen Betrieb nicht gedeckten Aufwendungen verpflichtet.

Mittel- bis langfristig ist beabsichtigt, ein documenta Institut als außeruniversitäre Forschungseinrichtung zu begründen, dessen Nukleus das documenta Archiv bildet. Als erster Schritt wurde in Gesprächen zwischen dem Land Hessen und der Stadt Kassel vereinbart, dass das documenta Archiv in die Trägerschaft der documenta GmbH übergeleitet wird.

# Korruptionsprävention

Mit Wirkung zum 01.10.2009 wurde vom Geschäftsführer für alle MitarbeiterInnen der Gesellschaft eine Dienstanweisung zur Korruptionsvermeidung erlassen. Jede Mitarbeiterin bzw. jeder Mitarbeiter der documenta und Museum Fridericianum Veranstaltungs-GmbH hat eine entsprechende Antikorruptionserklärung unterschrieben.

Bei Auftragsvergaben wird die Angemessenheit von Preisen durch förmliche Ausschreibungsverfahren und Einholung von Vergleichsangeboten gewährleistet, soweit die zeitlichen Rahmenbedingungen dieses zulassen.

# Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung von Kunst und Kultur. Die Gesellschafter stellen der Gesellschaft die zur Erfüllung der satzungsgemäßen Aufgaben erforderlichen Mittel – soweit keine eigenen Einnahmen bestehen – als Zuwendungen zur Verfügung. Zum Stand der Erfüllung wird auf die Leistungsdaten verwiesen. Bei der documenta und Museum Fridericianum Veranstaltungs-GmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt. Aus dem Haushalt der Stadt Kassel wurden für das Wirtschaftsjahr 2014 insgesamt EUR 1.127.000 an städtischen Gesellschafterzuschüssen gezahlt.

# EFN Entsorgungsgesellschaft für Nordhessen mbH

Sitz: Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRA 6910

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Entsorgung und Verwertung von Abfällen.

<u>Eigentümer:</u> Stadt Kassel 50 %

Joh.Fehr GmbH & Co. KG Lohfelden 50 %

<u>Kapitalangaben:</u> Stammkapital 25.600 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 22. Juli 1998, URNR.251/1998

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Dipl. Ing. Gerhard Halm Dipl. Oec. Andreas Fehr

#### Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	2.198,4	2.263,6
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	45,15	25,70
Bilanzsumme	TEUR	406,40	759,8
Investitionen	TEUR	0	0
Fremd-Darlehen	TEUR	0	0
Personal	Anzahl	2	2
Eigenkapitalquote	%	74,2	28,9
Cash flow (nur AFA)	TEUR	0	
Gesamtverschuldung	%	0	
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR		
Antail Davagnallyagtan and 1 € Hmagatagrifiaan			

Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen

# Lagebericht und Analyse des Geschäftsverlaufes

Das Geschäftsjahr 2014 schließt mit einem im Vergleich zum Vorjahr niedrigeren Geschäftsergebnis ab. Der Jahresüberschuss in 2014 beträgt TEUR 17,7 und ist zum Vorjahr um TEUR 13,4 gesunken.

Die weiterhin positive Geschäftsentwicklung im Geschäftsjahr 2014 führt dazu, dass die Entsorgungsgesellschaft für Nordhessen mbH nach wie vor mit ihrem Leistungsspektrum und über die vernetzte Zusammenarbeit ihrer Gesellschafter eine gute Marktposition als Entsorgungspartner für Gewerbe, Handel und Industrie in der nordhessischen Region innehat.

# Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Nach gegenwärtiger Einschätzung der Geschäftsentwicklung ist für das laufende Geschäftsjahr 2015 von einer konstanten Vermögens- und Finanzlage wie in 2014 auszugehen.

Es wird in 2015 mit Umsatzerlösen in Höhe von ca. EUR 2,98 Mio. gerechnet. Des Weiteren wird von einem auf dem Niveau von 2013 erwirtschafteten Jahresergebnis 2015 ausgegangen.

# Korruptionsprävention

Spezielle Maßnahmen hinsichtlich einer Korruptionsprävention wurden nicht getroffen.

# Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2014 hat die Stadt Kassel keinen Zuschuss an die Gesellschaft geleistet.

# FiDT Fördergesellschaft für innovative Dienstleistungen und Techniken mbH

Sitz: Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRB 6185

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Planung, Errichtung, Verwaltung sowie das Betreiben und Managen eines

Zentrums in Kassel, das innovative Technik- und Dienstleistungsunternehmen

bei der Gründung in den ersten Jahren fördert und betreut.

Eigentümer: Stadt Kassel 50,50 %

IHK 19,80 %

Kasseler Sparkasse 19,80 %

Uni Kassel 4,95 % HWK 4,95 %

<u>Kapitalangaben:</u> Stammkapital 55.550 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 23. Mai 1995

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> Strecker, Berger + Partner

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Dr. Gerold Kreuter

# Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	903	900
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	69	131
Bilanzsumme	TEUR	6.577	6.216
Investitionen	TEUR	15	9
Fremd-Darlehen	TEUR	2.737	2.351
Personal	Anzahl	0	0
Eigenkapitalquote	%	36,3	41,8
Cash flow	TEUR	246	310
Verschuldungsgrad	Faktor	1,8	1,4
verscriuiuurigsgrau	raktoi	1,0	1,4

### Lagebericht

- Die Vermietungsquote betrug 2014 im Durchschnitt 88 %.
- Zum 31.12.2014 waren 79 Firmen und Institutionen als Mieter (Vj. 75) excl. Infrastrukturverträge und Parkplatzmieter im FiDT ansässig.
- Im Verlauf des Jahres 2014 belebte sich die Nachfrage nach schwachem Beginn deutlich und resultierte mit 14 Neueinzügen bei 10 Auszügen.
- Das Ausfallrisiko der Mieteinnahmen ist durch vollständig gezahlte Kautionen sehr gering.
   Betriebsseitige Ausfallrisiken sind durch Betriebsausfallversicherung abgedeckt.
- Der Trend zur Fluktuation der Mieter bleibt hoch. Bei recht hoher externer Nachfrage nach Räumen stieg die Nachfrage nach zusätzlicher Fläche aus dem Bestand ebenfalls an.
- Der Umsatz blieb annähernd auf Vorjahresniveau, die betrieblichen Aufwendungen konnten um 7,3 % (59,4 TEUR) gesenkt werden. Das Betriebsergebnis steigerte sich dadurch um 63,8 % (57,5 TEUR) gegenüber Vj. Latente Steuern wurden wie im Vorjahr ausgewiesen.

# Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Aufgrund bundesweit rückläufiger Gründerzahlen melden die Technologie- und Gründerzentren nachlassende Nachfrage und zurückgehende Vermietungsquoten. Im FiDT stellt sich die Lage deutlich besser da.

Das Risiko für FiDT wird sich durch wieder anziehende Vermietung auf der Einnahmeseite entspannen. Die Aufwendungen konnten zwischenzeitlich deutlich gesenkt werden. Insbesondere durch notwendige Gebäudeunterhaltung steigen diese eher weiter an. Der Kapitaldienst für die Errichtungsdarlehen belastet die Liquidität bis 2017 erheblich. Gemeinsam mit den Gesellschaftern bereitet die Geschäftsführung Maßnahmen zur Erhaltung der Liquidität in den Folgejahren vor.

# **Stand Korruptionsprävention**

Die Geschäftsführung hat entsprechend der Größe und der Tätigkeit des Unternehmens organisatorische Vorkehrungen (z. B. Zustimmungspflicht durch die Gesellschafterversammlung bei jährlichem Wirtschaftsplan und größeren Geschäften gemäß Geschäftsordnung sowie Vier-Augen-Prinzip) zur Korruptionsprävention ergriffen. Eine Dokumentation von Vorkehrungen zur Korruptionsprävention besteht nicht.

### Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehungen zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 (1) HGO sind für das Unternehmen erfüllt.

Die Stadt Kassel gewährte im Jahr 2014 eine Kapitaleinlage in Höhe von 80.600,00 €. Die von der Stadt Kassel gewährten Sicherheiten (Ausfallbürgschaften) belaufen sich zum 31.12.2014 auf 1.026.524,88 €. Von einer Verlustübernahme ist die Stadt Kassel nach dem Gesellschaftsvertrag freigestellt.

# Flughafen GmbH Kassel

Sitz: Calden

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRB 9201

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Verkehrsflughafen ab April 2013.

Eigentümer: Stadt Kassel 13 %

Landkreis Kassel 13 % Gemeinde Calden 6 % Land Hessen 68 %

<u>Kapitalangaben:</u> Stadt Kassel 132.850 €

Landkreis Kassel 132.850 € Gemeinde Calden 61.300 € Land Hessen 694.800 €

## Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 20. Dezember 1995 mit letzter Änderung vom 13. August 2001, Neufassung 30. Dezember 2003; Eintragung im Handelsregister

am 4. Februar 2004 mit weiterer Änderung am 17. Dezember 2008

Wirtschaftsprüfer: AKR Akzent Revisions GmbH

# Geschäftsführung (oder Vorstand):

Maria Anna Muller (bis 31. März 2014) Rolf Hedderich (bis 31. Juli 2014) Ralf Schustereder (ab 1. April 2014)

# Aufsichtsrat (oder Beirat):

Dr. Thomas Schäfer, Staatsminister (Vorsitzender)

Mathias Samson, Staatssekretär

Dr. Walter Lohmeier, Hauptgeschäftsführer

Bertram Hilgen, Oberbürgermeister (stellvertretender AR-Vorsitzender) Maik Mackewitz, Bürgermeister Gem. Calden (seit 16. April 2015)

Andreas Dinges, Bürgermeister Gem. Calden

Uwe Schmidt, Landrat (stellvertretender AR-Vorsitzender)

Prokurist: Lars Ernst, Ahnatal (seit 9. Februar 2015)

#### Kennzahlen

		2013 IST	2014 IST
Umsatzerlöse	TEUR	868,3	998,8
Ergebnis der gewöhnlichen	TEUR	000,5	990,0
Geschäftstätigkeit	TEUR	-6.711,7	-7.862,3
Bilanzsumme	TEUR	252.886,8	262.574,0
Investitionen	TEUR	43.152,7	19.566,6
Fremd-Darlehen	TEUR	0	0
Personal	Anzahl	133	146
Eigenkapitalquote	%	0	0
Cash flow	TEUR	-9.276,5	-5.338,5
Gesamtverschuldung	%	0,02	0,06
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	6,5	6,8
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen		6,78	8,03

### Lagebericht

Die Geschäftsführung stellt in ihrer Lagebeurteilung zunächst die Grundlagen des Unternehmens dar. Dabei werden insbesondere die Ziele der konstanten Entwicklung im Bereich der Flugbewegungen und Passagierzahlen sowie die Kundenzufriedenheit genannt. In diesem Zusammenhang hat sich die Flughafen GmbH Kassel zum Ziel gesetzt, den Lärmpegel – unter Berücksichtigung des Umweltschutzes – für die Nachbarn möglichst niedrig zu halten. Dies soll mithilfe verschiedener Messstellen, die den Gesamt-Schallpegel überwachen, erreicht werden. Mögliche andere Ursachen für Lärmbelästigungen können somit aufgedeckt werden.

Danach berichtet die Geschäftsführung von der gesamtwirtschaftlichen Lage und den branchenbezogenen Bedingungen. Im Zusammenhang mit der positiven deutschen Konjunktur, wonach das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2014 voraussichtlich um 1,2 % wachsen wird, können auch die Passagierzahlen deutscher Flughäfen ein deutliches Plus verzeichnen. Das Wachstum der Passagierzahlen beträgt rund 3 %. Dem Aufbau neuer Verbindungen stand im Berichtsjahr eine Verdichtung bestehender Streckennetze gegenüber, die sich zwar in Summe ausgleichen, für die zukünftigen Jahre jedoch von einem Wachstum diesbezüglich auszugehen ist. Auch die Luftfracht entwickelte sich mit einem Wachstum von +2,8 % positiv.

Die Geschäftsführung berichtet außerdem vom Geschäftsablauf der Flughafen GmbH Kassel. Im Wesentlichen konnten im Geschäftsjahr diverse Restarbeiten, betreffend den Hochbau, die luft- und landseitige Infrastruktur, die Navigations- und Befeuerungsanlagen sowie die Kläranlage Calden, abgeschlossen werden. Im Personalbereich wurden im Berichtsjahr weitere Mitarbeiter eingestellt, so dass die Mitarbeiterzahl von im Vorjahr 133 auf 146 Mitarbeiter angestiegen ist. Die Passagierzahlen betrugen im Geschäftsjahr 2014 47.088 (im Vorjahr: 46.557) und die Anzahl der Flugbewegungen 26.419 (im Vorjahr: 22.891).

Im Zusammenhang mit der Vermögens-, Finanz-, und Ertragslage konnte im Berichtsjahr die Liquidität der Gesellschaft durch die vorübergehende Inanspruchnahme der von zwei Banken gewährten Kontokorrent-Kredite sichergestellt werden.

Während erster Anlaufschwierigkeiten im Jahr 2013 richtet der Flughafen seine Strategie auf die langfristige prognostizierte Entwicklung des Luftverkehrsmarkts weiter aus. Nach wie vor stehen im Fokus der Vertriebspolitik ein stabiler Flugplan und ein nachhaltiges, organisches Wachstum. Das Ziel

der Flughafen GmbH Kassel für 2014, Vertrauen im Markt zu gewinnen und eine stabile Weiterentwicklung des jungen Regionalflughafens voranzutreiben, konnte bereits erreicht werden. Das Verkehrsaufkommen entsprach den aufgestellten Prognosen und stellt daher einen Fortschritt dar.

Im Chancen und Risikobericht ist die Geschäftsführung zunächst auf das Risikomanagement eingegangen, welches ein laufendes Monitoring sowie die Steuerung aller wesentlichen Risiken umfasst. Durch die monatliche Berichterstattung über die Entwicklung des Luftverkehrs und die wesentlichen Kennzahlen der Finanzbuchhaltung soll diesbezüglich auf eintretende Veränderungen eingegangen werden können.

Risiken sieht die Geschäftsführung zum einen allgemein aufgrund der schwierigen Situation in der europäischen Luftverkehrsbranche. Im Interkontinentalverkehr sind die europäischen Netzcarrier getrieben von der Marktmacht der Fluggesellschaften aus der Golfregion. Zudem werden deutsche Fluggesellschaften für Flüge im Inlandsverkehr mit der Luftverkehrssteuer belastet.

Im Rahmen der finanzwirtschaftlichen Risiken erläutert die Geschäftsführung zudem, dass durch das laufende Notifizierungsverfahren ein Risiko zur Rückzahlungsverpflichtung der gezahlten Beihilfen besteht. Eine Rückzahlung ist für die Gesellschaft aufgrund der aktuellen Finanzausstattung nicht möglich und würde zur Zahlungsunfähigkeit der Gesellschaft führen. Mit einer entsprechenden Entscheidung durch die EU ist jedoch wahrscheinlich nicht innerhalb der nächsten zwei Jahre zu rechnen. Der Eintritt dieses Ereignisses ist derzeit offen.

## Analyse des Geschäftsverlaufes

Im Personalbereich wurden im Berichtsjahr weitere Mitarbeiter eingestellt, so dass die Mitarbeiterzahl von im Vorjahr 133 Mitarbeiter auf 146 Mitarbeiter angestiegen ist. Darüber hinaus gab es im Jahr 2014 Gehaltsanpassungen entsprechend der tariflichen Vereinbarungen.

Die Entwicklung der aktuellen Verkehrszahlen ergibt sich wie folgt: Im Jahr 2014 betrugen die Passagierzahlen 47.088 (im Vorjahr: 46.557) und die Anzahl der Flugbewegungen 26.419 (im Vorjahr: 22.891). Die Luftfracht/Luftpost betrug 2014 49 t (im Vorjahr: 31,7 t).

### Prognosebericht/Risikoeinschätzung

### **Prognose**

Die Flughafen GmbH Kassel steht in ständigem Kontakt mit einer Vielzahl von Luftverkehrsgesellschaften, um das Angebot zu erweitern. Diese Gespräche beziehen sich sowohl auf langfristig, strategische Ziele als auch auf kurzfristige Ziele. Im Rahmen dieser Gespräche werden auch bereits konkrete Verhandlungen für den Sommerflugplan 2016 geführt. Dabei zeichnet sich ab, dass das organische und nachhaltige Wachstum sich auch in 2016 fortführen wird. Die Flughafen GmbH Kassel führt ebenfalls konkrete Verhandlungen über die dauerhafte Stationierung eines Flugzeugs. Auch verhandelt die Flughafen GmbH Kassel mit Luftverkehrsgesellschaften über die Etablierung eines Netzwerkcarriers und die Einführung von point-to-point Verbindungen außerhalb des klassischen touristischen Sektors.

Die Flughafen GmbH Kassel führt ebenfalls Verhandlungen mit lukrativen Partnern über die Ansiedlung von luftfahrtaffinem Gewerbe am Standort. Zwei langfristig angelegte Projekte stehen kurz vor Vertragsabschluss.

Die Flughafen GmbH Kassel erwartet für das Jahr 2015 eine weitere Steigerung des Verkehrsaufkommens. Insgesamt werden rd. 67.000 Passagiere für das Jahr 2015 erwartet, davon rd. 53.000 im Bereich der Verkehrsluftfahrt.

Es wird erwartet, dass die Verluste der Flughafen GmbH Kassel in den nächsten Jahren sinken werden. Für das Jahr 2015 erwartet die Flughafen GmbH Kassel einen Verlust von rd. 5,5 Mio. Euro.

### Risikoeinschätzung

#### Branchenrisiken

Die europäische Luftverkehrsbranche befindet sich insgesamt immer noch in einer schwierigen Situation. Im Interkontinentalverkehr sind die europäischen Netzcarrier getrieben von der Marktmacht der Fluggesellschaften aus der Golfregion und zunehmend auch der Türkei, die erfolgreich Passagiere aus dem europäischen Markt über Drehkreuze im Ausland befördern. Der Erfolg der Low-Cost-Anbieter wiederum zwingt die Netzcarrier in einen Konkurrenzkampf im Kontinentalverkehr. Die deutschen Fluggesellschaften werden, speziell für Flüge im Inlandsverkehr, zudem mit der 2011 eingeführten Luftverkehrssteuer belastet. Aus diesem Grund kämpfen finanziell schwächere Airlines um ihre Existenz oder mussten bereits den Betrieb einstellen. Alle anderen Fluggesellschaften sind gezwungen, sich mit Sparmaßnahmen und einer Anpassung der Flugzeugflotte zu befassen. So besteht unter anderem im Kurz- und Mittelstreckenverkehr die Tendenz, kleineres Fluggerät zur Ausnutzung von Größenvorteilen vermehrt durch größere Flugzeuge zu ersetzen. Darüber hinaus sehen sich die Netzcarrier in zunehmendem Maße zu Konsolidierungsmaßnahmen im Hinblick auf die Verbindungsanzahl gezwungen. So hat Lufthansa zum Beispiel den unrentablen Europaverkehr im Rahmen des Programms »Score« für dezentrale Verkehre auf die Lufthansa-Tochter Germanwings verlagert und bedient diesen Verkehr nur mehr an den Drehkreuzen mit eigenem Fluggerät. Von Lufthansa und Germanwings bisher in Konkurrenz doppelt bediente Strecken werden nur mehr von Lufthansa bedient. Auch airberlin versucht mit der Konzentration auf eine geringere Anzahl von Hub-Flughäfen künftig wieder positive Betriebsergebnisse zu erreichen.

# Leistungswirtschaftliche Risiken

Derzeit ist eine Luftverkehrsgesellschaft sehr stark präsent und generiert den größten Teil des Passagier- und Verkehrsaufkommens im Bereich der Verkehrsluftfahrt. Eine Einstellung des Flugbetriebs dieser Luftverkehrsgesellschaft würde zu einem starken Rückgang der Passagierzahlen und des Verkehrsaufkommens führen. Bei einem Rückgang der Passagierzahlen und des Verkehrsaufkommens ist eine Anpassung der Anzahl der Mitarbeiter nur begrenzt möglich. Denn die Flughafen GmbH Kassel muss verkehrsunabhängig eine bestimmte Anzahl von Mitarbeitern aufgrund von gesetzlichen Vorgaben vorhalten. Dies würde zu einer Belastung des Ergebnisses führen. Die Einstellung des Flugverkehrs durch diese Luftverkehrsgesellschaft ist nicht wahrscheinlich, da eine langfristig angelegte Kooperation mit dieser Luftverkehrsgesellschaft besteht.

# Finanzwirtschaftliche Risiken

Die der Flughafen GmbH Kassel von ihren Gesellschaftern gewährten Betriebsbeihilfen (Ausgleich von Betriebsverlusten) stellen Beihilfen dar, die gemäß Art. 108 Abs. 3 AEUV der Kommission zu notifizieren sind und von ihr genehmigt werden müssen.

Die Europäische Kommission hat am 19. Februar 2014 eine Mitteilung – Leitlinien für staatliche Beihilfen für Flughäfen und Luftverkehrsgesellschaften ("Leitlinien") zirkuliert. Die Leitlinien enthalten wesentliche neue Anhaltspunkte dafür, unter welchen Voraussetzungen die Kommission staatliche Unterstützungen an Flughäfen und an Fluglinien gemäß Artikel 107 Abs. 3 und 106 Absatz 2 AEUV als beihilfekonform ansieht.

Die Leitlinien bestätigen die Rechtsprechung des EuGH, wonach der Betrieb eines Flughafens mit all seinen Einzelaktivitäten eine wirtschaftliche Tätigkeit darstellt, also beihilferechtsrelevant ist. Ausgenommen sind lediglich die hoheitlichen Tätigkeiten der "Flugsicherung, Polizei, Zoll, Feuerwehr und Luftsicherheit". Notwendige Kosten hierfür sind ausgleichsfähig, soweit eine Überkompensation ausgeschlossen ist und eine getrennte Kostenführung eingerichtet ist.

Die Leitlinien sehen die Gewährung von Beihilfen in Form von Ausgleichszahlungen für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse ("DAWI") auf Grundlage einer Betrauung eines Flughafens nach dem sog. DAWI-Beschluss als möglich an.

Betriebsbeihilfen an Flughäfen können nach Artikel 107 Absatz 3 c) AEUV für einen Übergangszeitraum von 10 Jahren ab Veröffentlichung der Leitlinien ("Übergangszeitraum") als gerechtfertigt angesehen werden. Der der Notifizierung zu Grunde liegende Businessplan muss grundsätzlich einen Weg zur vollständigen Kostendeckung bis zum Ende des Übergangszeitraums aufzeigen. Grundsätzlich beträgt die Höchstbeihilfeintensität über den gesamten 10-Jahres-Übergangszeitraum 50 % der ursprünglichen Finanzierungslücke. Für Flughäfen bis 700.000 Passagiere beträgt die Höchstbeihilfeintensität 80 % der ursprünglichen Finanzierungslücke für einen Zeitraum von fünf Jahren. Die Vor-Anmeldung wurde am 19.05.2015 bei der Europäischen Kommission eingereicht.

Die Betriebsbeihilfen stellen nach Auffassung der Flughafen GmbH Kassel und deren Gesellschafter Beihilfen gemäß Art. 107 Abs. 1 AEUV dar, die auf der Grundlage der Mitteilung der Kommission – Leitlinien für staatliche Beihilfe für Flughäfen und Luftverkehrsgesellschaften (Flughafen-Leitlinien) aus Gründen der Verkehrs-, Regional- und Wirtschaftsentwicklung gemäß Art. 107 Abs. 3 lit. c) AEUV gerechtfertigt sind, da sie die Voraussetzungen der Rdnr. 79, 113-134 der Flughafen-Leitlinien erfüllen. Wie die Kommission bereits in ihren drei Genehmigungsbeschlüssen für die Investitionskosten festgestellt hat, diente der Bau und dient der Betrieb des Flughafens klar definierten verkehrs-, regional- und strukturpolitischen Zielen von allgemeinem Interesse. Die geplanten Betriebsbeihilfen sind auch erforderlich. Denn die Flughafen GmbH Kassel kann als Flughafen mit aktuell weniger als 200.000 Passagieren im Jahr ihre Betriebskosten weitgehend nicht selbst tragen und kann daher die Weiterentwicklung und den Betrieb ohne öffentliche Förderung nicht gewährleisten. Die geplanten Betriebsbeihilfen sind auch geeignet, die angestrebten verkehrs-, regional- und strukturpolitischen Ziele zu erreichen.

Weniger verfälschende Instrumente sind nicht ersichtlich. Es liegt ein Anreizeffekt vor, da ohne die Betriebsbeihilfen die wirtschaftliche Tätigkeit nicht existieren würde und eine Weiterentwicklung unmöglich wäre. Der auf der Grundlage des Businessplans geplante Beihilfebetrag ist auch angemessen. Unter Berücksichtigung der Kostenerstattung für hoheitliche Aufgaben und der geplanten DAWI-Ausgleichsleistungen wird die zulässige Beihilfehöchstintensität für Flughäfen mit bis zu 700.000 Passagieren eingehalten.

Der Businessplan legt zugrunde, dass die Flughafen GmbH Kassel mit der Erbringung von DAWI im Bereich der Allgemeinen Luftfahrt betraut wird und hierfür DAWI-Ausgleichsleistungen im Rahmen des Beschlusses 2012/21/EU der Kommission vom 20. Dezember 2011 erhält. Nach Auffassung der Flughafen GmbH Kassel und deren Gesellschafter stellen die DAWI-Ausgleichsleistungen gemäß Art. 1 und 2 Abs. 1 e) des Beschlusses 2012/21/EU der Kommission vom 20. Dezember 2011 als mit dem Binnenmarkt vereinbare und damit nicht gemäß Art. 108 Abs. 3 AEUV anmeldepflichtige Beihilfen dar. Sie wurden aber aus Gründen der Rechtssicherheit angemeldet. Nach den Flughafen-Leitlinien kann zwar nur in wohlbegründeten Fällen der Betrieb eines Flughafens insgesamt als DAWI betrachtet werden. Daneben können jedoch Flughäfen einzelne gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen auferlegt werden. Diese sollten sich gem. den Flughafen-Leitlinien angesichts der besonderen Anforderungen im Bereich der Luftverkehrsdienste und der Liberalisierung der Luftverkehrsmärkte nicht auf die Entwicklung gewerblicher Luftverkehrsdienste erstrecken. Nach der Auffassung der Flughafen GmbH Kassel und deren Gesellschafter ist eine Teil-Betrauung der Flughafen GmbH Kassel, z.B. mit bestimmten Pflichten zum Betrieb des Regionalflughafens im Bereich der Allgemeinen Luftfahrt, beihilferechtskonform. Grundsätzlich kommen für eine DAWI-Betrauung – abgesehen von einer schwer realisierbaren Gesamtbetrauung – sämtliche besonderen Aufgaben in Betracht. Vorliegend wird die Flughafen GmbH Kassel mit den gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen zum Betrieb des Flufhafens und der Erbringung von Flughafendiensten, die mit der Allgemeinen Luftfahrt in Zusammenhang stehen, betraut.

Allgemeine Luftfahrt (General Aviation) bezeichnet dabei grundsätzlich die zivile Luftfahrt mit Ausnahme des Linien- und Charterverkehrs. Sie umfasst bestimmte gewerbliche und jegliche private Flüge, die sowohl nach den Regeln für Sichtflüge als auch für Instrumentenflüge durchgeführt werden können, zum Beispiel von Leichtflugzeugen, Geschäftsreiseflugzeugen oder von Rettungshubschraubern. Im Kern entspräche der Umfang der DAWI damit dem Luftverkehr, der zuletzt vom früheren Verkehrslandeplatz vor dessen Ausbau durchgeführt wurde. Im Einklang mit den Vorgaben der Flughafen-Leitlinien erstreckt sich die Betrauung nicht auf die Entwicklung gewerblicher Luftverkehrsdienste.

Der Businessplan legt weiter zu Grunde, dass die Flughafen GmbH Kassel für die Übernahme von hoheitlichen Aufgaben eine Kostenerstattung erhält. Nach ständiger Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union ("EuGH") gehören Tätigkeiten, für die normalerweise der Staat aufgrund seiner hoheitlichen Befugnisse zuständig ist, nicht zu den Tätigkeiten wirtschaftlicher Art und unterliegen grundsätzlich nicht den Vorschriften über staatliche Beihilfen. Im Hinblick auf Tätigkeiten auf einem Flughafen gehören hierzu insbesondere die Tätigkeiten in den Bereichen Flugsicherung, Polizei, Zoll, Brandbekämpfung, Schutz der zivilen Luftfahrt vor unrechtmäßigen Eingriffen. Diese Rechtsprechung hat auch die Kommission in ständiger Praxis und zuletzt in ihren Leitlinien für staatliche Beihilfe für Flughäfen und Flugverkehrsgesellschaften vollständig anerkannt.

# Kassel documenta Stadt

Speziell im Fall Kassel-Calden hat die Kommission in ihrem Beschluss vom 25. Juli 2012 zur Genehmigung der dritten Tranche der Investitionsbeihilfen für den Ausbau des Regionalflughafens Kassel-Calden festgestellt, dass die Kosten für "Sicherheits- und Polizeifunktionen, Maßnahmen des Brandschutzes und der öffentlichen Sicherheit, die betriebliche Sicherheit, den Deutschen Wetterdienst und die deutsche Flugsicherung" "offensichtlich hoheitlichen Aufgaben entsprechen".

Vor dem Hintergrund, dass die Kommission sämtliche hoheitlichen Aufgaben, für welche im Businessplan der Flughafen GmbH Kassel Kostenerstattungen vorgesehen sind, in ihren Kassel-Calden-Entscheidungen als solche hoheitliche Aufgaben und die Investitionskosten für diese Tätigkeiten als beihilfefrei qualifiziert hat, geht die Flughafen GmbH Kassel davon auf, dass auch die Kostenerstattungen für die Erbringung dieser Tätigkeiten beihilfefrei sind.

Die Flughafen GmbH Kassel geht davon aus, dass das gesamte Prüfverfahren über die Betriebsbeihilfen einschließlich der DAWI-Ausgleichsleistungen (sowie auch der Kostenerstattungen für hoheitliche Tätigkeiten) mindestens zwei Jahre, wahrscheinlich sogar länger dauern wird.

Ob letztlich die Kommission Gesamt- und insbesondere Teilbetrauungen von Kleinstflughäfen wie der Regionalflughafen Kassel-Calden mit DAWI, z.B. für den Betrieb zu Zwecken der allgemeinen Luftfahrt, verhindern oder zulassen wird – und ob letztlich insgesamt die notifizierten Betriebsbeihilfen auf der Grundlage des vorgestellten künftigen betrieblichen Gesamtkonzepts genehmigen werden – erscheint offen.

Die Kommission ist sich, wie aus den Flughafen-Leitlinien klar hervorgeht, darüber im Klaren, dass ihr grundsätzliches Ziel, dass sich auch Kleinstflughäfen innerhalb der kommenden 10 Jahre ohne den Ausgleich von Betriebsverlusten eigenständig finanzieren, sehr unsicher ist, und hat daher bereits in den Flughafen-Leitlinien eine kurzfristige Überprüfung angekündigt.

Soweit die Kommission die der Flughafen GmbH Kassel von ihren Gesellschaftern gewährten Betriebsbeihilfen (Ausgleich von Betriebsverlusten) als unzulässige Beihilfen ansieht, könnte dies zu einer Rückforderung durch die Gesellschafter führen, die bestandsgefährdend sein könnte.

Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgt in einem wesentlichen Maß durch die von zwei Banken eingeräumten Kontokorrent Krediten und durch Zahlungen der Gesellschafter. Da die Kreditlinie bei den Kontokorrent Krediten nicht ausreichend ist, um die Verluste auszugleichen und die Liquidität zu sichern, ist die Flughafen GmbH Kassel auf die Zahlung durch die Gesellschafter angewiesen.

# Sonstige Risiken

Allgemeine Einflüsse durch politische Unruhen, erhöhte Kerosinpreise oder Luftfahrtunglücke könnten das Reiseverhalten der Zielgruppe beeinflussen bzw. Auswirkungen auf die möglichen Reiseziele haben. Dies könnte zu einem Rückgang des Flugverkehrs und somit zu verminderten Einnahmen führen.

Ein signifikanter Rückgang des Verkehrsaufkommens aufgrund von allgemeinen Einflüssen ist nicht wahrscheinlich.

# Korruptionsprävention

Die strikte Trennung zwischen Vollzug und Anweisung ist durch schriftliche Anweisung geregelt und wird laufend von der Geschäftsleitung kontrolliert. Die Einhaltung des Vieraugenprinzips ist auf allen Arbeitsebenen schriftlich angeordnet und wird permanent überwacht. Bei Vergaben wird die Angemessenheit von Preisen durch förmliche Ausschreibungsverfahren und Einholung von Vergleichsangeboten gewährleistet.

Bei den das Ausbauvorhaben betreffenden Ausschreibungen wird der gesamte Prozess von einem externen Rechtsberater begleitet.

### Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

Im Wirtschaftsjahr 2014 hat die Stadt Kassel an die Gesellschaft einen Zuschuss zum Ausgleich des Jahresfehlbetrages 2013 in Höhe von 862.480,29 € geleistet. Zudem wurde ein Baukostenzuschuss in Höhe von 106.992,63 € gewährt.

# **GRIMMWELT Kassel gGmbH**

Sitz: Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRB 16279

Rechtsform: gGmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Förderung von Erziehung und Berufsbildung sowie Kunst und Kultur mittels

Betrieb der GRIMMWELT Kassel als wissenschaftlich fundierter Freizeitanlage mit Lern- und Erlebnisausstellungen zur Erfahrung der Märchenwelt der Brüder

Grimm und der deutschen Sprache in neuartiger Form mit gleichzeitig

unterhaltendem und edukativem Charakter.

Eigentümer: Stadt Kassel 100 %

Kapitalangaben: Stammkapital 25.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 23. Oktober 2013

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> acp Treuhand GmbH, Bad Wildungen

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Susanne Völker

#### Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	10,000	15,710
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	8,139	-49,040
Bilanzsumme	TEUR	663,867	715,336
Investitionen	TEUR	24,250	40,307
Fremd-Darlehen	TEUR	0,000	0,000
Personal	Anzahl	0	0
Eigenkapitalquote	%	12,44	24,96
Cash flow (nur AFA)	TEUR	+9,139	-42,007
Gesamtverschuldung	%	-	-
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0	0

# Lagebericht

Die Gründung der GRIMMWELT Kassel gGmbH wurde in der Stadtverordnetenversammlung am 10. Dezember 2012 beschlossen. Daraufhin erfolgte die Gründung als 100 %-ige Tochter der Stadt Kassel am 23. Oktober 2013.

Im Jahr 2014 lagen die Schwerpunkte der Tätigkeiten im Aufbau der eigenen Betriebs- und Organisationsstrukturen, in vorbereitenden Maßnahmen zur Akquirierung von Personal sowie in der

Planung und Durchführung von Marketing- und Öffentlichkeitsaktivitäten, die einer Bewerbung des Ausstellungshauses GRIMMWELT dienten. Die Aufnahme des eigentlichen Geschäftsbetriebs wird erst im Geschäftsjahr 2015 mit der Eröffnung des Ausstellungshauses erfolgen.

## Analyse des Geschäftsverlaufes

Nach einem leichten Jahresüberschuss im Jahr 2013 wurde in 2014 ein Fehlbetrag in Höhe von ca. 49.000 € erwirtschaftet. Die betrieblichen Aufwendungen bestehen im Wesentlichen aus Aufwendungen für Marketingmaßnahmen und Rechts- und Beratungskosten, die im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Aufbau der Strukturen der Gesellschaft stehen.

Das Anlagevermögen hat sich durch Zugänge in Höhe von ca. 40.000 € erhöht. Die Anlageintensität (Verhältnis von Anlagevermögen zur Bilanzsumme) ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die Intensität des Umlaufvermögens (Verhältnis von Umlaufvermögen zur Bilanzsumme) ist leicht gesunken. Das wirtschaftliche Eigenkapital ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Ausschlaggebend hierfür sind Einzahlungen der Gesellschafterin in die Kapitalrücklage der Stadt.

## Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Für Anfang September 2015 ist die Fertigstellung und Eröffnung der neuen GRIMMWELT vorgesehen. Die Errichtung des Gebäudes erfolgt durch die Stadt Kassel. Diese verpachtet die GRIMMWELT bis mindestens zum 31. August 2030 an die GRIMMWELT Kassel gGmbH.

Mit Eröffnung des Ausstellungshauses wird die GRIMMWELT Kassel gGmbH ihren "Regelbetrieb" aufnehmen. Es wird mit einer jährlichen Besucherzahl zwischen 80.000 und 100.000 Personen gerechnet, was eine Erhöhung sowohl der Erträge als auch der Aufwendungen zur Folge haben wird.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses waren keine bestandsgefährdenden oder andere wesentliche Risiken für die GRIMMWELT Kassel gGmbH erkennbar.

# Korruptionsprävention

Die Maßnahmen zur Korruptionsprävention lehnen sich an die Regelungen zur Korruptionsprävention der Stadt Kassel an. Dazu zählt unter anderem die Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips und der einschlägigen Vergaberegelungen.

### Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Die Gesellschaft verfolgt gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Der Gesellschaftszweck wird insbesondere durch die Förderung der Erziehung und Bildung sowie der Kultur verwirklicht. Da es sich demnach um eine Tätigkeit nach § 121 Abs. 2 HGO handelt, entfällt eine Prüfung der Voraussetzungen nach § 121 Abs. 1 HGO.

Im Wirtschaftsjahr 2014 hat die Stadt Kassel insgesamt 145.000 € in die Kapitalrücklage der GRIMMWELT Kassel gGmbH eingezahlt.

# GWG Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Kassel mbH

Sitz: Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRB 2022

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten in allen

Rechts- und Nutzungsformen.

Eigentümer: Stadt Kassel 100 %

Beteiligungen: GWG Haus- und Baudienste GmbH 100 %

<u>Kapitalangaben:</u> gezeichnetes Kapital 10.600.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 1. März 1991 in der Fassung vom 23. November 2004

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> Strecker, Berger + Partner Wirtschaftsprüfungs - und Steuerberatungs -

gesellschaft, Kassel

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Peter Ley

Aufsichtsrat (oder Beirat):

Dr. Jürgen Barthel, Vorsitzender

Christof Nolda, stellvertretender Vorsitzender

Dr. Willi Hilfer Wolfram Kieselbach Judith Boczkowski Dr. M. Ismail Resai Dr. Michael von Rüden Hans Joachim Schleißing

Hajo Schuy Volker Zeidler

### Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	42.809	43.941
Ergebnis	TEUR	4.262	4.420
Bilanzsumme	TEUR	228.915	229.245
Anlagevermögen	TEUR	212.628	214.670
Investitionen	TEUR	10.637	10.810
Fremd-Darlehen	TEUR	169.396	165.367
Personal	Anzahl	102	105
Eigenkapitalquote	%	24,8	26,4
Cash flow	TEUR	10.730	11.960
Gesamtverschuldung	%	74,0	72,1
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	420	419
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,12	0,12

### Lagebericht

Der regionale Wohnungsmarkt hat sich parallel zur Wirtschaftsdynamik der Stadt Kassel überdurchschnittlich gut entwickelt. Seit 2009 ist Vollvermietung und eine deutlich spürbare Aufwärtsentwicklung der Miet- und Immobilienpreise zu verzeichnen. Die Wirtschaftswoche berichtete in ihrer Online-Ausgabe vom Februar 2015, dass "... die Mieten und Häuserpreise seit 2009 rasant steigen. Kassel hängt alle Metropolen ab". Unter Deutschlands 50 größten Städten belegt Kassel Platz 1 in Bezug auf den Anstieg der Mietpreise. Die Neuvermietungen sind während des Betrachtungszeitraumes um 30,8 % gestiegen, mehr als irgendwo sonst in Deutschland. Mit einem Plus von 45,4 % bei den Immobilienpreisen rangiert Kassel seit Jahren in den Top-Ten. Unter Zugrundelegung des RDM/IVD-Mietspiegels beträgt die Steigerungsrate innerhalb des Betrachtungszeitraumes sogar 43 %. Bei dem deutlichen Anstieg der Miet- und Immobilienpreise ist zu berücksichtigen, dass die Ausgangsbasis, das Jahr 2009, als extrem niedrig anzusehen ist. Heute befinden sich die Miet- und Immobilienpreise auf dem Niveau vergleichbarer Städte.

Circa 16,5 % der Kasseler Bevölkerung leben in sogenannten Bedarfsgemeinschaften und erhalten Leistungen nach Hartz IV und SGB XII. Der Anteil innerhalb der GWG-Kunden wird auf ca. 30 % geschätzt. Für die Wohnraumversorgung dieser einkommensschwachen Bevölkerungsschichten sieht sich die GWG als städtisches Wohnungsunternehmen gerade aufgrund deutlich gestiegener Mieten in einer besonderen Verantwortung. 96 % der Bestandsmieten und 85 % der Neuvermietungsmieten liegen daher unterhalb der Mietobergrenzen des Unterkunftsbedarfs der Stadt Kassel. In Relation zu dem prozentualen Anteil der Bedarfsgemeinschaften in der Bevölkerung ist dies das 5,8 - bzw. 5.2 - fache. Allgemeine Mieterhöhungen und Erhöhungen im Rahmen von Modernisierungsmaßnahmen werden bei einkommensschwachen Haushalten bei der Mietobergrenze für den Unterkunftsbedarf gekappt.

Früher galt, je besser der Standort, desto höher die Nachfrage. Heute erfreuen sich Objekte mit mittlerer Standortqualität zunehmender Beliebtheit. Dies trifft zum Teil auch auf Standorte mit bisher geringerer Attraktivität zu. Nach wie vor gilt, dass sich die Qualität der Ausstattung an der des Standorts orientiert.

# Analyse des Geschäftsverlaufes

Die GWG setzt nicht auf Reduzierung der Objektinvestitionen zur Verbesserung des Bilanzergebnisses. Vielmehr orientiert das Unternehmen seine weitsichtige Investitionspolitik an der Zukunftsfähigkeit seiner Produkte. Durch eine effektive Modernisierungstätigkeit, gestiegene Betriebs- und (Energie-) kosten und Mietpreisanpassungen konnten die Umsatzerlöse im Berichtsjahr 2014 deutlich erhöht und das Jahresergebnis mit 4.420 TEUR weiter gesteigert werden. Die Bestandsinvestitionen beliefen sich auf Vorjahresniveau. Die Kapitalaufnahme beschränkte sich im Wesentlichen auf Fördermittel des Landes Hessen und der Kreditanstalt für Wiederaufbau und liegt seit Jahren deutlich unter der Tilgung. Diese Finanzpolitik ist ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmensentschuldung. Demzufolge stieg die Eigenkapitalquote auf 26,4% (Vorjahr 24,8%). Aufgrund der soliden Finanzstruktur wird dem Unternehmen seit Jahren die "Notenbankfähigkeit" bestätigt. Bei ihren Darlehensgebern wird die GWG zwischenzeitlich bestmöglich geratet. Verkäufe fanden nur im geringen Umfang statt und dienten vorrangig der Bestandsoptimierung und Quartiersstabilisierung.

# Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Die betriebswirtschaftliche Situation des Unternehmens hat sich in den letzten Jahren deutlich verbessert und kann auch weiterhin als sehr gut bezeichnet werden. Die GWG wird auch in Zukunft wirtschaftlich erfolgreich agieren und ihre Aufgaben als kommunales Wohnungsunternehmen sozial und kompetent wahrnehmen und weiter entwickeln. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, insbesondere die regionalen, sind dafür hervorragend, den eingeschlagenen Erfolgskurs konsequent fortzuführen und dessen anspruchsvolle Ziele zu verfolgen.

Die Chancen des Unternehmens, auch in Zukunft erfolgreich am Markt zu agieren, liegen in der Beibehaltung der hohen Investitionen zur Verbesserung der Produktqualität sowie Produktdifferenzierung zu anderen Mitbewerbern, der Weiterentwicklung von Marketingmaßnahmen und dem Ausbau von individuellen Service- und Dienstleistungen. Durch den Abschluss von langfristigen Darlehensverträgen und vorzeitigen Zinsfestschreibungen wird das niedrige Zinsniveau auch für die Zukunft genutzt und gesichert. Die zunehmende Unternehmensentschuldung trägt ebenfalls zur Risikominimierung bei.

### Korruptionsprävention

Zur Korruptions-Prävention wurden 2010 "Verhaltensrichtlinien der GWG gegen Vorteilsnahme und Korruption" erstellt, umgesetzt und weiterentwickelt.

### Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

Im Wirtschaftsjahr 2014 hat die Stadt Kassel Sicherheiten (Ausfallbürgschaften) in Höhe von 13.409.912,53 € gegenüber der GWG gewährt. Ein Zuschuss zum Wohnungsbau ist in der Höhe von 149.000 € geflossen.

## GHB GWG Haus- und Baudienste GmbH (GWG)

Sitz: Kassel

<u>Handelsregister:</u> Amtsgericht Kassel, HRB 6553

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Wohnungsnahe und wohnungsbezogene Dienstleistungen; Baubetreuung und

Bauträgergeschäft; Erwerb und Betrieb wohnungsnaher

Infrastruktureinrichtungen; Dienstleistungen auf dem Gebiet der Bewirtschaftung von Gebäuden verschiedenster Nutzungsarten.

<u>Eigentümer:</u> Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Kassel 100 %

<u>Kapitalangaben:</u> Stammkapital 26.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 7. November 1996 in der Fassung vom 13. April 2006

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> Strecker, Berger + Partner Wirtschaftsprüfungs - und Steuerberatungs -

gesellschaft, Kassel

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Peter Ley

Aufsichtsrat (oder Beirat):

Dr. Jürgen Barthel, Vorsitzender

Christof Nolda, stellvertretender Vorsitzender

Dr. Willi Hilfer Wolfram Kieselbach Judith Boczkowski Dr. M. Ismail Resai Dr. Michael von Rüden Hans Joachim Schleißing

Hajo Schuy Volker Zeidler

#### Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	2.076	2.157
Ergebnis	TEUR	476	526
Ergebnisabführung	TEUR	476	526
Bilanzsumme	TEUR	854	884
Anlagevermögen	TEUR	778	719
Investitionen	TEUR	0	0
Fremd-Darlehen	TEUR	822	851
Personal	Anzahl	0	0
Eigenkapitalquote	%	3,1	2,9
Cash flow	TEUR	535	586
Gesamtverschuldung	%	96,3	96,3
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-	_

### Lagebericht

Die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft wird von den Geschäftsfeldern

- Breitbandkabelversorgung,
- Fotovoltaikanlagen,
- Abrechnungsdienstleistungen,
- Blockheizkraftwerke und
- WEG-Verwaltung

#### geprägt.

Die Ertragslage war in den letzten Jahren im Wesentlichen unverändert. Der Jahresüberschuss wird zu 100 % an die GWG abgeführt.

### Analyse des Geschäftsverlaufes

Das Jahresergebnis konnte um 50 T€ (+10,5 %) auf 526 T€ gesteigert werden. Die Eigenkapitalquote liegt bei 2,9 % (i.V. 3,1 %). Auf Grund des Ergebnisabführungsvertrages mit der GWG findet keine kontinuierliche Bildung von Eigenkapital statt.

### Prognosebericht/Risikoeinschätzung

2010 hat ein Mitarbeiter der GWG ein "Verfahren und System zur Regelung von Einrohrheizungssystemen" entwickelt. Das entsprechende Patent wurde am 07.10.2011 angemeldet und am 30.10.2014 erteilt. Die Vermarktung des Patents erfolgt über die GHB. Das Unternehmen hat dafür speziell eine Vermarktungsstrategie und ein Kommunikationskonzept entwickelt. Zielgruppe sind zunächst die Mitglieder der technischen Ausschüsse der Regionalverbände des GdW (Gesamtverband der Wohnungswirtschaft). Die Umsetzung erfolgt ab Mai 2015 unter dem neu geschaffenen Geschäftsfeld und Markennamen "indiControl". Im Rahmen der Patentvermarktung hat die GHB ihren Unternehmensnamen ab 30.03.2015 in GWG Service GmbH geändert.

Risiken und andere außerordentliche Einflüsse, die das Ergebnis oder die Bilanzsituation der Gesellschaft negativ beeinflussen können, sind nicht erkennbar. Mögliche Risiken im Rahmen der Vermarktung des Patents wurden gemeinsam mit Fachanwälten und Wirtschaftsprüfern analysiert und bewertet. Die gewählte Vertriebsstrategie stellt ein Höchstmaß an Vermarktungssicherheit unter weitgehendem Ausschluss von Regress- und Ersatzansprüchen dar.

# Korruptionsprävention

Zur Korruptionsprävention wurden 2010 "Verhaltensrichtlinien der GHB gegen Vorteilsnahme und Korruption" erstellt, umgesetzt und weiterentwickelt.

# Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

Im Wirtschaftsjahr 2014 hat die Stadt Kassel Sicherheiten (Ausfallbürgschaften) in Höhe von 625.807,90 € gegenüber der GHB gewährt.

# **HLG Hessische Landgesellschaft mbH**

Sitz: Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRB 2632

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft des Landes Hessen,

Staatliche Treuhandstelle für ländliche Bodenordnung,

Sanierungs - und Entwicklungsträger nach dem Baugesetzbuch,

Domänenverwaltung für das Land Hessen,

Integriertes Flächenmanagement für den Straßenbau in Hessen,

Ökoagentur für das Land Hessen.

Eigentümer: Land Hessen 61,92 %

Landesbank Hessen Thüringen Girozentrale 37,11 %

Hessischer Bauernverband e.V. 0,35 %

Stadt Kassel 0,11 %

und weitere 13 Gesellschafter (Kommunen und Landkreise)

<u>Beteiligungen:</u> Nassauische Heimstätte GmbH, Frankfurt/M.

DZ Bank AG, Frankfurt/M.

Raiffeisen-Warenzentrale Kurhessen-Thüringen GmbH, Kassel

<u>Kapitalangaben:</u> Stammkapital 3.604.608 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 28. August 1992

Vertrag über Bodenbevorratung mit dem Land Hessen, Vertrag über die Verwaltung des landw. Grundvermögens mit dem Land Hessen, Anerkennung als Agentur nach § 5 der Kompensationsverordnung, Grundsatzvereinbarung mit dem Land Hessen "Integriertes Flächenmanagement, Grunderwerb, Kompensation sowie Bevorratung und Verwaltung von Flächen für den Straßenbau im Bereich der Hessischen Straßen- und Verkehrsverwaltung

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> Strecker, Berger + Partner Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Kassel

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Dr. Harald Müller, Weinbach

#### Aufsichtsrat (oder Beirat):

Steffen Saebisch, Staatssekretär – Vorsitzender (bis 18.01.2014)

Mathias Samson, Staatssekretär – Vorsitzender (ab 17.06.2014), Mitglied des Aufsichtsrates seit 25.04.2014

Gisela Kemper – Stellvertretende Vorsitzende

Dr. Hans Hermann Harpain, Stellvertretender Generalsekretär, Hessischer Bauernverband

Eckhard Hassebrock, Geschäftsleiter Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen

Frank-Martin Neupärtl, Landrat Schwalm-Eder-Kreis (bis 30.11.2014)

Dr. Harald Schlee, Abteilungsleiter Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen

Dr. Hans Joachim Schmidt, Direktor Hessisches Immobilienmanagement

Dr. Beatrix Tappeser, Staatssekretärin, Mitglied des Aufsichtsrates seit

25.04.2014

Prokuristen:

Peter Eschenbacher

Gero Sczech

#### Kennzahlen

	2013	2014
	IST	IST
TEUR	79.444	53.067
TEUR	6.310	4.240
TEUR	240.475	236.352
TEUR	-	-
TEUR	135.491	135.214
Anzahl	112	114
%	24	26
TEUR	8.837,7	962,6
%	64	63
TEUR	709	466
€	0,08	0,12
	TEUR TEUR TEUR TEUR Anzahl % TEUR % TEUR %	TEUR 79.444  TEUR 6.310 TEUR 240.475 TEUR - TEUR 135.491 Anzahl 112 % 24 TEUR 8.837,7 % 64 TEUR 709

## Lagebericht

#### Grundlagen des Unternehmens

Die Hessische Landgesellschaft mbH ist in ihrem Kern mit der Durchführung von Siedlungs-, Agrarstrukturverbesserungs- und Landentwicklungsmaßnahmen betraut. Sie ist die gemeinnützige Siedlungsgesellschaft des Landes Hessen und staatliche Treuhandstelle für ländliche Bodenordnung.

Zu den Aufgaben der Gesellschaft gehören nach dem geltenden Gesellschaftsvertrag insbesondere die "Ländliche Siedlung" sowie alle Maßnahmen der Agrarstrukturverbesserung einschließlich des freiwilligen Flächennutzungstauschs, die Bodenbevorratung für agrarstrukturelle und öffentliche Zwecke einschließlich der innerörtlichen Entwicklung, das Flächenmanagement für öffentliche und infrastrukturelle Maßnahmen, die An- und Verpachtung von Flächen für Zwecke des Naturschutzes und der Landschaftspflege und die Planung und Durchführung von Maßnahmen für die allgemeine Strukturverbesserung im ländlichen Raum.

Die HLG ist als Sanierungs- und Entwicklungsträger nach dem Baugesetzbuch bei der Vorbereitung und Durchführung von Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen sowie Verfahren der einfachen Stadterneuerung und dem Stadtumbau in Hessen für Kommunen tätig.

Außerdem wurde die Gesellschaft vom Land Hessen mit der Domänenverwaltung, dem Flächenmanagement Straßenbau einschließlich des Grunderwerbs, der Kompensation sowie der Bevorratung und Verwaltung von Flächen für den Straßenbau in Hessen beauftragt. Die HLG ist zudem nach der Hessischen Kompensationsverordnung (KV) und dem Hessischen Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (HAGBNatSchG) die anerkannte Ökoagentur des Landes Hessen zur Bereitstellung und Vermittlung von Ersatzmaßnahmen.

Nach den in § 267 Abs. 2 HGB bezeichneten Größenmerkmalen ist die Gesellschaft als große Kapitalgesellschaft einzustufen.

#### Wirtschaftsbericht

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahr 2014 besser entwickelt als von vielen Experten erwartet. Nach einem schwungvollen Jahresauftakt und einem leichten Tief im Sommer hat sich die konjunkturelle Lage insbesondere zum Jahresende hin stabilisiert. Trotz weltweiter Krisen und Konflikte stieg das Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahr um 1,5 % und lag damit laut Statistischem Bundesamt deutlich über dem Wachstum der beiden Vorjahre.

Profitieren konnte die deutsche Wirtschaft insbesondere von einer starken Binnennachfrage. Vor allem die Verbraucher sorgten auch 2014 dank der günstigen Arbeitsmarkt- und Einkommensperspektiven für starke Impulse. Dabei stiegen die privaten Konsumausgaben um 1,1 % und blieben damit wichtigster Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft. Gleichzeitig legten die Exporte um 3,7 % zu und die Firmen wagten trotz der großen Unsicherheit über die Konjunkturentwicklung wieder mehr Investitionen.

Trotz dieses positiven Trends und der weiterhin guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verzeichnete die Hessische Landgesellschaft mbH im Jahr 2014 einen Umsatzrückgang, insbesondere fiel die Nachfrage nach Grund und Boden verhaltener aus als in den Vorjahren. Dies führte dazu, dass die außergewöhnlich guten Ergebnisse der letzten Jahre, hauptsächlich aus Grundstücksverkäufen, nicht erreicht wurden.

Insgesamt konnte die Gesellschaft im Bereich der Bodenbevorratung rund 124 ha Fläche im Wert von 46,1 Mio. EUR veräußern, davon 41 ha Wohnbauland im Wert von 31,6 Mio. EUR und 27 ha Gewerbeflächen in einer Größenordnung von 12,7 Mio. EUR. Aus den Verkäufen hat die Gesellschaft Gebühren in Höhe von 3,4 Mio. EUR vereinnahmt. Diesem Flächenabgang stehen 2014 Ankäufe von 86 ha Land im Wert von fast 13,3 Mio. EUR gegenüber.

Bei der Vermarktung der Grundstücke spielten neben Wohnbau- und Gewerbeflächen auch der Verkauf von landwirtschaftlichen Flächen zur Aufstockung von Betrieben im Rahmen des siedlungsrechtlichen Vorkaufsrechts eine wichtige Rolle. Daneben hat die Gesellschaft u. a. Flächen für infrastrukturelle Einrichtungen, für Innenentwicklungsprojekte und für Ausgleichszwecke verwertet.

Im Jahr 2014 wurde in Deutschland der Bau von rund 284.900 Wohnungen genehmigt und damit knapp 14.500 Wohnungen mehr als im Vorjahr. Dieses Plus an Wohnungen resultierte insbesondere aus dem Anstieg von Baugenehmigungen für Wohnungen in Mehrfamilienhäusern. Dagegen gab es bei den Genehmigungen für Einfamilienhäuser und Zweifamilienhäuser Rückgänge von 1,4 % bzw. 5,8 % zu verzeichnen. Dieser Trend im Bereich der Ein- und Zweifamilienhäuser spiegelt sich auch in den Verkaufszahlen der Gesellschaft wider. Insgesamt konnte die Gesellschaft im abgelaufenen Jahr 401 Wohnbaugrundstücke vermarkten und damit 53 weniger als im Vorjahr.

Neben dem Rückgang im Wohnbaubereich ist auch die Nachfrage nach Gewerbeflächen im Jahr 2014 verhaltener ausgefallen als im Vorjahreszeitraum. Hier lagen die Verkaufszahlen der Gesellschaft mit 27 ha verwerteten Flächen zur Industrie- und Gewerbeansiedlung deutlich unter den Zahlen aus dem Jahr 2013. Eine Entwicklung, die auch durch die Zahlen des Statistischen Bundesamtes belegt wird. Im abgelaufenen Jahr ging der umbaute Raum der genehmigten neuen Nichtwohngebäude in Deutschland gegenüber dem Jahr 2013 um 6,2 % auf rund 187 Mio. Kubikmeter zurück.

## Wichtige Kennzahlen der Bodenbevorratung:

Bodenbevorratung		2014	2013	2012	2011	2010
- Ankauf - Ankaufskosten	ha Mio. EUR	86 13,3	134 21,5	242 19,9	90 13,2	135 26,8
<ul><li>Verkauf</li><li>Verkaufspreis</li></ul>	ha Mio. EUR	124 46,1	240 72,3	192 62,0	209 64,7	123 55,3
<ul><li>Landbestand</li><li>Buchwert</li></ul>	ha Mio. EUR	2.110 407,4	2.148 412,1	2.254 419,3	2.205 425,3	2.324 447,2
- Verträge mit Kommunen	Anzahl	221	218	214	211	207
- Baugebiete insgesamt	Anzahl	383	402	444	448	466
- davon mit Erschließung	Anzahl	155	157	158	157	160

Die Finanzierung des 2.110 ha großen Landbestandes erfolgt vorrangig mit landesverbürgten Kapitalmarktdarlehen sowie aus Eigenmitteln der Gesellschaft. Über den sog. Mischzinssatz (2,11 % im Jahr 2014) werden die Grundstücke gleichmäßig mit Zinsen belastet.

Im Berichtsjahr hat die Gesellschaft mit drei hessischen Städten und Gemeinden in der Bodenbevorratung eine Grundsatzvereinbarung abgeschlossen. Mit dem Abschluss einer solchen Vereinbarung auf der Grundlage einer öffentlichen Richtlinie können alle Gebietskörperschaften das bewährte Dienstleistungsangebot der Gesellschaft nutzen, um innerhalb ihrer Planungen Ankäufe und insbesondere die Aufbereitung von Wohn- und Gewerbeflächen vorzunehmen. Dabei werden die Haushalte finanziell und die Verwaltung personell entlastet. Durch 17 neue Aufträge von Kommunen im Jahr 2014 befanden sich am Jahresende unter Berücksichtigung von 36 Schlussabrechnungen 383 Baugebiete in Bearbeitung.

# Kassel documenta Stadt

Durch vier neue Erschließungsaufträge von verschiedenen Städten und Gemeinden betrug die Zahl der Baugebiete, in denen die Gesellschaft die Erschließung selbst durchführt, unter Beachtung von sechs Schlussabrechnungen insgesamt 155.

Im Bereich der "Ländlichen Siedlung" war das abgelaufene Geschäftsjahr geprägt von der Neuausrichtung der EU-Förderperiode 2014–2020. Bedingt durch einen langwierigen Genehmigungsprozess des Entwicklungsplans für den ländlichen Raum (EPLR) für das Land Hessen, zu dessen Maßnahmenangebot auch weiterhin das Einzelbetriebliche Förderungsprogramm Landwirtschaft (EFP) mit den Bereichen "Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP)" und die "Förderung von Investitionen zur Diversifizierung (FID)" gehört, ergingen die ersten Bewilligungen der neuen Förderperiode erst im IV. Quartal 2014.

Insgesamt haben in der "Ländlichen Siedlung" 14 von der Gesellschaft betreute Landwirte eine Förderung erhalten. Im Rahmen dieser Bauvorhaben, vornehmlich für die Rinder-, Milchvieh-, Schweine- und Pferdehaltung sowie für Mehrzweckhallen, werden Investitionen von rund 18,5 Mio. EUR getätigt.

	2014	2013	2012	2011	2010
Ländliche Siedlung					
- bewilligte Verfahren	14	32	30	35	65
- abgerechnete Verfahren	46	53	66	78	42
- Stand der Verfahren	54	86	107	143	186
- nicht bewilligte Verfahren	94	85	90	108	100

Die wirtschaftliche Stimmungslage der deutschen Landwirtschaft hat sich im Jahresverlauf 2014 deutlich eingetrübt. Hauptursache für diesen Stimmungswandel sind laut Konjunkturbarometer "Agrar" die gravierenden Erzeugerpreisrückgänge u. a. bei Milch und Schlachtschweinen. Daneben tragen die Einführung des Mindestlohnes und die Umsetzung der aktuellen Agrarreform nach Einschätzung des Deutschen Bauernverbandes (DBV) zusätzlich zur Verunsicherung der Landwirte bei. Dies hat zur Folge, dass auch die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung für 2015 kritischer beurteilt wird und die Investitionsbereitschaft der Landwirte ins Stocken geraten ist. Einen positiven Einfluss auf die Stimmung der Landwirte hatten 2014 die Entwicklung auf den Energiemärkten und wieder anziehende Getreidepreise.

Trotz des befürchteten Rückgangs der Investitionsbereitschaft in der Landwirtschaft lagen am Jahresende für 94 Bauvorhaben mit einer Investitionssumme von fast 60 Mio. EUR Aufträge von Landwirten zur Durchführung einer Baumaßnahme vor.

Obwohl sich die positive Grundstimmung in der deutschen Landwirtschaft deutlich abgeschwächt hat, führten die nach wie vor guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und das niedrige Zinsniveau auch 2014 wieder zu einer hohen Auslastung der landwirtschaftlichen Bauberatung, die von der Gesellschaft für das Land Hessen wahrgenommen wird.

Die gut ausgebildeten Berater unserer Gesellschaft haben in 84 Vor-Ort-Beratungen und 357 telefonischen Beratungen Lösungen für den speziellen Fall für kostengünstige Maßnahmen nach dem neuesten Stand der baulichen und technischen Entwicklung erarbeitet.

Unter den sonstigen Baumaßnahmen und Planungsaufträgen wickelte die Gesellschaft u. a. 35 neue Planungsaufträge für landwirtschaftliche Bauvorhaben und 28 Finanzierungsbetreuungen ohne öffentliche Förderung ab. Außerdem wurden bei den noch vorhandenen städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen nach dem Baugesetzbuch (BauGB) die Abrechnungen fortgesetzt und die Entwicklungsmaßnahmen sowie eine Stadtumbaumaßnahme weitergeführt. Die Gebührenerträge betrugen in diesem Bereich insgesamt 520 TEUR.

Mit Gebührenerträgen aus den allgemeinen Geschäftsbesorgungsaufträgen in Höhe von 347 TEUR konnten die Erwartungen für 2014 nahezu erreicht werden. Im Rahmen dieses Geschäftszweiges konnte die Gesellschaft im Berichtszeitraum drei neue Geschäftsbesorgungsverträge abschließen.

Im Flächenmanagement Straßenbau, in dem die Gesellschaft für das Land Hessen bzw. für Hessen Mobil insbesondere den Grunderwerb für Straßenbau- und Kompensationsmaßnahmen durchführt, ergingen im Jahr 2014 über 500 neue Aufträge von Hessen Mobil. Nach der Einführungsphase hat die Gesellschaft nunmehr das Auftragscontrolling einem externen Disponenten übertragen, um eine einheitliche Terminierung und Priorisierung der Aufgabenerledigung zu gewährleisten. Die neu strukturierten Grunderwerbsteams haben sich bewährt und wirken sich positiv auf die Arbeitserledigung sowie auf die Zusammenarbeit mit Hessen Mobil aus. Am Jahresende befanden sich 520 Aufträge in Bearbeitung, die vorrangig im Jahr 2015 zu erledigen sind. Die Gesellschaft hat als Auslagen- und Kostenerstattung im Jahr 2014 einen Nettobetrag von 2,8 Mio. EUR erhalten. Dieser Betrag beinhaltet insbesondere die Kosten für die Grunderwerbstätigkeiten für 24,90 Vollzeitarbeitskräfte.

Die Gebühren aus dem Auftrag mit dem Land Hessen zur Verwaltung der Domänen und des Domänenstreubesitzes wurden im Jahr 2014 an die aktuelle Personalkostentabelle des Landes Hessen angepasst und belaufen sich im Berichtszeitraum auf 1,2 Mio. EUR. Im abgelaufenen Jahr konnten mit zusätzlichen finanziellen Mitteln des Landes Hessen auf verschiedenen Domänen verstärkt Modernisierungsmaßnahmen durchgeführt werden, um den Gebäudebestand zu erhalten und durch einzelne Neubauprojekte gezielt zu erweitern. Für das Jahr 2015 sind weitere Modernisierungs- und Baumaßnahmen geplant.

Insgesamt haben sich die Erwartungen der Gesellschaft in fast allen Geschäftsfeldern erfüllt und die HLG schließt das Jahr 2014 mit einem positiven Ergebnis ab.

Im Berichtszeitraum konnte ein Betriebsüberschuss von 2,8 Mio. EUR erwirtschaftet werden. Dabei standen den ordentlichen Erträgen von 11,6 Mio. EUR ordentliche Aufwendungen in Höhe von 8,8 Mio. EUR gegenüber. Der Rückgang bei den Erträgen um rund 2,1 Mio. EUR ist hauptsächlich auf die geringeren Gebührenerträge in der Bodenbevorratung (BBV) zurückzuführen. Auf der Kostenseite fielen die ordentlichen Aufwendungen trotz leicht gestiegener Personalkosten in der Summe geringer aus als im Vorjahr.

		2014	2013	2012	2011	2010
Umsatzerlöse	Mio. EUR	/ -	79,4	69,8	73,3	60,2
Jahresergebnis	Mio. EUR	3,5	5,4	1,2	6,7	1,3
Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt	Anzahl	114	111	106	82	78

Unter Berücksichtigung von Verlusten aus Bodenbevorratungsmaßnahmen ohne Gemeindeverträge von 0,6 Mio. EUR, Bewertungsänderungen der Vorräte aus der Bodenbevorratung von 1,5 Mio. EUR und u. a. durch die Auflösung von Rückstellungen ergab sich ein Jahresüberschuss von 3,5 Mio. EUR.

Die Bewertungsänderungen sind begründet durch den Rückgang der Zinsaufwendungen, insbesondere der Fremdkapitalzinsen, bei einer gleichzeitig hohen Realisierung von Zinsen aus Grundstücksverkäufen sowie aus der Wertberichtigung von Flächen ohne Bodenbevorratungsvereinbarungen mit Kommunen.

Die Lage der Gesellschaft beschreibt der nachfolgende Fünfjahresvergleich:

		2014	2013	2012	2011	2010
Anlagevermögen	Mio. EUR	1,5	1,6	1,5	1,4	1,2
Umlaufvermögen	Mio. EUR	234,8	238,9	282,9	296,7	315,5
Eigenkapital	Mio. EUR	61,5	58,0	52,6	51,4	44,7
Fremdkapital	Mio. EUR	149,2	153,8	206,3	223,1	253,7
- davon verzinslich	Mio. EUR	135,2	135,5	188,5	202,5	232,6
- davon Finanz. EntwMaßn. (TH)	Mio. EUR	0,0	1,4	1,4	1,4	1,3
Eigenkapitalquote	% - Satz	26 %	24 %	18 %	17 %	14 %
Betriebsergebnis	Mio. EUR	2,8	4,7	6,8	10,5	8,3
Eigenkapitalzinsen	Mio. EUR	2,9	2,8	6,1	5,5	5,6
Fremdkapitalzinsen - Bodenbevorratung	Mio. EUR	3,2	5,0	6,5	8,3	8,9
Realisierte Zinsen - Bodenbevorratung	Mio. EUR	8,0	9,4	8,7	11,7	7,5

Die Ertragslage hat sich positiv entwickelt und stellt sich wie folgt dar:

	2014	2013
	TEUR	TEUR
Ordentliche Erträge	11.617	13.686
Ordentliche Aufwendungen	- 8.793	- 8.946
Betriebsüberschuss	+ 2.824	+ 4.740
Bevorratungsergebnis	- 443	- 249
Bewertungsänderungen	+ 1.515	+ 944
Neutrales Ergebnis	+ 272	+ 809
Außerordentl. Aufw./Erträge	- 674	- 871
Jahresüberschuss	+ 3.494	+ 5.373

Der Rückgang der ordentlichen Erträge resultiert insbesondere aus dem Rückgang der Gebührenerträge im Segment "Bodenbevorratung". Nach den außergewöhnlich hohen Umsatzzahlen in den Jahren 2010 bis 2013 haben sich die Verkäufe im Jahr 2014 wieder auf ein "normales" Niveau eingependelt. Die guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, historisch niedrige Zinsen und politische Entscheidungen wie die Anhebung der Grunderwerbsteuer führten in den vergangenen Jahren zu Vorzieheffekten, die sich 2014 erstmals im Ergebnis der Gesellschaft bemerkbar machten. Insgesamt fielen die Umsätze durch Grundstücksverkäufe im Berichtszeitraum mit 46,1 Mio. EUR um mehr als 26 Mio. EUR geringer aus als im Vorjahr. Dieser im Wirtschaftsplan 2014 bereits prognostizierte Umsatzrückgang hatte entsprechend auch einen Rückgang der Gebührenerträge in der Bodenbevorratung um 1,6 Mio. EUR auf 3,4 Mio. EUR zur Folge.

Auf der Ausgabenseite sind die ordentlichen Aufwendungen im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt 153 TEUR gesunken. Dies ist u. a. auf geringere Sachaufwendungen bei den Raumkosten und den Rückstellungen für Anwalts- und Gerichtskosten zurückzuführen. Insbesondere fielen die Raumkosten 2014 nach Abschluss der Umbauarbeiten in dem ehemaligen Bürogebäude im Asterweg in Gießen deutlich geringer aus als im Vorjahr. Dagegen blieben die Personalaufwendungen weitgehend stabil und sind u. a. aufgrund tariflicher Gehaltserhöhungen nur leicht um 72 TEUR gestiegen.

Die Bewertungsänderungen im Bereich der Bodenbevorratung beruhen im Wesentlichen darauf, dass die Gesellschaft die in den Vorräten (einschließlich Ökoagentur) aktivierten Zinsen am Jahresende wertberichtigt. Der Ertrag aus diesen Bewertungsänderungen resultiert dabei aus dem Rückgang der Zinsaufwendungen für die Bodenbevorratung (Fremdkapitalzinsen 3,2 Mio. EUR und Umlage Eigenkapitalzinsen 3,1 Mio. EUR) in Verbindung mit den aus den Verkäufen realisierten Zinsen in Höhe von 8,0 Mio. EUR sowie aus der Zuführung von Wertberichtigungen für Vorratsflächen in Höhe von 0,3 Mio. EUR.

Die Zinsrealisierung ergab sich vorrangig aus den Verkaufserlösen im Bereich der Bodenbevorratung in Höhe von insgesamt 46,1 Mio. EUR. Zudem hat die Gesellschaft ihren Konsolidierungskurs auch im Jahr 2014 fortgesetzt und nicht verwertete Grundstücksbestände im Rahmen von Schlussabrechnungen auf Kommunen zurückübertragen. Dabei haben auch die Kommunen das derzeit günstige Zinsniveau genutzt, um die Grundstückswerte im Zuge der Rückübertragung ins gemeindliche Eigentum finanzieren zu können. Da es sich bei den rückübertragenen Flächen um Grundstücksbestände handelte, die die Gesellschaft zehn Jahre und länger bevorratet hat, fällt die Höhe der realisierten Zinsen, insbesondere unter Berücksichtigung der bis 2013 geltenden Eigenkapitalverzinsung von 4 %, entsprechend hoch aus.

Im Bereich der Bodenbevorratung ist es in 2014 zu einer Überkompensation gekommen, die zu einer Rückzahlungsverpflichtung gegenüber dem Land Hessen führte. Dieser außerordentliche Aufwand in Höhe von 0,7 Mio. EUR wurde entsprechend zurückgestellt.

Die Finanzlage der Gesellschaft ist weiterhin positiv. Dazu beigetragen haben insbesondere die Geldmittelzuflüsse aus den Grundstücksverkäufen. Die Finanzierung der erworbenen Grundstücke, vorrangig zur Daseinsvorsorge in den hessischen Kommunen, erfolgt auf der Grundlage der mit verschiedenen Instituten geschlossenen Kreditvereinbarungen mit Bürgschaften des Landes Hessen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind mit rund 135,2 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert geblieben. Im Jahr 2014 wurden zwei Kapitalmarktdarlehen in Höhe von 44,0 Mio. EUR durch Neuaufnahmen zurückgezahlt.

Die Bilanzsumme hat sich u. a. durch die umfangreichen Verkäufe von Ländereien auf insgesamt 236,4 Mio. EUR verringert. Die Eigenkapitalquote ist insbesondere durch den Bilanzgewinn auf 26,0 % angestiegen. Insgesamt ist die Vermögenslage der Gesellschaft geordnet.

#### **Nachtragsbericht**

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

## Prognose-, Chancen-, Risikobericht

Die deutsche Wirtschaft blickt optimistisch, aber nicht euphorisch auf das Jahr 2015. Die niedrigen Energiepreise sorgen dafür, dass die Unternehmen günstiger produzieren können und die Verbraucher mehr Geld für Konsumausgaben haben. Zudem profitieren die Firmen wie auch die Konsumenten hierzulande weiterhin von den historisch niedrigen Zinsen in der Euro-Zone. Dass die Wirtschaft trotz dieser positiven Grundtendenzen nur verhalten optimistisch ist, liegt nach Einschätzung führender Wirtschaftsinstitute daran, dass die Unternehmen verunsichert sind. Insbesondere belasten politische Entscheidungen wie die Einführung des Mindestlohns und der extrem niedrige Leitzins die Stimmung in den Unternehmen. Aber auch die weltpolitische Lage, die Situation in der Ukraine und die Entwicklung in der Euro-Zone bereiten den Unternehmen Sorge und lassen sie vorsichtiger agieren.

Doch trotz aller widrigen Umstände sind die Bedingungen in Deutschland auch im Jahr 2015 noch immer attraktiv. Insbesondere in Ballungsgebieten ist die Lage geprägt durch eine anhaltende Nachfrage nach Wohnraum. Ein stabiler Arbeitsmarkt mit steigendem Realeinkommen der Arbeitnehmer bietet derzeit eine recht hohe Sicherheit im privaten Umfeld und die historisch niedrigen Hypothekenzinsen sowie die Minimalrenditen auf klassische Kapitalanlagen sind außerdem ein entscheidender Anreiz für Investitionen in das sogenannte "Betongold". Obgleich Experten den Wohnungsbau auch in 2015 als den Treiber der Baukonjunktur sehen, profitieren bei Weitem nicht mehr alle Marktsegmente gleichermaßen, da der Trend eher zum Geschosswohnungsbau als zu Ein- und Zweifamilienhäusern geht. Die Bauentwicklung im Gewerbebereich lässt sich aufgrund unterschiedlicher Prognosen am Markt dagegen kaum voraussagen. Tatsächlich wird es von der Entwicklung der Gesamtwirtschaft abhängen, wie Investoren kurzfristig auf die Marktsignale reagieren. So wird zum heutigen Zeitpunkt von der Bauwirtschaft nur mit einem nominalen Umsatzwachstum von 1,5 % auf 36,3 Mrd. EUR gerechnet.

Es bleibt abzuwarten, inwieweit sich diese wirtschaftlichen Tendenzen im Ergebnis der Hessischen Landgesellschaft mbH für das kommende Jahr, insbesondere für den Bereich "Bodenbevorratung", widerspiegeln. Insgesamt fällt die Prognose für die erwarteten Umsätze aus Grundstücksverkäufen im Jahr 2015 daher ähnlich vorsichtig aus wie im Vorjahr. Obwohl die Gesellschaft im I. Quartal 2015 ein gutes Verkaufsergebnis im Bereich der Bodenbevorratung erzielen konnte, ist nur schwer abzuschätzen, in welchem Maß sich die Sondereffekte der Vergangenheit u. a. durch Grunderwerbsteuererhöhungen kurz- bzw. langfristig auf die Ergebnisse der Bodenbevorratung auswirken werden.

Dennoch stellen sich die Auftragslage und die Entwicklungspotenziale in der Bodenbevorratung keinesfalls schlecht dar. Erstmals seit zwei Jahren verzeichnete die Gesellschaft einen Anstieg der Neuaufträge von Kommunen für die Entwicklung neuer Wohnbau- und Gewerbegebiete. Dabei bergen insbesondere die geplanten Neubaugebiete in den Ballungsräumen ein enormes Vermarktungspotenzial, auch wenn die Erschließung dieser Gebiete noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird.

Einen weiteren wichtigen Beitrag zur Zukunftssicherung der "Bodenbevorratung" erhofft sich die Gesellschaft zudem durch die beabsichtigte Senkung der Eigenkapitalverzinsung von 2 % auf 1 %. Mit dieser Zinssenkung soll ab 2015 ein Mischzinssatz erreicht werden, der vor dem Hintergrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus marktgerecht ist und die Auftragslage im Bereich der Bodenbevorratung noch stärker ankurbelt.

Im Bereich der "Ländlichen Siedlung" hat sich die wirtschaftliche Stimmungslage der deutschen Landwirtschaft im Vergleich zum Vorjahr merklich verschlechtert. Zugleich ist nach den Ergebnissen des Konjunkturbarometers Agrar auch die Investitionsbereitschaft der Landwirte für das Jahr 2015 erheblich zurückgegangen. Nur noch 34 % der Landwirte, im Vorjahr waren es noch 40 %, wollen im ersten Halbjahr 2015 investieren und das geplante Investitionsvolumen fällt von 6,3 auf 4,7 Mrd. EUR.

Inwieweit die Hessische Landgesellschaft mbH von diesem negativen Trend betroffen ist, lässt sich momentan nur schwer prognostizieren. Aus diesem Grund fallen die Erwartungen für diesen Geschäftsbereich entsprechend verhaltener aus als in den Jahren zuvor. Dennoch geht die Gesellschaft davon aus, dass mit der Genehmigung des Entwicklungsplans für den ländlichen Raum (EPLR) am 13.02.2015 die Förderung nach dem Einzelbetrieblichen Förderungsprogramm Landwirtschaft (EFP) in 2015 kontinuierlich fortgesetzt wird und dass im kommenden Wirtschaftsjahr wieder knapp 30 Bewilligungen zur Bearbeitung vorliegen werden. Bestärkt wird diese Annahme durch die nach wie vor rege Nachfrage nach der landwirtschaftlichen Bauberatung, die die HLG für das Land Hessen wahrnimmt.

Im Bereich der Geschäftsbesorgungsaufträge wird dank einer guten Auftragslage mit keinen wesentlichen Einbrüchen in den Erträgen gerechnet. Gleiches gilt für die Ökoagentur, in der die Gesellschaft neben selbst erstellten Ökopunkten auch fremde Punkte zum Weiterverkauf erwirbt bzw. als Vermittler von Ökopunkten agiert, um die Nachfrage zu bedienen und die Ertragslage in diesem Segment auch zukünftig sicherzustellen. Eine immer größere Bedeutung kommt der Bereitstellung von Flächen für Ersatzaufforstungsmaßnahmen zu. In diesem Bereich ist die Gesellschaft im Rahmen von Geschäftsbesorgungsverträgen seit Jahren für diverse Auftraggeber tätig. Im Jahr 2014 hat die Gesellschaft erstmals als Ökoagentur des Landes Hessen Flächen angekauft bzw. im Rahmen von Gestattungsverträgen für 30 Jahre gesichert, um Grundstücke für Ersatzaufforstungsansprüche vorhalten zu können. Auch für das Jahr 2015 befinden sich verschiedene Waldprojekte in Planung.

Risiken in der Bodenbevorratung und bei den Treuhandverfahren sind über die Vertragsgestaltung ausgeschlossen. Bei den Geschäftsbesorgungsaufträgen bestehen in der Regel langfristige Verträge. Dies gilt insbesondere für die Aufträge des Landes Hessen im Bereich der Domänenverwaltung und der Bauberatung. In der Domänenverwaltung wurde der Gesellschaft durch den Abschluss eines Nachtrages zum Geschäftsbesorgungsvertrag mit dem Land Hessen eine zusätzliche Stelle gewährt. Durch ein verstärktes Engagement im Bereich der Baulandentwicklung, vornehmlich von Streubesitzgrundstücken, kann die HLG einen weiteren Beitrag zur Wertschöpfung im Bereich der Domänenverwaltung leisten. Für das kommende Jahr werden Gebührenerträge von rund 1,2 Mio. EUR erwartet.

Im Aufgabengebiet für das "Flächenmanagement Straßenbau" besteht eine Vertragsvereinbarung, aus der eine Kostendeckung gewährleistet ist. Für das Jahr 2015 kalkuliert die Gesellschaft mit einer Kostenerstattung von 3,2 Mio. EUR.

Insgesamt geht die Gesellschaft auch im Jahr 2015 von einem positiven Betriebsergebnis aus. Dabei wird unter vorsichtiger Kalkulation der Aufwendungen und Erträge mit einem Jahresüberschuss in Höhe von rund 1,0 Mio. EUR für das kommende Jahr gerechnet. Letztendlich hängt der Jahresüberschuss maßgeblich von der Höhe der realisierten Eigenkapitalzinsen im Rahmen von Grundstücksverkäufen in der Bodenbevorratung ab.

Damit sich die HLG auch in Zukunft als ein stabiler und vertrauensvoller Geschäftspartner präsentieren kann, wird die Gesellschaft auch in 2015 ihren strategischen Entwicklungsansatz hinsichtlich der Kernkompetenz rund um das Grundstück konsequent verfolgen. Interne Strukturen und Prozesse sowie die Kontrollinstrumente wurden weiter optimiert. Das Risikomanagement wird insbesondere durch die Einrichtung des Bau-, Finanz- und Projektcontrollings erfolgreich unterstützt. So hat u. a. die Implementierung einer Controllingstelle im Aufgabengebiet "Flächenmanagement Straßenbau" zu einer nachhaltigen Verbesserung in den Bereichen Kommunikationswesen, Qualitätsmanagement und Ressourcen- und Terminmanagement geführt.

#### Korruptionsprävention

## 1.0 Allgemeine Feststellungen:

Die Hessische Landgesellschaft mbH (HLG) mit ihren vielfältigen Dienstleistungen für das Land, die hessischen Kommunen und deren Bürger, insbesondere in den ländlichen Räumen Hessens, erwartet von ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine regelkonforme Haltung in der praktischen Arbeit mit dem gemeinsamen Ziel, das Problembewusstsein im Bezug auf Korruption zu schärfen und zu sensibilisieren. Die Grenzen zwischen einer klaren, integeren Haltung und Korruption sind eben nicht fließend, sondern klar und eindeutig gefasst. Dabei ist es wichtig, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einer integeren Grundhaltung agieren und Werte wie Unbestechlichkeit und Transparenz leben. Auch bei der Zulassung von Nebentätigkeiten darf keine Interessenkollision eintreten.

- 1.1 Sowohl bei der Vergabe von Aufträgen, als auch bei der Anweisung im Zahlungsverkehr gilt für die Gesellschaft grundsätzlich das Mehraugenprinzip. Zudem gelten Vorgaben, wie z. B. eine eindeutige Zuständigkeitsregelung, analog der Richtlinie der Bundesregierung zur Korruptionsprävention. Auch die Vorgaben der Verwaltungsvorschriften zur Korruptionsbekämpfung in der Hessischen Landesverwaltung sind zielführend für unsere Gesellschaft. Danach dürfen Beschäftigte des Landes grundsätzlich keine Belohnungen oder Geschenke annehmen. Annahme ist die tatsächliche Entgegennahme einer Leistung mit Wissen des Beschäftigten und liegt schon in jedem privaten oder dienstlichen Be- oder Ausnutzen. Es genügt auch ein mittelbarer Zufluss (z. B. an Angehörige), wenn der Beschäftigte davon weiß und dies hinnimmt. Eine ausdrückliche Annahmeerklärung ist nicht erforderlich. Es reicht auch schlüssiges Verhalten.
- 1.2 Neben planmäßig und langfristig vorbereiteten Handlungen können auch spontan korrupte Handlungen begangen werden. Werden Mitarbeiter mit solchen Situationen konfrontiert, können sie sich bei Unsicherheiten und Fragen im Zusammenhang mit der Annahme von Belohnungen und Geschenken direkt an den von der Geschäftsführung eingeschalteten Ombudsmann nach Nr. 9.2 wenden.
- 1.3 Um dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz (KonTraG) Rechnung zu tragen, haben alle Aufträge der Gesellschaft sowohl beim Einkauf als auch bei den Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträgen in Anlehnung an die Beschaffungsrichtlinien des Landes Hessen zu erfolgen. Maßgebliche Rechtsgrundlage ist somit das öffentliche Vergaberecht.

## 2.0 Vergabe von Bau-, Liefer- und Dienstleistungen:

Die Beschaffung erfolgt nach einheitlichen Vorgaben und unter Anwendung der Vergabe- und Vertragsordnung von Bauleistungen (VOB), der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL) sowie der Vergabeordnung für freiberufliche Leistungen (VOF). Derzeit erfolgen die Vergaben unter Anwendung des Hessischen Vergabegesetzes vom 25.03.2013 mit Einbeziehung des Hessischen Vergabebeschleunigungserlasses. Alle Ausschreibungen erfolgen in Abstimmung und nur nach Freigabe durch das Baucontrolling der HLG.

Mit der Ausschreibung und örtlichen Bauüberwachung der Erschließungsanlagen beauftragt die Hessische Landgesellschaft mbH (HLG), soweit diese Leistungen nicht von der HLG selbst erbracht werden, ein leistungsfähiges Ingenieurbüro. Der Abschluss der Ingenieurverträge zwischen der HLG und den Ingenieuren erfolgt im Einvernehmen mit dem Auftraggeber unter Wahrung der Vergabevorschriften (VOF).

Die HLG führt Erschließungsleistungen (Bauleistungen) nur nach Ausschreibungen auf der Grundlage der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB) durch.

Die Vergabe erfolgt gemäß den Vorgaben der jeweils anzuwendenden Vergabe- und Vertragsordnung und wird entsprechend dokumentiert. Bei der Vergabe von Bauleistungen werden von den Bietern zwei Angebotsausfertigungen zur Submission verlangt. Das Originalangebot wird dem mit der Auswertung beauftragten Ingenieurbüro übergeben. Das Zweitexemplar verbleibt in der Obhut der HLG und wird in dem der Geschäftsführung direkt unterstellten Baucontrolling unter Verschluss genommen. Die Freigabe der Verträge erfolgt über das digitale Dokumentenmanagement der HLG im Rahmen eines Genehmigungsworkflows unter Einbeziehung der Fachbereichsleitung und des Baucontrollings.

2.1 Für den ländlichen Siedlungsbau erfolgt die Vergabe von Bau- und/oder Dienstleistungen unter Anwendung des Erlasses HMULV vom 11.03.2011 AZ.: VII 6 – 80f – 08.01 als freihändige Vergabe mit eventueller Nachverhandlung. In der Regel werden mindestens drei Bewerber zur Angebotsabgabe aufgefordert. Ausnahmen sind zu begründen. Die Vergabe der Aufträge erfolgt nur an fachkundige und leistungsfähige Anbieter nach wettbewerblichen Gesichtspunkten zu wirtschaftlichen Bedingungen.

## 2.2 Integritätsklausel:

Die Integritätsklausel als Präventionsmaßnahme in den "Besonderen Vertragsbedingungen" der HLG entfällt, da sie mittlerweile im Vergabehandbuch des Bundes, Formblatt 215 (Zusätzliche Vertragsbedingungen), unter Punkt 8 geregelt ist. Die Integritätsklausel präzisiert für alle Beteiligten (Auftraggeber, Auftragnehmer, Ingenieurbüros) die Tragweite der vertraglichen Verpflichtung zur Vermeidung von Korruption, legt ein mit ihr konformes Vorgehen fest und umschreibt vertragliche Sanktionen bei Vertragsverletzung.

# 3.0 Erfassung aller Aufträge an die HLG und Gebührennachlässe:

Alle Aufträge sind umgehend dem Fachbereich 3 Rechnungswesen zu melden. Am Jahresende ist von den Mitarbeitern, die Aufträge für die Gesellschaft annehmen, eine Vollständigkeitserklärung abzugeben.

Gebührennachlässe bei der HOAI dürfen, abgesehen von der Unzulässigkeit der Unterschreitung der Mindestsätze, den verbindlichen Regelungen nicht widersprechen. Diese und andere Nachlässe bei Gebühren sind grundsätzlich vom Fachbereichsleiter zu genehmigen.

## 4.0 Bestellungen (Verwaltungskosten):

Alle Aufträge im Bereich der Allgemeinen Verwaltung erfolgen in Abstimmung mit dem Fachbereich 3 (Rechnungswesen und Verwaltung) und werden in der Regel von dort direkt erteilt.

Aufträge über 5.000,00 EUR sind vom Fachbereichsleiter 3 und einem oder zwei Mitgliedern der Geschäftsführung zu unterschreiben. Dabei sollten die hessischen Vorgaben für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen beachtet werden bzw. sind die zwischen dem Lieferanten und den zuständigen Landesstellen vereinbarten Preise auch für die HLG festzuschreiben.

## 5.0 Nebentätigkeiten:

Eine Nebentätigkeit wird nur genehmigt, wenn die Zusage bzw. der Nachweis erteilt wird, dass eine Beeinträchtigung der dienstlichen Obliegenheiten (tägliche Höchstarbeitszeit von 10 Arbeitsstunden) nicht erfolgt. Ansonsten wird die Genehmigung versagt. Eine Genehmigung wird auch versagt, sofern eine Interessenkollision mit dienstlichen Tätigkeiten zu vermuten ist.

#### 6.0 Weihnachtspräsente und Geschenke:

Der Wert der Weihnachtspräsente an Kunden etc. hat unter 10,00 EUR im Bereich der Massenwerbeartikel zu liegen. Geschenke an Kunden über 10,00 EUR sind lohnsteuerpflichtig. Bei Geschenken aus besonderen persönlichen Anlässen gilt die Steuerbefreiung bis 40,00 EUR brutto. Bei Jubiläen, Verabschiedungen und besonderen Geburtstagen von wichtigen Geschäftspartnern dürfen Geschenke den Wert von 100,00 EUR nicht übersteigen.

## 7.0 Regelung zum Verbot von Geschenkannahmen:

Es ist den Arbeitnehmern untersagt, Geschenke oder Vergünstigungen zu eigenem oder fremden Vorteil von solchen Personen bzw. Unternehmen zu fordern, sich versprechen zu lassen oder anzunehmen, die zu dem Arbeitgeber Geschäftsbeziehungen anstreben oder unterhalten. Einladungen oder Gepflogenheiten anderer Art, die sich im normalen Geschäftsverkehr ergeben, werden jedoch nicht als Annahme von Vergünstigungen angesehen.

Die vorgenannte Regelung wurde in die Dienstverträge aufgenommen, die zwischen den Mitarbeitern und der Gesellschaft abgeschlossen worden sind und wird auch künftig in neu abzuschließende Dienstverträge aufgenommen werden.

## 8.0 Information der Mitarbeiter und Änderung des Dienstvertrages:

Die Geschäftsführung hat im Juni 2008 sämtlichen zu diesem Zeitpunkt beschäftigten Mitarbeitern in einem Schreiben mitgeteilt, dass der Dienstvertrag in § 8 wie folgt ergänzt wird:

"Es ist dem Arbeitnehmer untersagt, Geschenke und Vergünstigungen zu eigenem oder fremdem Vorteil von solchen Personen bzw. Unternehmen zu fordern, sich versprechen zu lassen oder anzunehmen, die zu dem Arbeitgeber Geschäftsbeziehungen anstreben oder unterhalten. Als Annahme von Vergünstigungen werden jedoch nicht angesehen, Einladungen oder Gepflogenheiten anderer Art, die sich im normalen Geschäftsverkehr ergeben."

Die Mitarbeiter haben mit ihrer Unterschrift bestätigt, dass sie den v. g. Passus sowie den Inhalt des Statusberichts zur Korruptionsprävention vom 25.04.2008 zur Kenntnis genommen haben. Die unterschriebene Zweitschrift ist Bestandteil der Personalakte geworden.

Bei Neueinstellungen werden die Mitarbeiter auf die im Dienstvertrag vorhandene Regelung zur Korruptionsprävention besonders hingewiesen.

- 9.0 Vorgehen bei Korruptionsverdacht:
- 9.1 Die Mitarbeiter haben die dienstliche Verpflichtung, bei konkretem Korruptionsverdacht die Geschäftsführung zu unterrichten. Bei nachgewiesener Korruption werden immer Schadensersatzansprüche an den Mitarbeiter gestellt. Strafrechtliche Folgen ergeben sich insbesondere aus einer Vorteilsannahme und bei Bestechlichkeit.
- 9.2 Die Gesellschaft hat außerdem zum 01.01.2010 einem Rechtsanwalt die Funktion eines Ombudsmanns im Rahmen der Korruptionsprävention übertragen. Bei bestehendem Korruptionsverdacht oder bei Unsicherheiten und Fragen im Zusammenhang mit Korruption haben alle Mitarbeiter die Möglichkeit, sich direkt an den Ombudsmann zu wenden.

Durch umfassende und kontinuierliche Aufklärung sowie durch die Umsetzung von "Ethikregeln" soll ein Bewusstsein erzielt werden, das der Korruption den Boden entzieht. Die Mitarbeiter werden für die Problematik der Korruption sensibilisiert. Kontrolle und Vertrauen dürfen sich dabei nicht gegenseitig ausschließen. Die Hessische Landgesellschaft mbH als moderner und kundenorientierter Dienstleister mit seinen vielfältigen Aufgaben sieht es als besonders wichtig an, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Unbestechlichkeit und Transparenz als Forderung an die eigene Persönlichkeit und das eigene Gewissen verstehen.

## Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2014 hat die Stadt Kassel an die Gesellschaft keinen Zuschuss geleistet.

# IdE Institut dezentrale Energietechnologien gemeinnützige GmbH

Sitz: Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRA 15455

Rechtsform: gGmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> - die interdisziplinäre Bearbeitung von Forschungs - und Entwicklungsaufgaben

auf dem Gebiet der Energiesystemtechnik,

- die Produktentwicklung und der Technologietransfer zu Unternehmen der

regionalen Wirtschaft,

- die Durchführung öffentlich geförderter, anwendungsbezogener Forschungs-

und Entwicklungsprojekte in Kooperation mit regionalen Unternehmen,

- die Auftragsforschung zur Produktentwicklung und -weiterentwicklung bis zum Prototyp ("Null-Serie") für Unternehmen der regionalen Wirtschaft sowie die Unterstützung der Gesellschafter auf dem Gebiet dezentraler Energie- und

Effizienztechnologien,

- die Durchführung von Anwendungs- und Demonstrationsprojekten in der

Region,

- und die Förderung des wissenschaftlich-technischen Nachwuchses.

<u>Eigentümer:</u> Universität Kassel K.d.ö.R., Kassel 50 %

EAM Beteiligungen GmbH 8 %

SMA Solar Technology AG, Niestetal 8 %

Städtische Werke AG, Kassel 8 %

Viessmann Werke GmbH & Co.KG, Allendorf/Eder 8 %

WINGAS GmbH, Kassel 8 %

deENet Kompetenznetzwerk dezentrale Energietechnologien e.V. 5 %

Stadt Kassel 2,5 %

Gemeinde Niestetal 2,5 %

Volkswagen AG- ist über einen separaten Kooperationsvertrag fest in die

Strukturen des IdE eingebunden und ständiger Gast in der

Gesellschafterversammlung

<u>Kapitalangaben:</u> Stammkapital 25.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 10. Oktober 2011

Wirtschaftsprüfer: k-wis GmbH

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Dr.-Ing. Martin Hoppe-Kilpper

Prokurist: Dr.-Ing. Clemens Mostert, MBA

#### Kennzahlen

		2013 IST	2014 IST
Umsatzerlöse	TEUR	3.128	3.593
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	17	77
Bilanzsumme	TEUR	1.048	851
Investitionen	TEUR	39	91
Fremd-Darlehen	TEUR	0	0
Personal	Anzahl	57	66
Eigenkapitalquote	%	5	15
Cash flow (nur AFA)	TEUR	54	115
Gesamtverschuldung	%	88	71
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	55	54
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,71	0,75

## Lagebericht

Das Ziel des IdE ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung auf dem Gebiet der Energiesystemtechnik, insbesondere durch die interdisziplinäre Bearbeitung von Forschungs- und Entwicklungsaufgaben, die Durchführung von Auftragsforschung und öffentlich geförderten Forschungs- und Entwicklungsprojekten sowie die Förderung des wissenschaftlich-technischen Nachwuchses. Die Aktivitäten im Berichtsjahr dienten insbesondere der weiteren Organisationsentwicklung und Verstetigung der Aufbauphase auf Grundlage des beschlossenen Wirtschafts- und Stellenplans:

- Etablierung der Fachabteilungen
- Bearbeitung von öffentlich geförderten F&E-Projekten und Forschungsaufträgen
- Intensivierung der Marketingarbeit
- Gremienarbeit u.a. Ständige Arbeitsgruppe "Programm- und Projektkoordination", KMU-Netzwerktreffen, Sitzungen Wissenschaftliches Leitungsgremium
- Weiterentwicklung der strategischen Planung

Das IdE hat sich erfolgreich als Kooperationsplattform zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik etabliert und fördert den Technologietransfer im Bereich dezentraler Energie- und Effizienztechnologien. Die Bearbeitung der öffentlich und privat finanzierten F&E-Projekte erfolgt in Fachabteilungen, die ihr wissenschaftlich-technisches Know-how zur Projektbearbeitung aus Fachgebieten der Uni Kassel beziehen. In diesem Zusammenhang wurde mit der Besetzung der Professur "Volkswirtschaftslehre mit Schwerpunkt dezentrale Energiewirtschaft" eine neue Fachabteilung Dezentrale Energiewirtschaft zum 1. Oktober am IdE etabliert und die Abteilung Dezentrale Energiekonzepte zum 31. Dezember planmäßig geschlossen.

Bei der Durchführung von anwendungsorientierten F&E-Vorhaben liegt der Anspruch des IdE hinsichtlich neuer Produkte und Dienstleistungen in der ganzheitlichen Bearbeitung des Zukunftsthemas Energiesystemtechnik. Mit der erfolgreichen Beantragung und Durchführung von Vorhaben, die als Leitprojekte in ihrem Wissensbereich gelten, ist das Institut sehr gut in die nationale Energieforschung eingebunden.

Im Jahr 2014 hat das IdE öffentlich geförderte F&E-Projekte im Auftrag des Bundes sowie des Landes Hessen bearbeitet. Die Zuwendungen für die Bearbeitung der Projekte, die eine Laufzeit zwischen 12

und 36 Monaten haben, betrugen insgesamt 1.150 T€. Die Zuwendungsquote liegt zwischen 75 % und 100 %. Derzeit wichtigster öffentlicher Fördermittelgeber ist das BMUB (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit). Im Geschäftsjahr wurden darüber hinaus für die industriellen Gesellschafter und die Volkswagen AG sowie weitere Unternehmen und Kommunen Auftragsforschungen durchgeführt. Das Umsatzvolumen der Forschungsaufträge betrug 976 T€.

### Analyse des Geschäftsverlaufes

Von den im Geschäftsjahr 2014 ausgewiesenen Erträgen aus Zuschüssen in Höhe von 1.795 T€ entfielen 1140 T€ auf Zuschüsse für F&E-Projekte. Zuschüsse in Höhe von 1.467 T€ entfallen auf Zuschüsse der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WI-Bank) und der Gesellschafter zur Deckung der im Geschäftsjahr angefallenen Sach- und Personalaufwendungen zum Aufbau des Instituts. Die Erträge aus der Bearbeitung von Forschungsaufträgen betrugen 976 T€. Insgesamt hat das IdE ein Jahresergebnis von 72 T€ erzielt.

# Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Der Wirtschaftsplan 2015 rechnet im Mid-Case-Szenario mit Erlösen in Höhe von 4,040 Mio. € und mit Kosten von 3,995 Mio. €. Das geplante Ergebnis in Höhe von 45 T€ ist als Rücklage eingeplant. Die Planung der Fachabteilungen sieht Erlöse in Höhe von 2,580 Mio. € aus Drittmitteln vor. Bis Mitte September sind etwa 2,250 Mio. € über Förderbescheide und Aufträge abgesichert.

Im Bereich der Grundfinanzierung sind im Wirtschaftsplan 2015 neben den EFRE-Mitteln des Hessischen Wirtschaftsministeriums nicht verausgabte Gesellschafterzuschüsse in Höhe von 120 T€ eingeplant. Laut Jahresabschluss 2014 stehen in 2015 33 T€ nicht verausgabte Gesellschafterzuschüsse zur Verfügung. Die Differenz ergibt sich aus einem entsprechend höheren Finanzierungsbedarf im Bereich der Grundfinanzierung 2014. Die Anforderungen an das Liquiditätsmanagement werden weiterhin hoch bleiben. Die Liquiditätsplanung 2015 sieht vor, dass der Kontokorrentkredit in der zweiten Jahreshälfte weitestgehend ausgeschöpft wird.

Im Stellenplan 2015 sind als maximales Ausbauszenario 52,5 Vollzeitstellen bis Ende 2015 (42 Vollzeitstellen Ende 2014) vorgesehen: 23,5 Stellen zur Bearbeitung von F&E-Projekten, 11,0 Stellen zur Bearbeitung von Forschungsaufträgen, 7,5 Stellen in den Fachabteilungen, 8,5 Stellen im Institutsmanagement und 2,0 Stellen in der Geschäftsleitung. Dann sind bis Ende 2015 einschließlich der Studentischen Aushilfskräfte voraussichtlich etwa 80 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im IdE beschäftigt.

Im Rahmen der Aufbauphase ist das IdE einer Reihe von Risiken ausgesetzt, die im Falle ihres Eintritts einen negativen Einfluss auf die weitere Entwicklung des Instituts haben. Alle wesentlichen Risiken, die das Erreichen der strategischen Ziele des IdE gefährden, werden von der Geschäftsleitung im Rahmen einer jährlichen Risikoidentifikation ermittelt. Die Risiken werden nach Relevanz in geringe, mittlere und hohe Bedeutung unterteilt und entsprechende Indikatoren zur Analyse festgelegt. In monatlichen Treffen der Geschäftsleitung, Bereichsleitung Finanzen sowie Programm- und Projektkoordination werden die Risiken analysiert und bewertet. Bei einer gestiegenen Risikoeinschätzung werden Maßnahmen zur Risikoabwehr beschlossen. Die Ergebnisse der monatlichen Risikoanalyse werden schriftlich dokumentiert.

## Korruptionsprävention

Für korruptionsgefährdete Bereiche gilt das Mehraugenprinzip.

# Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung des IdE, die Wissenschaft und Forschung zu fördern.

Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

Im Wirtschaftsjahr 2014 hat die Stadt Kassel an das IdE einen Zuschuss in Höhe von 20.000 € geleistet.

# JAFKA - Gemeinnützige Gesellschaft für Aus- u. Fortbildung mbH

Sitz: Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRB 5051

Rechtsform: gGmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Gegenstand des Unternehmens ist es, neue Formen von allgemeiner und

beruflicher Bildung zu entwickeln. Darüber hinaus führt die Gesellschaft selbst Berufsausbildung durch oder ist Kooperationspartner von beruflicher Bildung. Die Gesellschaft bietet Beratungsdienstleistungen im Umfeld der Errichtung und Ausgestaltung von Arbeitsplätzen an. Für Menschen, die von Arbeitslosigkeit bedroht oder betroffen sind, werden Qualifizierung und Beschäftigung

ermöglicht.

Eigentümer: Stadt Kassel 100 %

Beteiligungen: StadtBild gGmbH

<u>Kapitalangaben:</u> Stammkapital 1.108.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 20. September 1989 / letzte Änderung 12. April 2010

Wirtschaftsprüfer: AKR Akzent Revisions GmbH, Kassel

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Dipl. Oec. Jürgen Hartrumpf

Prokurist: Dipl.Soz.Päd. Olaf Mauksch

## Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	2.726	2.624
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	68,2	21,2
Bilanzsumme	TEUR	3.469	3.343
Investitionen	TEUR	49,5	91,6
Fremd-Darlehen	TEUR	416	370
Personal	Anzahl	57	55
Eigenkapitalquote	%	78,0	81,5
Cash flow (nur AFA)	TEUR	125,9	30,7
Gesamtverschuldung	%	28,27	22,74
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	47,8	47,7
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,71	0,73

### Lagebericht

Der Aufgabenschwerpunkt der JAFKA gGmbH ist die Ausbildung und Berufsvorbereitung von benachteiligten Jugendlichen sowie die Qualifizierung von älteren Arbeitnehmern im Rechtskreis SGB II u. III. Die Gesellschaft bietet darüber hinaus Personal- u. Fachdienstleistungen an. Ein weiterer Schwerpunkt ist die pädagogische Begleitung von Schülern beim Übergang in das Berufsleben.

Zu Beginn des Ausbildungsjahres 2014 konnten insgesamt 32 neue Ausbildungsplätze in unterschiedlichen Berufen an die Gesellschaft gebunden werden. Hierbei wurde die Ausbildungsmaßnahme der Agentur für Arbeit für den Bereich der Rehabilitanden mit 4 neuen Ausbildungsplätzen (kooperativ) fortgesetzt. Die Stadtnetzausbildung konnte mit dem Einstieg von 16 Jugendlichen ebenfalls fortgeführt werden. Diese 16 Plätze werden sowohl von der Stadt Kassel als auch vom Land Hessen finanziert. Den Ausbildungsvertrag haben die Jugendlichen wegen dieser Finanzierungsstruktur bei der StadtBild gGmbH erhalten. Die fachpraktische Ausbildung erfolgt über die JAFKA gGmbH. Des Weiteren erfolgreich neu beworben wurde die Reha-Ausbildung (integrativ) mit 12 Ausbildungsplätzen. Darüber hinaus wurde die BvB-Maßnahme mit 56 Teilnehmerplätzen im Jahr 2014 fortgeführt. Im Kontext der Maßnahme Qualifizierung und Beschäftigung konnte der Bereich der Berufsvorbereitung weiter ausgebaut werden. Wir begleiten nun 22 Jugendliche auf ihrem Weg in das Ausbildungs- u. Berufsleben. Durch die Vielzahl und Unterschiedlichkeit der Projekte konnte die Auslastung der Gesellschaft gesichert und die Marktposition gefestigt werden.

#### Analyse des Geschäftsverlaufes

Die Gesellschaft ist weiterhin im geplanten Aufgabenfeld tätig und konnte darüber hinaus neue Aufträge generieren. Das Jahr 2014 wurde wiederrum mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen.

## Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Die JAFKA gGmbH befindet sich weiterhin in einem sehr schwierigen Marktumfeld. Steigende Anforderungen der Auftraggeber bei gleichzeitiger Reduzierung der Kostensätze stellt eine hohe Herausforderung dar. Hierbei setzen wir auf Innovation, Erweiterung des Leistungsspektrums und Entwicklung neuer Produkte im Rahmen unserer Arbeitsmarktdienstleistungen. Die eingeleiteten Maßnahmen und die damit verbundenen Zielsetzungen sind ambitioniert, es gelingt aber in Teilen reduzierte Auftragsvolumina der "klassischen" Vertragspartner zu kompensieren.

Der eingeleitete Paradigmenwechsel im Ausbildungsmarkt stellt uns aber vor erhebliche Schwierigkeiten. Die Ausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen scheint aus Sicht der Auftraggeber (Agentur für Arbeit/JobCenter) zunehmend nicht mehr zeitgemäß. Verstärkt wird nun die sog. "Assistierte Ausbildung" im Ausschreibeportfolio präferiert. Hierbei werden die Jugendlichen in heimischen Betrieben ausgebildet und erhalten auch durch diese Betriebe ihren Ausbildungsvertrag. Arbeitsmarktdienstleister wie z. B. die JAFKA gGmbH begleiten diese Form hierbei nur noch fachtheoretisch und sozialpädagogisch. Die sächliche u. personelle Infrastruktur des Dienstleisters (Werkstätten, Ausbildungsmeister) werden hierbei nicht mehr benötigt. Die zwangsläufig entstehenden Überkapazitäten müssen, beim langfristigen Festhalten des Auftraggebers an dieser Form der Ausbildung, abgebaut werden.

Die Gründung der StadtBild gGmbH aus der JAFKA gGmbH heraus hat sich als überaus effizient erwiesen. Die inhaltliche und personelle Interaktion zwischen JAFKA und StadtBild bietet eine Reihe von Möglichkeiten und ein nicht unerhebliches Potential.

# Kassel documenta Stadt

Auf Grund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der hiermit kausal verbundenen jährlichen Wirtschaftsergebnisse sind wir seit 3 Jahren nicht in der Lage, auf die bestehenden Forderungen der Belegschaft nach Gehaltssteigerungen/Gehaltsanpassungen entsprechend adäquat reagieren zu können. Die Folge ist Abwanderung/Fluktuation, steigende Unzufriedenheit und soziale Ungerechtigkeit in der Belegschaft. Diese Situation ist eine erhebliche Herausforderung sowohl für die Geschäftsführung als auch für den Gesellschafter.

Die erheblichen Investitionen in die Infrastruktur, unter Berücksichtigung der Abschreibungs- u. Zinsbelastung, die notwendig werdenden Gehaltsanpassungen an die allgemeine Lohnentwicklung (will man die konzeptionelle u. personelle Qualität der JAFKA nicht gefährden) werden auch zukünftig dafür verantwortlich sein, dass wir schwache Jahresergebnisse erzielen. Der aktuelle Trend, insbesondere im Vergleich der jüngsten Geschäftsjahre, lässt aber darauf hoffen, dass es uns mittelfristig gelingt, durch eine Verlagerung der Geschäftsfelder die Gesellschaft weiterhin zu stabilisieren. Wir werden daher an unserer Strategie festhalten und die unternehmerischen Handlungen darauf ausrichten, zusätzliche Marktfelder zu erschließen, strategische Partnerschaften einzugehen sowie neue Kostenträger als Partner zu gewinnen. Die Diversifizierung und Erweiterung des Portfolios war in den letzten Jahren bereits sehr erfolgreich. Wir sehen daher zurzeit keine Tatsachen gegeben, die den Bestand des Unternehmens gefährden.

## Korruptionsprävention

Sämtlicher Angebots- u. Zahlungsfluss ist mit dem sog. Vier-Augenprinzip geregelt.

## Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Der Gesellschaftszweck wird insbesondere durch die Förderung der Erziehung sowie der Volks- und Berufsbildung verwirklicht.

Bei der JAFKA gGmbH handelt es sich gemäß der HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Im Wirtschaftsjahr 2014 hat die Stadt Kassel keinen Zuschuss an die Gesellschaft geleistet.

### StadtBild - Gemeinnützige Gesellschaft für Aus- u. Fortbildung mbH (JAFKA)

Sitz: Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRB 15626

Rechtsform: gGmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Die Gesellschaft führt Qualifizierungs-, Beschäftigungs-, Bildungs- und

Beratungsangebote für unterschiedliche Zielgruppen des Ausbildungs- u. Arbeitsmarktes durch. Sie kooperiert hierbei eng mit den regionalen Akteuren des Ausbildungs- und Beschäftigungsmarktes. Die Gesellschaft bietet unterschiedliche Formen der betrieblichen Ausbildung an, führt diese selbst durch oder interagiert mit Betrieben und Dienstleistern der heimischen

Wirtschaft. Die Gesellschaft setzt Dienstleistungen und Beratungsangebote im Rahmen der sozialräumlichen Entwicklung von Stadtteilen um. Die Gesellschaft

entwickelt unterschiedliche Formen von Beschäftigungs- und

Integrationsprojekten, führt diese selber durch oder ist Kooperationspartner

beschäftigungsorientierter Dienstleistungsangebote.

Eigentümer: JAFKA gGmbH 100 %

<u>Kapitalangaben:</u> Stammkapital 25.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 19. Juli 2011

Wirtschaftsprüfer: AKR Akzent Revisions GmbH, Kassel

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Dipl. Oec. Jürgen Hartrumpf

<u>Prokurist:</u> Carmen Beutler

## Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	1.364,4	1.748,2
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	-3,9	-9,0
Bilanzsumme	TEUR	263,6	333,1
Investitionen	TEUR	17,8	10,8
Fremd-Darlehen	TEUR	0	0
Personal	Anzahl	25	43
Eigenkapitalquote	%	40,0	28,8
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-0,3	-2,5
Gesamtverschuldung	%	149,8	246,9
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	54,6	40,7
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,50	0,56

## Lagebericht

Für die operative Umsetzung der Ausbildung nutzt die StadtBild gGmbH die vorhandenen personellen und infrastrukturellen Ressourcen der JAFKA gGmbH. Diese werden über einen internen Leistungsaustausch verrechnet.

Zu Beginn des Ausbildungsjahres 2014 konnten insgesamt 16 neue Ausbildungsplätze in unterschiedlichen Berufen an die Gesellschaft gebunden werden. Die Umsetzung des Ausbildungsprogramms erfolgt in Zusammenarbeit mit der JAFKA gGmbH. Auch in diesem Jahr konnten wir erfolgreich die Arbeit im Kontext der schulbezogenen Sozialarbeit (SchubS) fortsetzen. Wir arbeiten hierbei an Grund- u. Weiterführenden Schulen. Zielsetzung ist die Entwicklung und Implementierung eines Ganztagsangebotes. Im Rahmen des Projektes "Geld statt Stelle" übernehmen wir für derzeit 16 Kasseler Schulen unterschiedliche Dienstleistungen. Dieses Angebot konnte im Vergleich zum Vorjahr noch einmal deutlich ausgeweitet werden. Diese Ausweitung hat signifikante Auswirkungen auf den Umsatz der Gesellschaft. Darüber hinaus hat die Gesellschaft ihre sozialraumorientierte Stadtteilarbeit im Zuge der Auftragsübernahme für die Entwicklung des "Integrierten Handlungskonzeptes" weiterhin in Rothenditmold fortgesetzt.

Das im Jahr 2013 übernommene Projekt Ausbildungswerkstatt wurde weiter fortgesetzt. Die Stadt Kassel hat uns im Zusammenhang mit diesem Projekt wiederrum beauftragt, 4 Jugendliche gezielt auf die Ausbildung in der städtischen Verwaltung vorzubereiten. Hierbei absolvieren die Jugendlichen in 3 Tagen in der Woche ein Praktikum im Rathaus, an einem Tag in der Woche werden sie durch uns betreut, an einem Tag in der Woche besuchen sie die Berufsschule. Am Ende einer erfolgreichen Teilnahme am Projekt wartet auf die Jugendlichen ein Ausbildungsplatz in der städtischen Verwaltung.

Die StadtBild gGmbH hat ihr Angebot im Bereich Übergang von der Schule in die Ausbildung mit den Projekten "Berufsorientiert in Ausbildung" (BoA) und dem Projekt Integration von Migranten in Ausbildung (InMigra) im Jahr 2014 gefestigt und weiter ausgebaut. Mit der Abteilung Kinder- und Jugendförderung des Jugendamtes wurden zwei weitere Projekte im Jahr 2014 initiiert. Hierbei liegt die pädagogische sowie inhaltliche Verantwortung bei der Fachabteilung der Stadt Kassel, die StadtBild gGmbH agiert hierbei als Personaldienstleiter. Bei den implementierten Angeboten handelt es sich um das Projekt "Knusper" im Willi-Seidel-Haus und das Projekt "Schulbezogene Sozialarbeit" an der Offenen Schule Waldau.

Durch die Vielzahl und Unterschiedlichkeit der Projekte konnte die Auslastung der Gesellschaft gesichert und die Marktposition gefestigt werden.

#### Analyse des Geschäftsverlaufes

Die Gesellschaft ist weiterhin im geplanten Aufgabenfeld tätig und hat das Jahr 2014 mit einem leicht negativen Ergebnis abgeschlossen.

### Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Die zukünftige strategische Ausrichtung der Gesellschaft ist geprägt von einem sich ständig verändernden Dienstleistungsmarkt. Ziel ist es, weitere Aufgabenfelder im sozialen- und arbeitsmarktpolitischen Umfeld im Auftrag der Stadt Kassel zu generieren. Auf Grund der Ausrichtung der Gesellschaft, der momentanen Auftragslage und der aktuellen Vertragslaufzeiten sind alle Handlungen darauf abgestimmt, auf kurzfristige Entwicklungen reagieren zu können. Die eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen, insbesondere Arbeitsverträge, sind an die Projektlaufzeiten angepasst. Darüber hinaus gehende personelle oder infrastrukturelle Verpflichtungen bestehen nicht. Wir sehen daher zurzeit keine Tatsachen gegeben, die den Bestand des Unternehmens gefährden.

### Korruptionsprävention

Sämtlicher Angebots- u. Zahlungsfluss ist mit dem sog. Vier-Augenprinzip geregelt.

### Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Der Gesellschaftszweck wird insbesondere durch die Förderung der Erziehung sowie der Volks- und Berufsbildung verwirklicht.

Bei der StadtBild gGmbH handelt es sich gemäß der HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Im Wirtschaftsjahr 2014 hat die Stadt Kassel keinen Zuschuss an die Gesellschaft geleistet.

## Kasseler Bank eG - Volksbank Raiffeisenbank in Kurhessen & Waldeck

Sitz: Kassel

**Genossenschaftsregister:** 

Nr. 313

Rechtsform: Eingetragene Genossenschaft

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Kreditgenossenschaft.

<u>Eigentümer:</u> 36.764 Mitglieder mit 397.382 Geschäftsanteilen

Stadt Kassel – 1 Geschäftsanteil (50 €)

<u>Beteiligungen:</u> diverse

<u>Kapitalangaben:</u> Geschäftsguthaben der Mitglieder 19.869.100 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Satzung

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> Genossenschaftsverband e.V. Neu-Isenburg / Hannover

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Martin Schmitt Wolfgang Osse Volker Stern

Aufsichtsrat (oder Beirat):

Claus Winneknecht (Vorsitzender) Robert Walter (stv. Vorsitzender) Dr. Burkhard Wilk (stv. Vorsitzender)

Friedrich Brauner Zdenka Fischer Peter Kleinert Sybille Lossau Dr. Walter Lohmeier Hartwig Pietzcker

Anmerkung: Minderbeteiligung der Stadt Kassel. Bei weiterem Informationsbedarf kann der

Jahresabschluss mit Anhang sowie der Lagebericht eingesehen werden.

# **Kassel Marketing GmbH**

Sitz: Kassel

<u>Handelsregister:</u> Amtsgericht Kassel, HRB 4639

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Stadtmarketing und Durchführung von Veranstaltungen, die geeignet sind, das

Ansehen der Stadt Kassel als touristisches Reiseziel und Einkaufsstandort zu steigern. Insbesondere Tourismus-, Tagungs- und Kurwesen, Marktforschung und -beobachtung, Teilnahme an Messen und Workshops, Bereitstellung von Prospekten, Betrieb und die inhaltliche Gestaltung von Tourismusinformationen

und der Betrieb des Kongresspalais Stadthalle Kassel (KPK).

Eigentümer: Stadt Kassel 100 %

<u>Kapitalangaben:</u> Stammkapital 500.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 24. März 2010

Pachtvertrag mit der TSK GmbH vom 22. Dezember 2003

Wirtschaftsprüfer: AKR Akzent Revisions GmbH, Kassel

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Angelika Hüppe

<u>Aufsichtsrat:</u> Dr. Jürgen Barthel (Vorsitzender)

Jürgen Kaiser Christof Nolda Gerhard Jochinger

Ralf Gude Wolfgag Decker Karl Schöberl Dr. Maik Behschad Birgit Trinczek

#### Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	4.247	4.387
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	-2.574	-2.456
Bilanzsumme	TEUR	1.449	1.459
Investitionen	TEUR	383	158
Fremd-Darlehen	TEUR	-	-
Personal	Anzahl	51	55
Eigenkapitalquote	%	52,5	45,5
Cash flow (nur AFA)	TEUR	123	83
Gesamtverschuldung	%	-	-
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	83,3	79,8
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,55	0,53

#### Lagebericht

Der Geschäftsverlauf war neben den laufenden Aufgaben geprägt von:

- den Werbemaßnahmen Gospelkirchentag
- der Implementierung des Sicherheitskonzeptes zu den "Beleuchteten Wasserspielen"
- der Durchführung und Bewerbung des Zissels in Kooperation mit dem Zissel e.V.
- dem Besucheranstieg im Bergpark im Rahmen der Welterbeernennung
- der Ausrichtung des Jubiläumsballs KPK

#### Analyse des Geschäftsverlaufes

Die Ertragslage der Gesellschaft wird durch einen Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme von T€ 2.456 (Vorjahr T€ 2.583) geprägt. Die Umsatzerlöse betrugen T€ 4.387 (Vorjahr T€ 4.247).

Die Umsatzerlöse der Geschäftsbereiche betrugen im Jahr 2014 in den Bereichen Vermietung Kongress Palais Kassel - Stadthalle T€ 2.760 (Vorjahr T€ 2.538), Märkte und Events T€ 969 (Vorjahr T€ 751), Bad Wilhelmshöhe T€ 57 (Vorjahr T€ 52), Touristik und Besucherservice T€ 599 (Vorjahr T€ 462), Marketing T€ 3 (Vorjahr T€ 7). Der Personalaufwand, einschließlich Mitarbeiter der Stadt Kassel, betrug T€ 2.337 (Vorjahr T€ 2.355). Der Anteil der Personalaufwendungen an der Gesamtleistung betrug 53,3% (Vorjahr 54,0%). Die Materialquote an der Gesamtleistung betrug 47,8% (Vorjahr 48,5%). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen bei T€ 2.609 (Vorjahr T€ 2.759).

Die Vermögenslage ist dadurch gekennzeichnet, dass die langfristig verfügbaren Mittel neben dem Anlagevermögen auch die Vorräte und einen Teil der Forderungen decken. Der Anteil des Eigenkapitals von T€ 665 (Vorjahr T€ 761) an der Bilanzsumme von T€ 1.459 (Vorjahr T€ 1.449) beträgt 45,5% (Vorjahr 52,5%).

Trotz der Verringerung der netto verfügbaren flüssigen Mittel von T€ 275 auf T€ 230 ist die Finanzlage der Gesellschaft ausreichend.

### Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Das Jahr 2015 wird geprägt sein von den begleitenden Werbemaßnahmen zur Eröffnung der GRIMMWELT, 60 Jahre documenta und der Cranach-Ausstellung. Zudem wird das Kassel-Magazin in der Wochenzeitung "die Zeit" erscheinen. Darüber hinaus liegt der Fokus auf der europaweiten Ausschreibung der Veranstaltungstechnik für das Kongress Palais und dem Ausbau der Vermarktung der Tagungsdestination Kassel und des Kongress Palais.

Die Geschäftsführung wird im Jahr 2015 alle möglichen Maßnahmen ergreifen, um den Wirtschaftsplan einzuhalten. Bei planmäßiger Entwicklung sieht die Geschäftsführung keine Risiken.

### Korruptionsprävention

Die Kassel Marketing führt das Vier-Augen-Prinzip in allen Geschäftsvorfällen konsequent durch. Das Vorgehen im Falle der Annahme von Geschenken ist in der Betriebsordnung geregelt.

## Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2014 hat die Stadt Kassel an die Kassel Marketing GmbH einen Zuschuss in Höhe von 2.360.000 € geleistet.

### **NB Nordhessenbus GmbH**

Sitz: Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRB 7504

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des öffentlichen

Personennahverkehrs in Kassel und der Region sowie die Erbringung von

Dienstleistungen für Verkehrsbetriebe.

Eigentümer: Stadt Kassel 100 %

<u>Kapitalangaben:</u> Stammkapital 50.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag

Wirtschaftsprüfer: HTW Wirtschaftsprüfung GmbH, Kassel

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Dipl. Oec. Ulrich Freudenstein

#### Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	12.811	11.299
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	32	23
Bilanzsumme	TEUR	829	663
Investitionen	TEUR	-	-
Fremd-Darlehen	TEUR	-	-
Personal	Anzahl	-	-
Eigenkapitalquote	%	16,4	21,0
Cash flow (nur AFA)	TEUR	12	3
Gesamtverschuldung	%	83,6	79,0
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-	-

#### Lagebericht

Die NB war bis zum 13.12.2014 Inhaberin der Genehmigungen nach § 2 und § 20 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) für die Einrichtung und den Betrieb des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) des Linienbündels 11 "StadtBus Kassel". Dieses umfasst neben dem Linienverkehr mit Kraftfahrzeugen im Sinne von § 4 und § 42 PBefG in der Stadt Kassel auch die Anbindung der Gemeinden Fuldabrück und Habichtswald.

Die Betriebsführung für die mit den Genehmigungen verbundenen Linien wurde von der NB an die KVG übertragen. Gleichwohl hat diese die NB mit nahezu der kompletten Verkehrserstellung im Bündel 11 betraut. Ausgenommen davon sind lediglich Sonderformen des Linienverkehrs wie beispielsweise Anrufsammeltaxenverkehre (AST).

Seit 14.12.2014 liegt die Konzession für den "StadtBus Kassel" bei der KVG, welche die NB weiterhin mit der Erstellung der Busverkehrsleistung des Linienbündels beauftragt hat. Somit beträgt das von der NB im Jahr 2014 erbrachte Linienverkehrsvolumen ca. 3,9 Mio. Fahrplankilometer.

#### Analyse des Geschäftsverlaufes

Der Geschäftsverlauf war im Jahr 2014 ausgeglichen. Die NB schloss das Berichtsjahr mit einem Gewinn von 3,4 Tsd. EUR unter dem Planwert von 12,0 Tsd. EUR (Vorjahr 11,8 Tsd. EUR) ab.

#### Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Die von der NB im Jahr 2015 zu erbringenden Verkehrsleistungen werden sich in etwa auf dem Niveau des Vorjahres bewegen. Somit wird analog dem Vorjahresniveau für das Jahr 2015 von einem Planergebnis in Höhe von 10,7 Tsd. EUR ausgegangen.

In Verbindung mit der laufzeitkonformen Koppelung der vertraglichen Vereinbarungen für Personal und Fahrzeuge einerseits und der Verlängerung des mit der KVG bestehenden Verkehrsvertrages andererseits wird sichergestellt, dass ausreichend Personal und Betriebsmittel zu festgelegten Konditionen zur Erstellung der beauftragten Verkehrsleistung zur Verfügung stehen.

#### **Compliance**

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integres Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

## Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2014 hat die Stadt Kassel an die NB keinen Zuschuss geleistet.

# NVV Nordhessischer Verkehrsverbund & Fördergesellschaft Nordhessen mbH

Sitz: Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRB 5592

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Im Geschäftsbereich "Verkehrsverbund" dient die Gesellschaft dem Zwecke der

gemeinsamen Erfüllung der Aufgabe öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

im Gebiet der kommunalen Gesellschafter. Sie verfolgt das Ziel, für die

Bevölkerung im Verbundraum, der das Gebiet der kommunalen Gesellschafter umfasst, ein bedarfsgerechtes Nahverkehrsangebot als Daseinsvorsorge zur

Verfügung zu stellen.

Im Geschäftsbereich "Fördergesellschaft" fördert die Gesellschaft alle

Maßnahmen, die der Stärkung der Wirtschaftskraft der nordhessischen Region

dienen. Sie verfolgt diesen Zweck unter anderem durch Werbung für

Nordhessen, Organisation gemeinsamer kultureller Aktivitäten, Förderung der Wirtschaft und des Fremdenverkehrs sowie durch die Vertretung gemeinsamer Interessen, insbesondere für die Finanz- und Infrastrukturausstattung der

kommunalen Körperschaften.

Eigentümer: Stadt Kassel 14,28 %

Landkreis Kassel 14,28 % Schwalm-Eder-Kreis 14,29 %

Landkreis Hersfeld-Rotenburg 14,29 % Landkreis Waldeck-Frankenberg 14,29 %

Werra-Meißner-Kreis 14,29 %

Land Hessen 14,28 %

Beteiligungen: Regionalmanagement Nordhessen GmbH 50 %

Kapitalangaben: Stammkapital 35.790 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag und Verbundvertrag vom 23. Juni 1994

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> Prof. Dr. Ludewig & Partner GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Dr. Jürgen Barthel

Wolfgang Dippel (bis 31. August 2014)

Wolfgang Rausch

#### Aufsichtsrat (oder Beirat):

Landrat Uwe Schmidt (Vorsitzender)

Staatssekretär Steffen Saebisch, Land Hessen (bis 18. Januar 2014) Staatssekretär Mathias Samson, Land Hessen (ab 2. April 2014) Staatssekretärin Dr. Bernadette Weyland (ab 2. April 2014)

Oberbürgermeister Bertram Hilgen, Stadt Kassel

Landrat Dr. Karl-Ernst Schmidt, Landkreis Hersfeld-Rotenburg

Landrat Frank Martin Neupärtl, Schwalm-Eder-Kreis (verstorben am 12.

Dezember 2014)

Landrat Dr. Reinhard Kubat, Landkreis Waldeck-Frankenberg

Landrat Stefan Reuß, Werra-Meißner-Kreis

### <u>Prokurist:</u> Jutta Viehmann

#### Kennzahlen

		2013 IST	2014 IST
Umsatzerlöse	TEUR	136.875	151
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	0	0
Bilanzsumme	TEUR	50.042	
Investitionen	TEUR	0	0
Fremd-Darlehen	TEUR	0	0
Personal	Anzahl	65	
Eigenkapitalquote	%	0,23	
Cash flow (nur AFA)	TEUR	1.419	
Gesamtverschuldung	%	0	0
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	2.106	
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,02	

## Lagebericht

#### Geschäftsbereich Fördergesellschaft

Der Geschäftsbereich Fördergesellschaft ist verantwortlich für übergreifende kommunale Fragestellungen der Region Nordhessen und insbesondere auch für die strategische Ausrichtung der Tochtergesellschaft Regionalmanagement Nordhessen GmbH. Im Geschäftsbereich Fördergesellschaft werden Entscheidungen für die Sitzungen des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung der Regionalmanagement Nordhessen GmbH vorbereitet. Der Geschäftsbereich bereitet die Aufsichtsratssitzungen der Verkehrsverbund und Fördergesellschaft Nordhessen organisatorisch vor.

Im Jahr 2014 wurden verschiedene gemeinsame nordhessische Interessenlagen abgestimmt. Hierzu gehörten schwerpunktmäßig die Beratungen über die weiteren organisatorischen Schritte zum flächendeckenden Ausbau des Breitbandnetzes in Nordhessen und die Fortsetzung der Finanzierung des bei der Regionalmanagement Nordhessen GmbH im Aufbau befindlichen Destination Management Center (DMC).

Für das Cluster regenerative Energien bei der Regionalmanagement Nordhessen GmbH wurde die Finanzierung durch die Landkreise und die Stadt Kassel sichergestellt.

Im Rahmen der koordinierenden Tätigkeiten zur Vernetzung und regionalen Identitätsstiftung von Standorten der Industriekultur Nordhessen (nino) wurde zum 6. Mal die nordhessenweite Veranstaltung "Blauer Sonntag" mit dem Motto "Faktor Mensch – Arbeitsleben" vom 5. bis 7. September 2014 initiiert.

## Geschäftsbereich Verkehrsverbund (NVV)

Die wesentlichen Arbeitsschwerpunkte des NVV stellen sich wie folgt dar:

Die Arbeitsschwerpunkte im Bereich Infrastruktur waren im Jahr 2014 die Projekte aus dem Bereich Stationsmodernisierung und die Reaktivierung der Strecke Korbach – Frankenberg.

In den Projekten der Rahmenvereinbarung Hessen wurde im Projekt Modernisierung des Bahnhofs Bebra das Gleis 5 in Betrieb genommen und die Modernisierung der Bahnsteige sowie die Sanierung der Personenunterführung abgeschlossen. Bis Ende Juni 2015 wird die gesamte Maßnahme mit Einbau der Aufzüge, Gestaltung der Personenunterführung und Rückbau des Bahnsteigs 1 abgeschlossen sein.

Im Projekt Bahnhof Malsfeld wurde ein Planungs- und Finanzierungsvertrag zum Neubau des Bahnhofs an zentraler Stelle der Gemeinde gezeichnet.

Im Projekt Modernisierung des Bahnhofs Treysa wurde der Baubeginn seitens der DB AG auf 2019 verschoben.

Im Projekt Neubau eines Servicegebäudes mit ZOB und P&R-Anlagen auf der Westseite des Bahnhofs Hofgeismar erfolgte der Baubeginn, weiterhin wurden Planungsaktivitäten für einen Behelfsbahnsteig zum Hessentag 2015 angestoßen.

Im Projekt Neubau der RegioTram Station Melsungen-Schwarzenberg wurde der Planungs- und Finanzierungsvertrag endverhandelt und in den Unterschriftenlauf gegeben.

Im Projekt Reaktivierung der Strecke Korbach – Frankenberg startete der Baubeginn an der Bahnstrecke, den Bahnsteigen und den P&R-Anlagen. Weiterhin wurde auch mit dem Umbau des Bahnhofsumfeldes in Frankenberg begonnen. Beide Projekte sollen in 2015 abgeschlossen sein.

Im Bereich Verkehrsangebot Schiene wurde das Vergabeverfahren Nordwest-Hessen-Netz vorbereitet. Der Aufruf zum Teilnahmewettbewerb wurde im März 2014 im EU-Amtsblatt veröffentlicht. Im Jahr 2014 wurde das Vergabeverfahren Nordost-Hessen-Netz abgeschlossen. Der Zuschlag fiel auf die Firma Cantus. Der neue Vertrag läuft ab Dezember 2016.

Nachdem es zum Fahrplanwechsel 13/14, bedingt durch die Inbetriebnahme des Regio-Tram Zielkonzeptes, sehr viele Änderungen im Fahrplan gab, konnte zum Fahrplanwechsel 14/15 für das Verbundgebiet ein stabiler Fahrplan und Angebotsstruktur umgesetzt werden.

Im Bereich Verkehrsangebot Bus wurden zwei ausgeschriebene Busbündel in der ersten Jahreshälfte 2014 vertraglich abgeschlossen. Erstmals gab es nun – gegenüber den zwei Vorjahren – wieder eine Entwicklung der Preise nach unten. Gegenüber den Altverträgen lagen die Kilometerpreise etwa 15 % über den Werten von vor acht Jahren. Bei beiden Vergaben erfolgte ein Betreiberwechsel.

Im Bündel Edersee/Waldeck von der HLB auf die Bad Wildunger Kraftverkehr (kommunaler Verkehrsund Energieversorger aus Bad Wildungen) und im Bündel Kassel-Plus Nord von der bisherigen Arbeitsgemeinschaft SURF auf die Firma Bonte-Reisen. Die Betriebsstarts verliefen im Dezember 2014 in der Gesamtbetrachtung unproblematisch. Im Bündel Kassel-Plus Nord gab es jedoch Probleme mit der Fahrzeugdruckerausstattung, die zeitlich sehr knapp erfolgte, wodurch eine Schulung des Personals nicht ausreichend durchgeführt werden konnte.

Das Land Hessen stellte im Rahmen des Landesprojektes "Mobilität im ländlichen Raum" Fördergelder zur Finanzierung des "Modellvorhabens Werra-Meißner-Kreis" (Mobilfalt) zur Verfügung. Das Projekt versucht private Mobilität in den ÖPNV einzubinden und zwar unter Berücksichtigung einer Fahrplanund Tarifintegration, ergänzt um die Komponenten "Mobilitätszentrale", "Car-Sharing", "BürgerBus" und "E-Fahrrad". Wissenschaftlich begleitet wird das Projekt von der Uni Kassel. Das Projekt Mobilfalt wurde am 19. April 2013 öffentlich gestartet, die ursprüngliche Projektphase endete zum Jahresende 2014. Schon im Verlauf der Testphase wurde klar, dass eine Erprobung des Echtbetriebes letztendlich über 20 Monate nicht ausreicht. Daher wurde einerseits um eine Verlängerung der Förderung beim Land Hessen bis Ende 2016 geworben, gleichzeitig wurde eine Verknüpfung mit dem Projekt "Garantiert mobil" im Odenwaldkreis vorgeschlagen. Für beide Projekte soll ein einziges mandantenfähiges IT-Hintergrundsystem eingerichtet werden.

In 2014 fiel weiterhin die Entscheidung zur Annahme des Projektes "GetMobil" als Förderprojekt durch das Bundeswissenschaftsministerium, welches unter Federführung der Uni Kassel und Beteiligung des NVV zum 1. April 2015 startet. Auch in 2014 konnte sich der NVV erfolgreich in die engere Auswahl eines weiteren Förderprojektes des Bundeswissenschaftsministeriums bewerben. Das Projekt "MobiLe" (bisheriger Arbeitstitel Mobilfalt 2.0), welches unter Federführung des NVV läuft und unter Beteiligung zahlreicher kommunaler Partner und Partnern aus der Wirtschaft, dem Gesundheitswesen und der Wissenschaft, wurde in der ersten Auswahlrunde gewählt und mit 50.000 Euro an Budgetmitteln ausgestattet, um sich für die letztendliche Förderung von 5 Projekten über jeweils 5 Jahre zu bewerben. Diese Bewerbungsphase startete im Herbst 2014, der Projektantrag wird im April 2015 eingereicht.

Eine zentrale Kundenbefragung zur Zufriedenheit der Kunden mit den Leistungen des Nahverkehrs (Kundenbarometer) wurde auch in 2014 durchgeführt. Die zentrale Variable des Kundenbarometers ist die Bewertung der Gesamtzufriedenheit, hier antworteten 84,1 % der Befragten mit "sehr zufrieden" oder "zufrieden".

Der NVV ist dabei, ein einheitliches und flächendeckendes dynamisches Fahrgastinformations(DFI)- und Anschlusssicherungssystem(ANS) mit zentraler Datendrehscheibe einzuführen und zu betreiben. Das System ist in der Abnahmephase der einzelnen Module.

Einbezogen werden alle Bus- und SPNV-Verkehre mitsamt ihren vorhandenen bzw. geplanten IT-Systemen. Das Gesamtprojekt wird weiter stufenweise über die nächsten Jahre umgesetzt und optimiert.

Die mobilen Fahrplanauskünfte des NVV mit den schon in 2012 gestarteten APPs für die Betriebssysteme iOS (IPhone) und Android mit dem AST-Buchen und Mobilfalt-Button inkl. des Ticket-Verkaufs erfahren einen stetigen Anstieg der Kundennutzung. Einzige Ausnahme ist das Betriebssystem Blackberry, welches zum Ende des Jahres 2015 aufgrund viel zu geringer Nutzung eingestellt und aufgrund einer größeren Nachfrage durch Windows ersetzt wird.

In 2014 wurde der Druck des NVV-Gesamtfahrplanbuches aufgrund stark abnehmender Nutzerzahlen eingestellt. Erweitert wurde dafür die Möglichkeit der Zusammenstellung des "Fahrplanbuch online" und die Auflagenerhöhung der Linienfahrpläne. Das bereits in 2013 gemeinsam mit dem RMV erstellte Schienenfahrplanbuch wurde in 2014 nochmals aufgelegt.

Im Jahr 2014 konnte nach den jetzt vorliegenden Daten ein Anstieg der Erlöse um 2,02 % erreicht werden. Die im Dezember 2013 vorgenommene Tariferhöhung betrug durchschnittlich 3,61 %. Damit sind erstmalig, bereinigt um die Tariferhöhung, die Fahrgeldeinnahmen des NVV rückläufig.

Im Dezember 2014 wurden die Verbundfahrpreise um durchschnittlich 3,26 Prozent erhöht. Im Zuge der Tarifänderung wurde das Angebot für TagesTickets gestrafft und die Nutzungsmöglichkeiten harmonisiert. Das GruppentagesTicket wurde abgeschafft. Das TagesTicket für Einzelpersonen gilt jetzt wie das MultiTicket 24 Stunden bzw. das gesamte Wochenende. Des Weiteren wurde das Nutzungsalter der preisermäßigten Kindereinzelfahrkarten von 14 Jahre auf 17 Jahre angehoben. Die Fahrkarte wurde in U18-Karte umbenannt.

Eine Differenzierung der Einzel- und Zeitfahrkarten im KasselPlus-Gebiet in eine Preisstufe Kassel und eine Preisstufe KasselPlus wurde untersucht. Von der Umsetzung wurde allerdings aus verschiedenen Gründen zunächst abgesehen.

Der NVV konnte in den vergangenen Jahren den Anteil der Einnahmen für SemesterTickets stetig steigern. Dies ist zum einen auf den kontinuierlichen Anstieg der Studierenden und zum anderen auf den Abschluss weiterer Vereinbarungen mit Universitäten zurückzuführen. Im Jahr 2014 wurde eine Vereinbarung mit der Hochschule Rhein-Main Wiesbaden abgeschlossen. Die Einnahmen aus allen SemesterTicket-Vereinbarungen betrugen im Jahr 2014 insgesamt 7,46 Mio. Euro.

Aus Rentabilitätsgründen wurde die Verkaufsstelle in Heringen geschlossen.

#### Risikobericht

Eine Budgetvereinbarung wurde am 14.12.2009 mit dem Land Hessen für die Jahre 2010 bis 2014 unterzeichnet. Mit den darin bis 2014 vom Land Hessen zur Verfügung gestellten Finanzmitteln war der Nordhessische Verkehrsverbund in der Lage, seine vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen und die begonnenen Projekte weiterzuführen. Dazu gehört auch die Umsetzung des Zielkonzeptes der RegioTram zum Fahrplan 2013.

Die Umsetzung dieses Zielkonzeptes war zurückgestellt worden, weil in 2012 eine außerplanmäßige Kürzung der Budgetmittel für die hessischen Verkehrsverbünde erfolgte, die den NVV mit 8.485.500 Euro belastete.

Mit einer Zusatzvereinbarung vom 18./19. Dezember 2014 ist mit dem Land Hessen eine Weitergeltung der bisherigen Finanzierungsvereinbarung bis zum Jahr 2016 mit gleichen Finanzierungsbeiträgen (wie aus dem Jahr 2014) abgeschlossen worden. Eine langfristige Finanzierungsvereinbarung fehlt. Im Rahmen der Zusatzvereinbarung wird ausgeführt, ... "das Land strebt an, anschließend nach der Revision der Regionalisierungsmittel durch den Bund schnellstmöglich wieder eine längerfristige Finanzierungsvereinbarung abzuschließen".

Der NVV hat im Herbst 2014 eine mittelfristige Finanzplanung für den Zeitraum 2015 bis 2019 erstellt. Bereits im Jahr 2016 wird hier ein Fehlbetrag von rd. 6,2 Mio. Euro ausgewiesen. Ab dem Jahr 2017 wurden die Regionalisierungsmittel des Landes mit einer Steigerung von 1,5 % kalkuliert. Die danach aufgestellte Finanzplanung weist jährliche Deckungslücken auf. Kumuliert bis zum Ende der Mittelfristplanung im Jahr 2019 steigt der nicht gedeckte Fehlbetrag auf 56,8 Mio. Euro.

Trotz der unverändert sehr geringen Kapitaldecke ist die Liquidität insbesondere durch die monatliche Auszahlung von Mitteln nach der Budgetvereinbarung bis Ende 2015 als gut zu bezeichnen.

#### Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2014 hat die Stadt Kassel an die NVV einen Zuschuss in Höhe von 141.934,10 € geleistet.

### Regionalmanagement Nordhessen GmbH (NVV)

<u>Sitz:</u> Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRB 13092

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Die Gesellschaft koordiniert alle Maßnahmen, die der Stärkung der

Wirtschaftskraft der nordhessischen Region dienen.

<u>Eigentümer:</u> Verkehrsverbund und Fördergesellschaft Nordhessen mbH 50 %

Industrie- und Handelskammer Kassel-Marburg 30 %

Handwerkskammer Kassel 15 %

Pro Nordhessen e.V. 5 %

Kapitalangaben: Stammkapital 50.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 11. Januar 2002

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> AKR Revisions GmbH Kassel

Geschäftsführung (oder Vorstand):

**Holger Schach** 

Aufsichtsrat (oder Beirat):

Dem Aufsichtsrat gehören stimmberechtigte und nicht stimmberechtigte

Mitglieder an.

Stimmberechtigt sind:

jeweils der Landrat des Landkreises Kassel, Werra-Meißner, Schwalm-Eder, Hersfeld-Rotenburg, Waldeck-Frankenberg, der Oberbürgermeister der Stadt

Kassel, außerdem insgesamt 6 Vertreter von der Industrie- und

Handelskammer, Handwerkskammer Kassel und dem Verein Pro Nordhessen

e. V.

Nicht stimmberechtigt sind:

je ein Vertreter des Landes Hessen, vertreten durch den Hessischen Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, des Verbandes Hessischer Unternehmen, des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der nordhessischen Sparkassen, der nordhessischen Genossenschaftsbanken, der Universität Kassel, Phillips-Universität Marburg, Fachhochschule Fulda und der Volkswagen AG

Betriebsstätte Baunatal.

#### Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	1.390,7	1.402,3
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	-1.197,5	-1.047,3
Bilanzsumme	TEUR	916,3	862,1
Investitionen	TEUR	15,4	37,8
Fremd-Darlehen	TEUR		
Personal	Anzahl	43	42,5
Eigenkapitalquote	%	5,46	5,8
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-1.171,4	-1.026,6
Gesamtverschuldung	%	1.733	1.624
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	32,3	33,0
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,97	1,00

#### Lagebericht

#### 1. Grundlage des Unternehmens

Die Gesellschaft wurde am 11. Januar 2002 von der Verkehrsverbund und Fördergesellschaft Nordhessen mbH, der Industrie- und Handelskammer Kassel, der Handwerkskammer Kassel und Pro Nordhessen e. V. gegründet. Sie koordiniert alle Maßnahmen, die der Stärkung der Wirtschaftskraft der nordhessischen Region dienen. Insofern ist Zweck der Gesellschaft, Projekte und Prozesse zur Regionalentwicklung zu initiieren und bis zur Umsetzung zu steuern, regionale Netzwerke (Cluster) aufzubauen sowie neue Produkte für die Region zu generieren und im Rahmen eines übergreifenden Standortmarketings zu vermarkten. Die Gesellschaft ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet; vielmehr sollen die Ergebnisse ihrer Geschäftstätigkeit positive wirtschaftliche Effekte für die gesamte Region bewirken. Die Finanzeinlagen der Gesellschafter von 500 TEUR p.a. dienen somit vorrangig dem Verlustausgleich für die im Rahmen der Geschäftstätigkeit entstandenen Sach- und Personalaufwendungen. Darüber hinaus werden Projektbudgets akquiriert, die sich jeweils aus Finanzierungsbeiträgen der projektbeteiligten Partner, Sponsorengeldern sowie Fördermitteln zusammensetzen und nicht zu Lasten der Basisfinanzierung der GmbH gehen.

Die Gesellschaft hat im Jahr 2014 insgesamt 42 Mitarbeiter, darunter 24 Mitarbeiter in Vollzeit und 14 Mitarbeiter in Teilzeit sowie 4 Praktikanten/Assistenten beschäftigt. Die Geschäftsbereiche Mobilitätswirtschaft, Tourismus, Gesundheitswirtschaft, Standortmarketing, Dachmarke GrimmHeimat NordHessen und der Businessplanwettbewerb promotion Nordhessen verfügen über separate Budgetansätze. Darüber hinaus wurde im Jahr 2012 das Clustermanagement Dezentrale Energietechnologien und Energieeffizienz als zusätzliche Aufgabe fest implementiert und durch Sonderumlagen der Gesellschafter finanziert.

#### 2. Wirtschaftsbericht

Gemessen an den übergeordneten Zielen der Gesellschaft hat sich die Region auch im Berichtsjahr 2014 auf stabil hohem Niveau positiv weiterentwickelt. Die Arbeitslosenquote hat im Jahresdurchschnitt mit 6,1 % einen historischen Tiefstand erreicht und steht mehr als jeder andere Indikator für den erfolgreichen Strukturwandel in Nordhessen. Nach wie vor sind die wichtigsten wirtschaftlichen Impulse im Bereich der definierten Cluster zu verzeichnen und auch künftig zu erwarten. Wachstumstreiber bleibt die Mobilitätswirtschaft mit Neuinvestitionen insbesondere im Bereich Logistik und Bestandsinvestitionen in der Automobilzuliefererindustrie. Für das Cluster Dezentrale Energietechnologien ging das Berichtsjahr mit der Rekommunalisierung von Energieversorgern und Netzstruktur sowie dem Ausbau der Energieproduktion aus erneuerbaren Energien mit positiven Wertschöpfungseffekten für die Region einher. Die Änderung der Einspeisevergütung im Rahmen des EEG hat demgegenüber zu Einbrüchen in der Solarindustrie geführt und wird zu einem weiteren Abbau von Arbeitsplätzen führen. Im Cluster Gesundheit bewegen sich die Bruttoumsätze auf konstant hohem Niveau (rd. 10 Mrd. Euro), die Marktteilnehmer stehen aber vor großen Herausforderungen zur Aufrechterhaltung der Versorgungsstrukturen insbesondere im ländlichen Raum. Im Tourismus hat sich die stetig steigende Entwicklung der Gäste- und Übernachtungszahlen der letzten Jahre abgeschwächt, wobei hier nicht prognostizierbare Rahmenbedingungen wie die Wetterverhältnisse im Jahr 2014 ausschlaggebend waren.

Nach wie vor zielen die Geschäftsprozesse und Projekte der Gesellschaft darauf ab, in den Clustern und Handlungsfeldern die regionalen Netzwerke auszubauen, Wissenstransfer und Unternehmenskooperationen zu organisieren und damit regionale Wertschöpfungskreisläufe zu unterstützen. Die positive wirtschaftliche Entwicklung der Gesamtregion seit Gründung der Gesellschaft ist auch darauf zurückzuführen, dass mittlerweile die Region besser als andere vernetzt ist und Wertschöpfung soweit wie möglich vor Ort generiert werden kann. Die aktuell laufenden Projekte sollen den erreichten Stand sichern und gemäß des Leitbildes Nordhessen 2020 Innovationen an den Schnittstellen der Cluster generieren. Beispielhaft gelungen ist dies für das Thema Elektromobilität, das über die Arbeitsgruppe E-Mobilität der Regionalmanagement Nordhessen GmbH initiiert wurde und nun mit dem massiven Ausbau dieser Zukunftstechnologie in Forschung, Entwicklung und Produktion (u.a. Fraunhofer IWES, IdE, Volkswagen) einhergeht. Elektromobilität ist nicht nur die Schnittstelle zwischen den Clustern Mobilität und Dezentrale Energietechnologien, sondern erfordert auch eine breitestmögliche Vernetzung der Automobilhersteller, Zulieferer, Forschungseinrichtungen, Energieversorger und Infrastrukturdienstleister. Insofern werden auch in Zukunft weitere Schlüsselprojekte der Gesellschaft im Bereich Elektromobilität entwickelt werden. Aktuell kooperieren im Projekt FREE Hotels, Verkehrsgesellschaften, Energieversorger, Fahrzeugproduzenten und Forschungseinrichtungen bei der Entwicklung eines innovativen Mobilitätsangebotes mit touristischer Alleinstellung. Gemeinsam mit weiteren Mobilitätsclustern auf europäischer Ebene werden in Projekten wie ENEVATE oder NISTO weitere Innovationen erforscht und Anwendungen vorbereitet, die für die Clusterakteure in Nordhessen neue Märkte erschließen. Weiterhin haben zahlreiche Netzwerkformate und Veranstaltungen, u. a. das 10jährige Jubiläum von MoWiN.net, der Logistiktag, Netzwerktreffen bei wechselnden Unternehmen und internationale Veranstaltungen zur Verstetigung und Entwicklung der Mobilitätswirtschaft als Wertschöpfungsfaktor in der Region beigetragen. Um die Finanzierung auch künftig sicher zu stellen, werden sukzessive neue Projekte entwickelt und hierfür Dritt- und Fördermittel auf nationaler und internationaler Ebene akquiriert.

Als Leitprojekt im Cluster Tourismus wurde nach der erfolgreichen Implementierung der Dachmarke GrimmHeimat NordHessen nun das Projekt MeineCardPlus im zweiten Jahr fortgeführt. Inzwischen beteiligen sich mehr als 120 Gastgeber und über 100 Freizeiteinrichtungen an dem gemeinschaftlich organisierten Umlagemodell. Die Teilnehmer haben teilweise Übernachtungszuwächse von 25 % zu verzeichnen und stärken damit die Wettbewerbsfähigkeit der Destination GrimmHeimat NordHessen insgesamt. Das Projekt refinanziert sich einschließlich des Managementaufwands aus den Projekterlösen. Der Mehrwert für die Gäste und die Region durch den kostenlosen Zugang zu Freizeitangeboten und ÖPNV übersteigt die eingesetzten Mittel erheblich. Darüber hinaus tragen zahlreiche mit den touristischen Akteuren abgestimmte Marketingmaßnahmen - finanziert aus der Sonderumlage der Gesellschafter zzgl. eingeworbener Mittel mit einem Gesamtbudget von rd. 1 Mio. Euro - zur Entwicklung und Vermarktung der Destination bei. Veranstaltungsformate wie das Jahrestreffen Tourismus helfen dabei, Brancheninnovationen bekannt zu machen und in Nordhessen umzusetzen. Im Cluster Gesundheit sind die Kasseler Gesundheitstage die wichtigste Netzwerkplattform, vollständig refinanziert aus Ausstellererlösen. Weiterführende Maßnahmen wie die Koordinierung der Netzwerke MRE (Multiresistente Erreger) und AAL (Altersgerechte Assistenzsysteme) mit jeweils über 100 Netzwerkpartnern bedürfen hingegen der Förderung. Entsprechend beantragte Projekte sind im Jahr 2014 noch nicht bewilligt bzw. abgelehnt worden. Zusätzliche Finanzierungsoptionen ergeben sich aus dem für 2015 aufgelegten Innovationsfonds Gesundheit.

Im Cluster Dezentrale Energietechnologien stehen zunächst Austausch und Vernetzung der vielfältigen Akteure und Initiativen über das per Sonderumlage finanzierte Clustermanagement im Vordergrund. Auch hier sind Netzwerkveranstaltungen insbesondere in den Landkreisen zu Themen wie Energieeffizienz, Marketing und Kommunikation eine wichtige Klammer zur Festigung der Kooperationsstrukturen. Im Rahmen mehrerer Workshops wurde zudem eine Umsetzungsstrategie definiert, die in den Handlungsfeldern Kommunen, Energieversorger, Privathaushalte, Industrie/Gewerbe und Wohnungsbau geeignete Maßnahmen entwickelt. Diese sollen in den kommenden Jahren, mitfinanziert über die neue EFRE-Periode, umgesetzt werden. Leitprojekt im Standortmarketing war die Präsenz auf der Expo Real, refinanziert über Mitaussteller und Fördermittel. Darüber hinaus wurden zahlreiche Maßnahmen zur Attraktivierung des Standortes Nordhessen in regionalen, nationalen und internationalen Medien umgesetzt. Mit dem Jobportal, dem Bewerbermanagement und dem Format Newcomer-Treffen sind zudem konkrete Maßnahmen zur Fachkräftebindung und -gewinnung realisiert worden. Diesem Ziel dient auch die Umsetzung des Gründerwettbewerbs promotion Nordhessen, der mittlerweile in der 15. Runde die höchste Teilnehmerzahl erzielen konnte. Neben der Bindung und Akquisition von hochqualifizierten akademischen Fachkräften ist das enorme endogene Wachstumspotential von Start-Ups der wichtigste Effekt für die Regionalentwicklung.

Als Meilenstein der regionalen Kooperation unter Leitung des Regionalmanagements ist die Gründung der Breitband Nordhessen GmbH (BNG) erfolgt. Diese kommunale Infrastrukturgesellschaft koordiniert Gesamtkonzept, Ausbauplanung sowie Ausschreibung für den Betreiber und den Bau eines regionalen Breitbandhochgeschwindigkeitsnetzes. Hierfür hat die BNG einen Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Regionalmanagement Nordhessen GmbH abgeschlossen, die die Geschäftsführung und Overheadleistungen übernimmt.

Insgesamt ist festzuhalten, dass alle Geschäftsprozesse und Projekte konkrete und messbare positive Effekte für die Entwicklung der Region Nordhessen erzielen, aber jeweils mit unterschiedlichen Geschäftsmodellen realisiert werden. Insofern setzen sich die investierten Mittel zu je 30 % aus Gesellschaftereinlagen/- umlagen, 28 % aus Fördermitteln und 42 % aus Drittmitteln von Partnern und Sponsoren zusammen.

### Analyse des Geschäftsverlaufs:

Der Geschäftsverlauf hat sich im Geschäftsjahr 2014 in weitgehender Übereinstimmung mit der Prognose und voller Übereinstimmung mit der Ergebnisplanung entwickelt. Dabei hat sich der Betriebsaufwand mit rd. 3,52 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr um rd. 280 TEUR reduziert, die Betriebsleistung, also die Summe aller betrieblichen Erträge, entsprechend um 127 TEUR auf 2,47 Mio. Euro. Ursache dieser Veränderung sind u. a. die Auslagerung von Geschäftsprozessen in die Breitband Nordhessen GmbH sowie die geplante, aber 2014 nicht erfolgte Bewilligung von Projekten im Cluster Gesundheit. Weitere Umsätze im Geschäftsmodell Gästekarte in Höhe von rd. 500 TEUR sind bilanziell neutral und für den Betriebsaufwand nicht relevant. Insgesamt hat sich das Ergebnis um rd. 150 TEUR verbessert und damit das schlechtere Ergebnis aus dem Vorjahr (- 134,1 TEUR gegenüber dem Vorjahr) mehr als kompensiert. Insofern konnte das Ziel erreicht werden, die im Vorjahr auf 425 TEUR abgeschmolzenen Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern auf 487 TEUR zu erhöhen (angestrebt 500 TEUR). Ursache für diese Ergebnisverbesserung sind u. a. auch Nachzahlungen von Sonderumlagen aus dem Jahr 2013.

Das in der letztjährigen Risikoanalyse aufgezeigte Szenario einer sukzessiv abschmelzenden Kapitalrücklage ist also nicht eingetreten, vielmehr konnte dieser Trend umgekehrt werden. Grundsätzlich ist aber für jedes Geschäftsjahr erneut nicht auszuschließen, dass die im Wirtschaftsplan definierten Projekte abhängig von der Einwerbung von Drittmitteln auch defizitär abgeschlossen werden können. Zu beachten ist dabei, dass angesichts des aktuellen Betriebsaufwands in Höhe von rd. 3,5 Mio. Euro die Personal- und Sachkosten die jährlichen Gesellschaftereinlagen zzgl. Sonderumlagen und Finanzierungsbeteiligungen des Landes deutlich überschreiten. Der Großteil der Personalkosten ist deshalb über die teilweise jährlich neu einzuwerbenden Projektbudgets zu refinanzieren. Die seit Ende 2010 für die Cluster Mobilitätswirtschaft, Tourismus, Gesundheit und Dezentrale Energietechnologien weggefallenen Fördermittel konnten seitdem durch Projektmittel auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene sowie Projektbeteiligung Dritter ausgeglichen werden. Sollten trotz der gleichbleibend intensiven Akquisitionsbemühungen künftig unplanmäßige Verluste bei Projekten zu verzeichnen sein, sind diese aus den Rücklagen auszugleichen. Anschließend ist zu entscheiden, in welcher Form diese Projekte fortgeführt oder ggf. eingestellt werden sollen. Gesondert zu betrachten ist die Tourismusfinanzierung, die für die Jahre 2015/2016 im Kreis der Gesellschafter noch zu klären ist und langfristig einer gemeinsamen Lösung unter Einbeziehung des Landes bedarf. Auch hier ist die Personal- und Marketingplanung vorausschauend den letztlich verfügbaren Mitteln anzupassen. Das Projekt Gästekarte, als eigenständiges Geschäftsmodell in die Abläufe der Gesellschaft integriert, wird z.B. bei einem Maximalverlust von 200 TEUR eingestellt und somit für die Gesellschaft kalkulierbar. Die aktuellen Nutzerzahlen und das Umlagevolumen von inzwischen insgesamt 1,2 Mio. Euro sprechen aber dafür, dass das Modell ausgebaut werden kann.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass für die Aufgabe der Gesellschaft als gestaltender Akteur der Regionalentwicklung hinreichend finanzierte Projekte und Maßnahmen erforderlich sind und mit der Ausweitung der Geschäftstätigkeit auch der Grad der Zielerreichung steigt. Grundsätzlich sind deshalb Mittel zu investieren und nicht als Kapitalrücklage vorzuhalten. Nach wie vor wird ein Liquiditätspuffer von rd. 500 TEUR angestrebt, um die Vorfinanzierung bzw. nötige Liquidität für laufende Projekte sicherzustellen. Das Risiko struktureller Defizite in einzelnen Projektbereichen ist besonders zu beachten. Die wirtschaftliche Lage des Unternehmens ist, und das zeigt das Ergebnis des Berichtsjahres insbesondere, stabil und mittelfristig nicht gefährdet.

#### **Nachtragsbericht**

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

#### Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Im laufenden Geschäftsjahr 2015 sind planmäßige Betriebsausgaben in Höhe von 5 Mio. Euro vorgesehen. Das Projektgeschäft wird entsprechend ausgeweitet, der Personalkostenanteil erhöht sich im Rahmen moderater Gehaltsanpassungen geringfügig. Die Planung beinhaltet laufende und neu zu akquirierende Projektmittel in den Clustern sowie Querschnittsaktivitäten wie promotion Nordhessen, Standortmarketing, GrimmHeimat NordHessen und die Umsetzung der NGA-Breitbandstrategie. Die gemäß der letztjährigen Prognose mit Erfolg akquirierten Projekte FREE und NISTO sichern bis auf weiteres einen nennenswerten Personal- und Sachkostenanteil für das Cluster Mobilität, aber auch themenübergreifend Personal- und Overheadkosten. Da internationale Projekte wie ENEVATE und Sintropher inzwischen abgeschlossen sind, werden für den Zeitraum 2016ff Anträge für neue Großprojekte vorbereitet, die auf Netzwerkkoordination und Zukunftstechnologien, u. a. im Bereich Elektromobilität, abzielen. Dabei sollen weitere Fördermittel auf nationaler (BMWI, BMVBS) und EU-Ebene akquiriert werden. Insgesamt befinden sich rd. 5 Projektanträge in Vorbereitung, u.a. IKT III mit einem Projektvolumen von 5,6 Mio. Euro. Im Cluster Dezentrale Technologien steht die Umsetzung des Leitbildes "Nordhessen 100 % erneuerbar" im Vordergrund. Hier wurden Handlungsfelder und Arbeitsgruppen definiert, für die aus der Gesellschafterumlage erfolgte Finanzierung dieses Prozesses wird für 2015 eine Förderung aus EFRE-Mitteln beantragt. Im Cluster Gesundheit sind die im Berichtsjahr eingereichten Projektanträge in den Bereichen Pflege, Demenzprävention und Altersgerechte Assistenzsysteme nicht bewilligt worden. Sollte eine Bewilligung für jeweils drei Jahre erfolgen, ist moderater Personalaufbau erforderlich. Andernfalls sind die Ressourcen anzupassen und auf Leitprojekte wie die Kasseler Gesundheitstage auszurichten. Das Berichtsjahr hat erneut gezeigt, dass Projekte wie der Logistiktag vollständig über Teilnehmer- und Ausstellererlöse refinanziert werden können, darüber hinaus geförderte Projekte wie die Expo Real ohne Eigenmittel der Gesellschaft über Dritte kozufinanzieren sind. Mit dem Projekt Gästekarte GrimmHeimat NordHessen wurde ein eigenständiges Geschäftsmodell realisiert, das für das Jahr 2015 erstmals ein Einnahmevolumen von 1 Mio. Euro überschreiten soll. Das maximale Risiko ist mit 200 TEUR klar definiert, die für diesen Fall festgelegten Mindestkriterien hinsichtlich Übernachtungszahlen und Umlagevolumen dürften aber nach Lage der Dinge deutlich überschritten werden.

Für die Prognose relevant ist insbesondere die Sicherstellung der Tourismusfinanzierung in Höhe von insgesamt 500 TEUR für die Jahre 2015/2016, die noch unter Gremienvorbehalt der Fördergesellschaft Nordhessen steht. Dieses Budget wird über Drittmittel verdoppelt und trägt damit zur leistungsfähigen Vermarktung der Destination GrimmHeimat NordHessen bei. Sollte dieses Budget nicht zur Verfügung stehen, ist eine deutliche personelle Konsolidierung im Destinationsmanagement erforderlich. Als langfristige Perspektive wird derzeit eine landesweite Lösung mit Finanzierungsoption des Landes verhandelt. Anderenfalls sind Alternativen auf regionaler Ebene erforderlich. Zu beachten ist, dass der Bereich Standortmarketing aufgrund der künftig fehlenden EFRE-Förderkulisse für die kommenden Jahre nicht finanziert ist. Dies betrifft insbesondere die Expo Real, darüber hinaus zahlreiche Maßnahmen im Bereich Standortkommunikation und Fachkräftemarketing, die für den Erfolg der Region zwingend notwendig sind. Hierzu sind frühzeitig Finanzierungsalternativen zu prüfen. Ebenso ist sicherzustellen, dass sich das Land Hessen auch künftig mit einem angemessenen Beitrag, mindestens in Höhe von 150 TEUR, an den Aufgaben der Gesellschaft beteiligt.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass trotz rückläufiger Förderkulisse auf Landesebene neue Projekte entwickelt werden können. Die in den letztjährigen Prognosen aufgezeigte Perspektive, verstärkt

regionale Partner bis hin zu einer Vollfinanzierung von Projekten einzubinden und alternative Finanzierungsquellen auf Bundes- und EU-Ebene einzuwerben, soll weiterverfolgt werden. Mit Verzögerung stehen ab 2015 erneut EFRE-Mittel zur Verfügung, wobei die Ziele des EFRE-Programms in weiten Teilen mit denen der Regionalmanagement Nordhessen GmbH übereinstimmen. Insofern ist nicht die Verfügbarkeit von Fördermitteln, sondern die Einwerbung von Komplementärmitteln über Projektpartner und Drittmittelgeber der begrenzende Faktor. Sollte es nicht gelingen, eine hinreichende Finanzierungsbasis einzuwerben oder sollten sich strukturell defizitäre Projekte abzeichnen, ist der Betriebsaufwand im Bereich der Personalkosten der tatsächlichen Betriebsleistung anzupassen. Der Fortbestand der Gesellschaft ist angesichts gesicherter Einlagen und langfristiger Kooperationspartner nicht gefährdet.

## Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

Im Wirtschaftsjahr 2014 hat die Stadt Kassel an die Gesellschaft keinen Zuschuss geleistet.

# Parkhausgesellschaft der Stadt Kassel mbH

Sitz: Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRB 4509

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Planung, Errichtung, Vermietung sowie der Betrieb von eigenen und

gepachteten Einrichtungen des ruhenden Straßenverkehrs und die Beteiligung

an Objekten ähnlicher Art.

Eigentümer: Stadt Kassel 50 %

Jochinger Bauconsulting und Projektmanagement GmbH, Kassel 50 %

<u>Kapitalangaben:</u> Stammkapital 281.211 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag

Wirtschaftsprüfer: GBZ Revisions und Treuhand AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Geschäftsführung (oder Vorstand):

**Gerhard Jochinger** 

Aufsichtsrat (oder Beirat):

Die Gesellschaft hat einen Beirat, bestehend aus je 3 Mitgliedern der beiden

Gesellschafter sowie dem Vorsitzenden der Kasseler Sparkasse als

Beiratsvorsitzendem

#### Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	2.268,5	2.330,3
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	495,3	550,0
Bilanzsumme	TEUR	1.453,1	1.365,3
Investitionen	TEUR	0,0	0,0
Fremd-Darlehen	TEUR	0,0	0,0
Personal	Anzahl	1,0	1,0
Eigenkapitalquote	%	40,95	46,53
Cash flow (nur AFA)	TEUR	535,7	241,6
Gesamtverschuldung	%		
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	2.268,5	2.330,3
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€		

### Lagebericht

#### Geschäft und Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft ist abhängig von der Einzelhandelskonjunktur der Innenstadt. Trotz einer derzeit angespannten Situation im Einzelhandel konnte im Vergleich zu 2013 eine Umsatzsteigerung von ca. 3 % verbucht werden. Diese Steigerung konnte unter anderem durch höhere Erlöse für Dauerstellplätze in der Tiefgarage Friedrichsplatz und Garde-du-Corps erzielt werden. Die Parkerlöse für Kurzparker sind dagegen im Vergleich zum Vorjahr im Bereich Tiefgarage Friedrichsplatz um ca. 4 % gesunken. Dies ist einem allgemeinen Rückgang im Innenstadtbereich sowie der Baustellensituation im Bereich Altmarkt / Frankfurter Straße geschuldet.

Die Umsätze für Kurzparker konnten dagegen in den Parkhäusern Garde-du-Corps und Martinskirche leicht gesteigert werden.

Die Betriebsaufwendungen für das operative Geschäft sind weitgehend konstant geblieben.

Die Gesellschaft verfügt über eine ausreichende Kapitalausstattung. Wir schlagen für das Geschäftsjahr 2014 der Gesellschafterversammlung eine Ausschüttung in Höhe von 350 TEUR vor.

#### Analyse des Geschäftsverlaufes

### Vermögenslage

Kennzahlen zur Vermögenslage	<u>2013</u>	<u> 2014</u>
Anlagenintensität (in %)	23,20 %	22,75 %
Eigenkapitalquote (in %)	40,95 %	46,53 %
<u>Finanzlage</u>		
Kennzahlen zur Finanzlage	2013	2014
	TEUR	TEUR
Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	535,7	241,6
Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit	-24,3	- 21,8
Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit	- 440,0	- 310,0

#### Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Derzeit sind keine Risiken erkennbar, die zu einer Überschuldung bzw. Zahlungsunfähigkeit führen könnten. Der Fortbestand des Unternehmens ist nicht gefährdet.

Ein weiterer Anstieg der Treibstoffpreise könnte zu einem Ausweichen der Innenstadtbesucher auf öffentliche Verkehrsmittel führen, wodurch die Einnahmen sinken würden.

Die Ansiedlung oder Erweiterung von Centerflächen am Rande der City würde wegen ausbleibender Kunden in der Stadt eine erhebliche Gefahr für die Rentabilität der Parkhausgesellschaft bedeuten.

Attraktivitätssteigerungen der Innenstadt könnten zu einer höheren Besucherfrequenz führen, wovon die PHG durch mehr Einfahrten profitieren würde; dies sehen wir als Chance für das Unternehmen. Die Erhöhung der Parkgebühren für oberirdisches Parken in der Stadt konnte bislang zu keinen Ertragssteigerungen der Parkhausgesellschaft führen.

Die PHG ist zurzeit mit der Projektentwicklung eines neuen Parkhauses im Bereich des jetzigen Parkhauses Garde-du-Corps beschäftigt. Eine erkennbare Nachfrage von Dauerstellplätzen und die eventuelle Einbindung der Museen mit wechselseitigen Synergien in diesem Bereich würde eine deutliche Erhöhung der Stellplätze verbunden mit einem Neubau des Parkhauses Garde-du-Corps zulassen.

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2014 hat die Stadt Kassel an die Parkhausgesellschaft der Stadt Kassel mbH keinen Zuschuss geleistet.

# Schlachthof Kassel GmbH & Co. Verwaltungs-KG

Sitz: Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRA 8590

Rechtsform: GmbH & Co. KG

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Gegenstand des Unternehmens ist die Einrichtung, Unterhaltung und der

Betrieb eines öffentlichen Schlacht- und Viehhofes in Kassel.

Eigentümer: Stadt Kassel 73,71 %

Landkreis Kassel 19,66 %

T.S.P. Frischfleisch GmbH Kassel 3,93 %

Nuhn, Kassel 1,97 %

Fleischerinnung Kassel 0,74 %

<u>Kapitalangaben:</u> 1.040.478,97 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 1. Juni 2009

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> Steuerberater Frank Heerdt, Langgöns

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Martin Müller Henning Wambach

Aufsichtsrat (oder Beirat):

Frank Tischner, 1.Vorsitzender Peter Kohrock, stellv. Vorsitzender

#### Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	852	866
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	./. 92,3	./.6,4
Bilanzsumme	TEUR	447	433
Investitionen	TEUR	41,1	2,5
Fremd-Darlehen	TEUR	-	100
Personal	Anzahl	13	15
Eigenkapitalquote	%	74,1	74,9
Cash flow (nur AFA)	TEUR	./. 36,1	55,4
Gesamtverschuldung	%	25,8	25,1
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	61	58
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,41	0,44

#### Lagebericht

Im Jahr 2014 konnte der Schlachthof in Kassel seiner regionalen Bedeutung gerecht werden.

Die finanzielle Eigenkapitalausstattung ist auf Grund des Ausscheidens von Kommanditisten in den vergangenen Jahren gemindert. Daneben belasten die in den letzten Jahren erwirtschafteten Verluste zunehmend die Eigenkapitalbasis. Aufgrund des strikten Kostenmanagements und durch Erhöhung der Schlachtpreise ab März 2014 wurde im Geschäftsjahr 2014 ein gegenüber dem Vorjahr um TEUR 86 auf TEUR ./. 6 verbessertes Ergebnis erwirtschaftet.

## Analyse des Geschäftsverlaufes

Der Umsatz betrug im Geschäftsjahr 2014 TEUR 866 (Vorjahr TEUR 852) und beinhaltet im Wesentlichen Schlachtgebühren. Die Umsatzsteigerung begründet sich mit der Erhöhung der Schlachtgebühren. Im Geschäftsjahr 2014 sind Ersatz- und Instandhaltungsaufwendungen in Höhe von TEUR 18 angefallen. Es wurde ein Satteldach über Zerlegung / Kühlhaus für TEUR 120 gebaut.

Der durchschnittliche Personalbestand setzt sich aus einem Geschäftsführer, 10 Metzgern, einem Techniker, einer Bürokraft sowie einer Reinigungskraft zusammen.

Die Schlachtzahlen bei Schweinen, Schafen und Großvieh haben in 2014 leicht nachgelassen.

#### Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Eine Steigerung der Schlachtzahlen wird angestrebt, wird aber nur durch zusätzliche Nutzer möglich sein. Eine Verbesserung der Ertragslage kann alternativ durch eine weitere Anhebung der Schlachtentgelte erzielt werden.

#### Chancen/Risiken der künftigen Entwicklung

Wir haben organisatorische Regelungen und Maßnahmen getroffen, damit den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende und sonstige wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung früh erkannt werden. Die eingesetzten Instrumentarien dazu sind:

- Monatliche Erstellung von betriebswirtschaftlichen Auswertungen mit Gegenüberstellung zu den Daten des vergleichbaren Vorjahreszeitraumes
- Monatliche Überwachung der Kostenstruktur durch Auswertung der Kostenarten
- Permanente Überwachung des Schlachtvolumens und der damit verbundenen
   Kapazitätsauslastung anhand monatlicher Schlacht- und Umsatzstatistiken differenziert nach einzelnen Nutzern und mit Gegenüberstellung zum vergleichbaren Vorjahreszeitraum
- Analyse der kurz-, mittel- und langfristig zu erwartenden Ersatz- und Instandhaltungsmaßnahmen

#### Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2014 hat die Stadt Kassel an die Gesellschaft keinen Zuschuss geleistet.

## **Science Park Kassel GmbH**

Sitz: Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRB 15030

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Innovations - und Gründungszentrum; Förderung der Zusammenarbeit von

Wissenschaft und Wirtschaft; Unterstützung der systematischen

Zusammenarbeit von Universität und innovativen Wachstumsträgern der

Region.

Eigentümer: Stadt Kassel 50 %

Universität Kassel 50 %

<u>Kapitalangaben:</u> Stammkapital 25.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 21. Dezember 2009

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> Strecker, Berger + Partner, Kassel

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Dr. Oliver Fromm
Dr. Gerold Kreuter

#### Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	19	72
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	-120	-248
Bilanzsumme	TEUR	6897	13936
Investitionen	TEUR	4390	7535
Fremd-Darlehen	TEUR	0	0
Personal	Anzahl	4	6
Eigenkapitalquote	%	15,0	9,5
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-117,1	-238,4
Gesamtverschuldung	%	0	0
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	4,75	12
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	1,78	0,98

## Lagebericht

Der Bau des Science Park Kassel verlief annähernd reibungslos. Die für Ende 2014 geplante Inbetriebnahme ließ sich durch Verzug einiger weniger Gewerke nicht realisieren und schob sich um zwei Monate. Erste Mietverträge wurden abgeschlossen oder die Anmietung mit Vorverträgen gesichert. Eine Auslastung im Plan oder leicht darüber im Folgejahr zeichnet sich ab.

#### Analyse des Geschäftsverlaufes

Die laufenden Kosten für den Geschäftsbetrieb wurden mit Kapitaleinlagen der Gesellschafter in Höhe von je TEUR 125 abgesichert. Eine Kostenberechnung gemäß DIN 276 nach Fertigstellung der Objektplanung ergab eine Summe von TEUR 15.307,6. Davon werden durch EFRE-Förderung des Landes 50 % finanziert. Die Ko-Finanzierung wurde durch Beschlüsse der städtischen Gremien sowie der Gremien der Universität Kassel und Gesellschafterbeschlüsse der Science Park Kassel GmbH sichergestellt.

#### Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Als Hauptrisiken werden mögliche Steigerungen der Projektkosten gesehen. Die berechneten Kosten sind gedeckt und stehen als Investitionsmittel zur Verfügung. Dieses Risiko wird durch die Entscheidung gemindert, die Bauleistung in Einzelgewerken zu vergeben. Aufgrund der zum Jahresende 2014 vorliegenden Abrechnungen ist mit einer geringen Überschreitung des Kostenrahmens > 2 % zu rechnen.

### Korruptionsprävention

Die Geschäftsführung hat entsprechend der Größe und der Tätigkeit des Unternehmens organisatorische Vorkehrungen (z. B. Zustimmungspflicht durch die Gesellschafterversammlung bei jährlichem Wirtschaftsplan und größeren Geschäften gemäß Geschäftsordnung sowie Vier-Augen-Prinzip) zur Korruptionsprävention ergriffen. Eine Dokumentation von Vorkehrungen zur Korruptionsprävention besteht nicht.

#### Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung.

Voraussetzungen nach § 121 Abs 1 HGO sind erfüllt.

Im Wirtschaftsjahr 2014 hat die Stadt Kassel an die Science Park Kassel GmbH einen Zuschuss in Höhe von 125.000,00 € geleistet. Außerdem wurde ein Baukostenzuschuss in Höhe von 3.236.799,25 € gewährt.

# **TSK Tagungszentrum Stadthalle Kassel GmbH**

Sitz: Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRB 5233

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Gegenstand des Unternehmens ist das Gebäudemanagement des gesamten

Stadthallenkomplexes als Tagungszentrum der Stadt Kassel und die

Bewirtschaftung der beiden Parkhäuser in der Baumbach- und Kattenstraße.

Eigentümer: Stadt Kassel 100 %

<u>Kapitalangaben:</u> Eigenkapital 7.141.236,82 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 20. Dezember 1990 in der Fassung vom 9. Juni 2005

Geschäftsbesorgungsvertrag mit der GWG vom 15. Dezember 1999 Pachtvertrag mit der Kassel Marketing GmbH vom 22. Dezember 2003,

1. Nachtrag zum Pachtvertrag vom 25. Juli 2011

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> Strecker, Berger + Partner, Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungs-

gesellschaft, Kassel

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Peter Ley

#### Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	584	610
Ergebnis	TEUR	-1.730	-1.789
Bilanzsumme	TEUR	32.041	31.850
Anlagevermögen	TEUR	31.879	31.709
Investitionen	TEUR	684	731
Fremd-Darlehen	TEUR	25.326	24.702
Personal	Anzahl	0	0
Eigenkapitalquote	%	20,9	22,4
Cash flow	TEUR	-881	-905
Gesamtverschuldung	%	79,0	77,6
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	_	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-	-

#### Lagebericht

Der Standort Kassel entwickelt sich weiterhin positiv. Dies spiegelt sich auch in der Attraktivität Kassels als Tagungs- und Veranstaltungsort wider. Gemeinsam mit dem Kooperationspartner Kassel Marketing wird das Tagungszentrum Kongress Palais Kassel kontinuierlich weiterentwickelt.

#### Analyse des Geschäftsverlaufes

Der wirtschaftliche Erfolg ist von den Umsätzen unseres Kooperationspartners Kassel Marketing abhängig. Die Verbesserung der Belegungsrate des Kongress Palais hat zu einer Umsatzsteigerung von 5 % im Vergleich zum Vorjahr geführt. Im Geschäftsjahr 2014 fiel der Verlust aufgrund zusätzlicher Abschreibungen mit 1.789 TEUR leicht höher aus. Die jährlichen Zahlungen der Gesellschafterin sind für den vollständigen Ausgleich der Unterdeckung nicht ausreichend.

#### Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Die Möglichkeiten zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation aus eigener Finanzkraft sind begrenzt und grundsätzlich nur im Rahmen einer Umsatzsteigerung von Kassel Marketing als Generalmieterin des Kongress Palais Kassel möglich. Davon ausgehend, dass die Stadt Kassel als Gesellschafterin der TSK weiterhin die jährlichen Zahlungen leistet, sind zumindest mittelfristig die wirtschaftlichen Voraussetzungen geschaffen, um den Betrieb der Stadthalle aufrecht zu erhalten.

#### Korruptionsprävention

Zur Korruptionsprävention wurden 2010 "Verhaltensrichtlinien der TSK gegen Vorteilsnahme und Korruption" erstellt, umgesetzt und weiterentwickelt.

### Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

Im Wirtschaftsjahr 2014 hat die Stadt Kassel Sicherheiten (Ausfallbürgschaften) in Höhe von 20.717.939,33 € gewährt. Für die Gesellschaft wurden von der Stadt Kassel im Haushalt 2014 insgesamt 2.229.000,00 € an Kapital- und Investitionszuschüssen gegenüber der TSK geleistet.

# Vereinigte Wohnstätten 1889 eG

Sitz: Kassel

**Genossenschaftsregister:** 

Nr. 305

Rechtsform: eingetragene Genossenschaft

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Vermietungsgenossenschaft.

Eigentümer: 8.237 Mitglieder mit 23.992 Anteilen

Stadt Kassel 10 Geschäftsanteile (6.200 €)

Beteiligungen: 100 % egenotec 1889 GmbH

<u>Kapitalangaben:</u> Geschäftsguthaben verbleibender Mitglieder 14.824.054,27 €

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> Verband der Südwestdeutschen Wohnungswirtschaft e. V., Frankfurt/Main

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Uwe Flotho

Britta Marquardt

Aufsichtsrat (oder Beirat):

Harald Loth, Vorsitzender

Klaus Weidner, stellv. Vorsitzender

Thomas Bachmann Ute Bischoff Petra Krug Ralf Kruse

Jutta Reinbold-Schaefers

Armin Wolf

3
4
9
4
1
5
0
7
2
8
3
1
7
494150 72831

#### Lagebericht

Die Vereinigte Wohnstätten 1889 eG ist eine Wohnungsbaugesellschaft in der Rechtsform einer Genossenschaft mit einem Wohnungsbestand von rund 4.500 Wohnungen, von denen ca. 4.000 in Kassel, 420 in Bad Wildungen und 40 Wohnungen in Waldeck liegen. Das Kerngeschäftsfeld ist die Bewirtschaftung dieses Wohnungsbestandes. Daneben werden über die Tochtergesellschaft Egenotec 1889 GmbH in begrenztem Umfang wohnungswirtschaftliche Dienstleistungen erbracht. Das Kerngeschäft ist von hoher Konstanz gekennzeichnet. Die Nutzungsentgelte für die Wohnungen sind in der Regel zum Monatsanfang fällig. Von diesen Entgelten werden die laufenden Ausgaben des Unternehmens gezahlt. Das sind vor allem die Gehälter der Mitarbeiter, der Kapitaldienst, bestehend aus Tilgungen und Zinsen für die aufgenommenen Darlehen, die Reparaturen (Instandhaltung), die Betriebskosten, sonstige Aufwendungen für den Betrieb des Unternehmens sowie zum Teil die Investitionen in die Modernisierung der Gebäude. Für den investiven Teil werden über die eigenen Mittel hinaus Darlehen aufgenommen. Die Refinanzierung erfolgt über Modernisierungszuschläge bei den Mieten.

2014 hat die Genossenschaft erstmals seit langer Zeit die Nutzungsgebühr bei rund einem Drittel der Mietverhältnisse erhöht. Die Erhöhungen waren aufgrund stetig wachsender Kosten notwendig geworden. So sind die Baukosten – als wesentlicher Kostenfaktor – seit dem Jahr 2000 um 27,4 % angestiegen (Quelle: Baukostenindex, Statistisches Bundesamt). Zwar passt die 1889 die Nutzungsentgelte nach Mieterwechseln nach einem festgelegten Zielmietensystem an, aufgrund der geringen Fluktuation und aus Gründen der Gleichbehandlung reicht dies nicht aus.

Eine weitere gesetzliche Auflage musste in 2014 erfüllt werden: Bis zum Ende des Jahres wurden alle Wohnungen der 1889 mit Rauchwarnmeldern ausgestattet. Allgemein ist der Verwaltungsaufwand gestiegen, beispielhaft ist hier die Energieeinsparverordnung genannt, die den Energieausweis als Vertragsbestandteil für neue Mietverhältnisse bindend vorschreibt.

2014 wurde die Vereinigte Wohnstätten 1889 eG 125 Jahre alt. Dieses Jubiläum begleitete das Geschäftsjahr. Weiter war das Geschäftsjahr von organisatorischen Konsolidierungsmaßnahmen geprägt. Die im Vorjahr durchgeführte Umstellung der wohnungswirtschaftlichen Software auf ein neues System wurde erstmalig über ein gesamtes Wirtschaftsjahr eingesetzt und die Betriebskostenabrechnung und die Dividendenabrechnung erstmalig über das neue System erstellt. Dieser Prozess erforderte auch in 2014 noch umfassende personelle Kräfte. Insgesamt wirkt sich das neue System sehr positiv auf die Geschäftsabläufe aus. Insbesondere die Unternehmenssteuerung und die Steuerung der Mittelverwendung konnten deutlich verbessert werden. Hier werden in den nächsten Jahren weitere positive Effekte zu erwarten sein.

Aufsichtsrat und Vorstand beschlossen am 25.9.2014 aufgrund der enormen Zunahme der Anteilszeichnungen eine Beschränkung bei Neuzeichnungen auf zwei Anteile pro Mitglied. Wie auch in den vergangenen Jahren hat die Zinsentwicklung dazu geführt, dass die Genossenschaftsanteile deutlich höhere Dividenden einbrachten als für langfristige Finanzanlagen auf dem Kapitalmarkt zu erzielen sind. Die Zahl der Mitglieder stieg weiter an. Per Saldo traten 338 Personen der Genossenschaft in 2014 bei, damit stieg die Mitgliederzahl auf 8.237 an. Die Nettoveränderung der Geschäftsguthaben führte zu einem Finanzmittelzufluss von rd. 488.000 €.

Alle fünf Jahre werden die Vertreter der Genossenschaft neu gewählt, die Amtsperiode der in 2009 gewählten Vertreter endete im Juni 2014 mit der Vertreterversammlung. Für die Wahl der neuen Vertreter wurde ein Wahlgremium in einer außerordentlichen Vertreterversammlung am 05.12.2013 gewählt, das sich aus Mitgliedern des Vorstands, des Aufsichtsrats, der Vertreter und Mitglieder zusammensetzte, insgesamt 7 Personen. Die Wahl wurde schriftlich durchgeführt, 26,4 % der Mitglieder nahmen an der Wahl teil (2009: 25,5 %). Aufgrund der gestiegenen Anzahl an Mitgliedern erhöhte sich die Zahl der Vertreter von 124 auf 136. Die Wahlperiode der neu gewählten Vertreter begann am Tag nach der Vertreterversammlung 2014 und endet mit der Vertreterversammlung 2019.

Wie auch in den Vorjahren wurden Mansarden weiter zurückgebaut. In Waldeck wurde 2014 die Otto-Baumbusch-Straße 13 mit 6 Wohneinheiten verkauft. In der Goethestraße 154 wurden im Rahmen einer Komplettmodernisierung mit Verkleinerung der Grundrisse 4 weitere Wohnungen geschaffen. Zwei weitere Wohnungen entstanden aus der Umnutzung zweier bislang durch die Genossenschaft genutzten Einheiten in Wohnungen. Neubauten wurden im Berichtsjahr nicht erstellt. In 2014 wurden zwei weitere Gästewohnungen in Betrieb genommen, die barrierefreie Gästewohnung Goethestraße 154 in Kassel und die barrierearme Gästewohnung Talquellenweg 9 in Bad Wildungen. Die Gästewohnungen sind ein genossenschaftlicher Mehrwert für die Mitglieder.

Die Anzahl der Mieterwechsel stieg im Berichtsjahr leicht an, sie betrug im Berichtsjahr 372 (2013: 329), davon zogen 101 Mieter (2013: 79) innerhalb des Bestandes um. Insgesamt lag die Fluktuation bei 8,3 % während sie in 2013 bei 7,4 % gelegen hatte. Ohne die Umzüge innerhalb der Genossenschaft betrug die Fluktuation lediglich 6,1 %. Die Anzahl leer stehender Wohnungen sank in 2014. Standen zum 31.12.2013 noch 88 Wohnungen leer, so waren es am 31.12.2014 nur noch 79, davon waren 41 bereits weitervermietet (31.12.2013: 33). Da die Leerstände überwiegend aufgrund von notwendigen Modernisierungen auftreten, schwanken die Zahlen laufend. Lediglich der Leerstand in Waldeck ist strukturell bedingt. Das Niveau der Erlösschmälerungen ist weitgehend identisch mit dem des Vorjahres. Bei den Sollmieten betrugen die Erlösschmälerungen 293.241,16 € (Vorjahr: 293.654,95 €). Die Erlösschmälerungen aus Umlagenabrechnung und wegen Eigennutzung betrugen 73.962,79 € (Vorjahr: 71.109,04 €).

Mieterhöhungen sind ein sensibles Thema für jedes Wohnungsunternehmen. Dennoch bildet eine nachhaltige Mietpreispolitik die Basis für unternehmerische Handlungsmöglichkeiten. 2014 wurden in

der Genossenschaft bei 1.655 Mietverhältnissen die Nutzungsentgelte im Rahmen einer freiwilligen Mietvereinbarung erhöht, bei 213 Mietverhältnissen im frei finanzierten Wohnungsbau wurde eine Mieterhöhung nach § 558 BGB durchgeführt, dazu kamen 395 Mieterhöhungen im öffentlich geförderten Wohnungsbau, die nach der zweiten Berechnungsverordnung durchgeführt wurden. Die Mieterhöhungen sind als Gegenfinanzierung für die gestiegenen Aufwendungen notwendig und wurden im Vorfeld in der Mitgliederzeitung der 1889, der "emm+", angekündigt. Eine Hotline zur Beantwortung der aufkommenden Fragen wurde eingerichtet. In sozialen Härtefällen wurden individuelle Lösungen gefunden. Auch nach den erfolgten Mieterhöhungen bewegt sich die Genossenschaft weiter im unteren Mietpreissegment in Kassel und es ist auch weiter das Ziel der Genossenschaft, den Mitgliedern günstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Auch 2014 gab es keine Neubauaktivitäten, die verausgabten Mittel sind komplett in die Bestandsgebäude geflossen. Ein großer Teil der investiven Maßnahmen waren Wohnungsmodernisierungen, die aufgrund von Mieterwechseln erfolgten. In 2014 wurden mehr als 3,0 Mio. € für diese Art der Modernisierung ausgegeben. Für Instandhaltung wurde im Berichtsjahr 5.542 T€ an Fremdkosten verausgabt. Die Modernisierung schlug mit 5.148 T€ zu Buche. Damit wurden in 2014 fast 10,7 Mio € oder 32,22 € pro Quadratmeter Wohn- und Nutzfläche für Instandhaltung und Modernisierung investiert.

Neben den Wohnungsmodernisierungen lag der Schwerpunkt der geplanten Modernisierungsmaßnahmen in 2014 bei Fassadensanierungen, Balkonanbauten und Modernisierung bzw. Neubau von Heizungsanlagen. In einigen Bereichen wurde die Modernisierung fortgesetzt, in denen die 1889 bereits in den Vorjahren begonnen hatte. Nicht immer war die Bereitschaft aller Nutzer vorhanden, Mieterhöhungen durch Modernisierungsmaßnahmen zu akzeptieren. So konnte aufgrund fehlender Mieterzustimmung die Modernisierung in der Blücherstraße/Körnerstraße nicht wie geplant durchgeführt werden. Die 1889 hatte aufgrund des Umfangs der Maßnahme, die auch einen Umbau in der Wohnung erfordert, den Nutzern zugesichert, dass diese Maßnahme nur bei 100 % Zustimmung erfolgen würde. Diese Zustimmung erfolgte für das Gebäude Körnerstr. 9 und 11 erst im September, so dass diese Modernisierung auf 2015 verschoben werden musste. In der Instandhaltung lag der Schwerpunkt neben der ungeplanten Instandhaltung wieder in der Sanierung von Dächern, Fenstern, Treppenhäusern mit Hauseingängen und Balkonen.

#### Egenotec 1889 GmbH

Das Geschäft der Tochtergesellschaft der 1889 umfasste Dienstleistungen für die Wohnungswirtschaft. Dieses waren Abrechnungen von Heizkosten für die Vereinigten Wohnstätten, die Wohnungseigentumsverwaltung der Eigentümergemeinschaft Parkstraße 57 und Beratungsdienstleistungen für eine andere Wohnungsbaugenossenschaft. Als neues Aufgabengebiet der Egenotec kam in 2014 der Erwerb von Rauchwarnmeldern hinzu.

Das Geschäftsjahr 2014 wurde mit einem Jahresüberschuss von 1.460,23 € abgeschlossen (Vorjahr 1.644,97 €). Bei den Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen handelt es sich um Softwarekosten sowie um Personal- und Sachleistungen, die von Seiten der 1889 aufgrund des Geschäftsbesorgungsvertrages in Rechnung gestellt wurden. Von dem Kapital, das die Egenotec der Genossenschaft zur Verfügung gestellt hatte, wurde in 2014 ein Betrag in Höhe von 250.000 € zurückgezahlt. Der zurückgezahlte Betrag wurde für die Anschaffung von Rauchwarnmeldern verwendet.

# Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2014 hat die Stadt Kassel keinen Zuschuss an die Vereinigte Wohnstätten 1889 e.G. geleistet.

## Wirtschaftsförderung Region Kassel GmbH

Sitz: Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRA 4802

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Die Gesellschaft fördert alle Maßnahmen, die der Stärkung der Wirt-

schaftskraft der Stadt und des Landkreises Kassel, der Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur und der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen dienen. Im Rahmen dieser Zweckbestimmung berät die Gesellschaft insbesondere die in der Region Kassel ansässigen Unternehmen und Unternehmensneugründungen und unterstützt sie in ihrer Entwicklung, betreut Neuansiedlungen von Unternehmen und Einrichtungen und führt Standortmarketing durch. Zudem ist die GmbH mit dem Führen der GVZ-

Projektgesellschaft mbH (Containerterminal) betraut, mit einem

Gesellschaftsanteil von 50 %.

Eigentümer: Stadt Kassel 25,53 %

Landkreis Kassel 25,53 % Kasseler Sparkasse 24,46 % Kasseler Bank 10,64 %

Industrie- und Handelskammer 10,29 %

Handwerkskammer 3,55 %

Beteiligungen: GVZ-Projektgesellgesellschaft Kassel mbH (Containerterminal) mit 50 %

<u>Kapitalangaben:</u> Stammkapital 72.110 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 3. August 1988

Wirtschaftsprüfer: AKR Akzent Revisions GmbH, Kassel

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Kai Lorenz Wittrock

Aufsichtsrat (oder Beirat):

Beirat: Vorsitzender Alfred Schmidt, Staatsminister a.D.

16 Mitglieder

#### Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	506	600
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	-516	-404
Bilanzsumme	TEUR	475	853
Investitionen	TEUR	26	25
Fremd-Darlehen	TEUR	0	0
Personal	Anzahl	9	9
Eigenkapitalquote	%	15	8
Cash flow (nur AFA)	TEUR	556	345
Gesamtverschuldung	%	0	0
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	56	67
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen			

## Lagebericht

#### Finanz-, Vermögens- und Ertragslage

Zweck der Gesellschaft ist es, durch unterschiedliche Maßnahmen die Wirtschaftskraft der Region Kassel zu stärken. Sie ist primär nicht auf Gewinnerzielung ausgelegt. Die Arbeit und der Erfolg der WFG lassen sich insbesondere in Ergebnissen in der Firmenbetreuung und Projektarbeit messen.

Die wirtschaftlichen Rahmendaten der Region sind weiterhin als konstant positiv zu bewerten, dies spiegelt sich auch in der Vermögens- und Ertragslage des Unternehmens wider. So konnten die Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr nochmals um TEUR 14,9 gesteigert werden, wobei höhere Vermarktungserlöse, aber auch höhere Co-Finanzierungsbeiträge für Projekte als Sondereffekt ausschlaggebend waren.

Infolge dieses Sondereffektes wurden auch die veranschlagten Verlust-Zahlen des Wirtschaftsplans 2014 unterschritten. Der im Jahresabschluss ausgewiesene Jahresfehlbetrag lag mit TEUR 259,6 unter dem geplanten Jahresfehlbetrag des Wirtschaftsplans. Bei diesem Vergleich ist allerdings noch zu berücksichtigen, dass in dem Wirtschaftsplan auch das Ruhegehalt von Dr. Kiera enthalten ist, das im ausgewiesenen Jahresfehlbetrag des Jahresabschlusses buchungstechnisch nicht abgebildet wird.

Gegenüber dem Vorjahr sind auch die liquiden Mittel zum Bilanzstichtag um TEUR 345,3 auf den Stand von TEUR 728,9 gestiegen. Dies begründete sich u.a. dadurch, dass die Schlussrate des Landkreises Kassel als Gesellschaftereinzahlung für 2013 i.H.v. TEUR 110,0 erst zu Beginn des Berichtsjahres verbucht wurde. Dies hatte zum Bilanzstichtag auch zu einem Anstieg der Gesellschafterverbindlichkeiten geführt.

#### <u>Firmenbetreuung</u>

Die Kernaufgabe der WFG liegt darin, vor allem die "endogenen Kräfte" der Wirtschaftsregion Kassel zu stärken, d.h. die Belange der regionalen Unternehmen im Rahmen der Kunden- und Kontaktpflege aufzunehmen und z.B. in die Verwaltungen der Städte und Gemeinden, in die Förderinstitute oder zu anderen Partnern zu tragen. Das Spektrum der Firmenbetreuung umfasst dabei die Bereiche Investitionen, Leistungsvermittlung sowie Standortsicherung. Auch das Thema Internationalisierung wurde immer mehr abgefragt.

Die Anfragen nach Standorten zur Neuansiedlung bzw. Betriebserweiterung befinden sich aufgrund der guten konjunkturellen Situation weiterhin auf hohem Niveau. Die Anfragen auswärtiger Unternehmen haben deutlich zugenommen. In Erwartung neuer verfügbarer Gewerbestandorte in der Region Kassel wurden z.B. "Im Langen Feld" erste Reservierungen ausgesprochen.

#### **Standortmarketing**

Die in den vergangenen Jahren durchgeführten Standortmarketing-Maßnahmen wurden im Wesentlichen fortgesetzt. Allerdings mussten diese auf Basis eines etwas reduzierten Budgets umgesetzt werden, da Standortmarketing-Projekte seit 2014 definitiv nicht mehr EFRE-gefördert wurden. Wesentliche Zielgruppen sind nach wie vor überregional agierende Projektentwickler und Makler, die wir mit bedarfsgerechtem Informationsmaterial bedienen und auf Messen oder Fachkongressen auch persönlich kontaktieren.

Die vertriebsorientierten Aktivitäten wurden durch Pressearbeit und mit Anzeigenwerbung in bestimmten Projektbeilagen (z.B. Welt, HNA) unterstützt. Zahlreiche positive Wirtschaftsnachrichten über erfolgreiche Unternehmen und Projektentwicklungen sowie über die weiterhin stabile Wirtschaftslage unterstützten die Marketingmaßnahmen dabei hilfreich.

#### <u>Projekte</u>

Im Rahmen des von der WFG organisierten Netzwerks "Industriepark Kassel" konnten bei zahlreichen Unternehmen wiederum erhebliche Investitionen ausgelöst und in der Folge auch erfreuliche Beschäftigungszuwächse festgestellt werden. Der interkommunale Industriepark Kassel zählt mit seinen über 500 überwiegend kleinen und mittelständischen Unternehmen und mehr als 10.000 Beschäftigten inzwischen zu den profiliertesten Standorten in Deutschland. Bis auf wenige Restflächen ist der Industriepark inzwischen vollständig besiedelt. Themen zum Fachkräftebedarf oder zur Exportorientierung bleiben dabei ständige Bestandteile der Firmenbetreuung. Vorangeschritten sind im Berichtsjahr auch die Planungen für eine Entlastung der Zufahrtssituation zum GVZ-Umschlagbahnhof. Hier deutet sich bereits eine konkrete Lösung an, die in den Folgejahren baulich umgesetzt werden soll.

Das von der WFG im Rahmen der Internationalisierung der Region gegründete Sonderprojekt "Netzwerk Hessen China" hat auf Wunsch seiner Mitgliedsunternehmen in 2014 unter vielen anderen Networking-Aktivitäten auch wieder eine Geschäftsreise nach China durchgeführt. Das Netzwerk ist selbsttragend und für die WFG erfolgsneutral, es wird ausschließlich von den Beiträgen seiner Mitglieder finanziert. Zusätzlich wurde im Berichtsjahr auch die Vorbereitung weiterer Zielländer wie Russland, Rumänien und Moldawien fortgesetzt, um den regionalen Unternehmen Standortvorteile zu ermöglichen.

Das Netzwerk "Competence Center Aerospace" (CCA), das die im Bereich Luft- und Raumfahrt aktiven Unternehmen in der Region Kassel bündelt, weist im Berichtsjahr eine besonders positive Entwicklung auf. Neben dem europäischen EFRE-Fonds und dem Hessischen Wirtschaftsministerium unterstützen die beiden strategischen Projektpartner – die Flughafen GmbH Kassel und die Universität Kassel – sowie die IHK Kassel, die Kasseler Sparkasse, die Kasseler Bank und der Verband der Metall- und Elektro-Unternehmen Hessen/Bezirksgruppe Nordhessen das CCA-Projekt. Darüber hinaus engagieren sich rund 50 Unternehmen und wissenschaftliche Einrichtungen mit finanziellen und ideellen Beiträgen. Die WFG organisierte wiederum zahlreiche Geschäftsreisen zu potenziellen Auftraggebern, Fachgespräche, Fachveranstaltungen sowie das schon etablierte "CCA-Sommerfest". Auch die Zusammenarbeit mit dem "House of Logistik And Mobility (HOLM)" des Landes Hessen hat sich gut etabliert.

Das Projekt Perspektive 50plus-Beschäftigungspakt Nordhessen, das wir als Dienstleister für die Jobcenter der Region Nordhessen durchführen, hat auch in 2014 die gesetzten Ziele bei der Vermittlung älterer Langzeiterwerbsloser in den ersten Arbeitsmarkt erfüllen können. Im bundesweiten Vergleich ist das Projekt weiterhin ganz vorn mit dabei. Es mehren sich allerdings Anzeichen des Bundes, das Projekt Ende 2015 auslaufen zu lassen, so dass wir im Folgejahr verstärkt nach alternativen Projekten in diesem Bereich recherchieren werden.

Auch die von uns zum Thema "Fachkräftemobilisierung" betreuten Netzwerke der Personalleiter hatten im Berichtsjahr erfolgreich mehrere Sitzungen durchgeführt. Ein Schwerpunkt war die Diskussion der Folgen des demografischen Wandels für die regionalen Wirtschaftsunternehmen und die Diskussion von Lösungsansätzen.

Die gemeinsam mit der Abteilung Unitransfer der Universität Kassel sowie der bundesweiten Plattform StartNext.de im Vorjahr entwickelte Internet-Präsenz ist wie angekündigt im Jahr 2014 erfolgreich ans Netz gegangen. Inzwischen konnten mehrere Finanzierungen für Gründungsprojekte realisiert werden.

#### <u>Beteiligungsunternehmen</u>

Die Umsätze der GVZ Projektgesellschaft Kassel mbH haben sich im Berichtsjahr weiter verstetigt, die Auslastung des KV-Terminals hat inzwischen die Kapazitätsgrenze erreicht. Die Geschäftsführung erfolgt seit 01.07.2014 in Personalunion durch den Geschäftsführer der WFG. Nach einer erfolgten Bestandsaufnahme wird gegenwärtig mit den weiteren Gesellschaftern und Partnern ein tragfähiges Modell erarbeitet, die vorhandene Gleisinfrastruktur auch künftig zu sichern.

## Wirtschaftsplan

Die Jahresfehlbeträge der WFG sind strukturell und durch Vorgaben der Gesellschafter bedingt. Der WFG-Auftrag ist nicht auf Gewinnerzielung ausgelegt, dennoch wurden im Berichtsjahr zur Entlastung der öffentlichen Haushalte neben der EFRE-Förderung der Europäischen Union auch Vermarktungserlöse, Projektkostenerstattungen sowie Sponsoring-Beiträge eingeworben. Diese trugen im Jahr 2014 mit einem Anteil von rund 60 % erheblich zur Finanzierung des Budgets bei. Aufwendungen der Gesellschaft, soweit sie nicht durch Kostenübernahme Dritter und durch Umsatzerlöse gedeckt waren, wurden von den Gesellschaftern vertragsgemäß ausgeglichen.

#### Chancen und Risiken – Aussichten

Negative und unerwartete Entwicklungen von wirtschaftlicher Bedeutung sind derzeit nicht erkennbar. Die Liquidität der Gesellschaft wird regelmäßig durch den Abruf von Gesellschaftereinlagen sichergestellt. Die voraussichtlichen Verluste des laufenden Geschäftsjahres 2015 werden It. Vertrag wieder durch Gesellschaftereinlagen und ggfs. die Verrechnung mit Rücklagen ausgeglichen, so dass die finanzielle Stabilität der Gesellschaft nicht gefährdet ist.

#### Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Aufwendungen der Gesellschaft, soweit sie nicht durch Zuwendungen Dritter und durch Umsatzerlöse gedeckt sind, werden durch die Gesellschafter im Rahmen eines bewilligten Wirtschaftsplans ausgeglichen. Es ist nicht erkennbar, dass die Gesellschafter diese bewährte Finanzierungsstruktur ändern werden.

Der Wirtschaftsplan für 2015 wurde durch die Gesellschafterversammlung am 6.11.2014 beschlossen; er bildet die Basis unserer Arbeit in 2015. Negative Entwicklungen von wirtschaftlicher Bedeutung für die WFG sind nicht erkennbar.

Die Liquidität wird durch den Abruf von Gesellschaftereinlagen, Fördermittelzuwendungen und Sponsorengelder regelmäßig sichergestellt. Die voraussichtlichen, geplanten Verluste des laufenden Geschäftsjahres werden durch die Gesellschaftereinlagen ausgeglichen, sodass die finanzielle Sicherheit der Gesellschaft nicht gefährdet ist.

#### Korruptionsprävention

Nach § 12 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages der Wirtschaftsförderung Region Kassel GmbH ist die Gesellschafterversammlung das oberste Organ der Gesellschaft. Darüber hinaus regelt § 14 des Gesellschaftsvertrages in Abs. 1 a), dass die Richtlinien für die Gesellschaftspolitik durch die Gesellschafterversammlung festzulegen sind.

#### Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2014 hat die Stadt Kassel an die Wirtschaftsförderung Region Kassel GmbH einen Zuschuss für die lfd. Geschäftstätigkeit in Höhe von 349.154,50 € geleistet.

## GVZ-Projektgesellschaft Kassel mbH (WFG)

Sitz: Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRA 7362

Rechtsform: GmbH

<u>Tätigkeitsbereich:</u> Planung, Bau und Vermietung des KV-Terminals im GVZ (Güterverkehrs-

zentrum) Kassel, Industriepark Kassel.

Die GVZ (Projektgesellschaft) wurde gegründet, um die Umschlaganlage für den

Kombinierten Verkehr zu realisieren. Die GVZ-P ist die Empfängerin der

Bundeszuschüsse. Der Landkreis Kassel und die Stadt Kassel sind an der GVZ-P indirekt über die Wirtschaftsförderung Region Kassel GmbH beteiligt, die 50 % an der Gesellschaft hält. Weitere Gesellschafter sind die Gemeinden Lohfelden

und Fuldabrück.

<u>Eigentümer:</u> Wirtschaftsförderung Region Kassel GmbH 50 %

Gemeinde Lohfelden 25 % Gemeinde Fuldabrück 25 %

Beteiligungen: Deutsche GVZ-Gesellschaft mbH, Bremen mit 1.278,23 €

<u>Kapitalangaben:</u> Stammkapital 25.000 €

Satzungen/Unternehmensverträge:

Gesellschaftsvertrag vom 22. Mai 2000

<u>Wirtschaftsprüfer:</u> Strecker, Berger + Partner, Kassel

Geschäftsführung (oder Vorstand):

Thilo von Trott zu Solz

ab 01.07.2014 Kai Lorenz Wittrock

## Kennzahlen

		2013	2014
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	307	310
Ergebnis der gewöhnlichen			
Geschäftstätigkeit	TEUR	22	-7
Bilanzsumme	TEUR	4429	4222
Investitionen	TEUR	-	-
Fremd-Darlehen	TEUR	687	619
Personal	Anzahl	1	1
Eigenkapitalquote	%	2,7	2,7
Cash flow (nur AFA)	TEUR	32	26
Gesamtverschuldung	%	15,6	14,7
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	n.a.	n.a.
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€		

#### Lagebericht

Im Berichtsjahr 2014 sind die Umsatzerlöse um TEUR 1,8 auf TEUR 309,6 geringfügig angestiegen. Die nach wie vor sehr günstige allgemeine Wirtschaftsentwicklung wirkt sich stabilisierend auf die Nachfrage nach Güterverkehrsleistungen im GVZ Kassel und auf den schienengebundenen Güterverkehr aus. Die sonstigen betrieblichen Erträge, die im Wesentlichen durch die jährliche Auflösung des gebildeten Sonderpostens für die seinerzeitige Förderung des Containerterminals entstehen, sind aufgrund von Abgrenzungsbuchungen gegenüber dem Vorjahr geringfügig um TEUR 5,4 auf TEUR 214,1 zurückgegangen.

Nach einem Wechsel wird die Geschäftsführung der GVZ-P seit 1.07.2014 in Personalunion durch den Geschäftsführer der Wirtschaftsförderung Region Kassel GmbH wahrgenommen. Seitdem beschäftigt die GVZ-P kein eigenes Personal mehr, die Personalkosten haben sich somit gegenüber dem Vorjahr um TEUR 22,6 reduziert. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind hingegen um TEUR 38,0 auf TEUR 249,5 angestiegen. Dahinter verbergen sich im Wesentlichen höhere Betriebskosten aufgrund notwendiger Reparaturen und Instandhaltungen der Gleisanlagen, die in ihrer Höhe über den urspünglichen Planansätzen lagen. Infolge dessen konnte auch das Betriebsergebnis ggü. dem Vorjahr nicht gehalten werden und es musste erstmals ein bilanzieller Fehlbetrag i.H.v. TEUR 5,6 ausgewiesen werden.

Mit ihren Gleisanlagen und dem Umschlagterminal stellt die GVZ-P eine Infrastruktur bereit, die im schienengebundenen Güterverkehr der Wirtschaftsregion Kassel inzwischen als unverzichtbar gilt. Zeitnah müssen nun allerdings weitere Schritte folgen. Zunächst ist die verkehrlich zunehmend problematische Zufahrt zum Terminal durch bauliche Lösungen vor Ort zu optimieren, dazu wurden im Berichtsjahr bereits Vorplanungen erarbeitet. Perspektivisch müssen auch die Einnahmen der GVZ-P auf Steigerungspotenziale untersucht werden. Erkennbar ist, dass die Kosten für die Erhaltung von Gleisinfrastrukturen in Zukunft zunehmen werden und nicht gänzlich durch die Einnahmesituation aus Nutzungsgebühren getragen werden können.

Die HLB Basis AG nimmt im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages mit der GVZ-P die Funktion des Eisenbahninfrastrukturunternehmers gemäß Allgemeinen Eisenbahngesetz wahr. Weitere beständige Kooperationspartner sind: Der Mieter DB Intermodal, die Gesellschafter sowie der Dienstleister für allgemeine Büroarbeiten, die Wirtschaftsförderung Region Kassel GmbH (WFG).

## Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Die Risiken durch einen möglichen Ausfall von Forderungen sind aufgrund des Standings und der Eigentümerstrukturen der Verpflichteten gering. Die positiven Erfahrungen durch die langjährige Zusammenarbeit mit der DB Intermodal Services und der DB Schenker Rail halten die Risiken für die Gesellschafter in sehr engen Grenzen.

Der Wirtschaftsplan für 2015 wurde in der Gesellschafterversammlung am 2.12.2014 beschlossen; er bildet die Grundlage für die Ausgaben und Einnahmen in 2015. In den Folgejahren werden Instandsetzungsbedarfe bei der Stammgleisinfrastruktur in der jeweiligen Wirtschaftsplan-Betrachtung Berücksichtigung finden.

Die Liquidität wird durch vereinbarte ¼-jährliche Zahlungen für die Miete und die Stammgleisgebühren sichergestellt.

## Korruptionsprävention

Aufgrund der Struktur und Größe der Gesellschaft sowie der vertraglichen Bindungen und regelmäßig stattfindender Gesellschafterversammlungen ist der Korruptionsprävention u.E. Genüge getan.

## Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2014 hat die Stadt Kassel keinen Zuschuss an die Gesellschaft geleistet.

# Wohnstadt Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaugesellschaft Hessen mbH

Die WOHNSTADT ist im Unternehmensverbund mit der Nassauischen Heimstätte, Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH - Organ der Staatlichen Wohnungspolitik-, Frankfurt am Main, in allen Geschäftsfeldern der Immobilienwirtschaft tätig. Die Unternehmensgruppe zählt mit 60.450 eigenen Wohnungen zu den großen Immobilienkonzernen in Deutschland. Neben dem Geschäftsfeld Immobilienbewirtschaftung mit der Verwaltung des eigenen Bestandes und dem Portfolio-Management werden vielfältige Leistungen für Dritte rund um die Immobilie angeboten. Dazu gehören die Projektund Flächenentwicklung insbesondere für öffentliche Auftraggeber sowie die Geschäftsbesorgung für die MET. Die Etablierung als einzige hessenweit agierende Entwicklungsgesellschaft mit öffentlichem Hintergrund und starker Verankerung in den Kommunen eröffnet besondere Marktchancen. Seit Schaffung des Unternehmensverbundes Nassauische Heimstätte/ Wohnstadt im Jahr 2005 werden die Geschäftsbereiche beider Unternehmen zunehmend konsolidiert und vereinheitlicht. Die Übernahme der WOHNSTADT war als Anteilserwerb erfolgt, sodass die bestehende rechtliche Struktur erhalten geblieben ist. Die Nassauische Heimstätte nimmt die Aufgaben einer Holding wahr. Die WOHNSTADT ist weiterhin Besitzgesellschaft für den eigenen Wohnungsbestand. Die operativen Teilleistungen sind im Rahmen einer Geschäftsbesorgungsvereinbarung überwiegend auf die Nassauische Heimstätte übertragen.

Anmerkung: Minderbeteiligung der Stadt Kassel. Bei weiterem Informationsbedarf kann der Geschäftsbericht 2014 eingesehen werden.

# Übersicht über die Offenlegung der Bezüge

Name, Vorname	Funktion	Bezüge fest €	Bezüge variabel €	Geldwerter Vorteil €	Versorgungsregelung €	Gesamt €
Sontheimer, Gerhard Dr.	Vorstandsvorsitzender GNH AG, Geschäftsführer Klinikum Kassel, Bad Arolsen, Rehazentrum, Seniorenwohnanlagen, ZMV, ökomed	253.877,04	40.000,00	6.848,78	51.791,74	352.517,56
Dilchert, Birgit	Personalvorstand GNH AG	166.317,00	30.000,00	12.745,20	20.000,00	229.062,20
Sokoll, Karsten	Geschäftsführer ökomed	94.489,29	12.256,80	5.825,52	-	112.571,61
Tilenius, Bernd	Geschäftsführer Bad Arolsen	127.000,00	15.000,00	6.391,22	-	148.391,22
Tilenius, Bernd	Geschäftsführer Kreiskliniken Kassel	-	-	-	-	0,00
Brand, Werner Dr.	Geschäftsführer Reha- Zentrum	175.000,00	24.000,00	-	-	199.000,00
Zeilfelder, Helmut	Pflegedirektor Klinikum Kassel	98.000,00	15.000,00	9.249,76	5.978,88	128.228,64
Raible, Manfred Dr.	Chefarzt Unfallchirurgie, Ärztlicher Direktor Geschäftsführer Klinikum Kassel	0,00	0,00	-	-	Kein Zusatzgehalt für die Geschäfts- führung
Schwarz, Wolfgang	Geschäftsführer SWA	154.394,62	15.588,44	9.115,26	11.770,40	190.868,72

Greiner-Matzen-Sohn,	Geschäftsführer ZMV	0,00	0,00	-	-	Kein
Frances	Mitarbeiter GNH					Zusatzgehalt
						für die
						Geschäfts-
						führung
Unzicker, Christian Dr.	Geschäftsführer Kassel	-	-	-	-	Kein
	School of Medicine gGmbH					Zusatzgehalt
						für die
						Geschäfts-
						führung
Aufsichtsratsmitglieder	GNH AG	500,00	-	-	-	500,00
Aufsichtsratsmitglieder	Klinikum Kassel	500,00	_	-	-	500,00

Name, Vorname	Funktion	Bezüge fest €	Bezüge variabel €	Weitere Leistungen: Zuschuss Krankenkasse,	Gesamt €
Hallain Androne	Geschäftsführer KVV -	201 520 69	145.000,00	Geldwerter Vorteil, PKW, ZVK €	261 225 06
Helbig, Andreas	Kasseler Verkehrs - und	201.520,68	145.000,00	14.815,28	361.335,96
	Versorgungs-GmbH, Städtische Werke AG,				
	,				
	Städtische Werke Energie +				
	Wärme GmbH, Kasseler				
West - North and	Verkehrsgesellschaft AG	100 627 77	25.000.00	10.007.20	225 711 07
Witte, Norbert	Geschäftsführer KVV -	190.627,77	35.000,00	10.084,20	235.711,97
	Kasseler Verkehrs - und				
	Versorgungs-GmbH,				
	Kasseler				
	Verkehrsgesellschaft AG	455 770 00	50,000,00	11.015.05	216 706 04
Welsch, Stefan	Vorstand Städtische Werke	155.770,08	50.000,00	11.015,96	216.786,04
FI . TI . D	AG	402 024 27	25 000 00	2.077.02	224 000 40
Ebert, Thorsten Dr.	Vorstand Kasseler	183.031,27	35.000,00	3.877,92	221.909,19
	Verkehrsgesellschaft AG				- / - 0 CO
Ebert, Thorsten Dr.	Geschäftsführer	4.920,00	-	558,60	5.478,60
	Regionalbahn Kassel GmbH			1	
Salzmann, Veit	Geschäftsführer	4.800,00	-	1.453,92	6.253,92
	Regionalbahn Kassel GmbH				
Kreher, Andreas	Geschäftsführer Städtische	136.162,62	25.000,00	32.669,07	193.831,69
	Werke Netz + Service GmbH				
Weldner, Eike	Geschäftsführer Städtische	136.162,62	25.000,00	28.924,91	190.087,53
	Werke Netz + Service GmbH				
Schreyer, Karl-Heinz	Geschäftsführer Städtische	152.502,18	25.000,00	38.044,63	215.546,81
	Werke Energie + Wärme				
	GmbH, Müllheizkraftwerk				
	GmbH				

Möller, Sven	Geschäftsführer KVN - Verkehrsgesellschaft	9.977,80	3.000,00	1.689,84	14.667,64
	Nordhessen GmbH				
Richter, Frank	Geschäftsführer Netcom	127.437,51	35.000,00	24.437,52	186.875,03
	Kassel Gesellschaft für				
	Telekommunikation mbH				
Jerlitschka, Bruno	Geschäftsführer KVV - Bau-	8.406,68	-	1.561,62	9.968,30
	und Verkehrsconsulting-				
	GmbH				
Luttrup-Bauer, Karsten	Geschäftsführer KVV - Bau-	-	-	-	-
	und Verkehrsconsulting-				
	GmbH				
Raabe, Günther	Geschäftsführer SGG-	4.800,00	-	1.453,92	6.253,92
	Stadtwerke Großalmerode				
	GmbH & Co. KG				
Heibert, Roland	Geschäftsführer SGG-	4.800,00		1.453,92	6.253,92
	Stadtwerke Großalmerode				
	GmbH & Co. KG				
Rühl, Martin	Geschäftsführer SUN –	75.000,00	9.166,67	16.332,99	100.499,66
	Stadtwerke Union				
	Nordhessen Verwaltungs-				
	GmbH				
Rotzsche-Walther, Lars	Geschäftsführer WKV -	2.200,00	-	666,38	2.866,38
	Windenergie Kassel				
	Verwaltungs-GmbH				
Jungermann, Markus	Geschäftsführer WKV -	1.800,00	-	545,23	2.345,23
	Windenergie Kassel				
	Verwaltungs-GmbH				

Sonstige Gesellschaften						
Name, Vorname	Funktion	Bezüge fest €	Bezüge variabel €	Geldwerter Vorteil €	Versorgungsregelung €	Gesamt €
Leifeld, Bernd (bis	Geschäftsführer documenta	70.979,16	-	-	-	70.979,16
30.06.14)	und Museum Fridericianum gGmbH					
Kulenkampff, Annette (ab	Geschäftsführerin	78.750,00	-	-	-	78.750,00
01.04.2014)	documenta und Museum Fridericianum gGmbH					
Fehr, Andreas	Geschäftsführer EFN – Entsorgungsgesellschaft für Nordhessen mbH	1.227,12	-	-	-	1.227,12
Halm, Gerhard	Geschäftsführer EFN – Entsorgungsgesellschaft für Nordhessen mbH	4.109,12	-	-	-	4.109,12
Ley, Peter	Geschäftsführer Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Kassel mbH	115.929,06	70.000,00	9.586,32	5.020,88	200.536,26
Ley, Peter	Geschäftsführer Tagungszentrum Stadthalle Kassel GmbH	3.600,00	-	-	-	3.600,00
Hartrumpf, Jürgen	Geschäftsführer JAFKA gGmbH	88.387,92	-	-	-	88.387,92
Hüppe, Angelika	Geschäftsführerin Kassel Marketing GmbH	86.728,46	15.000,00	-	-	101.728,46
Freudenstein, Ulrich	Geschäftsführer Nordhessenbus GmbH	19.503,55	4.500,00	2.741,48	-	26.745,03
Jochinger, Gerhard	Geschäftsführer Parkhausgesellschaft der Stadt Kassel GmbH	6.135,48	-	-	-	6.135,48

Kreuter, Gerold Dr.	Geschäftsführer Science	12.000,00	-	-	-	12.000,00
	Park Kassel GmbH					
Fromm, Oliver Dr.	Geschäftsführer Science	-	-	7.518,96	-	7.518,96
	Park Kassel GmbH					
Wittrock, Kai Lorenz	Geschäftsführer	110.883,70	-	7.170,00	1.752,00	119.805,70
	Wirtschaftsförderung					
	Region Kassel GmbH					

Amt Kämmerei und Steuern
-Finanzmanagement, Beteiligungen und Verwaltung-Obere Königsstraße 8 34117 Kassel

Tel.: 0561/787-1229 Fax: 0516/787-2217

E-Mail: kaemmerei-steuern@kassel.de

Titelbild: Science Park Kassel Fotograf: Eibe Sönnecken